



Bericht zum Bundesrechnungsabschluss

**Republik Österreich
Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2008
Band 1**

Wien, im September 2009
Der Präsident des Rechnungshofes
Dr. Josef Moser



Inhalt

Inhaltsverzeichnis

KURZFASSUNG	21
1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN	51
1.1 Rechtsgrundlage und Inhalt des Bundesrechnungsabschlusses	51
1.2 Prüfung der Jahresrechnungen 2008.....	52
1.2.1 Prüfungsablauf	52
1.2.2 Festgestellte Mängel	52
1.3 Kontinuität der Rechnungsabschlüsse	55
1.4 Statistische Daten	55
1.5 Haushalts- und Rechnungsführung des Bundes.....	56
1.5.1 Grundsätze und Ziele	56
1.5.2 Organisation.....	56
1.5.3 IT-Unterstützung.....	57
1.5.4 Verrechnungsverfahren	58
1.5.5 Abschlussrechnungen.....	59
1.6 Bericht des Staatsschuldenausschusses über die öffentlichen Finanzen	60
2. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN DES BUNDESHAUSHALTS.....	63
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	63
2.1.1 Der Bundesvoranschlag 2008.....	63
2.1.2 Entwicklung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts	63
2.2 Der Bundeshaushalt 2008	69
2.2.1 Einnahmen- und Ausgabenentwicklung	69
2.2.2 Nachhaltigkeit der Haushaltsführung	72
2.2.3 Abgabenquote	73
2.3 Der Bundeshaushalt im Rahmen der wirtschaftspolitischen Verpflichtungen auf EU-Ebene	74
2.3.1 Wirtschafts- und Währungsunion	74
2.3.2 Die Entwicklung der Maastricht-Kriterien	74
2.3.3 Das Stabilitätsprogramm.....	79
2.3.4 Der Österreichische Stabilitätspakt	80

Inhalt

3.	VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG	82
3.1	Rechtlicher Rahmen	82
3.1.1	Bundesvoranschlag 2008	82
3.1.2	Budgetbeschluss (BFG 2008)	83
3.1.3	Budgetänderungen	83
3.1.4	Schuldaufnahmen	83
3.1.5	Budgetpolitische Zielsetzungen	84
3.2	Gesamtergebnis der Voranschlagswirksamen Verrechnung	84
3.2.1	Zeitliche Zuordnung	84
3.2.2	Hauptergebnisse der Gebarung im Vergleich zum Voranschlag	84
3.2.3	Vorjahresvergleich und Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben	87
3.2.3.1	Vorjahresvergleich der Einnahmen und Ausgaben	87
3.2.3.2	Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln gegliedert	88
3.2.3.3	Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenbereichen gegliedert	90
3.2.4	Voranschlagsabweichungen	92
3.2.4.1	Rechtliche Grundlagen der Voranschlagsabweichungen	92
3.2.4.2	Abgang des Allgemeinen Haushalts	92
3.2.4.3	Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts	94
3.2.4.4	Voranschlagsabweichungen des Ausgleichshaushalts	96
3.2.4.5	Negative Verfügungsreste bei den Ausgabenvoranschlagsansätzen	96
3.2.4.6	Überwachung von Voranschlagsansatzabweichungen	98
3.2.4.7	Negative Unterschiedsbeträge gemäß § 17a Abs. 5 BHG (Flexibilisierungsklausel)	98
3.3	Ergebnis der geldwirksamen Gebarung	99
3.4	Zahlungsflüsse im Rahmen der EU-Mitgliedschaft	102
3.4.1	EU-Zahlungsflüsse im Bundeshaushalt („Haushaltssaldo des Bundes“)	102
3.4.2	Vergleich mit dem operativen Haushaltssaldo der EU	103
3.4.3	Unterschiede in der Darstellung	103
3.5	Haushaltsrücklagen	104
3.5.1	Einleitung	104
3.5.2	Zuführung von Rücklagen	104
3.5.3	Entnahmen aus Rücklagen	105



Inhalt

3.5.4	Auflösungen von Rücklagen	105
3.5.5	Ausgleichsrücklage	106
3.6	Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre	107
3.6.1	Vorberechtigungen und Vorbelastungen.....	107
3.7	Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung	110
3.7.1	Erklärung der Darstellung der ansatzweisen Erläuterungen	110
3.7.2	Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen	114
	Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei.....	115
	Kapitel 02 Bundesgesetzgebung	116
	Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof.....	118
	Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof.....	119
	Kapitel 05 Volksanwaltschaft	120
	Kapitel 06 Rechnungshof	121
	Kapitel 10 Bundeskanzleramt.....	122
	Kapitel 11 Inneres	125
	Kapitel 12 Unterricht, Kunst und Kultur.....	133
	Kapitel 13 Kunst.....	140
	Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung	142
	Kapitel 15 Soziales und Konsumentenschutz.....	146
	Kapitel 16 Sozialversicherung	149
	Kapitel 17 Gesundheit	153
	Kapitel 19 Familie und Jugend	156
	Kapitel 20 Äußeres.....	161
	Kapitel 30 Justiz	163
	Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten	167
	Kapitel 50 Finanzverwaltung.....	176
	Kapitel 51 Kassenverwaltung	183
	Kapitel 52 Öffentliche Abgaben.....	189
	Kapitel 53 Finanzausgleich	196
	Kapitel 54 Bundesvermögen	201
	Kapitel 55 Pensionen.....	209
	Kapitel 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge.....	214
	Kapitel 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	232
	Kapitel 61 Umwelt	238
	Kapitel 63 Wirtschaft und Arbeit	242
	Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie	248

Inhalt

4.	JAHRESBESTANDSRECHNUNG	256
4.1	Allgemeines zur Darstellung des Vermögens und der Schulden sowie des Kapitalausgleichs	256
4.2	Gesamtstand des Vermögens	257
4.3	Gesamtstand der Schulden	258
4.4	Betriebsähnliche Einrichtungen	259
4.5	Erläuterungen der Veränderungen des Vermögens und der Schulden in der Jahresbestandsrechnung.....	260
5.	JAHRESERFOLGSRECHNUNG	268
5.1	Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung	268
5.2	Ausfälle und Rückstände bei Einnahmen.....	270
5.2.1	Rückstände an öffentlichen Abgaben	270
5.2.2	Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten.....	271
5.3	Erläuterungen der Veränderungen der Aufwendungen und Erträge in der Jahreserfolgsrechnung.....	272
6.	BERICHT ZUR FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS UND ZUM STAND DER BUNDESSCHULDEN.....	281
6.1	Allgemeines.....	281
6.2	Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden.....	281
6.2.1	Zusammensetzung und Struktur der Bundesschulden	281
6.2.2	Zusammensetzung und Struktur der Finanzschulden	282
6.2.3	Zusammensetzung der Finanzschulden nach Schuldgattungen und Währungen.....	284
6.2.4	Ausnützung des Ermächtigungsrahmens 2008.....	284
6.2.5	Schuldaufnahmen und Schuldtilgungen	285
6.2.6	Umwandlung von Finanzschulden	286
6.2.7	Finanzschuldenquote	286
6.3	Währungstauschverträge.....	287
6.3.1	Entwicklung und Stand der Währungstauschverträge	287
6.3.2	Auswirkung der Währungstauschverträge auf die Struktur der Finanzschulden	289



Inhalt

6.4	Zinsaufwand für die Finanzschulden	289
6.4.1	Entwicklung des Zinsaufwands und des sonstigen Aufwands	289
6.4.2	Verzinsungsstruktur und Restlaufzeit der Finanzschulden	290
6.5	Kreditoperationen zur Kassenstärkung	291
6.6	Rechtsträgerfinanzierung	292
7.	BERICHT ZU DEN BUNDESHAFTUNGEN	295
7.1	Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen	295
7.2	Schadenszahlungen und Rückersätze aus Haftungsübernahmen	296
8.	BERICHT ZU DEN ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER	297
8.1	Allgemeines.....	297
8.2	Ausstehende Abschlussrechnungen.....	297
8.3	Erstmals veröffentlichte Abschlussrechnungen.....	298
8.4	Nachträglich veröffentlichte Abschlussrechnungen.....	299
8.5	Begründungen zu den Abschlussrechnungen	299
8.5.1	Reservefonds für Familienbeihilfen.....	299
GLOSSAR		300
GLIEDERUNG DER VORANSCHLAGSWIRKSAMEN VERRECHNUNG		313
VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN.....		314



Inhalt



Abbildungen

Abbildungen

Abbildung 1: Zusammensetzung des BIP	64
Abbildung 2: Reales BIP-Wachstum	64
Abbildung 3: VPI.....	65
Abbildung 4: Arbeitsmarkt	67
Abbildung 5: Außenhandel.....	68
Abbildung 6: Administrativer Saldo (Abgang) des Bundes	72
Abbildung 7: Abgabenquote	74
Abbildung 8: Öffentliches Defizit des Staates laut ESG 95.....	77
Abbildung 9: Öffentliche Verschuldung.....	78
Abbildung 10: Schuldenquote.....	78
Abbildung 11: Abgang des Allgemeinen Haushalts.....	93
Abbildung 12: Finanzschuldenquote in % des BIP	287



Tabellen

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Verrechnungsstadien in der VWV	58
Tabelle 2:	Verrechnungsverfahren VWV/BEV.....	59
Tabelle 3:	Wirtschaftliche Daten der Budgeterstellung	69
Tabelle 4:	Bundeshaushalt im Überblick	71
Tabelle 5:	Berechnung des Primärsaldos	73
Tabelle 6:	Überleitungstabelle Defizit	76
Tabelle 7:	Finanzierungssaldo laut ESVG 95*	77
Tabelle 8:	Darstellung Budget und Stabilitätspakt.....	80
Tabelle 9:	Budgetpfad laut Regierungsprogramm (Defizit-/Überschussquoten in % des BIP).....	80
Tabelle 10:	Der Haushalt 2008 im Überblick	82
Tabelle 11:	Gesamtergebnis der Voranschlagswirksamen Verrechnung.....	86
Tabelle 12:	Der Haushalt 2008 im Überblick	87
Tabelle 13:	Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt.....	89
Tabelle 14:	Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt.....	90
Tabelle 15:	Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur	91
Tabelle 16:	Entwicklung des Abgangs	93
Tabelle 17:	Entwicklung der Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts	95
Tabelle 18:	Negative Verfügungsreste bei Ausgabenvoranschlagsansätzen im Gesamthaushalt 2008	97
Tabelle 19:	Zusammenstellung der nicht gedeckten Voranschlagsansatzabweichungen	98

Tabellen

Tabelle 20:	Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 2008.....	100
Tabelle 21:	Entwicklung der Haushaltsrücklagen	105
Tabelle 22:	Stand der Rücklagen des Bundes	106
Tabelle 23:	Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre	109
Tabelle 24:	Aktiva des Bundes	257
Tabelle 25:	Passiva des Bundes.....	259
Tabelle 26:	Jahreserfolgsrechnung des Bundes Aufwendungen	269
Tabelle 27:	Jahreserfolgsrechnung des Bundes Erträge.....	269
Tabelle 28:	Entwicklung der fälligen Abgabenrückstände (Kapitel 52) gemäß BHG.....	271
Tabelle 29:	Bundesschulden	282
Tabelle 30:	Struktur der Finanzschulden	283
Tabelle 31:	Zusammensetzung der Finanzschulden	284
Tabelle 32:	Aufnahme von Finanzschulden.....	285
Tabelle 33:	Finanzschuldenquote	286
Tabelle 34:	Entwicklung der Währungstauschverträge	288
Tabelle 35:	Forderungen und Schulden aus Währungstauschverträgen	288
Tabelle 36:	Struktur der Finanzschulden	289
Tabelle 37:	Zinsaufwand	290
Tabelle 38:	Verzinsungsstruktur und Restlaufzeit	291
Tabelle 39:	Entwicklung und Stand der Kreditoperationen zur Kassenstärkung	292



Tabellen

Tabelle 40:	Entwicklung und Stand der Rechtsträgerfinanzierung.....	293
Tabelle 41:	Entwicklung und Stand der Bundehaftungen	295
Tabelle 42:	Schadenszahlungen und Rückersätze	296



Inhalt Band 2

Band 2: Abschlussrechnungen und Übersichten zum Bundesrechnungsabschluss 2008

A	VORANSCHLAGSWIRKSAME VERRECHNUNG	
1.	VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG IN DER GLIEDERUNG DES BUNDES- VORANSCHLAGES 2008	
A.1.1	Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung	11
A.1.2	Zusammenfassung der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln	12
A.1.3	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlags	14
	Kapitel..... (Ausgaben/Einnahmen)	
	01 Präsidentschaftskanzlei	14/ 80
	02 Bundesgesetzgebung	15/ 81
	03 Verfassungsgerichtshof	16/ 82
	04 Verwaltungsgerichtshof	17/ 83
	05 Volksanwaltschaft	18/ 84
	06 Rechnungshof	19/ 85
	10 Bundeskanzleramt	20/ 86
	11 Inneres	23/ 88
	12 Unterricht und Kultur	27/ 91
	13 Kunst	34/ 95
	14 Wissenschaft und Forschung.....	36/ 96
	15 Soziales und Konsumentenschutz	39/ 98
	16 Sozialversicherung	41/ 99
	17 Gesundheit	42/100
	19 Familie und Jugend	45/101
	20 Äußeres	47/102
	30 Justiz	49/103
	40 Militärische Angelegenheiten	51/104
	50 Finanzverwaltung	53/105
	51 Kassenverwaltung	56/107
	52 Öffentliche Abgaben	57/109
	53 Finanzausgleich	58/111
	54 Bundesvermögen	59/112
	55 Pensionen	61/114
	58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	62/115
	60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	65/118
	61 Umwelt	70/121
	63 Wirtschaft und Arbeit	72/122
	65 Verkehr, Innovation und Technologie	76/125

Inhalt Band 2

2.	GESAMTÜBERSICHTEN ZUR VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG	
A.2.1.1	Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben	128
A.2.1.2	Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach Personal- und Sachausgaben	129
A.2.1.3	Gesamtübersicht über die Sachausgaben getrennt nach erfolgswirksamen Ausgaben und bestandswirksamen Ausgaben	130
A.2.1.4	Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) getrennt nach Gebarungsguppen	131
A.2.2.1	Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach erfolgswirksamen Einnahmen und bestandswirksamen Einnahmen	132
A.2.2.2	Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach zweckgebundenen Einnahmen und sonstigen Einnahmen	133
A.2.3.1	Gesamtübersicht über die Ausgaben und Einnahmen (Zahlungen) gegliedert nach Aufgabenbereichen	134
A.2.3.2	Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) gegliedert nach Gebarungsguppen und Aufgabenbereichen	135
3.	ÜBERSICHTEN ZUR VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG	
A.3.1.1	Übersicht über die Verpflichtungen	136
A.3.1.2	Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren	137
A.3.2.1	Übersicht über die Schulden	138
A.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden getrennt nach Finanzjahren	139
A.3.3.1	Übersicht über die Berechtigungen	140
A.3.3.2	Übersicht über die Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren	141
A.3.4.1	Übersicht über die Forderungen	142
A.3.4.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen getrennt nach Finanzjahren	143
4.	NACHWEISE ÜBER DIE ABSCHREIBUNGEN VON FORDERUNGEN	
A.4.1	Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen	144
5.	NACHWEISE ÜBER DIE HAUSHALTSRÜCKLAGEN	
A.5.1	Nachweis über die Gebarung aus zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen	145
A.5.2	Nachweis über die allgemeinen Rücklagen	168
A.5.3	Nachweis über die besonderen Rücklagen	173
A.5.4	Nachweis über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU)	177
A.5.5	Nachweis über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen	179
A.5.6	Nachweis über die Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel	187
A.5.7	Nachweis über die Ausgleichsrücklage	190
B	BESTANDS- UND ERFOLGSVERRECHNUNG	
1.	BESTANDSVERRECHNUNG	
B.1	Jahresbestandsrechnung des Bundes 2008	191



Inhalt Band 2

2.	GESAMTÜBERSICHTEN ZUR JAHRESBESTANDSRECHNUNG	
B.2.1	Gesamtübersicht über das Vermögen des Bundes nach Vermögensarten	192
B.2.2	Gesamtübersicht über die Schulden des Bundes nach Schuldarten	196
3.	ÜBERSICHTEN ZUR JAHRESBESTANDSRECHNUNG	
B.3.1	Übersicht über das unbewegliche (einschließlich in Bau befindliche) Anlagevermögen	198
B.3.2	Übersicht über die Beteiligungen des Bundes	200
B.3.3.1	Übersicht über die Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen	203
B.3.3.2	Übersicht über die allgemeinen Rücklagen	205
B.3.3.3	Übersicht über die besonderen Rücklagen	208
B.3.3.4	Übersicht über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU)	211
B.3.3.5	Übersicht über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen	212
B.3.3.6	Übersicht über die Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel	216
B.3.3.7	Übersicht über die Ausgleichsrücklage	217
4.	ERFOLGSVERRECHNUNG	
B.4	Jahreserfolgsrechnung des Bundes 2008	218
5.	GESAMTÜBERSICHTEN ZUR JAHRESERFOLGSRECHNUNG	
B.5.1	Gesamtübersicht über die Aufwendungen des Bundes nach Aufwandsarten	219
B.5.2	Gesamtübersicht über die Erträge des Bundes nach Ertragsarten	221
6.	ABSCHLUSSRECHNUNGEN DER BETRIEBSÄHNLICHEN EINRICHTUNGEN	
B.6.1	Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig	223
C	FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS; RECHTSTRÄGERFINANZIERUNG; BUNDESHAFTUNGEN	
1.	FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS	
C.1.1	Kapitel 51 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand (Voranschlagsvergleichs- rechnung)	225
C.1.2	Kapitel 51 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen)	226
C.1.3	Kapitel 51 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen)	227
C.2.1	Kapitel 54 und 58 – Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt	228
C.2.2	Kapitel 54 und 58 – Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt	232
C.3.1.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Finanzschulden getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	236
C.3.1.2	Übersicht über die nichtfälligen Finanzschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	237
C.3.2.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	238
C.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	239

Inhalt Band 2

C.3.3.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	240
C.3.3.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	241
C.3.4.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	242
C.3.5.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	243
C.3.5.2	Übersicht über sonstige nichtfällige Forderungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	244
C.4	Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts	245
C.5.1	Nachweis über Konversionen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen ..	254
C.5.2	Nachweis über Aufnahmen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen gemäß § 65b Abs. 3 Z 1 lit. c BHG	255
C.6.1	Übersicht über die Finanzschulden – Kapitel 58	257
C.6.2	Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen – Kapitel 58	267
C.6.3	Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen – Kapitel 58	270
C.7.1.1	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld im Jahr 2008 – Kapitel 58	276
C.7.1.2	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in fremder Währung im Jahr 2008 – Kapitel 58	278
C.7.1.3	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2008 – Kapitel 58	282
C.7.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 2008 – Kapitel 58	286
C.7.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2008 – Kapitel 58	288
C.7.2.3	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2008 – Kapitel 58	290
C.7.3.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 2008 – Kapitel 58	292
C.7.3.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2008 – Kapitel 58	294
C.7.3.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2008 – Kapitel 58	298
2.	RECHTSTRÄGERFINANZIERUNG	
K56.C.1.1	Übersicht über den Nettoaufwand (Voranschlagsvergleichsrechnung)	302
K56.C.1.2	Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen)	303
K56.C.1.3	Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen)	304
K56.C.2.1	Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt	305
K56.C.2.2	Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt	307
K56.C.3.1.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Rechtsträgerschulden getrennt nach Finanzjahren	309



Inhalt Band 2

K56.C.3.1.2	Übersicht über die nichtfälligen Rechtsträgerschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren	310
K56.C.3.2.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren	311
K56.C.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren	312
K56.C.3.3.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtungen) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	313
K56.C.3.3.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	314
K56.C.3.4.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	315
K56.C.3.4.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	316
K56.C.3.5.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren .	317
K56.C.3.6.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren .	318
K56.C.4	Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts	319
K56.C.5	Nachweis über Aufnahmen von Rechtsträgerschulden gemäß § 65c Abs. 2 BHG	324
K56.C.6.1	Übersicht über die Rechtsträgerschulden	325
K56.C.6.2	Übersicht über die Forderungen an Rechtsträger	326
K56.C.6.3	Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen	327
K56.C.6.4	Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen	329
K56.C.7.1.1	Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld im Jahr 2008	332
K56.C.7.1.2	Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld in fremder Währung im Jahr 2008	334
K56.C.7.1.3	Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2008	336
K56.C.7.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger im Jahr 2005	338
K56.C.7.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in fremder Währung im Jahr 2008	340
K56.C.7.2.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2008	342
K56.C.7.3.1	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 2008	344
K56.C.7.3.2	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2008	346
K56.C.7.3.3	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2008	348
K56.C.7.4.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 2008	350
K56.C.7.4.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2008	352
K56.C.7.4.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2008	354

Inhalt Band 2

3.	BUNDESHAFTUNG	
C.8.1	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen im Jahr 2008	356
C.8.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in heimischer Währung im Jahr 2008	357
C.8.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 2008	358
C.8.2.3	Übersicht über die Entwicklung der nach Fremdwährungen aufgegliederten Bundeshaftungen im Jahr 2008	359
C.8.2.4	Übersicht über die Entwicklung der nach Fremdwährungen zusammengefassten Bundeshaftungen im Jahr 2008	360
C.8.3	Nachweis der Bundeshaftungen	361
D	ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER (WENN NICHT ANDERS VERMERKT, FÜR DAS JAHR 2008)	
1.	PARLAMENTSDIREKTION	
D.1.1	Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus	372
D.1.2	Allgemeiner Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus	374
D.1.3	Margaretha-Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie	376
2.	BUNDESKANZLERAMT	
D.2.1	Österreichisches Filminstitut	378
D.2.2	Bundesanstalt Statistik Österreich	380
D.2.3	Zukunftsfonds der Republik Österreich	382
D.2.4	Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (für das Jahr 2007)	384
D.2.5	Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH	386
D.2.6	Wiener Zeitung GmbH	388
3.	BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES	
D.3.1	Wiener Stadterweiterungsfonds	390
D.3.2	Gendarmeriejubiläumsfonds 1949	392
D.3.3	Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei	394
D.3.4	Österreichischer Integrationsfonds	396
D.3.5	Unterstützungsinstitut der Bundespolizei (für das Jahr 2007)	398
D.3.6	Wohlfahrtsfonds für die Exekutive des Bundes	400
4.	BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND KULTUR	
D.4.1	Stiftung Theresianische Akademie	402
D.4.2	Kunsthistorisches Museum mit Museum für Völkerkunde und Österreichischem Theatermuseum Wien	404
D.4.3	Österreichische Nationalbibliothek	406
D.4.4	Naturhistorisches Museum Wien	408
D.4.5	ERP-Fonds	410



Inhalt Band 2

D.4.6	Albertina	412
D.4.7	MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst	414
D.4.8	Technisches Museum Wien mit Österreichischer Mediathek	416
D.4.9	Österreichische Galerie Belvedere	418
D.4.10	Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien	420
D.4.11	Künstler Sozialversicherungsfonds	422
D.4.12	Künstlerhilfefonds	424
D.4.13	Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens	426
5.	BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG	
D.5.1	Österreichisches Institut für Sportmedizin (für das Jahr 2007)	428
D.5.2	Österreichisches Institut für Sportmedizin	430
D.5.3	Institute of Science and Technology Austria (für das Jahr 2007)	432
D.5.4	Institute of Science and Technology Austria	434
6.	BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALES UND KONSUMENTENSCHUTZ	
D.6.1	Ausgleichstaxfonds	436
D.6.2	Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung	438
D.6.3	Kriegsopfer- und Behindertenfonds	440
D.6.4	Erzbischof Ladislaus von Pyrker- und Erzherzog Albrecht-Gasteiner Badestiftung; Kurhaus Ferdinand Hanusch	442
D.6.5	Fonds zur besonderen Hilfe für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung – Hilfsfonds	444
D.6.6	Härteausgleichsfonds	446
7.	BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, FAMILIE UND JUGEND	
D.7.1	In-Vitro-Fertilisationsfonds	448
D.7.2	Bundesgesundheitsagentur (für das Jahr 2007)	450
D.7.3	Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds (für das Jahr 2007)	452
D.7.4	Reservefonds für Familienbeihilfen	454
D.7.5	Bundesstelle für Sektenfragen	456
8.	BUNDESMINISTERIUM FÜR EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN	
D.8.1	Auslandsösterreicher Fonds	458
D.8.2	Diplomatische Akademie Wien	460
9.	BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG	
D.9.1	Vereinigte Altösterreichische Militärstiftungen	462
10.	BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN	
D.10.1	Finanzmarktaufsichtsbehörde	464
D.10.2	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	466
D.10.3	Buchhaltungsagentur des Bundes (für das Jahr 2007)	468

Inhalt Band 2

11.	BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT	
D.11.1	Agrarmarkt Austria	470
D.11.2	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	472
D.11.3	Klima- und Energiefonds (für das Jahr 2007)	474
D.11.4	Klima- und Energiefonds	476
12.	BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT	
D.12.1	Arbeitsmarktservice Österreich	478
D.12.2	Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds	480
D.12.3	Bundeswohnbaufonds	482
13.	BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, INNOVATION UND TECHNOLOGIE	
D.13.1	Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	484
E	TABELLEN ZUR VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN GESAMTRECHNUNG 2008	
1.	WIRKSAME AUSGABEN UND EINNAHMEN DES BUNDES NACH ABZUG DER GEBARUNG DER ERWERBSWIRTSCHAFTLICHEN VERWALTUNGSZWEIGE	
E.1	Gesamtübersicht über die wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen und funktionellen Gesichtspunkten	486
2.	WIRKSAME AUSGABEN UND EINNAHMEN DES BUNDES – GESAMTGEBARUNG NACH DER GLIEDERUNG DES BUNDESVORANSCHLAGES	
E.2.1	Gesamtübersicht der wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Gesichtspunkten	487
E.2.2	Gesamtübersicht der Gesamtausgabengebarung nach ökonomischen Gesichtspunkten	488
E.2.3	Aufgliederung der Instandhaltungsausgaben	489
E.2.4	Aufgliederung der Bruttoinvestitionen	490
E.2.5.1	Aufgliederung der Investitionsförderung (Kapitaltransfers)	491
E.2.5.2	Aufgliederung der Investitionsförderung (Darlehen)	492
E.2.6.1	Aufgliederung der Vermögensgebarung (Ausgaben)	493
E.2.6.2	Aufgliederung der Vermögensgebarung (Einnahmen)	494
E.2.7.1	Aufgliederung der Ausgaben an andere Stellen des öffentlichen Sektors	496
E.2.7.2	Aufgliederung der Einnahmen von anderen Stellen des öffentlichen Sektors	497
	Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	498
	Verzeichnis der Abkürzungen	499



BRA 2008 im Überblick

Der Bundeshaushalt im Überblick

Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung

Im Finanzjahr 2008 wurden im Allgemeinen Haushalt des Bundesvoranschlages Ausgaben von 69,869 Mrd. EUR und Einnahmen von 66,909 Mrd. EUR und somit ein Abgang von 2,960 Mrd. EUR veranschlagt. Die tatsächlichen Ausgaben lagen um 10,429 Mrd. EUR und die tatsächlichen Einnahmen um 3,825 Mrd. EUR höher, woraus sich ein endgültiger Abgang von 9,564 Mrd. EUR ergab. Er lag somit um 6,604 Mrd. EUR über dem veranschlagten Betrag.

	Einnahmen	Ausgaben	Überschuss	Abgang
	in Mill. EUR			
Bundesvoranschlag 2008	66.909,23	69.868,85		2.959,62
Allgemeiner Haushalt				
Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	+ 3.824,97	+ 10.429,41		6.604,45
Bundesrechnungsabschluss	70.734,20	80.298,27		9.564,07
+				
Bundesvoranschlag 2008	80.772,86	77.813,24	2.959,62	
Ausgleichshaushalt				
Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	- 29.018,35	- 35.622,80	6.604,45	
Bundesrechnungsabschluss	51.754,51	42.190,44	9.564,07	
=				
Bundesvoranschlag 2008	147.682,09	147.682,09		
Gesamthaushalt				
Gesamtveränderungen	- 25.193,39	- 25.193,39		
Bundesrechnungsabschluss	122.488,70	122.488,70		

Ausgaben- und Einnahmenstruktur (Allgemeiner Haushalt)

Ausgaben in Mill. EUR	2008	2007	Diff. %
Bildungssektor:			
Erziehung und Unterricht	6.877,33	6.533,30	+ 5,3
Forschung und Wissenschaft	4.129,19	3.899,39	+ 5,9
Kunst	490,13	472,40	+ 3,8
Kultus	50,26	49,34	+ 1,9
Sozialsektor:			
Gesundheit	974,38	819,86	+ 18,8
Soziale Wohlfahrt	21.331,62	20.725,57	+ 2,9
Wohnungsbau	1.800,51	1.799,97	+ 0,0
Wirtschaftssektor:			
Straßen	117,01	626,34	- 81,3
Sonstiger Verkehr	6.405,94	6.292,56	+ 1,8
Land- und Forstwirtschaft	1.938,54	1.817,86	+ 6,6
Energiewirtschaft	0,02	0,04	- 36,5
Industrie und Gewerbe	2.175,32	726,49	+ 199,4
Öffentliche Dienstleistungen	501,20	459,04	+ 9,2
Private Dienstleistungen	286,92	300,13	- 4,4
Hoheitssektor:			
Landesverteidigung	2.147,37	2.156,97	- 0,4
Staats- und Rechtssicherheit	2.888,13	2.750,39	+ 5,0
Übrige Hoheitsverwaltung	28.184,40	22.902,28	+ 23,1
Gesamtausgaben	80.298,27	72.331,91	+ 11,0
Einnahmen in Mill. EUR			
Bildungssektor	760,57	764,91	- 0,6
Sozialsektor	8.636,15	7.748,30	+ 11,5
Wirtschaftssektor	3.356,14	3.137,88	+ 7,0
Hoheitssektor	57.981,34	57.811,25	+ 0,3
Gesamteinnahmen	70.734,20	69.462,34	+ 1,8

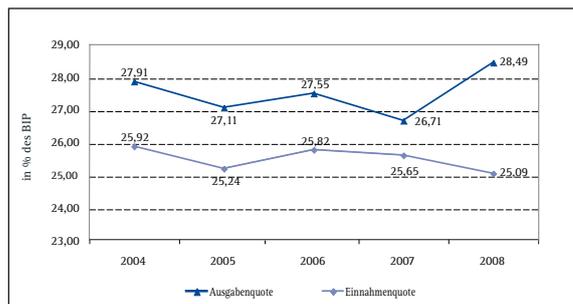
Ausgaben des Bundes (Allgemeiner Haushalt)

Bezeichnung	BRA 2008	BRA 2007	Diff. %
	in Mrd. EUR		
Finanzierungen, Währungstauschverträge	11,1	12,0	- 7,7 %
Kassenverwaltung	8,2	2,2	+ 272,7 %
Sozialversicherung	7,7	7,3	+ 4,8 %
Pensionen	7,4	7,2	+ 2,7 %
Unterricht und Kultur	7,0	6,6	+ 5,3 %
Familie und Jugend	6,5	5,9	+ 10,6 %
Wirtschaft und Arbeit	5,3	5,8	- 7,2 %
Finanzausgleich	4,0	4,8	- 16,2 %
Wissenschaft und Forschung	3,7	3,5	+ 4,2 %
Verkehr, Innovation und Technologie	2,9	2,6	+ 11,5 %
Bundesvermögen	2,2	0,8	+ 186,8 %
Inneres	2,2	2,1	+ 4,2 %
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2,2	2,0	+ 7,1 %
Militärische Angelegenheiten	2,2	2,2	- 0,7 %
Soziales und Konsumentenschutz	2,1	2,0	+ 5,2 %
Finanzverwaltung	1,9	1,9	+ 4,2 %
Justiz	1,1	1,1	+ 2,8 %
Gesundheit	0,8	0,7	+ 21,3 %
Übrige	1,9	1,8	+ 4,9 %

Einnahmen des Bundes (Allgemeiner Haushalt)

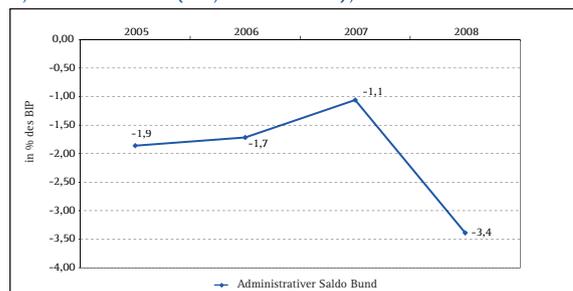
Bezeichnung	2008	2007	Diff. %
	in Mrd. EUR		
Steuern (netto)	44,9	43,6	+ 3,0 %
steuerähnliche Einnahmen	10,9	10,2	+ 6,9 %
Zinsen, Dividenden, u.ä.	5,4	6,4	- 15,6 %
sonstige Einnahmen	9,5	9,3	+ 2,2 %

Einnahmen-/Ausgabenquote des Bundes in % des BIP



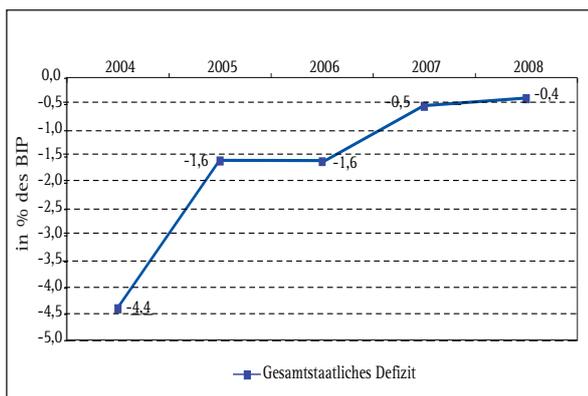
Administrativer Saldo des Bundes (Defizit des Bundes)

Das Defizit des Bundes stieg von 2,870 Mrd. EUR auf 9,564 Mrd. EUR (- 3,4 % des BIP);



Öffentliches Defizit des Staates

Das öffentliche Defizit des Staates laut ESVG 95 sank von 1,448 Mrd. EUR auf 1,098 Mrd. EUR (0,4 % des BIP); die Verschuldung des Staates stieg um 15,408 Mrd. EUR auf 176,420 Mrd. EUR (62,6 % des BIP). Die Einnahmenquote betrug 25,1 % und die Ausgabenquote 28,5 %.



Quelle: Statistik Austria (Stand Juli 2009)

Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Haushaltsjahr 2008 war gekennzeichnet durch ein reales BIP-Wachstum von 2,9 % im 1. Quartal und einer von der Finanzkrise geprägten zweiten Jahreshälfte mit einem realen BIP-Wachstum von 0,0 % im 4. Quartal. Über das gesamte Jahr 2008 stieg das reale BIP um 2,0 % (2007: 3,5 %). Die Arbeitslosigkeit ging zurück. Der Leistungsbilanzsaldo verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr, die Inflationsrate stieg auf über drei Prozent.

	Gegenüberstellung	
	2008	2007
BIP-Wachstum real („Sicherung des Wachstumspotentials“)	+ 2,0 %	+ 3,5 %
Inflationsrate („hinreichend stabiler Geldwert“)	+ 3,2 %	+ 2,2 %
Arbeitslosenquote	5,8 %	6,2 %
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT	3,8 %	4,4 %
Unselbständig Beschäftigte („hoher Beschäftigtenstand“)	+ 2,4 %	+ 2,1 %
Leistungsbilanzsaldo (absolut)	+ 9,82 Mrd.EUR	+ 8,41 Mrd.EUR
Leistungsbilanzsaldo (im Verhältnis zum BIP) („Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts“)	+ 3,5 %	+ 3,1 %

Quelle: WIFO – Juli 2009-Prognose 2009, Statistik Austria

Gesamtstaatliche Indikatoren

in % des BIP	2008	2007
Maastricht-Defizit	0,5	0,4
Maastricht-Verschuldung	62,6	59,5
Abgabenquote (Staat + EU)	42,9	42,2

Struktur der Finanzschulden

Bezeichnung	2008	2007	Diff. %
	in Mrd. EUR		
Finanzschulden	165,620	157,507	+ 5,2
Schulden aus Währungstauschverträgen	23,428	19,270	+ 21,6
Forderungen aus Währungstauschverträgen	- 21,125	- 19,476	+ 8,5
Nettofinanzschulden	167,923	157,301	+ 6,8

Zinsaufwand für die Finanzschulden

Bezeichnung	2008	2007	Diff. %
	in Mrd. EUR		
Zinsaufwand	7,881	7,942	- 0,8
Aufwendungen aus Währungstauschverträgen	2,546	2,402	+ 6,0
sonstiger Aufwand	0,242	0,628	- 61,5
Summe Ausgaben	10,669	10,972	- 2,8
Zinseinnahmen	0,607	0,688	- 11,8
Einnahmen aus Währungstauschverträgen	3,188	3,013	+ 5,8
sonstige Einnahmen	0,172	0,514	- 66,5
Summe Einnahmen	3,967	4,215	- 5,9
Zinsaufwand, netto	6,702	6,757	- 0,8

Verpflichtungen

	2008	2007	Diff. %
	in Mrd. EUR		
Endbestand	103,043	104,832	- 1,7

Stand der Bundeshaftungen

	2008	2007	Diff. %
	in Mrd. EUR		
Endbestand	112,595	87,030	+ 29,4

Im Finanzjahr 2008 wurden im Allgemeinen Haushalt des Bundesvoranschlages Ausgaben von 69,869 Mrd. EUR und Einnahmen von 66,909 Mrd. EUR und somit ein Abgang von 2,960 Mrd. EUR veranschlagt. Die tatsächlichen Ausgaben lagen mit 80,298 Mrd. EUR um 10,429 Mrd. EUR und die tatsächlichen Einnahmen mit 70,734 Mrd. EUR um 3,825 Mrd. EUR höher, woraus sich ein endgültiger Abgang von 9,564 Mrd. EUR ergab. Er lag somit um 6,604 Mrd. EUR über dem veranschlagten Betrag.

Das öffentliche Defizit des Staates laut ESVG 95 sank von 1,448 Mrd. EUR auf 1,098 Mrd. EUR (- 0,4 % des BIP); die Verschuldung des Staates stieg um 15,408 Mrd. EUR auf 176,420 Mrd. EUR (62,59 % des BIP). Die Nettofinanzschulden des Bundes stiegen von 157,301 Mrd. EUR im Jahr 2007 auf 167,923 Mrd. EUR im Jahr 2008. Der Nettozinsaufwand betrug 6,702 Mrd. EUR. Die Einnahmenquote betrug 25,1 % und die Ausgabenquote 28,5 %.

Das reale BIP-Wachstum betrug über das gesamte Jahr 2008 2,0 % (2007: 3,5 %). Das Haushaltsjahr war gekennzeichnet durch ein reales BIP-Wachstum von 2,9 % im 1. Quartal und einer von der Finanzkrise geprägten zweiten Jahreshälfte mit einem realen BIP-Wachstum von 0,0 % im 4. Quartal. Das nominelle BIP lag mit 4,1 % um 0,1 Prozentpunkte über dem im Bundesvoranschlag mit 4,0 % angenommenen Wert. Die Konsumausgaben leisteten zum BIP-Wachstum einen überdurchschnittlichen Beitrag (38,75 %). Sie betragen 201,409 Mrd. EUR (2007: 193,343 Mrd. EUR) und stiegen um 4,2 %.

Im Hinblick auf die Schere zwischen Einnahmenquote und Ausgabenquote (3,4 % Punkte), die Verschuldung des Staates (176,420 Mrd. EUR), die Verpflichtungen des Bundes (103,043 Mrd. EUR) sowie den Stand der Haftungen (112,595 Mrd. EUR) hält der RH strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen für unbedingt erforderlich, um eine nachhaltige Budgetsanierung zu erreichen.

Kurzfassung

1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

In erster Linie dient der Bundesrechnungsabschluss (BRA) als Grundlage zur Ausübung der Kontrollrechte des Nationalrates. Er dokumentiert das Ergebnis der Gebarung des Bundes.

Der BRA stellt die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Bundes und der von ihm verwalteten Rechtsträger dar und gibt insbesondere Auskunft über den Stand der Bundesschulden. Bestandteile des BRA sind die Voranschlagsvergleichsrechnung, die Erfolgsrechnung, die Vermögens- und Schuldenrechnungen sowie die Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger und die Erläuterungen.

Während der erste Band in einem Textteil die Grundlagen und Erläuterungen zum BRA enthält, sind im zweiten Band, dem Zahlenteil, die Abschlussrechnungen und tabellarischen Übersichten dargestellt.

Das im BRA 2008 verwendete statistische Datenmaterial entspricht - soweit nicht anders angemerkt - dem Stand Juli 2009. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenwerten wurden dabei berücksichtigt. Dadurch können sich Abweichungen gegenüber den im BRA 2007 enthaltenen Daten ergeben. Weiters kann es bei der Darstellung der Zahlen zu Rundungsdifferenzen kommen.

PRÜFUNG DER JAHRESRECHNUNGEN 2008 (SIEHE TZ 1.2)

Der RH hat im Zusammenhang mit der Verfassung des Bundesrechnungsabschlusses gemäß § 9 des Rechnungshofgesetzes 1948 (RHG) eine stichprobenweise Überprüfung der Verrechnungsaufschreibungen und Belege durchzuführen.

Dieser Verpflichtung kam der RH im ersten Halbjahr 2009 durch die Prüfung der vorgelegten Jahresrechnungen nach. Die Prüfung wurde auf Basis einer statistisch-wertproportionalen Fallauswahl bei der Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG) sowie den zuständigen haushaltsleitenden Organen durchgeführt.

Im Zuge der Prüfung stellte der RH insbesondere in den Bereichen der Personalverrechnung, der internen Buchungsbelege, des Bilanzsplittings, des Eilnachrichtenverfahrens und der Vorschusszahlungen Mängel fest und gab zu den festgestellten Mängeln Empfehlungen ab.

HAUSHALTS- UND RECHNUNGSFÜHRUNG DES BUNDES (SIEHE TZ 1.5)

Der Bund hat gemäß Art. 13 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) gemeinsam mit den Ländern und Gemeinden bei seiner Haushaltsführung die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes anzustreben.

Die Haushaltsführung des Bundes hat gemäß Art. 51 Abs. 6 B-VG nach einheitlichen Grundsätzen zu erfolgen, die im Bundeshaushaltsgesetz (BHG) näher festgelegt sind.

Die Organisation der Haushaltsführung ist im II. Abschnitt des BHG festgelegt. Es wird grundsätzlich zwischen anordnenden und ausführenden Organen unterschieden. Die Trennung von Anordnung und Ausführung soll das Vier-Augen-Prinzip gewährleisten.

Anordnende Organe sind insbesondere die Mitglieder der Bundesregierung, der Bundespräsident, die Präsidenten des Nationalrates, des Bundesrates, des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichtshofes, des Rechnungshofes und der Vorsitzende der Volksanwaltschaft. Ausführendes Organ ist die zentrale Buchhaltung, deren Funktion und Aufgaben seit ihrer Ausgliederung von der Buchhaltungsagentur des Bundes gemäß Buchhaltungsagenturgesetz (BHAG) wahrgenommen werden.

Die Haushalts- und Rechnungsführung des Bundes wird in der Voranschlagsvergleichsrechnung, der Jahresbestandsrechnung und der Jahreserfolgsrechnung abgebildet.

Die Voranschlagsvergleichsrechnung entspricht in ihrer Form der im BFG 2008 festgelegten Gliederung. Sie enthält das Ergebnis aller rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge von der Genehmigung der Voranschlagsansätze bis zur Verwirklichung der Einnahmen und Ausgaben und spiegelt den Budgetvollzug wider.

Die Jahresbestandsrechnung ist grundsätzlich einer Bilanz nachgebildet und gibt Aufschluss über Stand und Struktur des Bundesvermögens am Ende des Verrechnungszeitraumes.

Die Jahreserfolgsrechnung ist grundsätzlich einer Gewinn- und Verlustrechnung nachgebildet. Durch die Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen entspricht sie einer finanzwirtschaftlichen Saldorechnung.

Kurzfassung

2. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN DES BUNDESHAUSHALTS

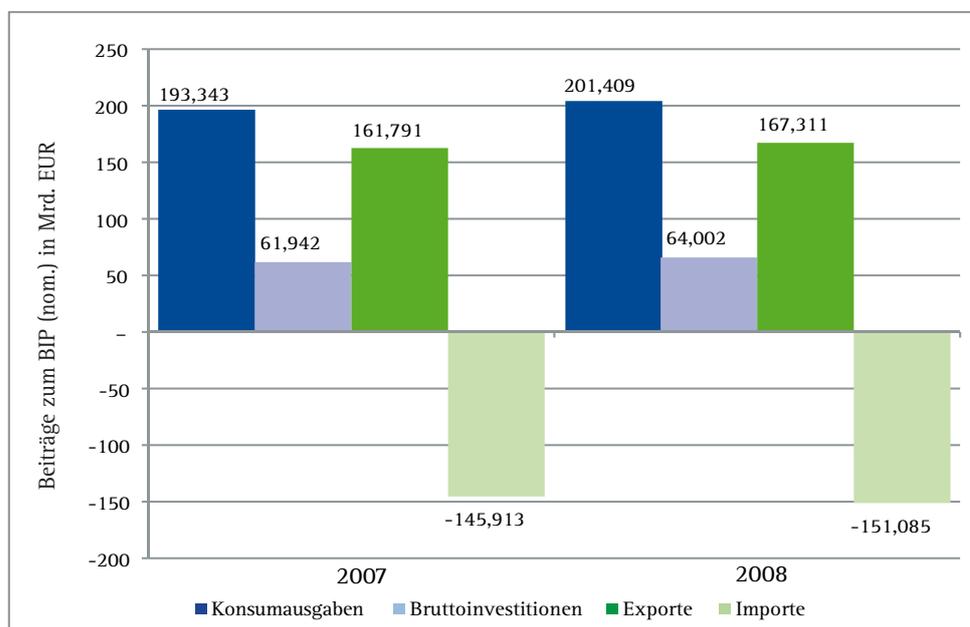
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN (SIEHE TZ 2.1)

Die Haushaltsführung ist unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu gestalten, wobei die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes (§ 2 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG)) zu berücksichtigen sind. Gemäß BHG zeichnet sich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem hohen Beschäftigtenstand, einem hinreichend stabilen Geldwert, der Sicherung des Wachstumspotenzials und der Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes aus.

Das nominelle Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das nominelle BIP betrug 281,867 Mrd. EUR (2007: 270,782 Mrd. EUR) und stieg somit um 4,1 % (11,085 Mrd. EUR).

Folgende Abbildung zeigt die Zusammensetzung des nominellen BIP für die Jahre 2007 bis 2008:



Quelle: Statistik Austria

Die Konsumausgaben leisteten zum BIP-Wachstum einen überdurchschnittlichen Beitrag (38,75 %). Sie betragen 201,409 Mrd. EUR (2007: 193,343 Mrd. EUR) und stiegen um 4,2 %. Die Bruttoinvestitionen stiegen um 3,3 % auf 64,002 Mrd. EUR (2007: 61,942 Mrd. EUR). Die Exporte waren mit 167,311 Mrd. EUR (2007: 161,791 Mrd. EUR) um 3,4 % höher als im

Vorjahr. Die Importe betragen 151,085 Mrd. EUR (2007: 145,913 Mrd. EUR) und stiegen damit um 3,5 % (5,172 Mrd. EUR).

Vergleich der wirtschaftlichen Istdaten mit den Daten der Budgeterstellung

In der folgenden Tabelle werden die Daten zum Zeitpunkt der Budgeterstellung 2008 (WIFO Prognose 2006) den Istwerten für 2008 gegenübergestellt:

	WIFO - Dezember Prognose 2006 (= Basis für Budgeterstellung)	
	2008	Istwerte 2008
Nominelles BIP-Wachstum	+ 4,0 %	+ 4,1 %
Reales BIP-Wachstum	+ 2,3 %	+ 2,0 %
Unselbständige Beschäftigte	+ 0,7 %	+ 2,4 %
Arbeitslosenquote (Eurostat)	4,5 %	3,8 %
Arbeitslosenquote (national)	6,4 %	5,8 %
Verbraucherpreise	+ 1,7 %	+ 3,2 %
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. EUR)		9,82 Mrd. EUR
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)		3,5 %

Quelle: WIFO

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die bei der Budgeterstellung herangezogen wurden, basierten auf der WIFO-Dezember-Prognose 2006. Demnach wurden der Budgeterstellung ein reales BIP-Wachstum von 2,3 % und ein nominelles BIP-Wachstum von 4,0 %, eine Preissteigerung von 1,7 % und eine Zunahme der Beschäftigung (+ 0,7 %) sowie ein Rückgang der Arbeitslosenzahl (- 0,1 %) zugrunde gelegt.

Das reale BIP-Wachstum stieg über das gesamte Jahr 2008 um 2,0 % (2007: 3,5 %). Das Haushaltsjahr war gekennzeichnet durch ein reales BIP-Wachstum von 2,9 % im 1. Quartal und einer von der Finanzkrise geprägten zweiten Jahreshälfte mit einem realen BIP-Wachstum von 0,0 % im 4. Quartal. Das nominelle BIP lag mit 4,1 % um 0,1 Prozentpunkte über dem im Bundesvoranschlag mit 4,0 % angenommenen Wert.

Die Preissteigerung (VPI) lag mit 3,2 % (2007: 2,2 %) über jenem dem BVA zugrunde gelegten Wert von 1,7 %, wobei die Spitze im Juni 2008 mit einer Teuerungsrate von 3,9 % erreicht wurde. Im Dezember 2008 hat sich die Inflation auf 1,3 % zum Vorjahr verlangsamt.

Kurzfassung

Im Jahresdurchschnitt waren 4,09 Mill. Personen erwerbstätig, davon rd. 3,50 Mill. unselbständig. Die österreichische Erwerbsquote stieg in den letzten Jahren kontinuierlich von 73,7 % im Jahr 2006 und 74,7 % im Jahr 2007 auf 75,0 % im Jahr 2008 an. Gegenüber dem Jahr 2007 gab es ein Beschäftigungsplus von unselbständigen Erwerbstätigen von 77.800 Personen. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnungsmethode betrug 5,8 % (2007: 6,2 %). Die Arbeitslosenquote nach internationaler Berechnungsmethode (Eurostat) betrug 3,8 % (2007: 4,4 %). Durchschnittlich waren rd. 162.300 Personen arbeitslos gemeldet. Im vierten Quartal stieg die nationale Arbeitslosenquote auf 6,6 % bzw. die internationale Arbeitslosenquote auf 4,0 %.

Die internationale Arbeitslosenquote berechnet sich als Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen. Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Die Datenquelle ergibt sich durch die Mikrozensushebung.

Die nationale Arbeitslosenquote berechnet sich als Anteil der Zahl der beim Arbeitsmarktservice (AMS) vorgemerkten Personen am unselbständigen Arbeitskräftepotenzial (beim AMS vorgemerkte arbeitslose Personen und beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfasste unselbständige Beschäftigte).

Im österreichischen Außenhandel stiegen die Exporte der Güter um 2,5 % auf 117,525 Mrd. EUR (2007: 114,680 Mrd. EUR). Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kam es ab November zu einem deutlichen Einbruch. Die Exporte verzeichneten einen Rückgang von 14,2 % im November 2008 bzw. 8,3 % im Dezember 2008. Die Importe der Güter betragen 119,568 Mrd. EUR (2007: 114,255 Mrd. EUR) und waren um 4,7 % höher als im Vorjahr. Im Unterschied zur Darstellung der Zusammensetzung des BIP umfassen die Exporte und Importe beim österreichischen Außenhandel ausschließlich Güter.



BRA 2008

Kurzfassung

DER BUNDESHAUSHALT 2008 (SIEHE TZ 2.2)

Bundshaushalt im Überblick

Die Ergebnisse des Bundshaushalts für die Jahre 2005 bis 2008 stellen sich wie folgt dar:

	BRA	BRA	BRA	BRA	BVA	Veränderung	Abweichung
	2005	2006	2007	2008	2008	BRA	BVA : BRA
	Mrd. EUR	2007 : 2008	2008				
						%	%
Allgemeiner Haushalt:							
Ausgaben	66,041	70,561	72,332	80,298	69,869	+ 11,0	+ 14,9
Einnahmen	61,493	66,145	69,462	70,734	66,909	+ 1,8	+ 5,7
Abgang	- 4,548	- 4,416	- 2,870	- 9,564	- 2,960	+ 233,2	+ 223,2
Ausgleichshaushalt:							
Ausgaben	32,271	39,090	57,130	42,190	77,813	- 26,2	- 45,8
Einnahmen	36,819	43,506	60,000	51,755	80,773	- 13,7	- 35,9
Überschuss	+ 4,548	+ 4,416	+ 2,870	+ 9,564	+ 2,960	+ 233,2	+ 223,2
BIP:	243,585	256,162	270,782	281,867			
Defizit in % des BIP	-1,9	-1,7	-1,1	-3,4			

Quelle: Eigene Berechnung, Statistik Austria

Im Budgetvollzug 2008 wurden die veranschlagten Ausgaben in Höhe von 69,869 Mrd. EUR des Allgemeinen Haushalts mit 80,298 Mrd. EUR (2007: 72,332 Mrd. EUR) um 10,429 Mrd. EUR (+ 14,9 %) überschritten. Die Ausgabensteigerung gegenüber 2007 lag mit 11,0 % über dem nominellen BIP-Wachstum von 4,1 %.

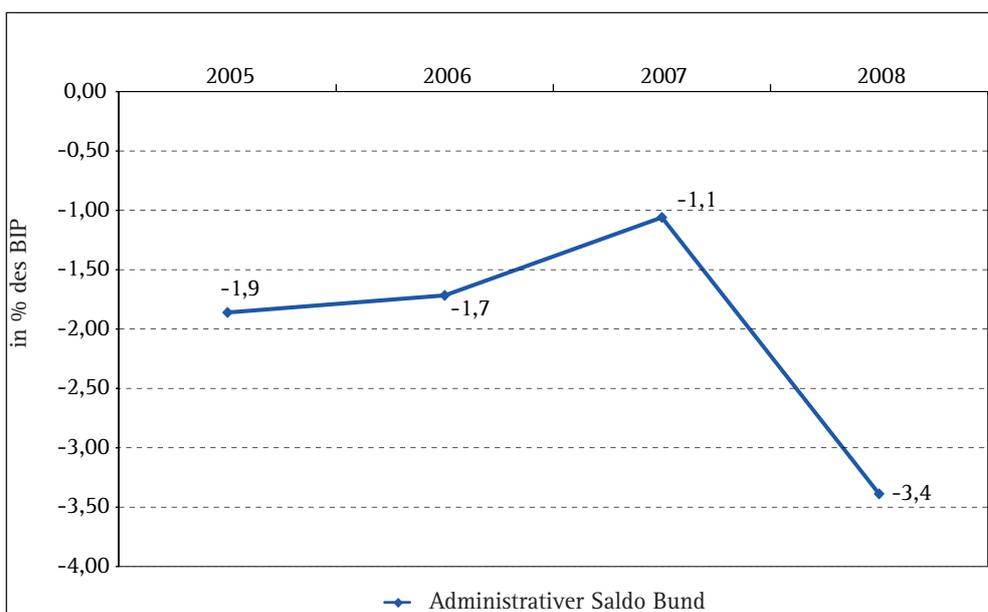
Die veranschlagten Einnahmen in Höhe von 66,909 Mrd. EUR des Allgemeinen Haushalts wurden mit 70,734 Mrd. EUR (2007: 69,462 Mrd. EUR) um 3,825 Mrd. EUR (+ 5,7 %) überschritten. Die Einnahmensteigerung gegenüber dem Vorjahr betrug 1,8 %.

Das Defizit stieg auf 9,564 Mrd. EUR (2007: 2,870 Mrd. EUR) und betrug - 3,4 % des BIP.

Kurzfassung

Administrativer Saldo (Abgang) des Bundes

Der administrative Saldo ist die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben des Allgemeinen Haushalts. Dieser stellt sich in Prozent des BIP im Zeitraum 2005 bis 2008 wie folgt dar:



Quelle: Eigene Berechnung

Berechnung des Primärsaldos

Der Primärsaldo errechnet sich aus dem Saldo des Allgemeinen Haushalts, bereinigt um die Veränderung der Rücklagen und die Zinsen. Der Primärsaldo gibt Aufschluss über die Auswirkungen der aktuellen Budgetpolitik auf die zukünftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Um die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, ist ein positiver Primärsaldo des öffentlichen Haushalts nötig.

Der Primärsaldo des Bundes errechnet sich für den Zeitraum 2005 bis 2008 wie folgt:

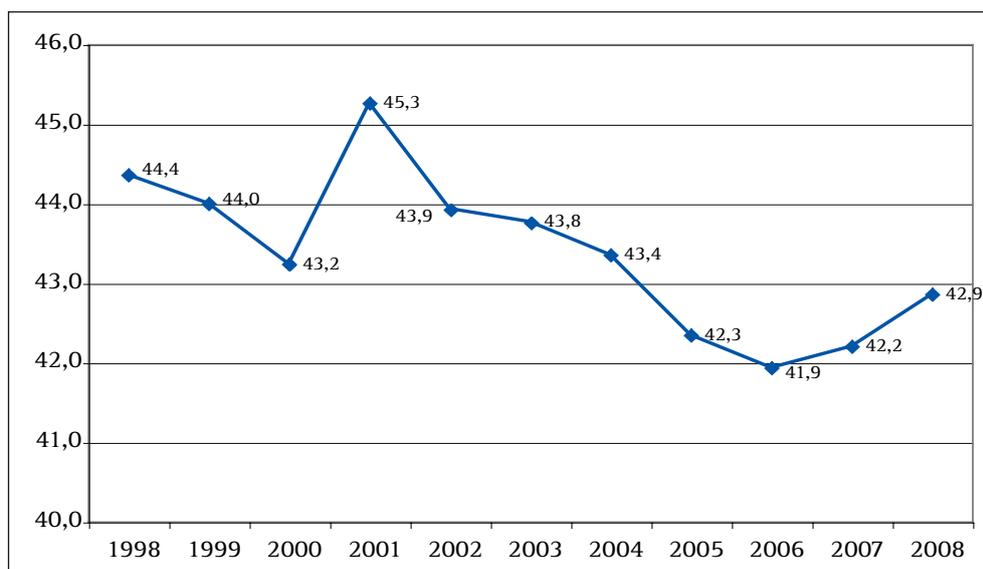
	BRA 2005		BRA 2006		BRA 2007		BRA 2008	
	Mrd. EUR	in % des BIP						
Allgemeiner Haushalt:								
Ausgaben	66,041	27,1	70,561	27,5	72,332	26,7	80,298	28,5
Einnahmen	61,493	25,2	66,145	25,8	69,462	25,7	70,734	25,1
Saldo Allgemeiner Haushalt (=„administrativer Saldo“)	-4,548	-1,9	-4,416	-1,7	-2,870	-1,1	-9,564	-3,4
Veränderung der Haushalts- rücklagen	0,279	0,1	0,267	0,1	0,995	0,4	6,778	2,4
Zinsen (abzüglich Swap-Zins- Einnahmen)	7,592	3,1	7,952	3,1	8,068	3,0	7,478	2,7
Primärsaldo des Bundes	3,323	1,4	3,802	1,5	6,193	2,3	4,692	1,7

Quelle: Eigene Berechnung, Statistik Austria

Durch die gestiegenen Ausgaben im Haushaltsjahr 2008 fiel der positive Primärsaldo des Bundes auf 4,692 Mrd. EUR (2007: 6,193 Mrd. EUR) um 1,501 Mrd. EUR. Die Berücksichtigung der Veränderung der Rücklagen wurde im BRA 2008 erstmals vorgenommen, woraus sich aktualisierte Werte des Primärsaldos für die Vorjahre ergeben.

Abgabenquote

Folgende Abbildung zeigt die Abgabenquote für den Zeitraum 1998 bis 2008:



Quelle: Statistik Austria (Berechnungsstand Juni 2009, BIP: Stand Juli 2009)

Kurzfassung

Im Haushaltsjahr 2008 belief sich die Abgabenquote, d.h. die Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des BIP auf 42,9 % und stieg somit um 0,7 Prozentpunkte an. Die von der Statistik Austria an die OECD gemeldeten Daten ergaben eine gesamtstaatliche Abgabenquote ohne imputierte Sozialbeiträge¹ von 42,9 % des BIP bzw. mit imputierten Sozialbeiträgen von 44,4 % des BIP.

DER BUNDESHAUSHALT IM RAHMEN DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN VERPFLICHTUNGEN AUF EU-EBENE (SIEHE TZ 2.3)

Die in Artikel 104 des EG-Vertrages festgelegten fiskalen Rahmenbedingungen sowie das beigefügte Protokoll mit den definierten Referenzwerten (Maastricht-Kriterien) für öffentliche Defizite (3 % des BIP) und Schuldenstände (60 % des BIP) stellen wichtige Kriterien für die multilaterale Überwachung und Steuerung der europäischen Währungs- und Wirtschaftspolitik dar. Österreich - als Mitglied der Eurozone - ist verpflichtet, jährlich ein Stabilitätsprogramm vorzulegen, in welchem der Budget- und Schuldenpfad, das mittelfristige Budgetziel sowie die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen dargestellt werden. Weiters verpflichtet sich Österreich zweimal jährlich Daten über die Budgetentwicklung an die Europäische Kommission zu übermitteln („budgetäre Notifikation“).

Sowohl das Stabilitätsprogramm als auch die budgetäre Notifikation basieren auf dem ESVG 95 und bilden daher den konzeptionellen Rahmen für die Vergleichbarkeit unter den EU-Mitgliedstaaten. Zur gesamtstaatlichen Betrachtung des Staatshaushalts gruppiert die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung den Staat in vier Teilsektoren: Bundessektor, Landesebene, Gemeindeebene und Sozialversicherungsträger. Sowohl für das öffentliche Defizit als auch für den öffentlichen Schuldenstand tragen alle vier Teilsektoren zur gesamtstaatlichen Betrachtung bei.

Das aktuelle Stabilitätsprogramm für die Jahre 2008 bis 2013 wurde am 21. April 2009 an die Europäische Kommission übermittelt.

Der Österreichische Stabilitätspakt 2008 regelt die Stabilitätsbeiträge in Form von Defizitquoten und Überschüssen des Bundes, der Länder und der Gemeinden für die Jahre 2008 bis 2013, um den EU-rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

¹ Imputierte Sozialbeiträge bilden den Gegenpart zu ungedeckten Sozialleistungen die von Arbeitgebern direkt an ihre Arbeitnehmer bezahlt werden. In Österreich werden die imputierten Pensionsbeiträge dieser Kategorie zugerechnet. Die imputierten Pensionsbeiträge stellen im Wesentlichen jenen Anteil an Pensionszahlungen der öffentlichen Rechtsträger an Beamte dar, die durch die Pensionsbeiträge der Beamten nicht gedeckt sind.

Für das Jahr 2008 wurde ein gesamtstaatliches Defizit von - 0,88 % des BIP angestrebt, wobei der Bund sich verpflichtete, ein Defizit von - 1,33 % des BIP nicht zu überschreiten. Die Länder verpflichteten sich zu Haushaltsüberschüssen von + 0,45 % des BIP und die Gemeinden zu länderspezifischen ausgeglichenen Haushalten.

Am 7. Juli 2009 wurde das österreichische Stabilitätsprogramm im Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN) behandelt. In seiner Stellungnahme schrieb der ECOFIN, dass der dramatische Wandel der Wirtschaftslage nur geringe Auswirkungen auf den Haushaltssaldo 2008 hatte und sich die Auswirkungen der Einnahmefälle sowie der Stabilisierungsmaßnahmen der Regierung im Wesentlichen ab 2009 zeigen werden.

Der ECOFIN forderte Österreich mit seiner Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm auf, die konjunkturfördernden Maßnahmen im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm 2009 und 2010 sowie mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt umzusetzen, den finanzpolitischen Kurs allerdings spätestens 2011 umzukehren, um wieder auf den Konsolidierungspfad zurückzukehren. Der Rat forderte, das gesamtstaatliche Budgetdefizit („Maastricht“) unter den Referenzwert von 3 % des BIP zu bringen. Zusätzlich forderte der ECOFIN eine Verbesserung des Haushaltsrahmens, um die Haushaltsdisziplin auf allen Ebenen des Staates durch mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht zu stärken, namentlich durch eine Angleichung der legislativen, administrativen und finanzpolitischen Zuständigkeitsbereiche zwischen den verschiedenen Regierungsebenen.

Kurzfassung

In folgender Tabelle wird die Überleitung vom Defizit des Allgemeinen Haushalts des Bundes zum Defizit des Bundessektors laut ESVG 95 für die Jahre 2007 und 2008 dargestellt:

	Mill. EUR	
	2007	2008
Abgang Allgemeiner Haushalt des Bundes	- 2.869,58	- 9.564,07
Rücklagenzuführung (Ausgaben)	+ 2.242,02	+ 8.483,19
Rücklagenentnahmen (Einnahmen)	- 1.527,35	- 1.614,90
Darlehen Ausgaben	+ 386,64	+ 429,38
Darlehen Einnahmen	- 260,89	- 320,98
Beteiligungen Ausgaben	+ 176,11	+ 1.075,90
Beteiligungen Einnahmen	+ 4,97	- 6,85
Steuern, Periodengerechte Zuordnung	+ 164,53	+ 292,71
Zinsen, Periodengerechte Zuordnung	+ 397,00	+ 292,00
Sonstiges	- 452,56	- 699,35
Finanzierungsdefizit des Bundessektors	- 1.739,10	- 1.632,98
Finanzierungsdefizit des Bundessektors in % des BIP	- 0,64	- 0,58

Quelle: Statistik Austria, Budget-Notifikation März 2009

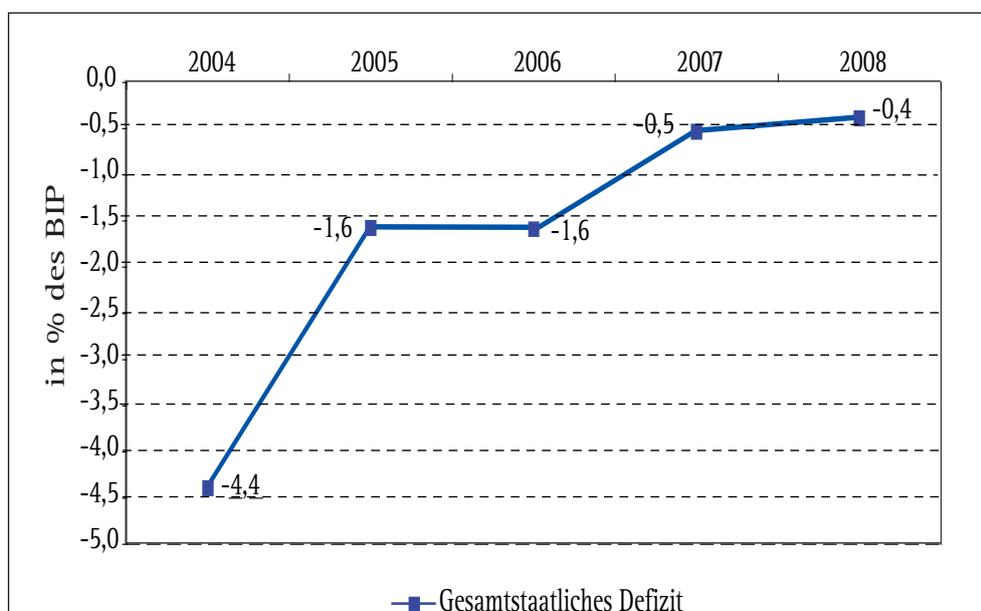
Im März 2009 wurde für das Haushaltsjahr 2008 ein Maastricht-Defizit (Finanzierungsdefizit des Bundessektors) von 1,633 Mrd. EUR (- 0,58 % des BIP) notifiziert, wobei die Rücklagen in der Höhe von 6,868 Mrd. EUR (Rücklagenzuführung + 8,483 Mrd. EUR, Rücklagenentnahme - 1,615 Mrd. EUR) die größte Differenz zum Abgang des Allgemeinen Haushalts erklären. Die budgetäre Notifikation ist eine Meldeverpflichtung der EU-Länder an die Europäische Kommission zu Verschuldungs- und Defizitdaten des Staates (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) gemäß EU-Verordnung, die zweimal jährlich erfolgt (jeweils Ende März und Ende September). Die Berechnung und Übermittlung der Daten erfolgt durch die Statistik Austria.

Öffentliches Defizit des Staates laut ESVG 95

Die folgende Tabelle und Abbildung zeigen das öffentliche Defizit des Staates laut ESVG 95 für den Zeitraum 2004 bis 2008*:

	2004	2005	2006	2007	2008
	Mrd. EUR				
Finanzierungsdefizit des Bundes laut ESVG 95	- 10,743	- 4,222	- 3,995	- 1,686	- 1,598
Finanzierungsdefizit des Bundessektors laut ESVG 95	- 10,716	- 4,356	- 4,059	- 1,739	- 1,633
Finanzierungssaldo der Landesebene laut ESVG 95***	+ 0,320	+ 0,239	- 0,415	+ 0,237	+ 0,325
Finanzierungssaldo der Gemeindeebene laut ESVG 95***	+ 0,035	+ 0,198	+ 0,188	+ 0,216	+ 0,158
Finanzierungssaldo der Gemeinde Wien	+ 0,332	+ 0,133	+ 0,144	+ 0,091	+ 0,108
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung laut ESVG 95	- 0,203	- 0,057	- 0,003	- 0,254	- 0,057
Öffentliches Defizit des Staates laut ESVG 95	- 10,232	- 3,843	- 4,144	- 1,448	- 1,098
BIP**	232,782	243,585	256,162	270,782	281,867
Öffentliches Defizit des Staates in % des BIP	- 4,4	- 1,6	- 1,6	- 0,5	- 0,4

Quelle: Statistik Austria, (Stand: * 31. März 2009/ ** 10. Juli 2009); *** ohne Wien



Quelle: Statistik Austria

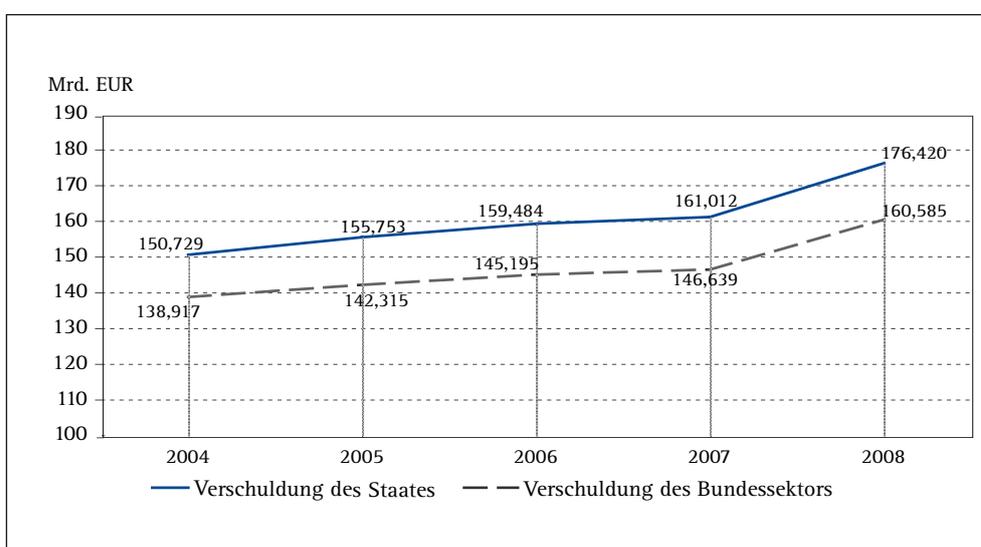
Kurzfassung

Die Entwicklung des öffentlichen Defizits auf gesamtstaatlicher Ebene (Öffentliches Defizit des Staates laut ESVG 95) im Bezug auf den Referenzwert von 3 % des BIP zeigt, dass der Wert in den letzten Jahren (Ausnahme 2004) unterschritten wurde.

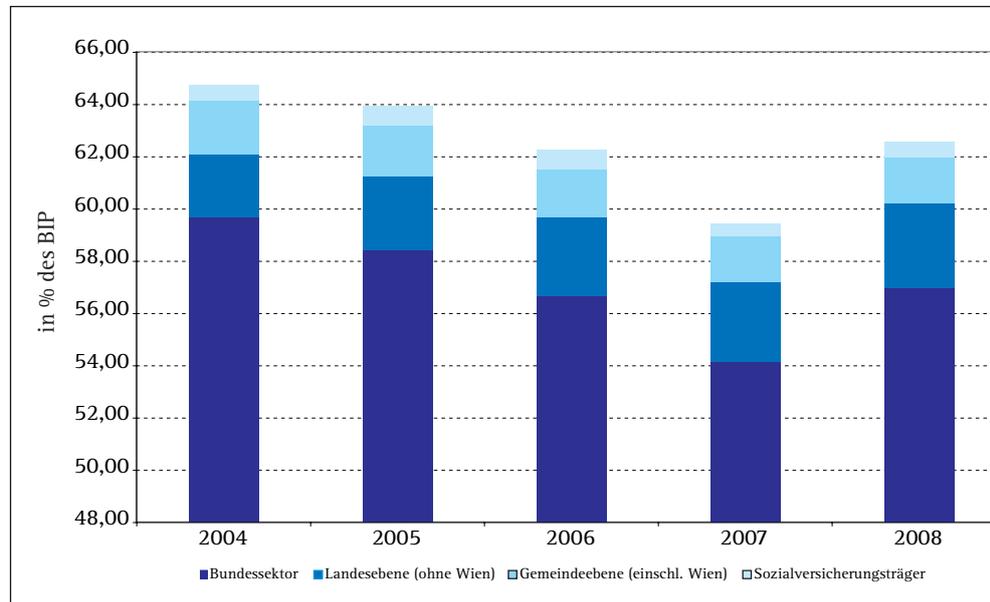
Im Jahr 2008 hatte der Bundssektor ein Defizit von - 0,58 % des BIP und die Sozialversicherung von - 0,02 % des BIP. Die Länder (mit Wien) erzielten einen Überschuss von + 0,15 %, die Gemeinden (ohne Wien) von + 0,06 %. Damit wurden die Verpflichtungen des Österreichischen Stabilitätspakts vom Bund (- 0,58 % statt - 1,33 % des BIP) und den Gemeinden (+ 0,06 % statt 0,0 % des BIP) erfüllt, die Länder blieben mit + 0,15 % unter der Verpflichtung aus dem Stabilitätspakt (+ 0,45 % des BIP) zurück.

Der öffentliche Verschuldung des Staates laut ESVG 95

Die folgenden Abbildungen geben einen Überblick über den Stand der öffentlichen Verschuldung bzw. die Schuldenquote im Zeitraum 2004 bis 2008:



Öffentliche Verschuldung - Quelle: Statistik Austria



Schuldenquote - Quelle: Statistik Austria

Der öffentliche Schuldenstand betrug 176,420 Mrd. EUR (2007: 161,012 Mrd. EUR) und lag mit 62,59 % (2007: 59,46 %) des BIP über der Referenzmarke (Maastricht-Kriterien) von 60 %.

3. VORANSCHLAGSVERGLEICHRECHNUNG

GESAMTERGEBNIS DER VORANSCHLAGSWIRKSAMEN VERRECHNUNG (SIEHE TZ 3.2)

Die Ausgaben im Allgemeinen Haushalt betragen 80.298,27 Mill. EUR (2007: 72.331,92 Mill. EUR) und stiegen um 7.966,35 Mill. EUR (+ 11,0 %). Die Einnahmen betragen 70.734,20 Mill. EUR (2007: 69.462,34 Mill. EUR) und stiegen um 1.271,86 Mill. EUR (+ 1,8 %). Die veranschlagten Ausgaben von 69.868,85 Mill. EUR wurden um 10.429,41 Mill. EUR (+ 14,9 %) überschritten. Die veranschlagten Einnahmen von 66.909,23 Mill. EUR wurden um 3.824,97 Mill. EUR (+ 5,7 %) überschritten. Der Abgang von 9.564,07 Mill. EUR lag somit um 6.604,45 Mill. EUR (+ 223,2 %) über dem in Art. I BFG 2008 ausgewiesenen Betrag.

VORJAHRESVERGLEICH DER AUSGABEN (SIEHE TZ 3.2.3.1)

Die Personalausgaben betragen 11.541,17 Mill. EUR (2007: 11.066,46 Mill. EUR) und erhöhten sich um 474,71 Mill. EUR (+ 4,3 %).

Kurzfassung

Die Sachausgaben im Allgemeinen Haushalt betragen 68.757,09 Mill. EUR (2007: 61.265,45 Mill. EUR) und stiegen um 7.491,64 Mill. EUR (+ 12,2 %).

Vorjahresvergleich der Ausgaben

Gliederung	2008		2007		Veränderung von 2007 auf 2008	
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts	80.298,27		72.331,92		7.966,35	11,0
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:						
Erfolgswirksame Ausgaben	70.932,66	88,3	69.555,40	96,2	1.377,25	2,0
Bestandswirksame Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	9.365,61	11,7	2.776,51	3,8	6.589,10	237,3
	80.298,27	100,00	72.331,92	100,00	7.966,35	11,0
- nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:						
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	45.362,72	56,5	44.676,69	61,8	686,03	1,5
Ermessensausgaben des Allgemeinen Haushalts	34.935,54	34,5	27.655,23	38,2	7.280,32	26,3
	80.298,27	100,00	72.331,92	100,00	7.966,35	11,0
- nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:						
Personalausgaben (Ges. Verpfl. des Allg. Haushalts)	11.541,17	14,4	11.066,46	15,3	474,71	4,3
Sachausgaben des Allgemeinen Haushalts	68.757,09	85,6	61.265,45	84,7	7.491,64	12,2
	80.298,27	100,00	72.331,92	100,00	7.966,35	11,0
Personalausgaben	11.541,17		11.066,46		474,71	4,3
Davon entfielen auf:						
Aktivbezüge	8.387,92	72,7	8.004,51	72,3	383,41	4,8
Pensionen	3.153,25	27,3	3.061,95	27,7	91,30	3,0
	11.541,17	100,00	11.066,46	100,00	474,71	4,29
Die Aktivbezüge setzen sich wie folgt zusammen:						
Geldbezüge für Beamte	4.885,50	58,2	4.804,46	60,0	81,04	1,7
Geldbezüge für Vertragsbedienstete	1.589,66	19,0	1.472,35	18,4	117,31	8,0
Sonstige Personalausgaben einschl. Dienstgeberbeiträge	1.912,76	22,8	1.727,70	21,6	185,06	10,7
	8.387,92	100,00	8.004,51	100,00	383,41	4,8
Sachausgaben	68.757,09		61.265,45		7.491,64	12,2
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:						
Erfolgswirksame Ausgaben	59.391,48	84,6	58.488,94	95,5	902,54	1,5
Bestandswirksame Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	9.365,61	13,6	2.776,51	4,5	6.589,10	237,3
	68.757,09	100,00	61.265,45	100,00	7.491,64	12,2
- nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:						
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	33.821,55	49,2	33.610,23	54,9	211,32	0,6
Ermessensausgaben des Allgemeinen Haushalts	34.935,54	50,8	27.655,23	45,1	7.280,32	26,3
	68.757,09	100,00	61.265,45	100,00	7.491,64	-6,29
- nach Gebarungsgruppen:						
Anlagen	912,96	1,3	387,66	0,6	525,30	135,5
Förderungen	4.368,21	6,4	4.221,75	6,9	146,46	3,5
Aufwendungen des Allgemeinen Haushalts	63.475,92	92,3	56.656,04	92,5	6.819,88	12,0
	68.757,09	100,00	61.265,45	100,00	7.491,64	12,2

EU-ZAHLUNGSFLÜSSE (SIEHE TZ 3.4)

EU-Zahlungsflüsse im Bundeshaushalt („Haushaltssaldo des Bundes“)

Nach den Bestimmungen von Art. 9 der VO 1150/2000 hat jeder Mitgliedstaat ein Konto zu führen, auf dem die Eigenmittel der EU für die Europäische Kommission zur Verfügung zu stellen sind. Dieses so genannte „Art. 9-Konto“ wird in der Haushaltsverrechnung des Bundes dargestellt.

Gemäß § 16 Abs. 3a BHG werden die zur Finanzierung des EU-Haushalts bestimmten Beiträge im Voranschlag als Verminderung der Abgabeneinnahmen dargestellt. Die laufenden Zahlungen an die EU erfolgen auf Grund des jeweiligen Liquiditätsbedarfs der Kommission.

Es kommt zu zahlreichen Rückflüssen aus dem EU-Haushalt in den Bundeshaushalt. Die umfangreichsten Rückflüsse betreffen jene Ausgaben des EU-Haushalts, welche im Wege der Mitgliedstaaten abgewickelt werden („geteilte Verwaltung“ gemäß Art. 53 Abs. 3 EU-Haushaltsordnung). Die betragsmäßig umfangreichsten Rückflüsse betreffen die Landwirtschaft und die Strukturförderungen. Diese Mittel werden vom Bundesministerium für Finanzen zentral vereinnahmt und als Bundesausgaben entweder direkt an die Förderungsnehmer ausgezahlt oder an die für die Verteilung der Mittel zuständige Stelle (z.B. AMA) weitergeleitet.

Rückflüsse aus dem EU-Haushalt ergeben sich darüber hinaus auf Grund von Kostenersätzen der EU für die Teilnahme der Vertreter Österreichs an Sitzungen bei EU-Organen. Die Kostenersätze für Ratssitzungen werden vom Bundesministerium für Finanzen pauschal verrechnet, jene für Sitzungen der Kommissionsausschüsse werden in allen Kapiteln ausgewiesen. Falls Bundesdienststellen an EU-Programmen teilnehmen, erhalten sie Förderungsmittel, die ebenfalls im Bundeshaushalt als Rückflüsse aufscheinen.

Die aus der Haushaltsverrechnung des Bundes ersichtlichen Zahlungsflüsse Österreichs an die EU und die Rückflüsse stellen sich wie folgt dar:

Zahlungsflüsse 2008	
in Mill. EUR	
Lfd. Beitragszahlungen an die EU, ohne traditionelle Eigenmittel	- 1.815,20
Rückflüsse von der EU, aus dem EU-Haushalt und diversen Fonds	+ 1.359,16
Haushaltssaldo des Bundes	- 456,04

Quelle: Haushaltsinformationssystem des Bundes (HIS), Berechnungen des RH

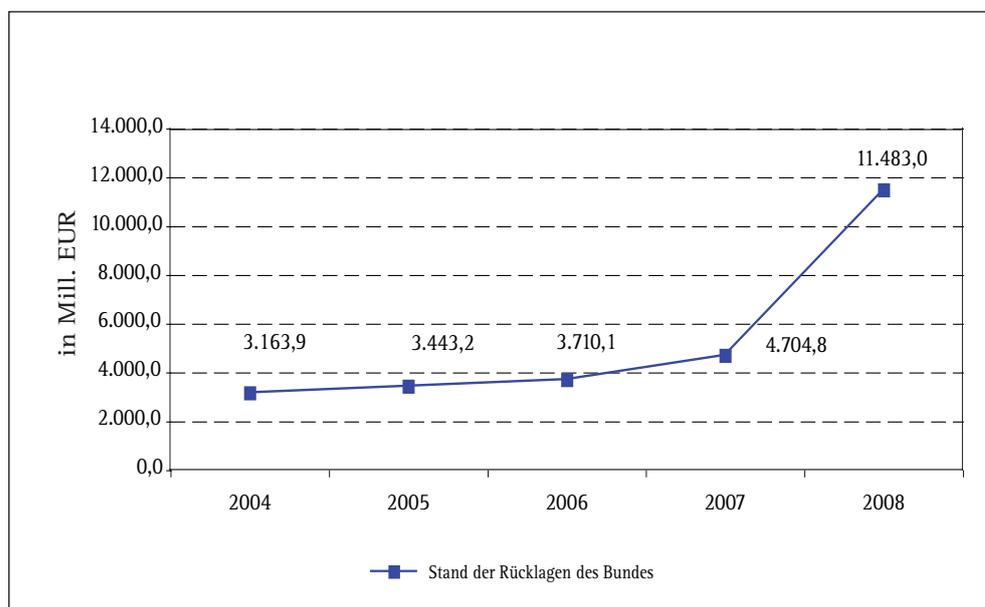
Kurzfassung

Unterschiede zur Darstellung der Europäischen Kommission

Bei der Darstellung der Haushaltssalden - des Bundes einerseits und des von der Kommission ermittelten operativen Haushaltssaldos Österreichs andererseits - kommt es regelmäßig zu Rechnerdifferenzen. Der Haushaltssaldo des Bundes inkludiert „nur“ jene EU-Mittel, die über den Bundeshaushalt fließen. Die Kommission hingegen berücksichtigt auch solche Mittel, die direkt an private Förderungsempfänger fließen. Darüber hinaus wendet sie eine eigene Berechnungsmethode an, insbesondere was die Feststellung der Nettobeiträge angeht. Zudem können sich Unterschiede zum Bundeshaushalt aus einer anderen Periodenabgrenzung ergeben. Im Bundeshaushalt werden die Zahlungen gemäß § 52 BHG zeitlich nach dem Zu- und Abflussprinzip abgegrenzt. Der EU-Haushalt wird hingegen aufwands- und ertragsmäßig abgegrenzt. Auf die Unterschiede wird im EU-Finanzbericht des RH, zuletzt Reihe Bund 2009/5, näher eingegangen.

RÜCKLAGEN (SIEHE TZ 3.5)

Folgende Abbildung zeigt den Stand der Rücklagen des Bundes jeweils zum Jahresende für 2004 bis 2008:



Die Rücklagen des Bundes betragen 11.483,04 Mill. EUR (2007: 4.704,76 Mill. EUR) und stiegen um 144,07 %. Die Erhöhung der Rücklagen um 6.778,27 Mill. EUR ist größtenteils auf die Finanzierung des Bankenpakets im Dezember 2008 zurückzuführen.



BRA 2008

Kurzfassung

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Haushaltsrücklagen im Jahr 2008:

Bezeichnung	Anfänglicher Stand 2008	Entnahmen	Auflösungen Verringerung	Zuführungen	Schließlicher Stand 2008
			in Mill. EUR		
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	865,57	- 142,23	- 9,70	+ 217,83	931,47
Allgemeine Rücklage	361,29	- 112,84	- 33,95	+ 53,82	268,32
Besondere Rücklage	2.167,47	- 361,71	- 435,02	+ 1.073,38	2.444,12
Besondere Einnahmen-Rücklage (EU)	159,85	-	-	+ 2,67	162,52
Besondere Aufwendungen-Rücklage	296,60	- 30,30	- 9,36	+ 36,46	293,40
Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel	20,13	- 3,99	-	+ 10,67	26,81
Ausgleichsrücklage	833,86	-	-	+ 6.522,54	7.356,40
Summe	4.704,76	- 651,07	- 488,03	+ 7.917,38	11.483,04

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN AUF KÜNFTIGE FINANZJAHRE (SIEHE TZ 3.6)

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mill. EUR				
Verpflichtungen	70.858,74	82.795,77	90.034,79	104.832,15	103.043,79
Schulden (voranschlagswirksam)	175.627,43	177.640,13	181.501,15	180.072,09	192.307,29
Berechtigungen	14.858,97	19.187,25	23.732,07	25.364,91	23.329,93
Forderungen	37.567,00	42.715,56	43.647,92	40.066,78	39.189,77

Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Tabelle A.3.1.2) weist eine Gesamtsumme von 102.793,35 Mill. EUR (2007: 104.629,77 Mill. EUR) aus. Der größte Teilbetrag von 83.749,11 Mill. EUR entfiel auf die Verzinsung der Finanzschulden, von Währungstauschverträgen und auf sonstige Aufwendungen des Kap. 58. Um den Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes zu ermitteln, sind die aus dem Finanzjahr 2008 offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 250,45 Mill. EUR hinzuzuzählen. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 2008 betrug somit 103.043,80 Mill. EUR (2007: 104.832,15 Mill. EUR).

Kurzfassung

Schulden

Die Gesamtsumme der voranschlagswirksamen Schulden (Tabelle A.3.2.1) belief sich zum Jahresende 2008 auf 192.307,29 Mill. EUR (Stand 2007: 180.072,09 Mill. EUR). Sie lag damit um 12.235,20 Mill. EUR oder 6,4 % über dem Vergleichswert des Vorjahres.

Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre (Tabelle A.3.3.2) weist eine Gesamtsumme von 23.307,92 Mill. EUR (2007: 25.346,68 Mill. EUR) aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 2008 offen gebliebenen Berechtigungen in Höhe von 22,01 Mill. EUR folgt daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 2008 von 23.329,93 Mill. EUR (2007: 25.364,91 Mill. EUR).

Forderungen

Die Gesamtsumme der Forderungen (Tabelle A.3.4.1) belief sich zum Jahresende 2008 auf 39.189,77 Mill. EUR (Stand 2007: 40.066,78 Mill. EUR). Sie lag damit um 877,01 Mill. EUR oder 2,2 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

ERLÄUTERUNGEN DER ABWEICHUNGEN VOM BUNDESVORANSCHLAG IN DER VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG (SIEHE TZ 3.7)

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben wichen in den einzelnen Kapiteln in unterschiedlichem Ausmaß vom tatsächlichen Budgetvollzug ab. Beginnend mit einer generellen Gegenüberstellung der Voranschläge mit dem tatsächlichen Budgetvollzug werden im Anschluss die Abweichungen vom Bundesvoranschlag zu den tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen je Kapitel dargestellt. Dabei werden die tatsächlichen Ausgaben zum Bundesvoranschlag mit gleichzeitigem Bezug auf den Allgemeinen Haushalt (Kapitel 58 auch mit Bezug auf den Ausgleichshaushalt) dem BVA gegenübergestellt.

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Ausgaben Allgemeiner Haushalt
Voranschlag	11.169,87	34.385,23	24.313,76	69.868,85
Erfolg	11.541,17	33.821,55	34.935,54	80.298,27
Abweichung	371,31	-563,68	10.621,79	10.429,41
Abweichung in %	3,3	-1,6	43,7	14,9



BRA 2008

Kurzfassung

ALLGEMEINER HAUSHALT		Bundesverwaltung			
		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
Haushalt/Kapitel		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN ALLGEMEINER HAUSHALT				
01 bis 06	„Oberste Organe“	176,10	193,75	+17,66	+10,0
10	Bundeskanzleramt	430,43	479,87	+49,45	+11,5
11	Inneres	2.142,91	2.235,16	+92,25	+4,3
12	Unterricht und Kultur	6.730,03	6.968,68	+238,65	+3,5
13	Kunst	231,89	239,87	+7,98	+3,4
14	Wissenschaft und Forschung	3.538,83	3.664,70	+125,87	+3,6
15	Soziales und Konsumentenschutz	2.060,01	2.112,55	+52,54	+2,6
16	Sozialversicherung	7.669,63	7.669,62	-0,01	-0,0
17	Gesundheit	678,62	790,27	+111,66	+16,5
19	Familie und Jugend	6.024,33	6.512,74	+488,42	+8,1
20	Äußeres	388,09	415,47	+27,39	+7,1
30	Justiz	1.052,82	1.116,55	+63,73	+6,1
40	Militärische Angelegenheiten	2.037,40	2.171,29	+133,90	+6,6
50	Finanzverwaltung	1.872,13	1.936,54	+64,41	+3,4
51	Kassenverwaltung	1.121,31	8.191,84	+7.070,53	+630,6
52	Öffentliche Abgaben	2,60	3,03	+0,43	+16,7
53	Finanzausgleich	4.855,40	3.990,95	-864,45	-17,8
54	Bundesvermögen	1.026,19	2.243,84	+1.217,65	+118,7
55	Pensionen	7.337,31	7.368,99	+31,68	+0,4
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	9.802,54	11.051,47	+1.248,93	+12,7
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.257,82	2.180,49	-77,33	-3,4
61	Umwelt	601,59	533,53	-68,06	-11,3
63	Wirtschaft und Arbeit Verkehr, Innovation und	5.238,07	5.341,74	+103,67	+2,0
65	Technologie	2.592,81	2.885,30	+292,49	+11,3
Summe Ausgaben		69.868,85	80.298,27	+10.429,41	+14,9

Kurzfassung

ALLGEMEINER HAUSHALT		Bundesverwaltung			
		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
Haushalt/Kapitel		in Mill. EUR		in %	
2/..	EINNAHMEN ALLGEMEINER HAUSHALT				
01 bis 06	„Oberste Organe“	4,47	4,46	-0,01	-0,3
10	Bundeskanzleramt	12,55	11,99	-0,57	-4,5
11	Inneres	96,38	101,87	+5,49	+5,7
12	Unterricht und Kultur	74,43	98,17	+23,74	+31,9
13	Kunst	3,06	3,15	+0,09	+3,1
14	Wissenschaft und Forschung	617,22	622,54	+5,32	+0,9
15	Soziales und Konsumentenschutz	11,41	8,52	-2,89	-25,3
16	Sozialversicherung	18,00	466,51	+448,51	+2.491,3
17	Gesundheit	58,66	56,26	-2,40	-4,1
19	Familie und Jugend	5.642,81	6.024,92	+382,11	+6,8
20	Äußeres	3,36	5,55	+2,19	+65,0
30	Justiz	757,68	816,26	+58,58	+7,7
40	Militärische Angelegenheiten	44,40	59,01	+14,61	+32,9
50	Finanzverwaltung	1.191,35	1.235,13	+43,78	+3,7
51	Kassenverwaltung	2.762,62	3.011,85	+249,23	+9,0
52	Öffentliche Abgaben	44.039,37	44.961,17	+921,81	+2,1
53	Finanzausgleich	450,71	478,06	+27,36	+6,1
54	Bundesvermögen	1.308,07	1.309,05	+0,98	+0,1
55	Pensionen	1.475,51	1.505,24	+29,73	+2,0
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	2.797,49	4.247,31	+1.449,82	+51,8
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	198,49	240,86	+42,37	+21,3
61	Umwelt	326,69	314,35	-12,34	-3,8
63	Wirtschaft und Arbeit	4.838,24	4.889,37	+51,13	+1,1
65	Verkehr, Innovation und Technologie	176,26	262,58	+86,32	+49,0
Summe Einnahmen		66.909,23	70.734,20	+3.824,97	+5,7
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-2.959,62	-9.564,07	-6.604,45	+223,2

Die prozentmäßig größten Abweichungen der Ausgaben vom BVA betrafen die Kapitel 51 Kassenverwaltung und 54 Bundesvermögen. Im Kapitel 51 betragen die Ausgaben 8.191,84 Mill. EUR (2007: 2.198,25 Mill. EUR) und überstiegen den BVA von 1.121,31 Mill. EUR (2007: 788,71 Mill. EUR) um + 7.070,53 Mill. EUR (2007: + 1.409,54 Mill. EUR) bzw. + 630,6 %. Die Abweichung ist größtenteils auf Mehrausgaben von 6.522,54 Mill. EUR zur Bildung einer Ausgleichsrücklage zurückzuführen.

Im Kapitel 54 betragen die Ausgaben 2.243,84 Mill. EUR (2007: 782,34 Mill. EUR) und überstiegen den BVA von 1.026,19 Mill. EUR (2007: 1.046,63 Mill. EUR) um + 1.217,65 Mill. EUR (2007: - 264,30 Mill. EUR) bzw. + 118,7 %. Die Abweichungen sind zum einen auf Mehrausgaben (+ 500,00 Mill. EUR) betreffend einer Kapitalzufuhr an die ÖIAG und zum anderen auf Mehrausgaben (+ 900,00 Mill. EUR) für Partizipationskapitaleinzahlungen zugunsten der Hypo Alpe Adria Bank zurückzuführen.

Die prozentmäßig größte Abweichung der Einnahmen betraf das Kapitel 16 Sozialversicherung. Im Kapitel 16 betragen die Einnahmen 466,51 Mill. EUR (2007: 17,90 Mill. EUR) und überstiegen den BVA von 18,00 Mill. EUR (2007: 17,00 Mill. EUR) um + 448,51 Mill. EUR (2007: + 0,9 Mill. EUR) bzw. + 2.491,3 %. Die Abweichung ist größtenteils auf Mehreinnahmen von + 440,21 Mill. EUR aus dem Bundesbeitrag der Pensionsversicherung infolge Rückersatzes von im Jahr 2006 geleisteten Vorschüssen zurückzuführen.

4. JAHRESBESTANDSRECHNUNG

AKTIVA DES BUNDES (SIEHE TZ 4.2)

Folgende Tabelle zeigt die Aktiva des Bundes für den Zeitraum 2004 bis 2008:

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mill. EUR				
I. Anlagevermögen	16.666,75	15.272,33	19.309,46	19.812,92	20.595,12
II. Umlaufvermögen	46.133,51	51.669,54	53.477,69	52.336,45	64.254,19
III. Aktive Rechnungsabgrenzung	2.615,37	1.544,81	1.316,69	1.184,51	2.732,01
IV. Kapitalausgleich	122.281,59	119.446,01	116.893,42	117.998,57	121.234,64
Summe Aktiva	187.697,22	187.932,69	190.997,26	191.332,45	208.815,96

Das Umlaufvermögen betrug 64.254,19 Mill. EUR (2007: 52.336,45 Mill. EUR) und erhöhte sich um 11.917,74 Mill. EUR. Die Erhöhung resultierte aus

Kurzfassung

den um 6.778,27 Mill. EUR gestiegenen Haushaltsrücklagen und den um 6.365,88 Mill. EUR höheren flüssigen Mitteln (vor allem Guthaben bei Kreditunternehmungen). Hingegen sind die Forderungen um 1.226,87 Mill. EUR gesunken.

Die aktive Rechnungsabgrenzung betrug 2.732,01 Mill. EUR (2007: 1.184,51 Mill. EUR) und war um 1.547,50 Mill. EUR höher als im Vorjahr. Die Erhöhung ist vorwiegend auf die Periodenabgrenzung von Erlösen aus Währungstauschverträgen gemäß § 65a BHG (+ 1.500,00 Mill. EUR) zurückzuführen. Weitere 47,42 Mill. EUR ergaben sich aus höheren Auszahlungen für das Folgejahr (34,07 Mill. EUR) und höheren Einzahlungen im Auslaufzeitraum (13,34 Mill. EUR).

PASSIVA DES BUNDES (SIEHE TZ 4.3)

Folgende Tabelle zeigt die Passiva des Bundes für den Zeitraum 2004 bis 2008:

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mill. EUR				
I. Rücklagen	3.163,86	3.443,19	3.710,09	4.704,76	11.483,04
II. Wertberichtigungen	-	-	-	-	-
III. Schulden	181.203,04	182.151,42	185.165,49	184.898,86	194.101,92
IV. Rückstellungen	-	-	-	-	-
V. Passive Rechnungsabgrenzung	3.330,33	2.338,08	2.121,68	1.728,82	3.231,00
Summe Passiva	187.697,22	187.932,69	190.997,26	191.332,45	208.815,96

Der Gesamtstand der Bundesschulden belief sich auf 194.101,92 Mill. EUR (2007: 184.898,86 Mill. EUR) und stieg somit um 9.203,06 Mill. EUR (+ 5,0 %). Der Anstieg resultierte aus den um 8.112,94 Mill. EUR gestiegenen Finanzschulden, den um 4.158,03 Mill. EUR gestiegenen Schulden aus Währungstauschverträgen und den um 533,68 Mill. EUR gestiegenen sonstigen Schulden. Die Schulden aus Erlägen sind um 3.532,73 Mill. EUR zurückgegangen.

Die Rücklagen betragen 11.483,04 Mill. EUR (2007: 4.704,76). Die Steigerung um 6.778,27 Mill. EUR (+ 144,0 %) ist größtenteils auf die Finanzierung des Bankenpakets im Dezember 2008 zurückzuführen.

Die passive Rechnungsabgrenzung betrug 3.231,00 Mill. EUR (2007: 1.728,82 Mill. EUR) und stieg um 1.502,18 Mill. EUR (+ 86,9 %). Dies ist größtenteils auf die Periodenabgrenzung von Erlösen aus Währungstauschverträgen gemäß § 65a BHG zurückzuführen.

5. JAHRESERFOLGSRECHNUNG

GESAMTERGEBNIS DER JAHRESERFOLGSRECHNUNG (SIEHE TZ 5.1)

Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten (Gliederung gemäß Anlage 2 zu § 22 RLV) gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung.

Folgende Tabelle zeigt die Aufwendungen des Bundes für den Zeitraum 2004 bis 2008:

Bezeichnung	2004	2005	2006		2007	2008
			in Mill. EUR			
I. Aufwand für Bedienstete	10.342,46	10.537,17	11.072,23	11.327,14	11.819,31	
II. Öffentliche Abgaben	36,40	17,31	20,11	22,29	21,33	
III. Abschreibungen u. Wertbericht.	1.186,67	1.122,01	1.770,49	1.541,74	868,97	
IV. Übrige Aufwendungen	22.145,60	15.221,90	17.688,69	18.529,58	20.697,24	
V. Bestandsminderung	11,85	1.900,04	10,97	28,55	15,57	
VI. Transfers	35.972,11	38.660,72	38.805,01	39.621,59	41.170,14	
VII. Zuf. sonst. Rücklag., Rückstell.	-	-	-	-	-	
VIII. Vermögenszugang	-	2.862,99	520,50	-	-	
Summe Aufwendungen	69.695,08	70.322,13	69.888,00	71.070,89	74.592,57	

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen betragen 868,97 Mill. EUR (2007: 1.541,74 Mill. EUR) und sanken um 672,77 Mill. EUR (- 43,6 %). Dies ist im Wesentlichen auf geringere Forderungsabschreibungen (- 457,76 Mill. EUR) und auf geringere Anlagenabschreibungen für Abnutzung (- 229,46 Mill. EUR) zurückzuführen. Die sonstigen Anlageabschreibungen nahmen um 13,88 Mill. EUR zu.

Folgende Tabelle zeigt die Erträge des Bundes für den Zeitraum 2004 bis 2008:

Bezeichnung	2004	2005	2006		2007	2008
			in Mill. EUR			
I. Haupterträge (Erlöse, Abgaben)	51.017,81	53.127,00	55.377,65	58.838,42	60.738,35	
II. Nebenerträge	5,14	5,95	5,44	5,67	5,79	
III. Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	
IV. Übrige Erträge	5.436,13	13.170,11	7.793,14	7.573,80	8.530,48	
V. Aktivierte Eigenleistungen	0,28	0,42	0,14	0,17	0,12	
VI. Bestandsmehrungen	12,92	7,01	3.467,10	10,54	6,86	
VII. Transfers	3.470,86	4.011,63	3.244,53	2.951,75	3.109,88	
VIII. Aufl. sonst. Rückl., Rückstell.	-	-	-	-	-	
IX. Vermögensabgang	9.751,94	-	-	1.690,54	2.201,09	
Summe Erträge	69.695,08	70.322,13	69.888,00	71.070,89	74.592,57	

Kurzfassung

Die Erträge (ohne Vermögensabgang) betragen 72.391,48 Mill. EUR (2007: 69.380,35 Mill. EUR) und waren somit um 3.011,13 Mill. EUR (+ 4,3 %) höher als im Vorjahr. Der Anstieg der Haupterträge ist vor allem auf die höheren direkten Abgaben von 2.222,62 Mill. EUR zurückzuführen.

ABGABENRÜCKSTÄNDE (SIEHE TZ 5.2)

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der fälligen Abgabenrückstände (Kapitel 52) gemäß BHG für den Zeitraum 2004 bis 2008:

Bezeichnung	2004	2005	2006 in Mill. EUR	2007	2008
Einkommen- und Vermögensteuern	2.545,49	2.528,66	2.700,29	2.664,95	2.713,72
Umsatzsteuern	2.833,60	2.769,27	2.895,60	2.948,30	3.103,82
Einfuhrabgaben	115,40	118,18	124,05	122,77	152,03
Verbrauchssteuern	236,21	217,53	229,93	376,10	387,35
Stempel- und Rechtsgebühren	114,94	113,49	111,55	59,11	20,59
Verkehrssteuern	89,51	92,29	93,97	104,22	115,75
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	428,74	426,98	466,22	497,89	548,64
Gesamtsumme Kapitel 52	6.363,88	6.266,40	6.621,61	6.773,33	7.041,89
Entwicklung der Guthaben von Abgabepflichtigen					
Guthaben	1.185,12	1.058,49	1.331,79	1.292,74	1.368,87

Die fälligen Abgabenrückstände betragen 7.041,89 Mill. EUR (2007: 6.773,33 Mill. EUR), dazu kommen nichtfällige Abgabenrückstände in Höhe von 440,11 Mill. EUR (2007: 430,01 Mill. EUR). Die gesamten Abgabenrückstände betragen daher 7.482,00 Mill. EUR (2007: 7.203,33 Mill. EUR).

Von den bei den Finanzämtern und Zollämtern zum 31. Dezember 2008 bestehenden fälligen Abgabenrückständen waren zu diesem Stichtag 2.806,95 Mill. EUR in Vollstreckung. Bei Abgabenrückständen in Höhe von 3.213,87 Mill. EUR war die Einhebung bzw. Einbringung gemäß den §§ 212a und 231 Bundesabgabenordnung ausgesetzt. Für 322,96 Mill. EUR waren zu diesem Stichtag Ansuchen um Zahlungserleichterungen angemerkt bzw. bewilligt. Vom Gesamtrückstand entfielen 855,59 Mill. EUR auf Insolvenzverfahren.

6. BERICHT ZUR FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS UND ZUM STAND DER BUNDESSCHULDEN

STAND DER GESAMTEN BUNDESSCHULDEN (SIEHE TZ 6.2)

Folgende Tabelle zeigt den Stand der Bundesschulden jeweils zum Jahresende für 2004 bis 2008:

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
					in Mrd. EUR
Finanzschulden (fällige und nichtfällige)	142,819	151,075	154,593	157,508	165,621
sonstige voranschlagswirksame fällige Schulden	0,365	0,238	0,114	0,169	0,394
sonstige voranschlagswirksame nichtfällige Schulden	32,443	26,327	26,794	22,395	26,292
Summe voranschlagswirksame Schulden	175,627	177,640	181,501	180,072	192,307
voranschlagsunwirksam verrechnete Schulden	5,541	4,511	3,664	4,827	1,795
gesamte Bundesschulden	181,168	182,151	185,165	184,899	194,102

Der Gesamtstand der Bundesschuld (Summe aus Finanzschulden und den sonstigen voranschlagswirksam und voranschlagsunwirksam verrechneten Schulden) betrug 194,102 Mrd. EUR (2007: 184,899 Mrd. EUR), davon entfielen auf die Finanzschulden 165,621 Mrd. EUR (2007: 157,508 Mrd. EUR). Die gesamte Bundesschuld stieg insbesondere durch die Erhöhung der Finanzschulden (+ 8,113 Mrd. EUR) und der sonstigen voranschlagswirksam verrechneten nichtfälligen Schulden (+ 3,897 Mrd. EUR). Die Verminderung von 3,032 Mrd. EUR bei den voranschlagsunwirksam verrechneten Schulden war insbesondere durch Sicherungsgeschäfte zu Währungstauschverträgen bedingt. Insgesamt erhöhte sich der Gesamtstand an Bundesschulden gegenüber 2007 um 9,203 Mrd. EUR.

Gemessen an der für 2008 vorläufigen Höhe des BIP (281,867 Mrd. EUR) erreichte der Bestand an nichtfälligen Finanzschulden (165,620 Mrd. EUR) einen Anteil von 58,8 % (2007: 58,2 %). Setzt man die Nettoveränderung der nichtfälligen Finanzschulden des Jahres 2008 (8,113 Mrd. EUR) mit dem BIP in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 2,9 % (2007: 1,1 %).

Außerhalb des Bundeshaushalts ist auf die Schuldenstände des ÖBB-Konzerns und des ASFINAG-Konzerns hinzuweisen. Demnach weist der ÖBB-Konzern zum 31. Dezember 2008 lang- und kurzfristiges Fremdkapital in Summe von 16,295 Mrd. EUR (2007: 12,509 Mrd. EUR) aus, wobei gegenüber 2007 eine Steigerung von 30 % zu verzeichnen ist. In der Konzernbilanz der ASFINAG ergeben lang- und kurzfristige Schulden zusammen 10,889 Mrd. EUR (2007: 10,651 Mrd. EUR), wobei die Differenz gegenüber

Kurzfassung

2007 einer Steigerung um 2 % entspricht (Quellen: Geschäftsbericht 2008 des ÖBB-Konzerns, Geschäftsbericht des ASFINAG-Konzerns 2008).

ZINSEN (SIEHE TZ 6.4.1)

Folgende Tabelle zeigt den Nettozinsaufwand für den Zeitraum 2004 bis 2008:

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008	2008 BVA
	in Mrd. EUR					
Zinsaufwand	7,260	7,767	8,802	7,942	7,881	7,368
Aufwendungen aus Währungstauschverträgen	1,033	1,381	1,858	2,402	2,546	2,029
sonstiger Aufwand	0,250	0,286	0,545	0,628	0,242	0,114
Summe Ausgaben	8,543	9,434	11,205	10,972	10,669	9,512
Zinseinnahmen	0,620	0,720	0,795	0,688	0,607	0,352
Einnahmen aus Währungstauschverträgen	1,312	1,638	2,945	3,013	3,188	2,446
sonstige Einnahmen	0,380	0,609	0,619	0,514	0,172	0
Summe Einnahmen	2,312	2,967	4,359	4,215	3,967	2,798
Zinsaufwand, netto*	6,231	6,467	6,846	6,757	6,702	6,715

* vgl. auch Bericht des Staatsschuldenausschusses 2008, Tab. 26

Im Finanzjahr 2008 waren für die Verzinsung der Finanzschulden 7,881 Mrd. EUR sowie für Aufgeld und sonstige Aufwendungen für Finanzschulden 0,242 Mrd. EUR (z.B. für Provisionen und Emissionsverluste) an Ausgaben zu leisten. Die Zahlungen 2008 in Höhe von 8,123 Mrd. EUR² überschritten den veranschlagten Rahmen von 7,482 Mrd. EUR um 0,641 Mrd. EUR.

Diesen Aufwendungen standen Einnahmen aus Stückzinsen und Zinseinnahmen aus den im Bundesbesitz befindlichen Anleihen von 0,607 Mrd. EUR sowie Emissionsgewinne und sonstige Einnahmen von insgesamt 0,172 Mrd. EUR gegenüber. Der Saldo der Einnahmen und Ausgaben der Währungstauschverträge ergab einen Überschuss von 0,642 Mrd. EUR. Daraus ergab sich für 2008 ein Nettozinsaufwand von 6,702 Mrd. EUR.

² Die Zahlungen ergeben sich aus dem Zinsaufwand und dem sonstigen Aufwand.

7. BERICHT ZU DEN BUNDESHAFTUNGEN

BUNDESHAFTUNGEN (SIEHE TZ 7.1)

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem dabei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt (siehe Band 2, Tabelle C.8.3). Desgleichen haftet der Bund aufgrund § 1 Abs. 2 und Abs. 4 des Postsparkassengesetzes 1969 i.d.g.F. für die bis 31. Dezember 2000 eingegangenen Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung und den Stand der Bundeshaftungen für den Zeitraum 2004 bis 2008:

	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mrd. EUR				
Anfangsbestand	57,856	61,849	67,704	73,250	87,030
Zugang	15,823	22,914	26,738	35,636	46,595
Abgang	- 11,696	- 17,021	- 20,867	- 21,839	- 21,871
Kurswertänderung	- 0,134	- 0,038	- 0,325	- 0,017	0,841
Endbestand	61,849	67,704	73,250	87,030	112,595
davon in heimischer Währung	43,698	46,327	52,649	66,682	85,264
davon in Fremdwährung	18,151	21,377	20,601	20,348	27,331
„Haftungen gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes“	5,645	5,315	4,359	3,732	3,235

Zum Jahresende 2008 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 112,595 Mrd. EUR (2007: 87,030 Mrd. EUR); das entspricht einem Zugang im Jahresabstand um 29,4 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen von 46,595 Mrd. EUR und durch Verminderungen von 21,871 Mrd. EUR, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw. das vertragsmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme zurückzuführen sind.

Kurzfassung**8. BERICHT ZU DEN ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER****ALLGEMEINES (SIEHE TZ 8.1)**

Der RH veröffentlicht 53 Abschlussrechnungen von insgesamt 59 öffentlichen Einrichtungen, die mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet sind und die von Organen des Bundes oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hierzu von Organen des Bundes bestellt wurden.

Form und Gliederung der Abschlussrechnungen entsprechen grundsätzlich den bundeseinheitlichen Bestimmungen (siehe Band 2, Tabellen D).

Gemäß den Richtlinien über die Rechnungslegung 2008 waren diese Abschlussrechnungen bis 8. Juli 2009 geprüft und genehmigt dem RH vorzulegen.

AUSSTEHENDE ABSCHLUSSRECHNUNGEN (SIEHE TZ 8.2)

Aufgrund verfahrens- oder verrechnungstechnischer Probleme wurden folgende sechs Jahresabschlüsse nicht rechtzeitig bzw. formal richtig vorgelegt und konnten daher vom RH nicht veröffentlicht werden:

- die Abschlussrechnungen des „Krankenanstalten–Zusammenarbeitsfonds“ (KRAZAF) ab dem Jahr 1978,
- des Bekleidungswirtschaftsfonds der Exekutive für 2006, 2007 und 2008 sowie
- des Unterstützungsinstituts der Bundespolizei,
- des Privatkrankenanstalten Finanzierungsfonds,
- der Bundesgesundheitsagentur und
- der Buchhaltungsagentur des Bundes für das Jahr 2008.

1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN**1.1 Rechtsgrundlage und Inhalt des
Bundesrechnungsabschlusses**

Der Rechnungshof legt dem Nationalrat den Bundesrechnungsabschluss (BRA) für das Jahr 2008 vor (Art. 121 Abs. 2 B-VG, § 9 Abs. 1 RHG). Der BRA ist verfassungsmäßig vom Nationalrat zu beschließen. Der Bundesrat ist gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG von der Mitwirkung ausgeschlossen.

Der BRA enthält gemäß § 98 Abs. 2 BHG

- eine gesamtwirtschaftliche Darstellung der Haushaltsführung des Bundes unter Einbeziehung der übrigen Gebietskörperschaften nach den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Band 1 TZ 1 und 2, Band 2 Abschnitt E).
- die Voranschlagsvergleichsrechnung des Bundes (VVR) in der Gliederung des Bundesfinanzgesetzes 2008 (Band 1 TZ 3, Band 2 Abschnitt A);
- die Vermögens- und Schuldenrechnung (Bilanz) und die Erfolgsrechnung des Bundes einschließlich der Abschlussrechnung (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung) des Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebes Allentsteig, der einzigen betriebsähnlichen Einrichtung des Bundes (Band 1 TZ 4 und 5, Band 2 Abschnitt B);
- den Nachweis über den Stand der Bundesschulden gemäß § 9 Abs. 2 RHG und Bundeshaftungen (Band 1 TZ 6 und 7, Band 2 Abschnitt C);
- die Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger (Band 1 TZ 8, Band 2 Abschnitt D);

Der BRA besteht aus zwei Teilen – aus einem Textteil (Band 1) und aus einem Zahlenteil (Band 2).

Der Zahlenteil enthält die Abschlussrechnungen der Organe des Bundes. Die Abschlussrechnungen wurden im Auftrag des Bundesministers für Finanzen (BMF) von der Bundesrechenzentrum GmbH¹ erstellt und dem Rechnungshof zur Überprüfung vorgelegt. Im Zuge der gemäß § 9 Abs. 1 RHG

¹ Der Bundesrechenzentrum GmbH (BRZ GmbH) wurden mit Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH, BGBl. Nr. 757/1996, die Datenverarbeitungsaufgaben des ehemaligen Bundesrechenamts übertragen. Das Bundesrechenamt war bis dahin eine dem BMF nachgeordnete Bundesdienststelle (Bundesrechenamtsgesetz, BGBl. Nr. 123/1978). Die Informationstechnologie (IT) im Rahmen der Haushaltsführung des Bundes wird seither von der BRZ GmbH gegen Entgelt zur Verfügung und bereit gestellt. Die IT-Leistungen werden jährlich vom BMF beauftragt, das Entgelt für die Inanspruchnahme wird von allen Organen des Bundes, die an der Haushaltsführung des Bundes mitwirken, getragen.

TZ 1

vom Rechnungshof stichprobenweise durchgeführten Überprüfung wurden vorgefundene Mängel in den Abschlussrechnungen im unmittelbaren Verkehr mit den rechnungslegenden Stellen behoben.

Der Textteil enthält den Bericht zum Bundesrechnungsabschluss des Rechnungshofes mit gesamt-, volks- und betriebswirtschaftlichen Analysen, Darstellungen und Erläuterungen zu den vorhandenen Zahlen.

Der Bundesrechnungsabschluss 2008 wurde dem Bundesminister für Finanzen gemäß § 9 Abs. 1 RHG am 31. Juli 2009 zur Stellungnahme übermittelt. Der Bundesminister für Finanzen gab keine Stellungnahme ab.

1.2 Prüfung der Jahresrechnungen 2008

1.2.1 Prüfungsablauf

Der RH hat im Zusammenhang mit der Verfassung des Bundesrechnungsabschlusses gemäß § 9 des Rechnungshofgesetzes 1948 (RHG) eine stichprobenweise Überprüfung der Verrechnungsaufschreibungen und Belege durchzuführen.

Dieser Verpflichtung kam der RH im ersten Halbjahr 2009 durch die Prüfung der vorgelegten Jahresrechnungen nach. Die Prüfung wurde auf Basis einer statistisch-wertproportionalen Fallauswahl² bei der Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG) sowie den zuständigen haushaltsleitenden Organen durchgeführt.

1.2.2 Festgestellte Mängel

Personalverrechnung

Der RH stellte unzulässige Differenzbeträge sowie Überschreitungen der im BFG 2008 festgeschriebenen Ansätze ohne gesetzliche Grundlage fest. Gründe dafür lagen u.a. in der fehlerhaften Verbuchung von Personalausgaben.

Der RH empfahl dem BMF, ablauforganisatorische und programmtechnische Vorkehrungen zu treffen, sodass in Hinkunft keine ungenehmigten Überschreitungen der Ansätze des BFG erfolgen können.

² Bei der statistisch-wertproportionalen Fallauswahl ist die Wahrscheinlichkeit für die Auswahl eines Falles direkt proportional zu der absoluten Größe des entsprechenden Geldbetrages, d.h. Fälle mit höheren Geldbeträgen sind tendenziell stärker in der Stichprobe enthalten. Die Stichprobenauswahl sowie die Auswertungen erfolgten mit Hilfe der Prüfersoftware ACL.

Interne Buchungsbelege

Bei der Erstellung der Belege für Zahlungen wurden teilweise Vorlagen verwendet, welche bereits vorausgefüllte Informationen enthielten und von den anweisenden Organen bei der Verbuchung der Gebarungsfälle nicht geändert wurden. Somit wiesen die internen Buchungsbelege unterschiedlicher Gebarungsfälle zum Teil identische Verweise (bspw. Belegkopftext, die Aktenzahl und die Datumsangaben) auf und führten somit zu unrichtigen Informationen über die Zahlungen.

Weiters kam es durch die fehlende Eingabe des Basisdatums zur Verkürzung der Zahlungsfrist und folglich zu vorzeitigen Zahlungen.

Der RH empfahl dem BMF erneut,

- die in HV-SAP mögliche „Erfassung neuer Anordnungen mit Vorlage“ neu zu definieren sowie
- die in den Eingabemasken bestehenden „Kannfelder“, wie Basisdatum oder Aktenzeichen, als „Pflichtfelder“ zu definieren.

Bilanzsplitting

Zum Ausweis der Forderungen und Verbindlichkeiten in den Abschlussrechnungen verwendete das BMF das Programm „Bilanzsplitting“. Beim Bilanzsplitting wurden die Forderungen und Schulden von den Personenkonten auf die Konten entsprechend der Darstellung im Bundesrechnungsabschluss umgebucht. Bei Buchungen in Höhe von rd. 386 Mill. EUR verwendete das anweisende Organ eine unzulässige Haushaltskontierung. Dies führte dazu, dass das Bilanzsplitting eine Forderung in dieser Höhe als Verbindlichkeit auswies. Korrekturen wurden vom RH im Rahmen der § 9 Prüfung veranlasst.

Der RH empfahl dem BMF,

- die automatisierte Überprüfung der Zulässigkeit von Verrechnungseingaben im HV-SAP entsprechend zu erweitern sowie
- die Verarbeitungslogik des Programms „Bilanzsplitting“ zu überarbeiten.

TZ 1

Eilnachrichtenverfahren

Vor Zahlungen, die im Einzelfall 7.000 EUR überstiegen, war gemäß § 71 Abs. 5 BHG i.V.m. § 50 BHV 1989 beim Finanzamt mittels einer Eilnachricht nachzufragen, ob der Rechnungsleger Abgabenrückstände hatte. Das Eilnachrichtenverfahren wurde von den einzelnen Sachbearbeitern der BHAG an unterschiedlichen Stellen dokumentiert bzw. bei Vorliegen einer Unbedenklichkeitserklärung erfolgten teilweise keine Vermerke auf den Beilagen zum Buchungsbeleg.

Der RH empfahl der BHAG, ein einheitliches Vorgehen bei der Dokumentation des Eilnachrichtenverfahrens bzw. dem BMF, die derzeit geltende Richtlinie insbesondere hinsichtlich der darin festgeschriebenen Ausnahmen zu überarbeiten und einzuschränken.

Vorschusszahlungen

Im Jahr 2008 wurden Vorschusszahlungen in Höhe von insgesamt rd. 17,01 Mill. EUR ohne belegbare Veranlassung der anweisenden Organe an mehrere Einzelpersonen bzw. Firmen getätigt. Die aufgetretenen Unregelmäßigkeiten wurden dadurch ermöglicht, dass Zahlungen direkt aus dem Telebanking ohne vorhergehende Verbuchung in der Haushaltsverrechnung durchgeführt werden konnten.

Der RH hat bereits in seinem Bericht über die 2007 durchgeführte Gebarungsüberprüfung der BHAG, veröffentlicht in „Reihe Bund 2008/11“, Mängel im Zahlungsverkehr aufgezeigt. Diese bestanden einerseits in der Schnittstelle zwischen der Haushaltsverrechnung und der Telebanking-Anwendung und andererseits in der Möglichkeit, Zahlungsaufträge direkt im Telebanking unabhängig von einer vorhergehenden Verbuchung in der Haushaltsverrechnung anzulegen. Der RH empfahl bereits damals, die festgestellte Sicherheitslücke unverzüglich zu beheben.

Der RH kritisierte, dass die von ihm 2007 festgestellten Sicherheitslücken im Bereich des Zahlungsverkehrs der BHAG nicht unmittelbar nach der Gebarungsüberprüfung behoben wurden. Im Juli 2009 begann der RH eine Gebarungsüberprüfung der BHAG auf Grund eines Prüfungsauftrages des Nationalrates gemäß § 99 GOG-NR, bei der u.a. die Behebung der Sicherheitslücken im Bereich des Zahlungsverkehrs überprüft wird.

Weitere Feststellungen

Neben einer großen Anzahl an Fehlkontierungen stellte der RH erneut fest, dass sehr häufig die korrekte Mittelreservierung für eingegangene Rechtsgeschäfte unterblieb.

Weiters stellte der RH fest, dass zum Teil bei der Erfassung von Rechnungen Zahlungsbegünstigungen (beispielsweise Skonto, längere Zahlungsziele) nicht berücksichtigt wurden.

Durch die Vernachlässigung der Zuordnung von Belegarten (z.B. keine Unterscheidung zwischen Anzahlung, Dauerauftrag, Vorauszahlung und Zahlung) wurde die Aussagekraft des vorgelegten Rechenwerks geschmälert.

Der RH empfahl den haushaltsleitenden Organen,

- die Sachbearbeiter anzuweisen, in Hinkunft verstärkt auf die Einhaltung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen zu achten. Dies umfasst insbesondere eine kontengerechte Verrechnung, die Verrechnung von Berechtigungen und Verpflichtungen sowie die Leistung von Ausgaben entsprechend ihrer Fälligkeit.
- Ebenso wäre auf eine verstärkte Schulung der Sachbearbeiter hinsichtlich der haushaltsrechtlichen Bestimmungen zu achten.

1.3 Kontinuität der Rechnungsabschlüsse

Der mit Abschluss des Finanzjahres 2007 ausgewiesene Bestand der flüssigen Mittel, der sich aus den in der Jahresbestandsrechnung des Bundes 2007 (BRA 2007, Band 2, Tabelle B.1) in den Punkten II.4 bis II.9 ausgewiesenen Teilbeständen des Umlaufvermögens zusammensetzt, stimmt mit dem diesbezüglichen anfänglichen Gesamtbestand des Finanzjahres 2008 überein (vgl. Tabelle 20).

1.4 Statistische Daten

Die im BRA für das Jahr 2008 verwendeten Daten der Statistik Austria, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) sowie des Institutes für Höhere Studien (IHS), Wien, entsprechen – soweit nicht anders angegeben – dem Stand vom Juli 2009 und haben teilweise noch vorläufigen Charakter. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenangaben wurden dabei berücksichtigt. Dadurch können sich Abweichungen gegenüber den im BRA 2007 enthaltenen – und zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls noch vorläufigen – Daten ergeben. Weiters kann es bei der Darstellung der Zahlen zu Rundungsdifferenzen kommen.

1.5 Haushalts- und Rechnungsführung des Bundes

1.5.1 Grundsätze und Ziele

Der Bund hat gemäß Art. 13 Abs. 2 B-VG gemeinsam mit den Ländern und Gemeinden bei seiner Haushaltsführung die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes anzustreben.

Die Haushaltsführung des Bundes hat gemäß Art. 51 Abs. 6 B-VG³ nach einheitlichen Grundsätzen zu erfolgen, die im BHG⁴ näher festgelegt sind.

Nach § 1 Abs. 2 BHG reicht die Haushaltsführung des Bundes von der Budgeterstellung bis zur abschließenden Rechnungslegung einschließlich der Vorlage des Bundesrechnungsabschlusses an den Nationalrat. Die Ziele der Haushaltsführung des Bundes werden in § 2 BHG programmatisch festgelegt:

- Der Geldmitteleinsatz hat nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu erfolgen;
- das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist durch einen hohen Beschäftigungsstand, stabile Geldwerte, Wachstumssicherung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen und
- die finanzielle Verbundenheit der Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) ist zu berücksichtigen.

1.5.2 Organisation

Die Organisation der Haushaltsführung ist im II. Abschnitt des BHG festgelegt. Es wird grundsätzlich zwischen anordnenden und ausführenden Organen unterschieden. Die Trennung von Anordnung und Ausführung soll das Vier-Augen-Prinzip gewährleisten.

Anordnende Organe sind insbesondere die Mitglieder der Bundesregierung, der Bundespräsident, die Präsidenten des Nationalrates, des Bundesrates, des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichtshofes, des Rechnungshofes und der Vorsitzende der Volksanwaltschaft. Diese Organe sind auch mit der Funktion und den Aufgaben eines haushaltsleitenden Organs ausgestattet.

Im Unterschied zu den haushaltsleitenden Organen verfügen die übrigen anordnenden Organe (z.B. Leitungsorgane der ÖBFA, des AMS, der Finanzämter, sonstiger Dienststellen) nur über eingeschränkte Anweisungsbefug-

³ BGBl. Nr. 1/1930 in der Fassung BGBl. I Nr. 100/2003, die Änderung des B-VG, BGBl. I Nr. 1/2008, zur Reform des Haushaltsrechts trat erst nach Ablauf des Finanzjahres 2008 (1. Jänner 2009) in Kraft.

⁴ BGBl. Nr. 213/1986 in der Fassung BGBl. I Nr. 20/2008.

nisse. In ihrer haushaltsrechtlichen Funktion sind sie den haushaltsleitenden Organen nachgeordnet und an deren Weisungen gebunden.

Ausführendes Organ ist die zentrale Buchhaltung, deren Funktion und Aufgaben seit ihrer Ausgliederung von der Buchhaltungsagentur des Bundes gemäß Buchhaltungsagenturgesetz (BHAG)⁵ wahrgenommen werden. Die Kassen, Zahlstellen und Wirtschaftsstellen sind ausführende Organe mit spezifischen Aufgaben (Abwicklung des Barzahlungsverkehrs, Bestands- und Vermögensverwaltung).

Ihre IT-Unterstützung erfahren die Organe der Haushaltsführung von der BRZ GmbH⁶. Die Gesellschaft stellt im Auftrag des Bundesministers für Finanzen die IT-Ressourcen, die für die Haushalts- und Rechnungsführung erforderlich sind, zur Verfügung. Die Auftragsbedingungen (für Entwicklung, Wartung, Betrieb und Infrastruktur) zwischen BMF und der Gesellschaft sind in einer Rahmenvereinbarung gemäß § 6 BRZ-G geregelt.

1.5.3 IT-Unterstützung

In der Verrechnung ist ein auf SAP R/3 basierendes Informationssystem im Einsatz. Aus betrieblicher IT-Anwendungssicht (Applikationssicht) lassen sich mit Hilfe dieses Systems die Gebarungsprozesse bundesweit einheitlich und organisationsübergreifend gestalten, steuern und unterstützen. Aus Anwendersicht (Usersicht) können die Daten ohne örtliche und zeitliche Bindung über eine Internetverbindung in das System eingegeben bzw. aus dem System abgefragt werden. Die Web-basierte Anwendung erlaubt bei zentraler Verarbeitung der Daten eine dezentrale Verfügbarkeit.

Der RH weist darauf hin, dass die Gebarungs- und Verrechnungsabläufe im System nur schwer nachvollziehbar sind. Zudem sind zahlreiche Bereiche der Gebarung nicht im System abgebildet. Darunter fallen vor allem die Finanzschuldengebarung, die Personalverrechnung und die Abgabeneinhebung. Die Einnahmen und Ausgaben aus diesen Bereichen werden in Vor-systemen geführt und saldiert an das Zentralsystem weitergegeben.

Um den künftigen betrieblichen Anforderungen des Haushalts- und Rechnungswesens im Hinblick auf die zweite Etappe der Haushaltsrechtsreform gerecht zu werden, ist das System durchwegs ausbaufähig. Kaufmännische Anwendungen, wie z.B. die Anlagenverwaltung, die Kostenrechnung oder die Materialbewirtschaftung lassen sich in das System integrieren, um mit Unterstützung des Systems ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage widerzuspiegeln.

⁵ BGBl. I Nr. 37/2004.

⁶ BGBl. Nr. 757/1996 (BRZ-G).

TZ 1

1.5.4 Verrechnungsverfahren

Gemäß Art. 51 Abs. 3 B-VG sind im Voranschlag die Einnahmen und Ausgaben zu erfassen⁷. Das Verrechnungsverfahren wird im BHG einheitlich vorgegeben (IX. Abschnitt, Verrechnung) und im Verordnungsweg vom Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof näher geregelt⁸. Das Verrechnungssystem ist eng an den Voranschlag gebunden und beruht vorwiegend auf kameralen Gesichtspunkten (Voranschlagswirksame Verrechnung gemäß § 78 BHG). Es weist aber auch kaufmännische Elemente der doppelten Buchführung (Bestands- und Erfolgsverrechnung gemäß § 80 BHG) auf.

Die Voranschlagswirksame Verrechnung (VWV) ist ein wesentliches Element des Rechnungswesens des Bundes. In der VWV werden sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Bundes, die im Voranschlag vorgesehen sind, zu Lasten der jeweiligen Voranschlagsposition verrechnet. So können die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben laufend mit den veranschlagten Einnahmen und Ausgaben verglichen und überwacht werden.

Verrechnungstechnisch werden in der VWV zu den Einnahmen und Ausgaben folgende Stadien erfasst:

Tabelle 1: Verrechnungsstadien in der VWV

Phase	Einnahmen	Ausgaben	zu Grunde liegender Geschäftsfall
1	Genehmigung	Genehmigung	Bewilligung des BVA durch den Nationalrat
2	Verfügung	Verfügung	verwaltungsinterne Mitteldisposition
3	Berechtigung	Verpflichtung	Begründung einer Leistungsverpflichtung gegenüber Dritten (Vertragsabschluss)
4	Forderung	Schuld	Entstehen der Leistungsverpflichtung
5	Zahlung	Zahlung	Erfüllung der Leistungsverpflichtung
9	Verzweigung	Verzweigung	Budgetumschichtung (z.B. Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe)

In der Bestands- und Erfolgsverrechnung (BEV) werden die Vermögensveränderungen, Aufwendungen und Erträge aufgezeichnet. Jene Geschäftsfälle, die auch voranschlagswirksam sind, werden dabei simultan auf Bestands- und Erfolgskonten aufgezeichnet. Voranschlagsunwirksame Vorgänge sind gesondert in der BEV zu erfassen:

⁷ Mit Wirksamkeit 1. Jänner 2009 wurde Art. 51 B-VG (in der Fassung Art. 1 Z 4 BGBl. I Nr. 1/2008) dahin gehend geändert, dass im Zusammenhang mit dem neu eingeführten Bundesfinanzrahmengesetz nicht mehr von „Ausgaben“ sondern von „Mittelverwendung“ gesprochen wird.

⁸ Bundeshaushaltsverordnung 1989, BGBl. 570/1989 in der Fassung BGBl. II Nr. 26/2005.

Tabelle 2: Verrechnungsverfahren VWV/BEV

Phase	VWV		BEV		
	Einnahmen	Ausgaben	Bestand	Erträge	Aufwendungen
1	Genehmigung			-	
2	Verfügung			-	
3	Berechtigung	Verpflichtung		-	
4	Forderung	Schuld		Forderung	Schuld
5	Zahlung	Zahlung	Verschiebung im Bestand		
9	Verzweigung	Verzweigung			
	-		+ voranschlagsunwirksame Vorgänge*)		

*) Voranschlagsunwirksame Vorgänge werden in der VWV nicht erfasst. Voranschlagsunwirksam sind beispielsweise die Ein- oder Auszahlung von Geldern, die nicht endgültig solche des Bundes sind, oder Vermögenszuschreibungen und -abschreibungen bei Schadensfällen.

1.5.5 Abschlussrechnungen

Voranschlagsvergleichsrechnung

Die Voranschlagsvergleichsrechnung entspricht in ihrer Form der im BFG 2008 festgelegten Gliederung. Sie enthält das Ergebnis aller rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge von der Genehmigung der Voranschlagsansätze bis zur Verwirklichung der Einnahmen und Ausgaben und spiegelt den Budgetvollzug wider.

Jahresbestandsrechnung

Die Jahresbestandsrechnung ist grundsätzlich einer Bilanz nachgebildet und gibt Aufschluss über Stand und Struktur des Bundesvermögens am Ende des Verrechnungszeitraumes.

Der Aussagewert der Vermögensrechnung des Bundes ist allerdings eingeschränkt und mit der Bilanz einer Unternehmung nicht vergleichbar. Dies liegt daran, dass wesentliche Vermögensteile mangels Bewertbarkeit überhaupt nicht erfasst sind (wie etwa historische Bauwerke, Kunstschatze oder der Musealbesitz) und das Verwaltungsvermögen bei den Amtsorganen bereits bei der Anschaffung mit 50 % abgeschrieben wird. Daraus folgt, dass jüngere Vermögenswerte unterbewertet und ältere Vermögenswerte überbewertet werden. Weiters werden – einer internationalen Übung folgend – militärische Anlagen und Ausrüstungsgegenstände nicht in die Bestandsrechnung aufgenommen.

Die sich in der Verwaltung von Straßensondergesellschaften befindlichen Vermögensteile (Autobahnen und Schnellstraßen) werden seit dem Jahre 1984 wertmäßig erfasst und dargestellt. Die wertmäßige Erfassung des übrigen Bundesstraßenvermögens erfolgte erstmals im Jahre 1985.

TZ 1

Dadurch ergibt sich, dass der Kapitalausgleich (121.234,64 Mill. EUR) unter den Aktiva ausgewiesen wird. Diese Position ist jedoch nicht als negatives Eigenkapital im betriebswirtschaftlichen Sinn zu verstehen, sondern ergibt sich aus den zuvor erwähnten Eigenheiten bei der Erfassung und Bewertung des Vermögens sowie aus weiteren Besonderheiten des Verrechnungsverfahrens. Der Position des Kapitalausgleichs kommt daher lediglich die Bedeutung einer Rechnungsgröße zu, die den Unterschied zwischen den höheren Passiva und den niedrigeren Aktiva ausgleicht.

Jahreserfolgsrechnung

Die Jahreserfolgsrechnung ist grundsätzlich einer Gewinn- und Verlustrechnung nachgebildet. Durch die Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen entspricht sie einer finanzwirtschaftlichen Saldorechnung. Der mit 2.201,09 Mill. EUR ausgewiesene Vermögensabgang stellt ebenfalls eine rechentechnische Ausgleichsposition dar. Von der voranschlagswirksamen Verrechnung unterscheidet sich die Jahreserfolgsrechnung durch die Periodenabgrenzung der Zahlungsströme, durch die Ausgrenzung der bloß bestandswirksamen Zahlungen und durch bestimmte Bewertungsvorgänge.

Die Jahreserfolgsrechnung wird ebenso wie die Jahresbestandsrechnung nach den Grundsätzen der kaufmännischen Doppik erstellt, weshalb der Kontenplan des Bundes in Anlehnung an den Einheitskontenrahmen der österreichischen Wirtschaft erstellt wurde.

1.6 Bericht des Staatsschuldenausschusses über die öffentlichen Finanzen

Gemäß § 1 Abs. 1 Z. 5 des Bundesgesetzes über die Errichtung des Staatsschuldenausschusses⁹, hat dieser jährlich einen Bericht zu verfassen, dessen grundsätzliche Zielsetzung sich auf die Einschätzung zur finanzpolitischen Lage einschließlich Analysen über volkswirtschaftliche Auswirkungen der Finanzoperationen der öffentlichen Haushalte in Österreich sowie hierauf gegründete Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses bezieht.

Beim Vergleich des Berichts des Staatsschuldenausschusses mit dem Bundesrechnungsabschluss ist Folgendes festzustellen:

Während der BRA 2008 des RH

- ein detailliertes Bild der Gesamtwirtschaft Österreichs
- und der Finanzwirtschaft des Bundes mit

⁹ BGBl. Nr. 742/1996 i.d.F. BGBl. I Nr. 16/2002.

- umfangreichen Erläuterungen zu den Ergebnissen der Haushaltsführung des Bundes (Budgetvollzug)
- samt Abweichungsanalysen zum Bundesvoranschlag (Voranschlagsvergleichsrechnung)
- sowie zur Vermögens-, Schulden-, Aufwands- und Ertragssituation des Bundes (Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung) bietet und
- zugleich einen Bericht zur Finanzierung des Bundeshaushalts und zum aktuellen Stand der Bundesschulden und -haftungen liefert,

enthält der Bericht über die öffentlichen Finanzen 2008 des Staatsschuldenausschusses

- monetäre und realökonomische Rahmenbedingungen,
- die Fiskalposition gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt,
- die Finanzschuldengeminarung des Bundes,
- die Staatsverschuldung Österreichs im internationalen Vergleich,
- eine Vorschau im Bezug auf das Österreichische Stabilitätsprogramm für die Jahre 2008 bis 2013
- sowie die Auflistung der Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses an den Bundesminister für Finanzen.

Der Bericht des Staatsschuldenausschusses richtet sich im Wesentlichen auf die zukünftige Entwicklung der Finanzpolitik des Staates. Der Bundesrechnungsabschluss schließt den jährlichen Budgetkreislauf des Bundes, ist überwiegend vergangenheitsbezogen und ermöglicht Analysen für zukünftige Entwicklungen.

Überschneidungen und Parallelen können sich auf Grund folgender Aspekte ergeben:

- Verbundenheit der Finanzwirtschaft

Die Analysen zu Fragen der Staatsverschuldung und Einschätzungen der finanziellen Lage in beiden Berichten betreffen auf Grund der Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und der Gemeinden alle öffentlichen Haushalte in Österreich einschließlich der Träger der Sozialversicherung.

TZ 1

- Nachhaltigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen

Während der Staatsschuldenausschuss die Nachhaltigkeit und Qualität der Finanzpolitik beurteilt, werden im Bundesrechnungsabschluss die Nachhaltigkeit und Qualität der Budgeterstellung und des Budgetvollzuges dargestellt.

- Empfehlungscharakter

Der Staatsschuldenausschuss gibt Empfehlungen zur Finanzpolitik ab. Er richtet seine Empfehlungen an den Bundesminister für Finanzen, der diese zusammen mit den Untersuchungs- und Analyseergebnissen des Staatsschuldenausschusses dem Nationalrat und der Bundesregierung vorlegt.

Der RH gibt insbesondere Empfehlungen zur Ordnung des Rechnungswesens (§ 6 RHG) und zur Organisation und Ausübung des Rechnungsdienstes (§ 8 RHG) ab. Er richtet seine Empfehlungen an das zuständige Bundesministerium und an das Bundesministerium für Finanzen. Die Feststellungen und Empfehlungen, die sich aus dem diesjährigen Ergebnis der Prüfung der Abschlussrechnungen gemäß § 9 RHG ergaben, sind in TZ 1.2 zusammengefasst.

2. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN DES BUNDESHAUSHALTS

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Der Bundesvoranschlag 2008

Der Bundesvoranschlag 2008 wurde mit dem Bundesfinanzgesetz 2008 vom 11. Mai 2007, BGBl. I Nr. 23/2007, genehmigt.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die bei Budgeterstellung herangezogen wurden, basierten auf der WIFO-Dezember-Prognose 2006. Demnach wurden der Budgeterstellung folgende Parameter zugrunde gelegt:

- reales BIP-Wachstum von 2,3 % und nominelles BIP-Wachstum von 4,0 %,
- Preissteigerung von 1,7 %,
- eine Zunahme der Beschäftigung (+ 0,7 %) sowie ein Rückgang der Arbeitslosenzahl (- 0,1 %).

2.1.2 Entwicklung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts

Rechtlicher Rahmen

Die Haushaltsführung ist unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu gestalten, wobei die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes (§ 2 BHG) zu berücksichtigen sind. Gemäß BHG zeichnet sich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem hohen Beschäftigtenstand, einem hinreichend stabilen Geldwert, der Sicherung des Wachstumspotenzials und der Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes aus.

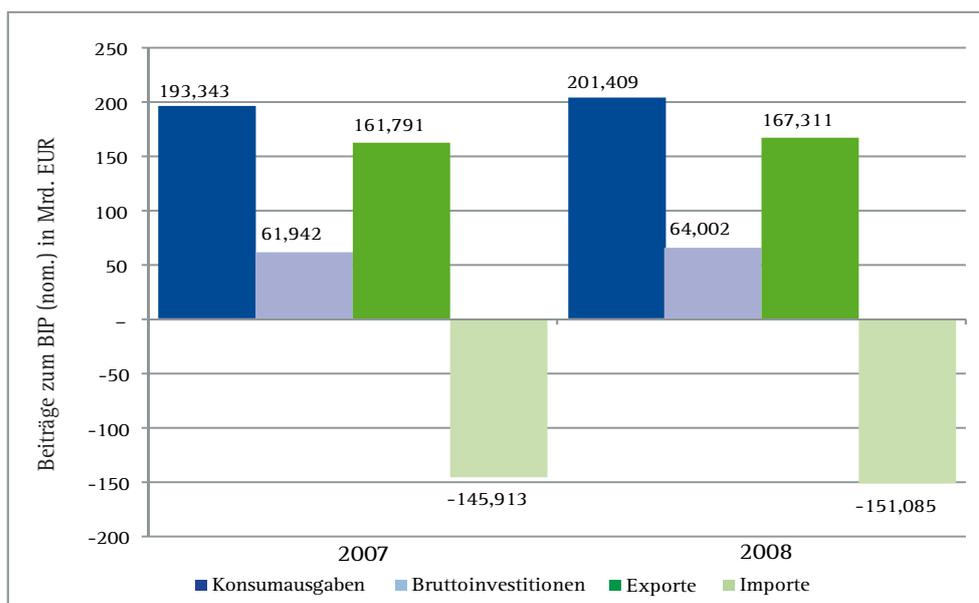
Wachstum

Das reale BIP-Wachstum betrug über das gesamte Jahr 2008 2,0 % (2007: 3,5 %). Das Haushaltsjahr war gekennzeichnet durch ein reales BIP-Wachstum von 2,9 % im 1. Quartal und einer von der Finanzkrise geprägten zweiten Jahreshälfte mit einem realen BIP-Wachstum von 0,0 % im 4. Quartal. Das nominelle BIP lag mit 4,1 % um 0,1 Prozentpunkte über dem im Bundesvoranschlag mit 4,0 % angenommenen Wert. Das nominelle BIP betrug 281,867 Mrd. EUR (2007: 270,782 Mrd. EUR) und stieg somit um 4,1 % (11,085 Mrd. EUR). Die Konsumausgaben leisteten zum BIP-Wachstum einen überdurchschnittlichen Beitrag (38,75 %). Sie betragen 201,409 Mrd. EUR

TZ 2

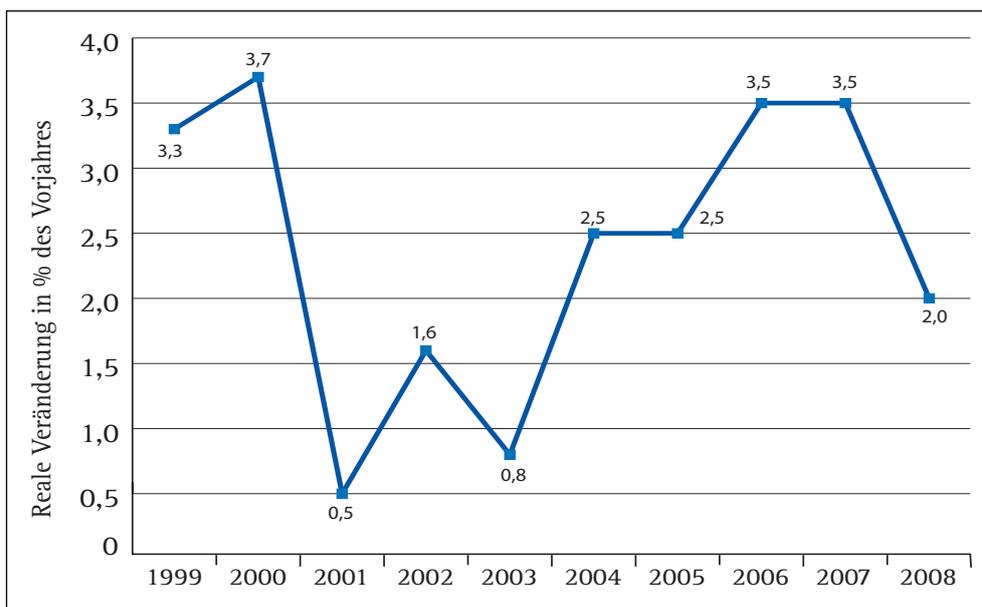
(2007: 193,343 Mrd. EUR) und stiegen um 4,2 %. Die Bruttoinvestitionen stiegen um 3,3 % auf 64,002 Mrd. EUR (2007: 61,942 Mrd. EUR). Die Exporte waren mit 167,311 Mrd. EUR (2007: 161,791 Mrd. EUR) um 3,4 % höher als im Vorjahr. Die Importe betrugen 151,085 Mrd. EUR (2007: 145,913 Mrd. EUR) und stiegen damit um 3,5 % (5,172 Mrd. EUR).

Abbildung 1: Zusammensetzung des BIP



Quelle: Statistik Austria

Abbildung 2: Reales BIP-Wachstum

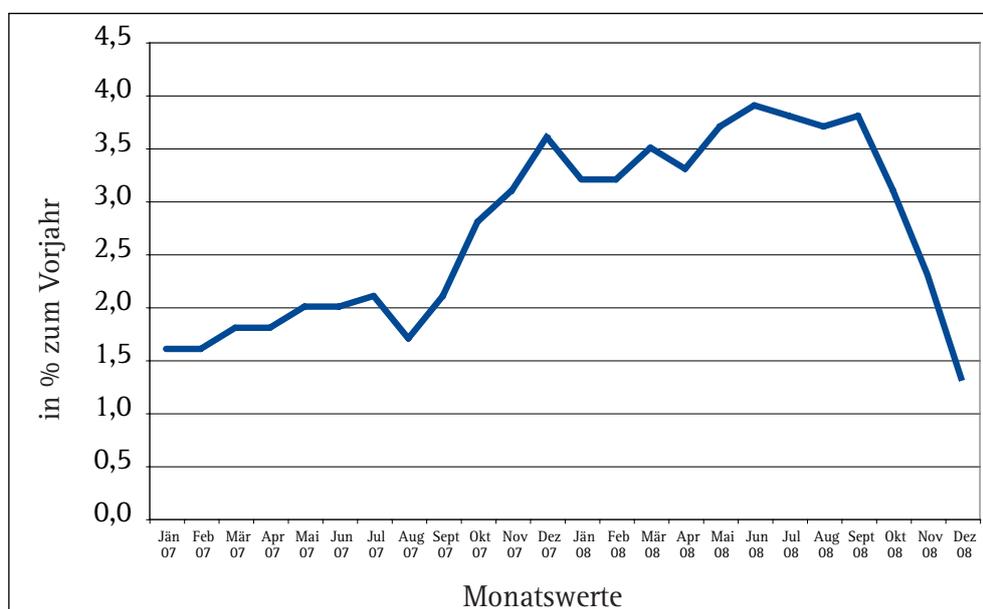


Quelle: Statistik Austria

Stabiler Geldwert

Die Preissteigerung (VPI) lag mit 3,2 % (2007: 2,2 %) über jenem dem BVA zugrunde gelegten Wert von 1,7 %, wobei die Spitze im Juni 2008 mit einer Teuerungsrate von 3,9 % erreicht wurde. Dies war vor allem auf die starke globale Nachfrage nach Erdöl sowie Agrarprodukten in der ersten Jahreshälfte zurückzuführen. Die Trendumkehr erfolgte insbesondere aufgrund der Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Realwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte. Im Dezember 2008 hat sich die Inflation auf 1,3 % zum Vorjahr verlangsamt.

Abbildung 3: VPI



Quelle: Statistik Austria

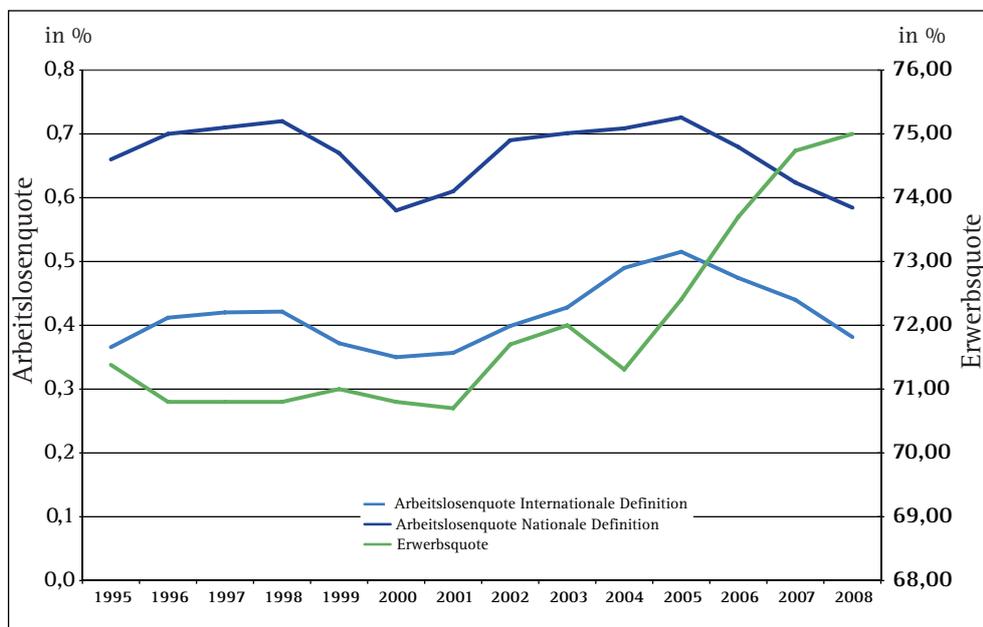
Beschäftigungsstand

Die Bundesregierung rechnete im Budgetbericht 2007/2008 mit einem Beschäftigungszuwachs von 77.000 Personen im Jahr 2007 und von weiteren 21.000 Personen für 2008 und in Folge mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Tatsächlich entwickelte sich der Arbeitsmarkt deutlich besser. Die österreichische Erwerbsquote stieg in den letzten Jahren kontinuierlich von 73,7 % im Jahr 2006 und 74,7 % im Jahr 2007 auf 75,0 % im Jahr 2008 an. Im Jahresdurchschnitt waren 4,09 Mill. Personen erwerbstätig, davon rd. 3,50 Mill. unselbständig. Die österreichische Erwerbsquote stieg in den letzten Jahren kontinuierlich von 73,7 % im Jahr 2006 und 74,7 % im Jahr 2007 auf 75,0 % im Jahr 2008 an. Gegenüber dem Jahr 2007 gab es ein Beschäftigungsplus von unselbständigen Erwerbstätigen von 77.800 Personen. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnungsmethode betrug 5,8 % (2007: 6,2 %). Die Arbeitslosenquote nach internationaler Berechnungsmethode (Eurostat) betrug 3,8 % (2007: 4,4 %). Durchschnittlich waren rd. 162.300 Personen arbeitslos gemeldet. Im vierten Quartal stieg die nationale Arbeitslosenquote auf 6,6 % bzw. die internationale Arbeitslosenquote auf 4,0 %.

Die internationale Arbeitslosenquote berechnet sich als Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen. Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Die Datenquelle ergibt sich durch die Mikrozensushebung.

Die nationale Arbeitslosenquote berechnet sich als Anteil der Zahl der beim Arbeitsmarktservice (AMS) vorgemerkten Personen am unselbständigen Arbeitskräftepotenzial (beim AMS vorgemerkte arbeitslose Personen und beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfasste unselbständige Beschäftigte).

Abbildung 4: Arbeitsmarkt



Quelle: Statistik Austria

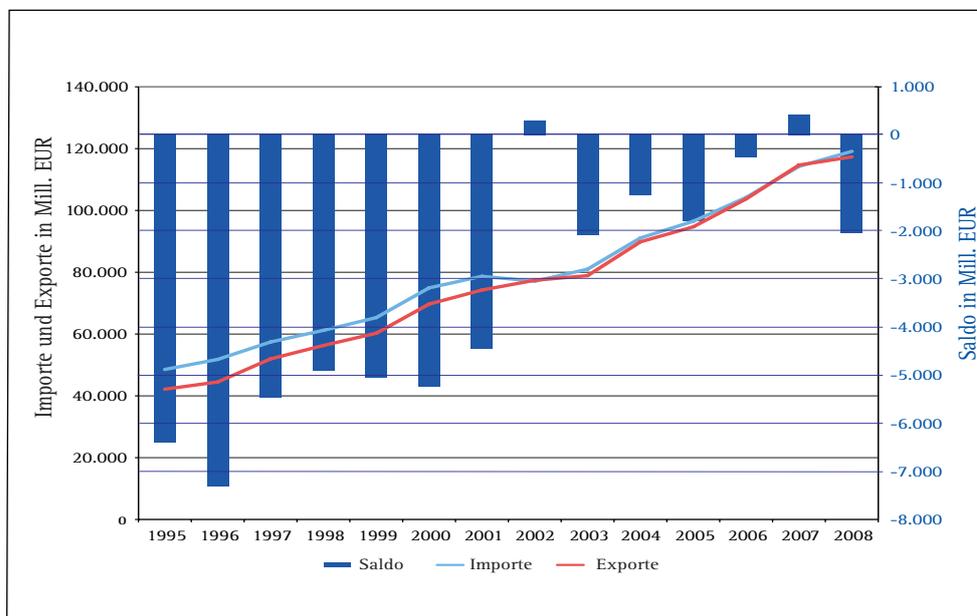
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Im österreichischen Außenhandel stiegen die Exporte der Güter um 2,5 % auf 117,525 Mrd. EUR (2007: 114,680 Mrd. EUR). Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kam es ab November zu einem deutlichen Einbruch. Die Exporte verzeichneten einen Rückgang von 14,2 % im November 2008 bzw. 8,3 % im Dezember 2008. Die Importe der Güter betrugen 119,568 Mrd. EUR (2007: 114,255 Mrd. EUR) und waren um 4,7 % höher als im Vorjahr. Im Unterschied zur Darstellung der Zusammensetzung des BIP umfassen die Exporte und Importe beim österreichischen Außenhandel ausschließlich Güter¹.

¹ Im Unterschied zur Darstellung des BIP (TZ 2.1.1) umfassen die Importe und Exporte beim außenwirtschaftlichen Gleichgewicht ausschließlich Güter.

TZ 2

Abbildung 5: Außenhandel



Quelle: Statistik Austria

Vergleich der konjunkturellen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt der Budgeterstellung 2008 mit den Istwerten für 2008

Der Budgetvoranschlag 2008 basierte auf moderaten Annahmen des wirtschaftlichen Umfelds. Während das Wirtschaftswachstum unter den Annahmen lag (- 0,5 Prozentpunkte real), entwickelte sich der Arbeitsmarkt deutlich über den Erwartungen.

Die deutlichen Abweichungen zwischen den veranschlagten Budgetansätzen und dem Budgetvollzug sind u.a. auf die Finanzkrise ab September 2008 und den unerwarteten Konjunkturerinbruch sowie die höhere Preisentwicklung zurückzuführen.

In der folgenden Tabelle werden die Daten zum Zeitpunkt der Budgeterstellung 2008 (WIFO Prognose 2006) den Istwerten für 2008 gegenübergestellt:

Tabelle 3: Wirtschaftliche Daten der Budgeterstellung

	WIFO - Dezember Prognose 2006 (= Basis für Budgeterstellung)	
	2008	Istwerte 2008
Nominales BIP-Wachstum	+ 4,0 %	+ 4,1 %
Reales BIP-Wachstum	+ 2,3 %	+ 2,0 %
Unselbständige Beschäftigte	+ 0,7 %	+ 2,4 %
Arbeitslosenquote (Eurostat)	4,5 %	3,8 %
Arbeitslosenquote (national)	6,4 %	5,8 %
Verbraucherpreise	+ 1,7 %	+ 3,2 %
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. EUR)		9,82 Mrd. EUR
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)		3,5 %

Quelle: WIFO

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die bei der Budgeterstellung herangezogen wurden, basierten auf der WIFO-Dezember-Prognose 2006. Demnach wurden der Budgeterstellung ein reales BIP-Wachstum von 2,3 % und ein nominales BIP-Wachstum von 4,0 %, eine Preissteigerung von 1,7 % und eine Zunahme der Beschäftigung (+ 0,7 %) sowie ein Rückgang der Arbeitslosenzahl (- 0,1 %) zugrunde gelegt.

2.2 Der Bundeshaushalt 2008

2.2.1 Einnahmen- und Ausgabenentwicklung

Ausgabenentwicklung

Im Budgetvollzug 2008 wurden die veranschlagten Ausgaben in Höhe von 69,869 Mrd. EUR des Allgemeinen Haushalts mit 80,298 Mrd. EUR (2007: 72,332 Mrd. EUR) um 10,429 Mrd. EUR (+ 14,9 %) überschritten. Die Abweichung erklärt sich u.a. durch die Rücklagenzuführung als Folge von Verzögerungen bei der Umsetzung des Bankenhilfspakets. Die Entscheidungen über das Restrukturierungspaket der AUA (500 Mill. EUR) sowie die Zahlungsverpflichtungen im Rahmen des Bankenhilfspakets (z.B. Beteiligung Hypo Alpe Adria 900 Mill. EUR) erfolgten nach Beschluss des BVA. Die Ausgabensteigerung gegenüber 2007 lag mit 11,0 % über dem nominellen BIP-Wachstum von 4,1 %.

Einnahmenentwicklung

Die veranschlagten Einnahmen in Höhe von 66,909 Mrd. EUR des Allgemeinen Haushalts wurden mit 70,734 Mrd. EUR (2007: 69,462 Mrd. EUR) um 3,825 Mrd. EUR (+ 5,7 %) überschritten. Die Einnahmensteigerung gegenüber dem Vorjahr betrug 1,8 %.

Die öffentlichen Abgaben (Kapitel 52), als wichtigste Einnahmenquelle des Bundes, betragen im Jahr 2008 nach Abzug der Ab-Überweisungen 44,961 Mrd. EUR und waren um 921,81 Mill. EUR höher als im BVA angenommen. Durch die positive Beschäftigungsentwicklung waren vor allem die Einnahmen durch die Lohnsteuer um 1,308 Mrd. EUR höher als veranschlagt. Die Zinsentwicklung führte zu Mehreinnahmen durch die Kapitalertragssteuer um 40 % gegenüber dem BVA (627,45 Mill. EUR). Nach Abzug der Überweisungen an die Länder, Gemeinden und Fonds sowie der Überweisung an die EU belaufen sich die Einnahmen des Bundes durch öffentliche Abgaben auf 44,961 Mrd. EUR.

Bei den sonstigen Einnahmen kam es vor allem beim Kapitel 58 Finanzierungen und Währungstauschverträge (1,449 Mrd. EUR) sowie bei den Dienstgeberbeiträgen zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe (414,98 Mill. EUR) zu Mehreinnahmen. Beim FLAF gehen die Mehreinnahmen auf die Abschaffung der Selbstträgerschaft zurück. Die Einnahmen beliefen sich im Haushaltsjahr 2008 auf 70,734 Mrd. EUR.

Das Defizit stieg auf 9,564 Mrd. EUR (2007: 2,870 Mrd. EUR) und betrug - 3,4 % des BIP.

Zusammengefasst zeigt der Bundeshaushalt für die Jahre 2005 bis 2008 die folgenden Ergebnisse:

Tabelle 4: Bundeshaushalt im Überblick

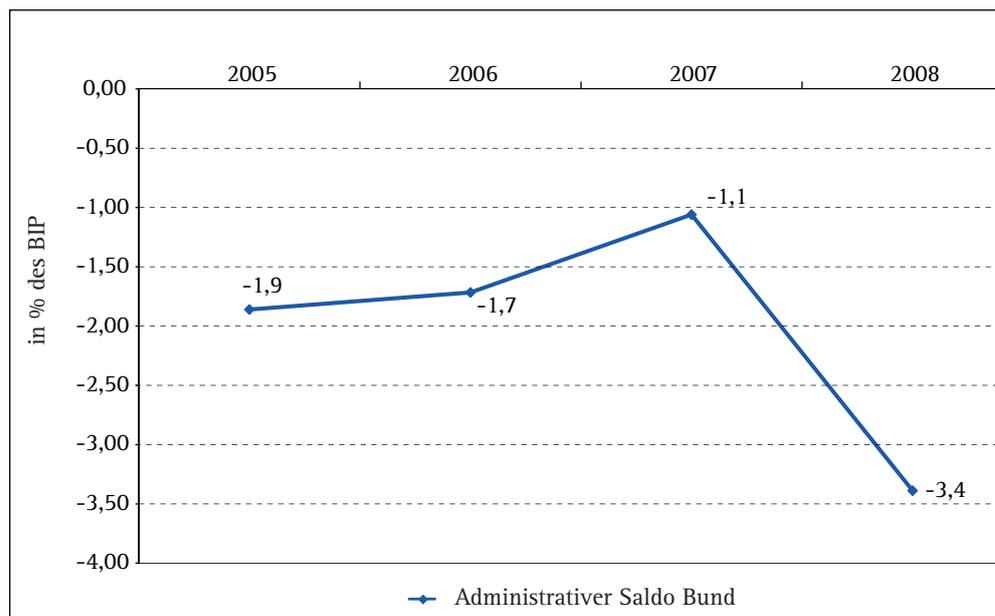
	BRA 2005	BRA 2006	BRA 2007	BRA 2008	BVA 2008	Veränderung BRA 2007 : 2008	Abweichung BVA : BRA 2008
	Mrd. EUR	%	%				
Allgemeiner Haushalt:							
Ausgaben	66,041	70,561	72,332	80,298	69,869	+ 11,0	+ 14,9
Einnahmen	61,493	66,145	69,462	70,734	66,909	+ 1,8	+ 5,7
Abgang	- 4,548	- 4,416	- 2,870	- 9,564	- 2,960	+ 233,2	+ 223,2
Ausgleichshaushalt:							
Ausgaben	32,271	39,090	57,130	42,190	77,813	- 26,2	- 45,8
Einnahmen	36,819	43,506	60,000	51,755	80,773	- 13,7	- 35,9
Überschuss	+ 4,548	+ 4,416	+ 2,870	+ 9,564	+ 2,960	+ 233,2	+ 223,2
BIP:							
Defizit in % des BIP	-1,9	-1,7	-1,1	-3,4			

Quelle: Eigene Berechnung, Statistik Austria

TZ 2

Der administrative Saldo ist die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben des Allgemeinen Haushalts. Dieser stellt sich in Prozent des BIP im Zeitraum 2005 bis 2008 wie folgt dar:

Abbildung 6: Administrativer Saldo (Abgang) des Bundes



Quelle: Eigene Berechnung

2.2.2 Nachhaltigkeit der Haushaltsführung

Um die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, ist ein Primärüberschuss² des öffentlichen Haushalts nötig. Durch die Ausgabendynamik im Haushaltsjahr 2008 reduziert sich der Primärüberschuss des Bundes auf 4,692 Mrd. EUR.

² Der Primärsaldo errechnet sich aus dem Saldo des Allgemeinen Haushalts bereinigt um die Veränderung der Rücklagen und die Zinsen. Ein positiver Primärsaldo wird als Primärüberschuss definiert. Der Primärsaldo gibt Aufschluss über die Auswirkungen der aktuellen Budgetpolitik auf die zukünftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

Tabelle 5: Berechnung des Primärsaldos

	BRA 2005		BRA 2006		BRA 2007		BRA 2008	
	Mrd. EUR	in % des BIP						
Allgemeiner Haushalt:								
Ausgaben	66,041	27,1	70,561	27,5	72,332	26,7	80,298	28,5
Einnahmen	61,493	25,2	66,145	25,8	69,462	25,7	70,734	25,1
Saldo Allgemeiner Haushalt (= „administrativer Saldo“)	-4,548	-1,9	-4,416	-1,7	-2,870	-1,1	-9,564	-3,4
Veränderung der Haushalts- rücklagen	0,279	0,1	0,267	0,1	0,995	0,4	6,778	2,4
Zinsen (abzüglich Swap-Zins- Einnahmen)	7,592	3,1	7,952	3,1	8,068	3,0	7,478	2,7
Primärsaldo des Bundes	3,323	1,4	3,802	1,5	6,193	2,3	4,692	1,7

Quelle: Eigene Berechnung, Statistik Austria

Durch die gestiegenen Ausgaben im Haushaltsjahr 2008 fiel der positive Primärsaldo des Bundes auf 4,692 Mrd. EUR (2007: 6,193 Mrd. EUR) um 1,501 Mrd. EUR. Die Berücksichtigung der Veränderung der Rücklagen wurde im BRA 2008 erstmals vorgenommen, woraus sich aktualisierte Werte des Primärsaldos für die Vorjahre ergeben.

2.2.3 Abgabenquote

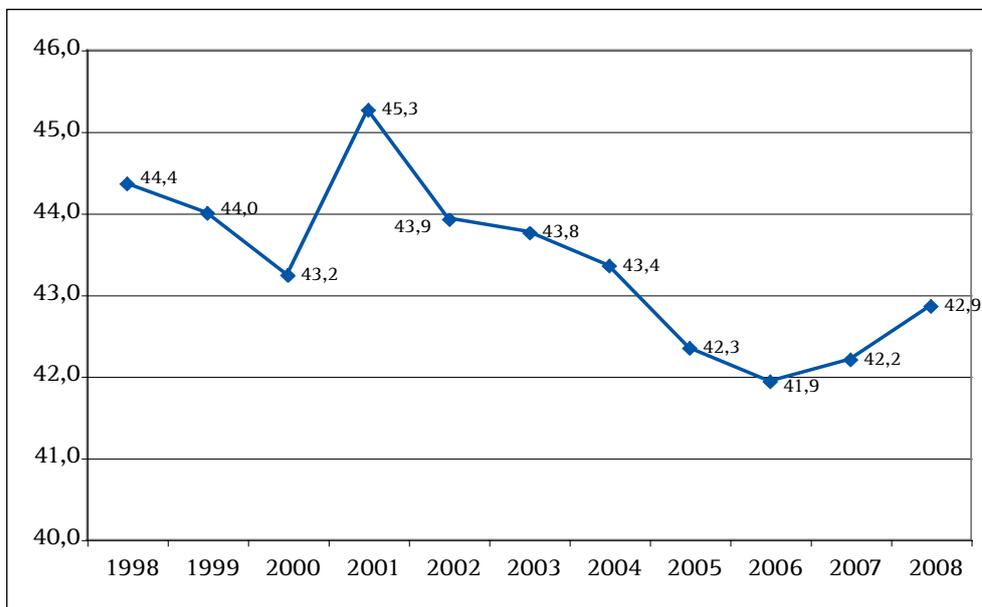
Im Haushaltsjahr 2008 stieg die Abgabenquote, d.h. die Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des BIP, um 0,7 Prozentpunkte auf 42,9 % des BIP an.

Im Haushaltsjahr 2008 belief sich die Abgabenquote, d.h. die Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des BIP, auf 42,9 % und stieg somit um 0,7 Prozentpunkte an. Die von der Statistik Austria an die OECD gemeldeten Daten ergaben eine gesamtstaatliche Abgabenquote ohne imputierte Sozialbeiträge³ von 42,9 % des BIP bzw. mit imputierten Sozialbeiträgen von 44,4 % des BIP.

³ Imputierte Sozialbeiträge bilden den Gegenpart zu ungedeckten Sozialleistungen die von Arbeitgebern direkt an ihre Arbeitnehmer bezahlt werden. In Österreich werden die imputierten Pensionsbeiträge dieser Kategorie zugerechnet. Die imputierten Pensionsbeiträge stellen im Wesentlichen jenen Anteil an Pensionszahlungen der öffentlichen Rechtsträger an Beamte dar, die durch die Pensionsbeiträge der Beamten nicht gedeckt sind.

TZ 2

Abbildung 7: Abgabenquote



Quelle: Statistik Austria (Berechnungsstand Juni 2009, BIP: Stand Juli 2009)

2.3 Der Bundeshaushalt im Rahmen der wirtschaftspolitischen Verpflichtungen auf EU-Ebene

2.3.1 Wirtschafts- und Währungsunion

Seit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) hat die gesamtstaatliche Betrachtung des Budgets an Bedeutung gewonnen. Vor allem die dritte Stufe der WWU, welche durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt die Haushaltsdisziplin der EU-Mitgliedstaaten gewährleisten soll, führte in Österreich zu einer verstärkten Koordination der Haushaltspolitik zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden. Durch den Österreichischen Stabilitäts- und Wachstumspakt soll unter Berücksichtigung der föderalen Struktur des öffentlichen Sektors die Umsetzung der Verpflichtungen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts gewährleistet werden.

2.3.2 Die Entwicklung der Maastricht-Kriterien

Maastricht-Kriterien

Die in Artikel 104 des EG-Vertrages festgelegten fiskalen Rahmenbedingungen sowie das beigefügte Protokoll mit den definierten Referenzwerten (Maastricht-Kriterien) für öffentliche Defizite (3 % des BIP) und Schuldenstände (60 % des BIP) stellen wichtige Kriterien für die multilaterale Überwachung und Steuerung der europäischen Währungs- und Wirtschaftspolitik dar. Österreich - als Mitglied der Eurozone - ist verpflichtet, jährlich ein

Stabilitätsprogramm vorzulegen, in welchem der Budget- und Schuldenpfad, das mittelfristige Budgetziel sowie die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen dargestellt werden. Weiters verpflichtet sich Österreich zweimal jährlich Daten über die Budgetentwicklung an die Europäische Kommission zu übermitteln („budgetäre Notifikation“).

Sowohl das Stabilitätsprogramm als auch die budgetäre Notifikation basieren auf dem ESVG 95 und bilden daher den konzeptionellen Rahmen für die Vergleichbarkeit unter den EU-Mitgliedstaaten. Zur gesamtstaatlichen Betrachtung des Staatshaushalts gruppiert die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung den Staat in vier Teilsektoren: Bundessektor, Landesebene, Gemeindeebene und Sozialversicherungsträger. Sowohl für das öffentliche Defizit als auch für den öffentlichen Schuldenstand tragen alle vier Teilsektoren zur gesamtstaatlichen Betrachtung bei.

Für die Maastricht-Kriterien muss die administrative Darstellung des öffentlichen Haushalts gemäß BRA zum Finanzierungssaldo laut ESVG 95 übergeleitet werden. Aufgrund der konzeptionellen Unterschiede ist eine sachliche und zeitliche Adaptierung nötig. Der Finanzierungssaldo laut ESVG wird um verschiedene vermögensneutrale Positionen des administrativen Budgets bereinigt. Weiters kommt es zu Anpassungen in Folge der periodengerechten Zuordnung (z.B. bei Zinsen, Mehrwertsteuer, Lohnsteuer).

Öffentliches Defizit

Im März 2009 wurde für das Haushaltsjahr 2008 ein Maastricht-Defizit (Finanzierungsdefizit des Bundessektors) von 1,633 Mrd. EUR (- 0,58 % des BIP) notifiziert⁴, wobei die Rücklagen in der Höhe von 6,868 Mrd. EUR (+ 8,483 Mrd. EUR Rücklagenzuführung, - 1,615 Mrd. EUR Rücklagenentnahme) die größte Differenz zum Abgang des Allgemeinen Haushalts erklären.

Weiters kam es zur Umbuchung im Fall des Restrukturierungspakets der AUA. Die Beteiligung an der Hypo Alpe Adria ist vermögensneutral und daher für den Finanzierungssaldo laut ESVG 95 nicht relevant.

⁴ Die budgetäre Notifikation ist eine Meldeverpflichtung der EU-Länder an die Europäische Kommission zu Verschuldungs- und Defizitdaten des Staates (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) gemäß EU-Verordnung, die zweimal jährlich erfolgt (jeweils Ende März und Ende September). Die Berechnung und Übermittlung der Daten erfolgt durch die Statistik Austria.

TZ 2

Tabelle 6: Überleitungstabelle Defizit

	Mill. EUR	
	2007	2008
Abgang Allgemeiner Haushalt des Bundes	- 2.869,58	- 9.564,07
Rücklagenzuführung (Ausgaben)	+ 2.242,02	+ 8.483,19
Rücklagenentnahmen (Einnahmen)	- 1.527,35	- 1.614,90
Darlehen Ausgaben	+ 386,64	+ 429,38
Darlehen Einnahmen	- 260,89	- 320,98
Beteiligungen Ausgaben	+ 176,11	+ 1.075,90
Beteiligungen Einnahmen	+ 4,97	- 6,85
Steuern, Periodengerechte Zuordnung	+ 164,53	+ 292,71
Zinsen, Periodengerechte Zuordnung	+ 397,00	+ 292,00
Sonstiges	- 452,56	- 699,35
Finanzierungsdefizit des Bundessektors	- 1.739,10	- 1.632,98
Finanzierungsdefizit des Bundessektors in % des BIP	- 0,64	- 0,58

Quelle: Statistik Austria, Budget-Notifikation März 2009

Die Entwicklung des öffentlichen Defizits auf gesamtstaatlicher Ebene im Bezug auf den Referenzwert von 3 % des BIP zeigt, dass der Wert in den letzten Jahren (Ausnahme 2004) unterschritten wurde.

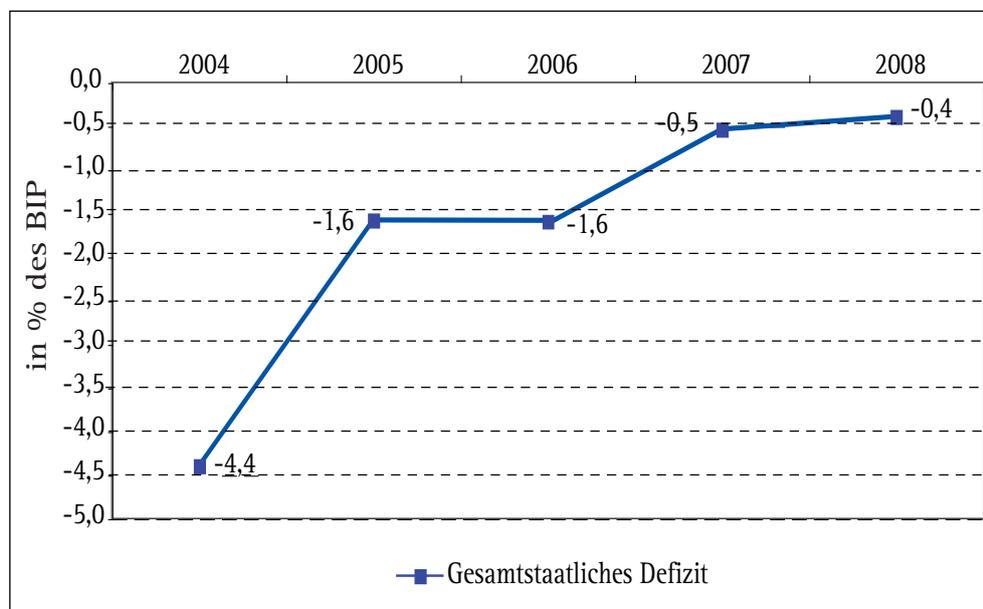
Im Jahr 2008 hatte der Bundessektor ein Defizit von - 0,58 % des BIP und die Sozialversicherung von - 0,02 % des BIP. Die Länder (mit Wien) erzielten einen Überschuss von + 0,15 %, die Gemeinden (ohne Wien) von + 0,06 %. Damit wurden die Verpflichtungen des Österreichischen Stabilitätspakts vom Bund (- 0,58 % statt - 1,33 % des BIP) und den Gemeinden (+ 0,06 % statt 0,0 % des BIP) erfüllt, die Länder blieben mit + 0,15 % unter der Verpflichtung aus dem Stabilitätspakt (+ 0,45 % des BIP) zurück.

Tabelle 7: Finanzierungssaldo laut ESVG 95*

	2004	2005	2006	2007	2008
	Mrd. EUR				
Finanzierungsdefizit des Bundes laut ESVG 95	- 10,743	- 4,222	- 3,995	- 1,686	- 1,598
Finanzierungsdefizit des Bundessektors laut ESVG 95	- 10,716	- 4,356	- 4,059	- 1,739	- 1,633
Finanzierungssaldo der Landesebene laut ESVG 95***	+ 0,320	+ 0,239	- 0,415	+ 0,237	+ 0,325
Finanzierungssaldo der Gemeindeebene laut ESVG 95***	+ 0,035	+ 0,198	+ 0,188	+ 0,216	+ 0,158
Finanzierungssaldo der Gemeinde Wien	+ 0,332	+ 0,133	+ 0,144	+ 0,091	+ 0,108
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung laut ESVG 95	- 0,203	- 0,057	- 0,003	- 0,254	- 0,057
Öffentliches Defizit des Staates laut ESVG 95	- 10,232	- 3,843	- 4,144	- 1,448	- 1,098
BIP**	232,782	243,585	256,162	270,782	281,867
Öffentliches Defizit des Staates in % des BIP	- 4,4	- 1,6	- 1,6	- 0,5	- 0,4

Quelle: Statistik Austria, (Stand: * 31. März 2009/ ** 10. Juli 2009); *** ohne Wien

Abbildung 8: Öffentliches Defizit des Staates laut ESVG 95



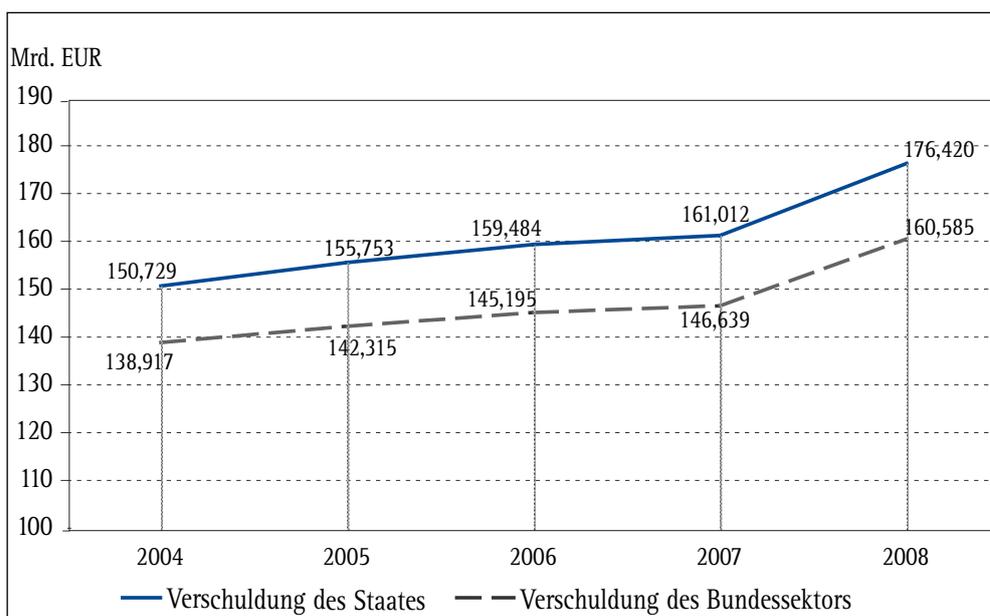
Quelle: Statistik Austria

TZ 2

Die öffentliche Verschuldung des Staates laut ESVG 95

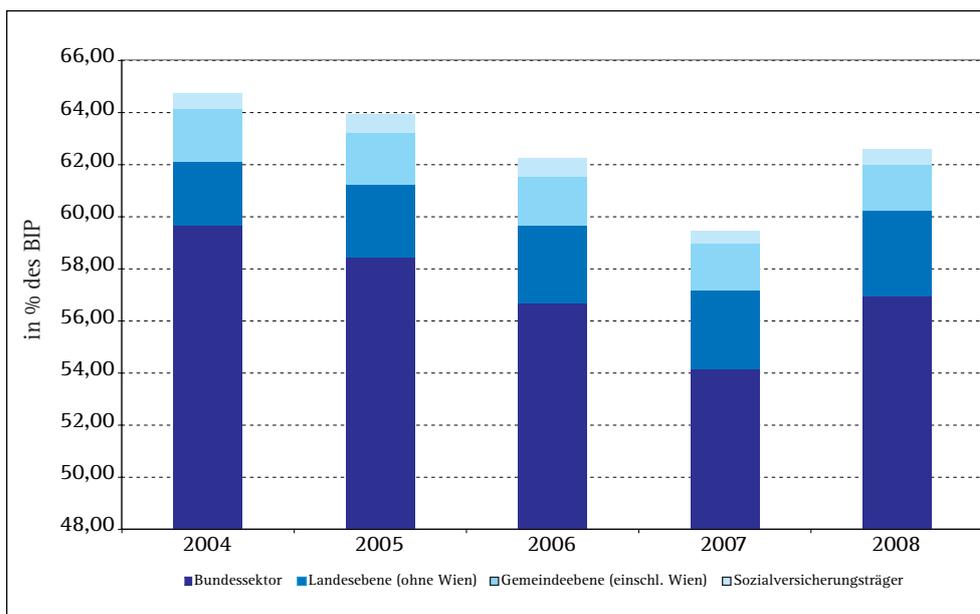
Der öffentliche Schuldenstand betrug 176,420 Mrd. EUR (2007: 161,012 Mrd. EUR) und lag mit 62,59 % (2007: 59,46 %) des BIP über der Referenzmarke (Maastricht-Kriterien) von 60 %.

Abbildung 9: Öffentliche Verschuldung



Quelle: Statistik Austria

Abbildung 10: Schuldenquote



Quelle: Statistik Austria

2.3.3 Das Stabilitätsprogramm

Das aktuelle Stabilitätsprogramm für die Jahre 2008 bis 2013 wurde am 21. April 2009 an die Europäische Kommission übermittelt.

Die Bundesregierung hält am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts über den Konjunkturzyklus fest. Sie bekennt sich aber dazu, dass Konsolidierungsmaßnahmen notwendig sind. Bereits durch das Regierungsprogramm wurde eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Konsolidierungsmaßnahmen eingesetzt. Der RH, als Mitglied dieser Arbeitsgruppe, legte bereits 2007 und in einer Neuauflage im März 2009 Vorschläge zu Verwaltungsreform und Bürokratieabbau, basierend auf Prüfungsergebnissen (Positionen 2007/1 und 2009/1), vor. Zu den Themenbereichen „Schulverwaltung“ und „Effizienz der Verwaltung“ wurden bereits Problem- und Folgeanalysen der Expertengruppe in die Arbeitsgruppe eingebracht. Die Expertengruppe, bestehend aus dem RH, dem WIFO, dem IHS, der Statistik Austria und dem KDZ hat in der Folge auch ein gemeinsames Papier mit Lösungsvorschlägen erarbeitet und dem Vorbereitungsgremium vorgelegt. Der Expertengruppe scheint insbesondere ein klarer politischer Wille, eindeutige politische Zielvorgaben über den Umfang und die Ziele sowie eine umfassende, zielgerichtete Steuerung des Reformprozesses als unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit. Im Rahmen eines „Österreich-Gesprächs“ am 29. Juni 2009⁵ verständigten sich die fünf Parteien auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Verwaltungsreform. Ein parlamentarischer Unterausschuss wird sich mit den bereits vorliegenden Pakten „Schulverwaltung“ und „Effizienz der Verwaltung“ beschäftigen.

Am 7. Juli 2009 wurde das österreichische Stabilitätsprogramm im Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN) behandelt. In seiner Stellungnahme schrieb der ECOFIN, dass der dramatische Wandel der Wirtschaftslage nur geringe Auswirkungen auf den Haushaltssaldo 2008 hatte und sich die Auswirkungen der Einnahmefälle sowie der Stabilisierungsmaßnahmen der Regierung im Wesentlichen ab 2009 zeigen werden.

Der ECOFIN forderte Österreich mit seiner Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm auf, die konjunkturfördernden Maßnahmen im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm 2009 und 2010 sowie mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt umzusetzen, den finanzpolitischen Kurs allerdings spätestens 2011 umzukehren, um wieder auf den Konsolidierungspfad zurückzukehren. Der Rat forderte, das gesamtstaatliche Budgetdefizit („Maastricht“) unter den Referenzwert von 3 % des BIP zu bringen. Zusätzlich forderte der ECOFIN eine Verbesserung des Haushaltsrahmens, um die Haushaltsdisziplin auf allen Ebenen des Staates durch mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht zu stärken, namentlich durch eine Angleichung der legislativen, administrativen und finanzpolitischen Zuständigkeitsbereiche zwischen den verschiedenen Regierungsebenen.

⁵ Da für viele Verwaltungsreformmaßnahmen die 2/3 Mehrheit im NR notwendig ist, dienen die Österreich-Gespräche als wichtige Basis für die Umsetzung der Verwaltungsreform.

TZ 2

2.3.4 Der Österreichische Stabilitätspakt

Der Österreichische Stabilitätspakt 2008⁶ regelt die Stabilitätsbeiträge in Form von Defizitquoten und Überschüssen des Bundes, der Länder und der Gemeinden für die Jahre 2008 bis 2013, um den EU-rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Für das Jahr 2008 wurde ein gesamtstaatliches Defizit von - 0,88 % des BIP angestrebt, wobei der Bund sich verpflichtete, ein Defizit von - 1,33 % des BIP nicht zu überschreiten. Die Länder verpflichteten sich zu Haushaltsüberschüssen von + 0,45 % und die Gemeinden zu länderweise ausgeglichenen Haushalten.

Aus den Zahlen der Budget-Notifikation Ende März 2009 ergibt sich, dass der Bund und die Gemeinden ihr Ziel erreicht haben, während die Länder unter den vereinbarten Budgetüberschüssen blieben.

Tabelle 8: Darstellung Budget und Stabilitätspakt

	Budget-Notifikation März 2009		Stabilitätspakt 2008
	Mrd. EUR	in % des BIP	in % des BIP
Bund	- 1,633	- 0,58	- 1,33
Länder (mit Wien)	0,433	0,15	0,45
Gemeinden (ohne Wien)	0,159	0,06	0,00
Sozialversicherungen	- 0,057	- 0,02	0,00

Quelle: Budgetäre Notifikation März 2009, Statistik Austria Stabilitätspakt, BMF

Aufgrund der budgetwirksamen Maßnahmen als Folge der wirtschaftlichen Entwicklungen in der zweiten Jahreshälfte 2008 wurden die Defizitquoten und Überschüsse im Rahmen des aktuellen Regierungsprogramms an den geänderten mittelfristigen Budgetpfad der Bundesregierung angepasst.

Tabelle 9: Budgetpfad laut Regierungsprogramm (Defizit-/Überschussquoten in % des BIP)

	2009	2010	2011	2012	2013
Bund	- 2,3	- 3,1	- 3,1	- 2,9	- 2,2
Länder und Gemeinden	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5
Sozialversicherungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtstaat	- 2,2	- 2,9	- 2,8	- 2,5	- 1,7

Quelle: Regierungsprogramm

⁶ Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2008), BGBl. I Nr. 127/2008.

BRA 2008

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen des Bundeshaushalts

Das ursprüngliche Ziel des ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2010 wurde für die Vereinbarungsperiode aufgegeben. Laut Regierungsprogramm wird ein gesamtstaatliches Defizit von - 1,7 % des BIP im Jahr 2013 angenommen, wobei die Länder und Gemeinden einen Haushaltsüberschuss von mindestens + 0,5 % des BIP aufweisen sollen.

TZ 3

3. VORANSCHLAGSVERGLEICHRECHNUNG

3.1 Rechtlicher Rahmen

3.1.1 Bundesvoranschlag 2008

Die Bundesregierung legte dem Nationalrat am 29. März 2007 den Bundesvoranschlag für das Jahr 2008 (BVA 2008) vor. Das Budget 2008 kam wie schon das Budget 2007 nicht ohne Neuverschuldung aus. Da die Wirtschaft stärker wuchs, stand eine Reduktion der Staatsschuldenquote auf unter 60 % des BIP in Aussicht.

Im BVA 2008 standen im Allgemeinen Haushalt den Ausgaben von 69,869 Mrd. EUR Einnahmen von 66,909 Mrd. EUR gegenüber. Das ergab einen Abgang von 2,960 Mrd. EUR oder rund 1,1 % des BIP. Die Ausgaben waren um 0,4 % höher veranschlagt als für 2007. Die Einnahmen stiegen um 1,8 %.

Im Ausgleichshaushalt 2008 waren die Ausgaben mit 77,813 Mrd. EUR und die Einnahmen mit 80,773 Mrd. EUR budgetiert. Der Überschuss in Höhe von 2,960 Mrd. EUR glich den Abgang im Allgemeinen Haushalt aus. Dies ergab einen Gesamthaushalt gemäß § 16 Abs. 1 BHG in Höhe von 147,682 Mrd. EUR.

Insgesamt ergaben sich für den Haushalt des Bundes 2008 - im Vergleich zum Erfolg 2007 - folgende Eckwerte:

Tabelle 10: Der Haushalt 2008 im Überblick

in Mrd. EUR	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Erfolg 2007	BVA 2008	Erfolg 2007	BVA 2008	Erfolg 2007	BVA 2008
Ausgaben	72,332	69,869	57,130	77,813	129,462	147,682
Einnahmen	69,462	66,909	60,000	80,773	129,462	147,682
Abgang	2,870	2,960			-	-
Überschuss			2,870	2,960	-	-

Das Maastricht-Defizit des Bundes sollte laut Budgetausschuss¹ in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 2008 auf 1,2 % des BIP sinken. Unter Einbeziehung der übrigen öffentlichen Körperschaften sollte das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit auf 0,7 % im Jahr 2008 sinken. Die gesamtstaatliche Verschuldungsquote sollte damit auf 59,9 % des BIP sinken.

¹ Bericht des Budgetausschusses, vom 20. April 2007.

3.1.2 Budgetbeschluss (BFG 2008)

Mit der Beschlussfassung über das Bundesfinanzgesetz 2008 (BFG 2008) am 3. Mai 2007 bewilligte der Nationalrat den von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlagsentwurf 2008. Das BFG 2008 bildete samt seiner beiden Anlagen, den Bundesvoranschlag (BVA) und den Stellenplan 2008, die bindende Grundlage für die Haushaltsführung des Bundes 2008.

Der BVA 2008 sah Einnahmen und Ausgaben verteilt auf über 1.700 Ansätzen mit entsprechender sachlicher und zeitlicher Bindungswirkung vor. Gleichzeitig wurden allerdings zahlreiche Überschreitungsermächtigungen vorgesehen, deren budgetäre Bedeckung entweder durch Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen sicherzustellen war. Eine zentrale Rolle hatte dabei der Bundesminister für Finanzen, dessen Zustimmung zu Ansatzüberschreitungen erforderlich war.

3.1.3 Budgetänderungen

Das BFG 2008 wurde gegenüber der Stammfassung gemäß BGBl. I Nr. 23/2007 drei Mal geändert:

BGBl. I Nr. 95/2007 (BFG-Novelle 2008),

BGBl. I Nr. 136/2008 (2. BFG-Novelle 2008 im Zuge des Interbankmarktstärkungsgesetzes - IBSG und des Finanzmarktstabilitätsgesetzes - FinStaG),

BGBl. I Nr. 139/2008 (3. BFG-Novelle 2008).

3.1.4 Schuldaufnahmen

Art. II BFG 2008 ermächtigte den Bundesminister für Finanzen, zur Deckung des Abgangs im Allgemeinen Haushalt neue Schulden aufzunehmen. Mit der 2. BFG-Novelle 2008 wurde er wegen der Finanzkrise ermächtigt, zusätzliche Schulden im Ausmaß von bis zu 7,243 Mrd. EUR aufzunehmen und für Zwecke der Liquiditätsstärkung von Kreditinstituten und Versicherungen zur Verfügung zu stellen (sogenanntes „Banken-Paket“).

Für den Fall eines Konjunkturrückgangs erhielt der Bundesminister für Finanzen in Art. III Abs. 1 BFG 2008 die Ermächtigung, zusätzlich Schulden von rund zwei Mrd. EUR aufzunehmen. Die maßgebliche Schwelle lag bei einem Rückgang von 1 %, gemessen an der nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft, welche bei der Erstellung des Voranschlages mit 4 % angenommen wurde.

3.1.5 Budgetpolitische Zielsetzungen

Die budgetpolitische Ausrichtung der Bundesregierung bestand darin, sich an den Zielsetzungen des Regierungsprogrammes zu orientieren, welche die folgenden Schwerpunkte vorsahen:

- Erzielen eines ausgeglichenen Haushalts über den Konjunkturzyklus.
- Forcieren von Investitionen in den Bereichen Forschung & Entwicklung, Infrastruktur, Bildung und Universitäten sowie Soziales für mehr Wachstum und Beschäftigung.
- Fortsetzen der Strukturreformen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Wettbewerbspolitik und des Arbeitsmarktes, um die dadurch erzielten Einsparungen in Form einer zukünftigen Steuerreform an die ÖsterreicherInnen weiterzugeben.

Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung (Anfang 2007) sollte bis Ende 2009 für den Gesamtstaat (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) wieder ein nahezu ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Dabei sollten die Haushalte der Länder und Gemeinden einen Überschuss von rund 0,5 % des BIP erwirtschaften und die der Sozialversicherungsträger ausgeglichen sein.

3.2 Gesamtergebnis der Voranschlagswirksamen Verrechnung

3.2.1 Zeitliche Zuordnung

Für die zeitliche Zugehörigkeit zur Rechnung des Finanzjahres ist bei den Zahlungen gemäß § 52 Abs. 1 BHG der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind (Grundsatz der Jährlichkeit und des Kassenbudgets). Dieser Grundsatz wird durch den „Auslaufzeitraum“ (§ 52 Abs. 2 bis 4 und 6 BHG) und den „Vorlaufzeitraum“ (§ 52 Abs. 5 BHG) durchbrochen.

3.2.2 Hauptergebnisse der Gebarung im Vergleich zum Voranschlag

Die Ausgaben im Allgemeinen Haushalt betragen 80.298,27 Mill. EUR (2007: 72.331,92 Mill. EUR) und stiegen um 7.966,35 Mill. EUR (+ 11,0 %). Die Einnahmen betragen 70.734,20 Mill. EUR (2007: 69.462,34 Mill. EUR) und stiegen um 1.271,86 Mill. EUR (+ 1,8 %). Die veranschlagten Ausgaben von 69.868,85 Mill. EUR wurden um 10.429,41 Mill. EUR (+ 14,9 %) überschritten. Die veranschlagten Einnahmen von 66.909,23 Mill. EUR wurden um 3.824,97 Mill. EUR (+ 5,7 %) überschritten. Der Abgang von

9.564,07 Mill. EUR lag somit um 6.604,45 Mill. EUR (+ 223,2 %) über dem in Art. I BFG 2008 ausgewiesenen Betrag. Das Gesamtergebnis ist in Band 2, Tabelle A.1.1, dargestellt.

Der Ausgleichshaushalt erbrachte bei Ausgaben von 42.190,44 Mill. EUR und Einnahmen von 51.754,51 Mill. EUR einen Überschuss von 9.564,07 Mill. EUR in Höhe des Abgangs des Allgemeinen Haushalts. Dabei war gegenüber dem Voranschlag bei den Ausgaben eine Unterschreitung von 35.622,80 Mill. EUR (- 45,8 %) und bei den Einnahmen eine Unterschreitung von 29.018,35 Mill. EUR (- 35,9 %) zu verzeichnen. Daraus ergibt sich - spiegelbildlich zum Allgemeinen Haushalt - eine rechnerische Überschreitung des veranschlagten Überschusses um 6.604,45 Mill. EUR (+ 223,2 %).

Der Gesamthaushalt belief sich auf 122.488,70 Mill. EUR und unterschritt den Voranschlag um 25.193,39 Mill. EUR (- 17,1 %). Unter Verwendung der Schlusssummen zeigt der BRA 2008 folgendes Ergebnis:

TZ 3

Tabelle 11: Gesamtergebnis der Voranschlagswirksamen Verrechnung

		Einnahmen	Ausgaben		Überschuss	Abgang
		in Mill. EUR				
Allgemeiner Haushalt	Bundesvoranschlag 2008	66.909,23	69.868,85			2.959,62
	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	+ 3.824,97	+ 10.429,41			6.604,45
	Bundesrechnungsabschluss	70.734,20	80.298,27			9.564,07
+						
Ausgleichshaushalt	Bundesvoranschlag 2008	80.772,86	77.813,24		2.959,62	
	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	- 29.018,35	- 35.622,80		6.604,45	
	Bundesrechnungsabschluss	51.754,51	42.190,44		9.564,07	
=						
Gesamthaushalt	Bundesvoranschlag 2008	147.682,09	147.682,09			
	Gesamtveränderungen	- 25.193,39	- 25.193,39			
	Bundesrechnungsabschluss	122.488,70	122.488,70			

Von den Ausgaben wurden insgesamt 1.725,83 Mill. EUR (2007: 1.706,88 Mill. EUR) während des Auslaufzeitraumes vom 1. bis zum 20. Jänner 2009 noch zu Lasten der Voranschlagsätze für das Finanzjahr 2008 vollzogen, das sind 2,15 % (2007: 1,3 %) der Ausgaben des Gesamthaushalts.

3.2.3 Vorjahresvergleich und Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben

3.2.3.1 Vorjahresvergleich der Einnahmen und Ausgaben

Tabelle 12: Der Haushalt 2008 im Überblick

Gliederung	2008		2007		Veränderung von 2007 auf 2008	
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Gesamtausgaben	122.488,70		129.462,35		-6.973,65	-5,4
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:						
Erfolgswirksame Ausgaben	70.932,66	57,9	69.555,40	53,7	1.377,25	2,0
Bestandswirksame Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	9.365,61	7,6	2.776,51	2,1	6.589,09	237,3
Bestandswirksame Ausgaben des Ausgleichshaushalts	42.190,44	34,4	57.130,43	44,1	-14.939,99	-26,2
	122.488,70	100,00	129.462,35	100,00	-6.973,65	-5,4
- nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:						
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	45.362,72	37,0	44.676,69	34,5	686,03	1,5
Ermessensausgaben des Allgemeinen Haushalts	34.935,54	28,5	27.655,23	21,4	7.280,32	26,3
Ermessensausgaben des Ausgleichshaushalts	42.190,44	34,4	57.130,43	44,1	-14.939,99	-26,2
	122.488,70	100,00	129.462,35	100,00	-6.973,65	-5,4
- nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:						
Personalausgaben (Ges. Verpfl. des Allg. Haushalts)	11.541,17	9,4	11.066,46	8,5	474,71	4,3
Sachausgaben des Allgemeinen Haushalts	68.757,09	56,1	61.265,45	47,3	7.491,64	12,2
Sachausgaben des Ausgleichshaushalts	42.190,44	34,4	57.130,43	44,1	-14.939,99	-26,2
	122.488,70	100,00	129.462,35	100,00	-6.973,65	-5,4
Personalausgaben	11.541,17		11.066,46		474,71	4,3
Davon entfielen auf:						
Aktivbezüge	8.387,92	72,7	8.004,51	72,3	383,41	4,8
Pensionen	3.153,25	27,3	3.061,95	27,7	91,30	3,0
	11.541,17	100,00	11.066,46	100,00	474,71	4,3
Die Aktivbezüge setzen sich wie folgt zusammen:						
Geldbezüge für Beamte	4.885,50	58,2	4.804,46	60,0	81,04	1,7
Geldbezüge für Vertragsbedienstete	1.589,66	19,0	1.472,35	18,4	117,31	8,0
Sonstige Personalausgaben einschl. Dienstgeberbeiträge	1.912,76	22,8	1.727,70	21,6	185,06	10,7
	8.387,92	100,00	8.004,51	100,00	383,41	4,8
Sachausgaben	110.947,53		118.395,88		-7.448,35	-6,3
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:						
Erfolgswirksame Ausgaben	59.391,48	53,5	58.488,94	49,4	902,54	1,5
Bestandswirksame Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	9.365,61	8,4	2.776,51	2,3	6.589,10	237,3
Bestandswirksame Ausgaben des Ausgleichshaushalts	42.190,44	38,0	57.130,43	48,3	-14.939,99	-26,2
	110.947,53	100,00	118.395,88	100,00	-7.448,35	-6,3

TZ 3

Gliederung	2008		2007		Veränderung von 2007 auf 2008	
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
- nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:						
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	33.821,55	30,5	33.610,23	28,4	211,32	0,6
Ermessensausgaben des Allgemeinen Haushalts	34.935,54	31,5	27.655,23	23,4	7.280,32	26,3
Ermessensausgaben des Ausgleichshaushalts	42.190,44	38,0	57.130,43	48,3	-14.939,99	-26,2
	<u>110.947,53</u>	<u>100,00</u>	<u>118.395,88</u>	<u>100,00</u>	<u>-7.448,35</u>	<u>-6,3</u>
- nach Gebarungsgruppen:						
Anlagen	912,96	0,8	387,66	0,3	525,30	135,5
Förderungen	4.368,21	3,9	4.221,75	3,6	146,46	3,5
Aufwendungen des Allgemeinen Haushalts	63.475,92	57,2	56.656,04	47,9	6.819,88	12,0
Aufwendungen des Ausgleichshaushalts	42.190,44	38,0	57.130,43	48,3	-14.939,99	-26,2
	<u>110.947,53</u>	<u>100,00</u>	<u>118.395,88</u>	<u>100,00</u>	<u>-7.448,35</u>	<u>-6,3</u>
Gesamteinnahmen	122.488,70		129.462,34		-6.973,64	-5,4
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:						
Erfolgswirksame Einnahmen	69.143,14	56,4	68.125,53	52,6	1.017,61	1,5
Bestandswirksame Einnahmen	53.345,56	43,6	61.336,81	47,4	-7.991,25	-13,0
	<u>122.488,70</u>	<u>100,00</u>	<u>129.462,34</u>	<u>100,00</u>	<u>-6.973,64</u>	<u>-5,4</u>
- nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:						
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgelegt aufgrund gesetzlichen Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	12.704,75	10,4	12.289,10	9,5	415,65	3,4
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	109.783,96	89,6	117.173,24	90,5	-7.389,28	-6,3
	<u>122.488,70</u>	<u>100,00</u>	<u>129.462,34</u>	<u>100,00</u>	<u>-6.973,63</u>	<u>-5,4</u>
- nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:						
Einnahmen aus öffentlichen Abgaben (netto)	44.961,17	36,7	43.634,88	33,7	1.326,29	3,0
Weitere Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	25.773,02	21,0	25.827,46	19,9	-54,44	-0,2
Einnahmen des Ausgleichshaushalts	51.754,51	42,3	60.000,01	46,3	-8.245,50	-13,7
	<u>122.488,70</u>	<u>100,00</u>	<u>129.462,34</u>	<u>100,00</u>	<u>-6.973,64</u>	<u>-5,4</u>

3.2.3.2 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln gegliedert

Eine Aufgliederung der Ergebnisse der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln ist in Band 2, Tabelle A.1.2 enthalten. Die Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben und Einnahmen in kapitelweiser Aufgliederung für die Finanzjahre 2007 und 2008 sowie deren Anteil am Gebarungsrahmen kann den Tabellen 13 und 14 entnommen werden.

Tabelle 13: Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt

Kap.	Bezeichnung	2007		2008		Differenz zum Vorjahr	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Allgemeiner Haushalt							
01	Präsidentschaftskanzlei	7,05	0,0	7,18	0,0	0,13	1,8
02	Bundesgesetzgebung	124,92	0,1	130,12	0,1	5,20	4,0
03	Verfassungsgerichtshof	8,00	0,0	8,75	0,0	0,75	8,6
04	Verwaltungsgerichtshof	13,03	0,0	14,30	0,0	1,27	8,9
05	Volksanwaltschaft	5,19	0,0	6,11	0,0	0,92	15,0
06	Rechnungshof	24,56	0,0	27,30	0,0	2,74	10,0
10	Bundeskanzleramt	464,35	0,4	479,87	0,4	15,52	3,2
11	Inneres	2.144,14	1,7	2.235,16	1,8	91,02	4,1
12	Unterricht und Kultur	6.620,86	5,1	6.968,68	5,7	347,82	5,0
13	Kunst	226,67	0,2	239,87	0,2	13,20	5,5
14	Wissenschaft und Forschung	3.515,44	2,7	3.664,70	3,0	149,27	4,1
15	Soziales und Konsumentenschutz	2.007,97	1,6	2.112,55	1,7	104,58	5,0
16	Sozialversicherung	7.317,12	5,7	7.669,62	6,3	352,50	4,6
17	Gesundheit	651,39	0,5	790,27	0,6	138,89	17,6
19	Familie und Jugend	5.890,80	4,6	6.512,74	5,3	621,94	9,5
20	Äußeres	410,02	0,3	415,47	0,3	5,46	1,3
30	Justiz	1.086,07	0,8	1.116,55	0,9	30,48	2,7
40	Militärische Angelegenheiten	2.187,67	1,7	2.171,29	1,8	-16,37	-0,8
50	Finanzverwaltung	1.858,37	1,4	1.936,54	1,6	78,17	4,0
51	Kassenverwaltung	2.198,25	1,7	8.191,84	6,7	5.993,59	73,2
52	Öffentliche Abgaben	2,73	0,0	3,03	0,0	0,31	10,1
53	Finanzausgleich	4.762,71	3,7	3.990,95	3,3	-771,76	-19,3
54	Bundesvermögen	782,34	0,6	2.243,84	1,8	1.461,50	65,1
55	Pensionen	7.174,48	5,5	7.368,99	6,0	194,51	2,6
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	11.977,08	9,3	11.051,47	9,0	-925,61	-8,4
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.036,74	1,6	2.180,49	1,8	143,75	6,6
61	Umwelt	492,55	0,4	533,53	0,4	40,98	7,7
63	Wirtschaft und Arbeit	5.753,48	4,4	5.341,74	4,4	-411,75	-7,7
65	Verkehr, Innovation und Technologie	2.587,96	2,0	2.885,30	2,4	297,34	10,3
	Summe Allgemeiner Haushalt	72.331,92	55,9	80.298,27	65,6	7.966,35	9,9
Ausgleichshaushalt							
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	57.130,43	44,1	42.190,44	34,4	-14.939,99	-35,4
	Summe Ausgleichshaushalt	57.130,43	44,1	42.190,44	34,4	-14.939,99	-35,4
	Gesamtausgaben	129.462,35	100,0	122.488,70	100,0	-6.973,64	-5,7

TZ 3

Tabelle 14: Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt

Kap.	Bezeichnung	2007		2008		Differenz zum Vorjahr	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Allgemeiner Haushalt							
01	Präsidentschaftskanzlei	0,03	0,0	0,03	0,0	0,00	14,2
02	Bundesgesetzgebung	3,59	0,0	3,54	0,0	-0,05	-1,3
03	Verfassungsgerichtshof	0,53	0,0	0,51	0,0	-0,01	-2,8
04	Verwaltungsgerichtshof	0,10	0,0	0,09	0,0	-0,01	-12,6
05	Volksanwaltschaft	0,19	0,0	0,17	0,0	-0,02	-10,9
06	Rechnungshof	0,10	0,0	0,10	0,0	0,00	-0,3
10	Bundeskanzleramt	11,29	0,0	11,99	0,0	0,70	5,8
11	Inneres	99,06	0,1	101,87	0,1	2,81	2,8
12	Unterricht und Kultur	90,36	0,1	98,17	0,1	7,81	8,0
13	Kunst	3,00	0,0	3,15	0,0	0,16	5,0
14	Wissenschaft und Forschung	637,04	0,5	622,54	0,5	-14,49	-2,3
15	Soziales und Konsumentenschutz	8,01	0,0	8,52	0,0	0,51	6,0
16	Sozialversicherung	17,90	0,0	466,51	0,4	448,61	96,2
17	Gesundheit	60,57	0,0	56,26	0,0	-4,31	-7,7
19	Familie und Jugend	5.536,94	4,3	6.024,92	4,9	487,98	8,1
20	Äußeres	3,44	0,0	5,55	0,0	2,11	38,0
30	Justiz	789,76	0,6	816,26	0,7	26,50	3,2
40	Militärische Angelegenheiten	52,35	0,0	59,01	0,0	6,66	11,3
50	Finanzverwaltung	1.585,72	1,2	1.235,13	1,0	-350,59	-28,4
51	Kassenverwaltung	3.220,75	2,5	3.011,85	2,5	-208,90	-6,9
52	Öffentliche Abgaben	43.634,88	33,7	44.961,17	36,7	1.326,29	2,9
53	Finanzausgleich	438,19	0,3	478,06	0,4	39,87	8,3
54	Bundesvermögen	1.284,56	1,0	1.309,05	1,1	24,49	1,9
55	Pensionen	1.479,38	1,1	1.505,24	1,2	25,87	1,7
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	4.882,69	3,8	4.247,31	3,5	-635,37	-15,0
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	197,36	0,2	240,86	0,2	43,51	18,1
61	Umwelt	302,58	0,2	314,35	0,3	11,77	3,7
63	Wirtschaft und Arbeit	4.893,68	3,8	4.889,37	4,0	-4,31	-0,1
65	Verkehr, Innovation und Technologie	228,29	0,2	262,58	0,2	34,29	13,1
	Summe Allgemeiner Haushalt	69.462,34	53,7	70.734,20	57,7	1.271,86	1,8
Ausgleichshaushalt							
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	60.000,01	46,3	51.754,51	42,3	-8.245,50	-15,9
	Summe Ausgleichshaushalt	60.000,01	46,3	51.754,51	42,3	-8.245,50	-15,9
	Gesamteinnahmen	129.462,35	100,0	122.488,70	100,0	-6.973,64	-5,7

3.2.3.3 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenbereichen gegliedert

Zwecks besserer inner- und zwischenstaatlicher Vergleichbarkeit werden die einzelnen Voranschlagsansätze in Anlehnung an ein von den Vereinten Nationen empfohlenes Schema einem oder mehreren Aufgabenbereichen zugeordnet und durch entsprechende finanzstatistische Kennziffern unterschieden. Dieser funktionellen Gliederung kommt jedoch nicht die Eigenschaft von Voranschlagsansätzen und daher auch keine Bindungswirkung zu.

Tabelle 15: Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur

Kz	Aufgabenbereiche Bezeichnung	2007		2008		Differenz zum Vorjahr	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Ausgaben							
Allgemeiner Haushalt							
Bildungssektor:							
11	Erziehung und Unterricht	6.533,30	5,0	6.877,33	5,6	344,03	-4,9
12	Forschung und Wissenschaft	3.899,39	3,0	4.129,19	3,4	229,80	-3,3
13	Kunst	472,40	0,4	490,13	0,4	17,73	-0,3
14	Kultus	49,34	0,0	50,26	0,0	0,92	0,0
	Summe	10.954,43	8,5	11.546,91	9,4	592,48	-8,5
Sozialsektor:							
21	Gesundheit	819,86	0,6	974,38	0,8	154,52	-2,2
22	Soziale Wohlfahrt	20.725,57	16,0	21.331,62	17,4	606,05	-8,7
23	Wohnungsbau	1.799,97	1,4	1.800,51	1,5	0,54	0,0
	Summe	23.345,39	18,0	24.106,50	19,7	761,11	-10,9
Wirtschaftssektor:							
32	Straßen	626,34	0,5	117,01	0,1	-509,33	7,3
33	Sonstiger Verkehr	6.292,56	4,9	6.405,94	5,2	113,38	-1,6
34	Land- und Forstwirtschaft	1.817,86	1,4	1.938,54	1,6	120,68	-1,7
35	Energiewirtschaft	0,04	0,0	0,02	0,0	-0,01	0,0
36	Industrie und Gewerbe	726,49	0,6	2.175,32	1,8	1.448,83	-20,8
37	Öffentliche Dienstleistungen	459,04	0,4	501,20	0,4	42,17	-0,6
38	Private Dienstleistungen	300,13	0,2	286,92	0,2	-13,21	0,2
	Summe	10.222,46	7,9	11.424,96	9,3	1.202,50	-17,2
Hoheitssektor:							
41	Landesverteidigung	2.156,97	1,7	2.147,37	1,8	-9,60	0,1
42	Staats- und Rechtssicherheit	2.750,39	2,1	2.888,13	2,4	137,74	-2,0
43	Übrige Hoheitsverwaltung	22.902,28	17,7	28.184,40	23,0	5.282,12	-75,7
	Summe	27.809,63	21,5	33.219,90	27,1	5.410,26	-77,6
	Summe Allgemeiner Haushalt	72.331,91	55,9	80.298,27	65,6	7.966,35	-114,2
Ausgleichshaushalt							
43	Übrige Hoheitsverwaltung	57.130,43	44,1	42.190,44	34,4	-14.939,99	214,2
	Gesamtausgaben	129.462,34	100,0	122.488,70	100,0	-6.973,64	100,0
Einnahmen							
Allgemeiner Haushalt							
Bildungssektor							
		764,91	0,6	760,57	0,6	-4,34	0,1
Sozialsektor							
		7.748,30	6,0	8.636,15	7,1	887,85	-12,7
Wirtschaftssektor							
		3.137,88	2,4	3.356,14	2,7	218,25	-3,1
Hoheitssektor							
		57.811,25	44,7	57.981,34	47,3	170,09	-2,4
	Summe Allgemeiner Haushalt	69.462,34	53,7	70.734,20	57,7	1.271,86	-18,2
Ausgleichshaushalt							
Hoheitssektor							
		60.000,01	46,3	51.754,51	42,3	-8.245,50	118,2
	Gesamteinnahmen	129.462,35	100,0	122.488,70	100,0	-6.973,64	100,0

TZ 3

3.2.4 Voranschlagsabweichungen

3.2.4.1 Rechtliche Grundlagen der Voranschlagsabweichungen

Die im Bundesvoranschlag enthaltenen Beträge für die einzelnen Ausgabenansätze sind grundsätzlich als unüberschreitbare Höchstbeträge anzusehen. § 41 Abs. 3 BHG sowie die Art. IV bis VIII BFG 2008 enthalten jedoch Ermächtigungen zum Abweichen von den Voranschlags-Ausgabenansätzen. Die Bedeckung der bewilligten Ansatzüberschreitungen kann durch Mehreinnahmen, Einsparungen bei anderen Ausgabenansätzen (Ausgabenrückstellungen), Erlösen aus zusätzlichen Kreditoperationen und durch Entnahmen aus Haushaltsrücklagen erfolgen.

Der in einem Voranschlags-Ausgabenansatz bzw. in einer bewilligten Ansatzüberschreitung enthaltene Betrag wird dem betreffenden anweisenden Organ zur Inanspruchnahme zugewiesen. Seit Geltung der RLV ist bei Ausgabenansätzen zu begründen, wenn aufgrund der buchmäßigen Erfassung von Anordnungen jener gemäß § 78 Abs. 3 BHG im Finanzjahr zur Verfügung gestandene Betrag nicht eingehalten wurde. Aus diesem Grund ist in Band 2, Tabellen A.1.2 und A.1.3 eine Spalte „Verfügungsrest“ enthalten, aus der kapitel- und ansatzweise ein positiver bzw. allenfalls auch ein negativer Verfügungsrest ersichtlich ist.

3.2.4.2 Abgang des Allgemeinen Haushalts

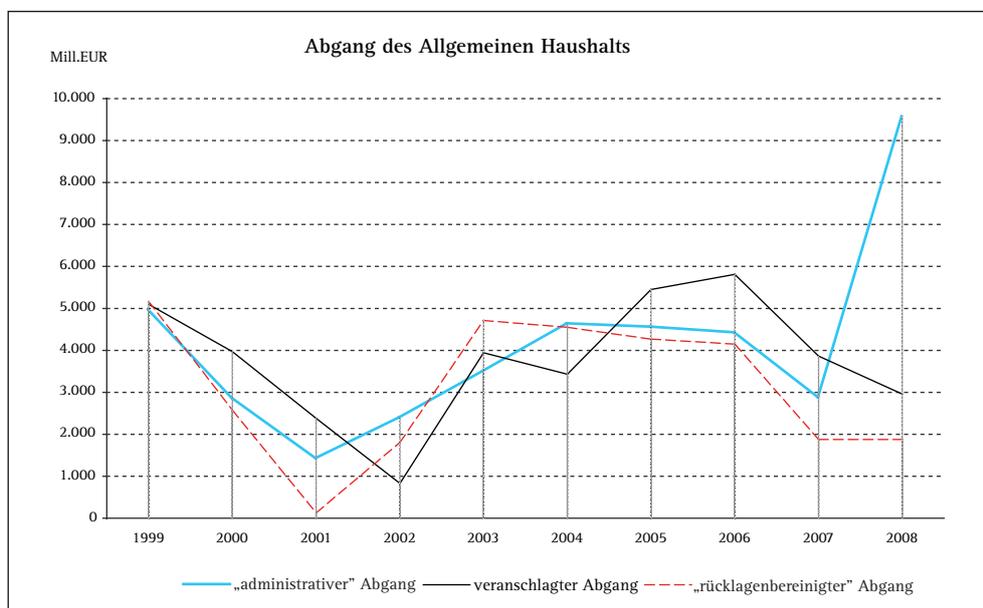
Der Abgang des Allgemeinen Haushalts war durch Erlöse aus Schuldaufnahmen zu bedecken, die im Ausgleichshaushalt verrechnet wurden.

Die Übersicht und das folgende Diagramm zeigen die Entwicklung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts des Bundes („administrativer“ Abgang) und seines im BFG veranschlagten Wertes. In die Darstellung miteinbezogen ist auch jener Abgangswert, der sich rechnerisch bei Außerachtlassung der Rücklagenbewegungen ergeben würde.

Tabelle 16: Entwicklung des Abgangs

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mill. EUR									
Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	57.249,04	58.246,84	60.409,15	61.818,06	61.387,15	64.977,38	66.041,23	70.561,24	72.331,92	80.298,27
Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	52.293,19	55.393,34	58.994,50	59.428,08	57.889,53	60.347,25	61.492,88	66.144,75	69.462,34	70.734,20
Abgang des Allgemeinen Haushalts	4.955,85	2.853,50	1.414,65	2.389,98	3.497,62	4.630,14	4.548,35	4.416,49	2.869,58	9.564,07
Abzüglich der Veränderung der Rücklagen	-206,79	275,81	1.287,37	583,19	-1.215,65	80,75	279,33	266,90	995,20	6.778,27
Abgang des Allgemeinen Haushalts, bereinigt um Rücklagenbewegungen	5.162,64	2.577,69	127,28	1.806,79	4.713,27	4.549,38	4.269,03	4.149,59	1.874,37	2.785,80
veranschlagter Abgang	5.097,71	3.971,43	2.381,27	827,45	3.940,92	3.430,14	5.450,65	5.811,72	3.861,81	2.959,62
Unterschied	64,93	-1.393,74	-2.253,99	979,34	772,35	1.119,25	-1.181,62	-1.662,13	-1.987,44	-173,82

Abbildung 11: Abgang des Allgemeinen Haushalts



TZ 3

3.2.4.3 Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts

Im Allgemeinen Haushalt erfolgten gegenüber den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Voranschlagsansätzen in Summe die folgenden Abweichungen:

Ausgabenansätze	
Mehrausgaben (Überschreitungen)	14.829,78 Mill. EUR
Minderausgaben (Einsparungen)	4.400,39 Mill. EUR
Einnahmenansätze	
Mehreinnahmen	7.509,98 Mill. EUR
Mindereinnahmen	3.685,04 Mill. EUR

Die Abweichungen von den veranschlagten Beträgen haben sich teilweise finanziell ausgeglichen und wirken sich daher bei den ausgewiesenen Ausgaben- und Einnahmensummen des Allgemeinen Haushalts nicht in voller Höhe aus.

Die aus den Minderausgaben und Mehreinnahmen (ermittelt als Abweichung von den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Ansatzbeträgen) erzielten zusätzlichen Deckungsmittel betragen:

Minderausgaben	4.400,39 Mill. EUR
Plus Mehreinnahmen	7.509,98 Mill. EUR
Zusätzliche Deckungsmittel	11.910,37 Mill. EUR

Da die zusätzlich gewonnenen Deckungsmittel für die Bedeckung der Mehrausgaben und für den Ausgleich der Mindereinnahmen von zusammen 18.514,82 Mill. EUR (das sind 23,1 % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts) nicht ausreichten, erfolgte durch diese Umschichtungen im Rahmen des Budgetvollzuges eine Erhöhung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts um 6.604,45 Mill. EUR:

Mehrausgaben (Überschreitungen)	14.829,78 Mill. EUR
Plus Mindereinnahmen	3.685,04 Mill. EUR
Zusätzlicher Deckungsbedarf	18.514,82 Mill. EUR
Abzüglich zusätzliche Deckungsmittel	- 11.910,37 Mill. EUR
Erhöhung des Abgangs	6.604,45 Mill. EUR

Tabelle 17 gibt über das jeweilige Ausmaß der Flexibilität des Budgetvollzugs in den Finanzjahren 1999 bis 2008 Auskunft.

Tabelle 17: Entwicklung der Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts

Bezeichnung	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mill. EUR									
1.1 Gewonnene zusätzliche Deckungsmittel										
Minderausgaben:										
Personalausgaben	134,88	136,99	353,12	302,95	164,72	412,60	336,12	289,48	74,34	38,07
Sachausgaben – Erfolgswirksame Gebarung	2.374,80	2.360,70	3.034,16	3.187,14	1.865,75	3.250,65	3.033,05	3.153,84	2.005,18	4.155,92
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	421,79	475,43	765,03	502,38	417,25	383,08	431,51	60,02	243,64	206,40
Mehreinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	3.913,94	3.879,64	5.288,47	4.239,32	2.367,53	3.931,87	4.317,72	6.900,61	5.705,76	6.822,57
bestandswirksame Gebarung	558,71	727,89	338,00	658,12	714,48	1.053,31	629,15	876,17	414,37	687,42
Summe 1.1	7.404,12	7.580,65	9.778,78	8.889,91	5.529,73	9.031,52	8.747,55	11.280,13	8.443,27	11.910,37
1.2 Erhöhung des Abgangs	-	-	-	1.562,53	-	1.200,00	-	-	-	6.604,45
Summe 1	7.404,12	7.580,65	9.778,78	10.452,44	5.529,73	10.231,52	8.747,55	11.280,13	8.443,27	18.514,82
2.1 Verwendung der zusätzlichen Deckungsmittel										
Ausgleich der Mindereinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	2.295,37	1.858,24	2.653,50	3.550,25	2.282,44	3.519,52	1.956,61	1.807,31	2.170,80	3.564,98
bestandswirksame Gebarung	568,88	175,21	395,19	465,57	324,46	355,28	466,50	184,91	199,67	120,07
Bedeckung der Mehrausgaben:										
Personalausgaben	258,79	73,98	96,51	141,27	103,87	213,00	126,90	359,83	47,73	409,42
Sachausgaben – Erfolgswirksame Gebarung	3.263,37	2.514,41	3.269,33	4.497,20	1.686,45	3.725,50	4.146,78	6.087,31	3.085,30	5.898,90
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	875,85	1.840,88	2.397,62	1.798,15	689,22	2.418,22	1.148,46	1.445,54	1.947,53	8.521,46
Summe 2.1	7.262,26	6.462,72	8.812,15	10.452,44	5.086,44	10.231,52	7.845,26	9.884,90	7.451,04	18.514,82
2.2 Verminderung des Abgangs	141,86	1117,93	966,62	-	443,30	-	902,29	1.395,22	992,24	-
Summe 2	7.404,12	7.580,65	9.778,77	10.452,44	5.529,74	10.231,52	8.747,55	11.280,13	8.443,27	18.514,82
3. Summe 1 bzw. 2 in % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	12,9	13,0	16,2	16,9	9,0	15,7	13,2	16,0	11,7	23,1

3.2.4.4 Voranschlagsabweichungen des Ausgleichshaushalts

Der Überschuss des Ausgleichshaushalts entspricht dem Abgang des Allgemeinen Haushalts in der Höhe von 9.564,07 Mill. EUR. Die Voranschlagsabweichungen der Ausgaben des Ausgleichshaushalts betragen 35.622,80 Mill. EUR und die der Einnahmen 29.018,35 Mill. EUR und sind in Band 2, Tabelle C.2.2 aufgliedert.

3.2.4.5 Negative Verfügungsreste bei den Ausgabenvoranschlagsansätzen

Ein positiver Verfügungsrest entsteht, wenn ein haushaltsleitendes bzw. anweisendes Organ die ihm zur Inanspruchnahme zugewiesenen Beträge nicht zur Gänze ausgenutzt hat, so dass dessen Ausgabenermächtigung durch Bindungen und durch eingegangene Geschäfte, die zu Verpflichtungen, Schulden und Zahlungen führten, eingehalten wurde. Ein negativer Verfügungsrest bedeutet hingegen wirtschaftlich gesehen, dass mehr Verpflichtungen eingegangen wurden als im Budget zur Verfügung standen, das heißt eine Art „Vorgriff“ auf künftige Haushalte, auch wenn es nicht durch Auszahlungen zu Mehrausgaben gekommen ist. Der negative Verfügungsrest zeigt an, dass über die Verfügungsermächtigungen hinaus Bindungen oder Verpflichtungen (etwa durch Bestellungen) eingegangen wurden, Schulden (insbesondere durch Lieferungen oder Leistungen) entstanden sind, deren Richtigkeit dem Grunde und der Höhe nach bereits feststeht, oder Zahlungen erfolgt sind. Damit wird ein negativer Verfügungsrest zu einer wichtigen Kennzahl zur Beurteilung der Finanzmittelbewirtschaftung eines haushaltsleitenden bzw. anweisenden Organs. Die Ursachen der damit zum Ausdruck kommenden Entwicklung können beispielsweise entweder im Vollzug des Haushalts („Überziehung“ der Ausgabenermächtigung) oder in einer unzureichenden Veranschlagung begründet liegen. Andererseits können zum Jahresende offen gebliebene positive Verfügungsreste bedeuten, dass Verfügungsermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden (z.B. durch überhöhte Veranschlagung, sparsamen Budgetvollzug oder ausgebliebene Lieferungen).

Zu Ende des Finanzjahres 2008 waren im Gesamthaushalt bei 75 Ausgabenansätzen negative Verfügungsreste von insgesamt 7.966,12 Mill. EUR, hiervon 7.908,09 Mill. EUR für nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen, zu verzeichnen. In Tabelle 18 sind kurze Begründungen zu den negativen Verfügungsresten enthalten.

Tabelle 18: Negative Verfügungsreste bei Ausgabenvoranschlagsansätzen im Gesamthaushalt 2008

Kap.	Anzahl der Ansätze	Gesamtbetrag in EUR	B e g r ü n d u n g der einzelnen Positionen
01	1	7.176,80	Deckungsringübergreifende Mittelbindung (Obligovortrag) (Vergütungen an das BML-FUW (Bundesgärten) und Normmieten (BIG)).
05	1	269,58	Im Auslaufzeitraum nicht ausgebuchte Phase 4-Buchungen, deren Korrekturen seitens der Volksanwaltschaft nicht möglich waren.
10	4	145.629,19	Nichteinhaltung des Budgetrahmens bei den Personalausgaben der Zentraleitung durch Verrechnungsprobleme sowie Budgetumschichtungen bei Staatsarchiv und Archivamt im Rahmen der Flexibilisierungsklausel.
11	9	2.417.491,92	Überschreitungen ohne gesetzliche Grundlage bei der Sicherheitsexekutive durch Verrechnungsprobleme.
12	11	303.103,23	Mehrdienstleistungen, Prüfungsgebühren und Honorarnoten für Lehrer und Lehrbeauftragte, die noch im Auslaufzeitraum zur Abrechnung gebracht wurden.
13	3	7.058,57	Verrechnungsprobleme im Zusammenhang mit Umbuchungen im Rahmen der ersten Etappe der Haushaltsrechtreform sowie Mehrausgaben für Dienstreisen und die Bezahlung der Kommunalsteuer 2008 durch das Amt der Bundestheater.
15	2	130.815,54	Zu hohe Ausgabenbindung für Personalausgaben durch Überschätzung des tatsächlichen Einsparungspotentials infolge Nicht-Nachbesetzung von Planstellen.
30	9	1.003.737,00	Mittel-Umschichtungen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel im Bereich der Justizanstalten.
40	4	204.884,79	Mittel-Umschichtung im Rahmen der Flexibilisierungsklausel im Bereich des Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebes Allentsteig, der Heeresdruckerei sowie der Heeresunteroffiziersakademie.
51	7	7.908.090.775,48	Nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen.
54	2	26.469.817,23	Schadensfall BHAG sowie fällige Verpflichtungen, die versehentlich nicht gebucht wurden.
55	3	577.573,19	Verrechnungsprobleme durch nachträgliche technische Besoldungsläufe aus PM-SAP bei den Ruhebezügen.
58	1	363.129,58	Eingelöste fällige Finanzschulden in fremder Währung.
60	7	935.216,90	Verspätete Rechnungslegung der Auftragnehmer im Zusammenhang mit Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinenverbauungen sowie zu geringe Veranschlagung der Personalausgaben des Bundesamts für Weinbau.
61	2	3.593.853,51	Aufhebung bzw. Verschiebung von Mittelbindungen im Zusammenhang mit umweltpolitischen Maßnahmen erst im Auslaufzeitraum, da die Fälligkeiten bei Verdachtsflächenuntersuchungen nicht präzise abgeschätzt werden können.
63	8	21.857.246,45	Offene Verpflichtungen für Bauprojekte im Bereich der Kulturbauten sowie Fördermaßnahmen der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderung gem. AMFG, die infolge systembedingter fehlerhafter Periodenzuordnung der Mittelbindungen dem Jahr 2008 zugerechnet wurden. Darüber hinaus vermehrte Aufwendungen bzw. Fördermaßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik und Mehrbedarf für die Applikation Besoldung im Bereich der Ämter des AMS wegen Aufhebung der Selbstträgerschaft.
65	1	329.958,48	Budgetumschichtungen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel beim Österreichischen Patentamt.
01 – 65	75	7.966.437.737,44	

TZ 3

3.2.4.6 Überwachung von Voranschlagsansatzabweichungen

Gemäß § 1 Abs. 2 RHG hatte der RH Ausgaben, die vom Bundesvoranschlag hinsichtlich ihrer Höhe oder ihrer Natur abweichen (überplanmäßige Ausgaben) laufend überwacht und insbesondere geprüft, ob in allen derartigen Gebarungsfällen die gesetzlich erforderlichen Bewilligungen vorlagen und ob die vorgesehenen Bedeckungsmaßnahmen eingehalten wurden. In den ansatzweisen Erläuterungen zur Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 3.7) wird vom RH bei jenen Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, darauf hingewiesen.

Im Jahre 2008 lagen derartige Mängel in Höhe von insgesamt 2.214.534,28 EUR vor.

Tabelle 19: Zusammenstellung der nicht gedeckten Voranschlagsansatzabweichungen

Kapitel	VA-Ansatz	Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage	Nicht eingehaltene/erfasste VA-Ansatzbindungen (Ausgabeneinsparungen bzw. nicht erzielte Mehreinnahmen)
		in EUR	
11 „Inneres“	1/11088	3.871,54	-
11 „Inneres“	1/11540	2.875,03	-
11 „Inneres“	1/11548	564,24	-
11 „Inneres“	1/11700	2.030.201,27	-
11 „Inneres“	1/11720	34.264,11	-
11 „Inneres“	1/11730	78.174,60	-
60 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“	1/60000	10.241,84	-
60 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“	1/60520	54.296,65	-
60 „Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“	1/60808	45,00	-
Gesamtsumme		2.214.534,28	

3.2.4.7 Negative Unterschiedsbeträge gemäß § 17a Abs. 5 BHG (Flexibilisierungsklausel)

Negative Unterschiedsbeträge gemäß § 17a Abs. 5 BHG sind durch bestehende Rücklagen zu bedecken. Besteht keine Rücklage oder reicht diese nicht aus, ist der unbedeckte Teil innerhalb der folgenden drei Finanzjahre durch die Organisationseinheit, bei der die Flexibilisierungsklausel gemäß § 17a des BHG angewandt wird, auszugleichen.

Die Justizanstalt St. Pölten wies bereits 2006 aufgrund eines negativen Unterschiedsbetrages eine „negative Rücklage“ (negative Rücklagenbestände können im System der Haushaltsverrechnung nicht ausgewiesen werden) von 391.785,80 EUR aus, welche sich aufgrund des negativen Unterschiedsbetrages 2007 (399.410,36 EUR) und aufgrund des negativen Unterschiedsbetrages 2008 (288.644,31 EUR) auf nunmehr 1.079.840,41 EUR erhöhte.

Die Justizanstalt Sonnberg wies für 2007 einen negativen Unterschiedsbetrag von 152.332,79 EUR aus. Nach Abzug des bestehenden Rücklagenguthabens ergab sich daraus eine „negative Rücklage“ in der Höhe von 34.637,66 EUR. Vom ausgewiesenen positiven Unterschiedsbetrag von 156.183,94 EUR im Jahr 2008 ist ein Betrag von 156.000,00 EUR abzüglich der negativen Rücklage aus 2007 der Rücklage zuzuführen. Der Restbetrag von 183,94 EUR verbleibt im Allgemeinen Haushalt. Somit verbleibt ein Betrag in Höhe von 121.362,34 EUR als neuer positiver Rücklagenstand.

Der negative Unterschiedsbetrag wird im Jahr 2009 und 2010 auszugleichen sein.

3.3 Ergebnis der geldwirksamen Gebarung

Sie ergänzt die Darstellung des Ergebnisses der voranschlagswirksamen Gebarung durch die voranschlagsunwirksame Gebarung. Die daraus ermittelte kassenmäßige Gesamtgebarung erhöhte den anfänglichen Gesamtbestand von 7.454,37 Mill. EUR um 6.365,88 Mill. EUR auf 13.820,25 Mill. EUR (+ 85,4 %). Den weitaus größten Teil der Kassenbestände machten Guthaben bei Kreditunternehmungen aus.

Gesetzliche Bestimmungen über die Verwendung von Kassenbeständen in Bezug auf die Bedeckung des Abgangs gibt es nicht.

TZ 3

Tabelle 20: Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 2008

Bezeichnung	Voranschlag	Zahlungen		Unterschied Günstiger (+) Ungünstiger (-)
		EUR		
1. Voranschlagswirksame Gebarung				
1.1 Allgemeiner Haushalt				
Ausgaben	69.868.852.000,00	80.298.266.523,49	-	10.429.414.523,49
Einnahmen	66.909.231.000,00	70.734.196.077,04	+	3.824.965.077,04
Abgang	2.959.621.000,00	9.564.070.446,45	-	6.604.449.446,45
1.2 Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	77.813.237.000,00	42.190.437.406,88	+	35.622.799.593,12
Einnahmen	80.772.858.000,00	51.754.507.853,33	-	29.018.350.146,67
Überschuss	2.959.621.000,00	9.564.070.446,45	+	6.604.449.446,45
2. Voranschlagsunwirksame Gebarung				
Ausgaben		675.654.726,06		
Einnahmen		7.041.536.950,21		
Überschuss		6.365.882.224,15		
3. Kassenmäßiger Gesamtüberschuss		6.365.882.224,15		
4. Gesamtbestand				
Anfänglicher Gesamtbestand		7.454.374.234,74		
Kassenmäßiger Gesamtüberschuss		6.365.882.224,15		
Schließlicher Gesamtbestand		13.820.256.458,89		

Der in Tabelle 20 ausgewiesene schließliche Gesamtbestand der geldwirksamen Gebarung (13.820,25 Mill. EUR) setzt sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle B.2.1):

BRA 2008

Voranschlagsvergleichsrechnung

		Mill. EUR
Bargeld	+	8,21
Wertzeichen	+	0,95
Guthabenbestände bei:		
BAWAG P.S.K.	+	111,77
Oesterreichische Nationalbank	+	0,00
Sonstige Kreditunternehmungen	+	14.245,52
Schecks	+	0,02
Schwebende Geldgebarungen	-	546,22
Summe flüssige Mittel	+	13.820,25

3.4 Zahlungsflüsse im Rahmen der EU-Mitgliedschaft

3.4.1 EU-Zahlungsflüsse im Bundeshaushalt („Haushaltssaldo des Bundes“)

Nach den Bestimmungen von Art. 9 der VO 1150/2000 hat jeder Mitgliedstaat ein Konto zu führen, auf dem die Eigenmittel der EU für die Europäische Kommission zur Verfügung zu stellen sind. Dieses so genannte „Art. 9-Konto“ wird in der Haushaltsverrechnung des Bundes dargestellt.

Gemäß § 16 Abs. 3a BHG werden die zur Finanzierung des EU-Haushalts bestimmten Beiträge im Voranschlag als Verminderung der Abgabeneinnahmen dargestellt (VA-Ansatz 2/52904). Die laufenden Zahlungen an die EU erfolgen auf Grund des jeweiligen Liquiditätsbedarfs der Kommission.

Es kommt zu zahlreichen Rückflüssen aus dem EU-Haushalt in den Bundeshaushalt. Die umfangreichsten Rückflüsse betreffen jene Ausgaben des EU-Haushalts, welche im Wege der Mitgliedstaaten abgewickelt werden („geteilte Verwaltung“ gemäß Art. 53 Abs. 3 EU-Haushaltsordnung. Die betragsmäßig umfangreichsten Rückflüsse betreffen die Landwirtschaft und die Strukturförderungen (vgl. Titel 513, 514 und 516 im Kapitel 51). Diese Mittel werden vom Bundesministerium für Finanzen zentral vereinnahmt und als Bundesausgaben entweder direkt an die Förderungsnehmer ausgezahlt oder an die für die Verteilung der Mittel zuständige Stelle (z.B. AMA) weitergeleitet.

Rückflüsse aus dem EU-Haushalt ergeben sich darüber hinaus auf Grund von Kostenersätzen der EU für die Teilnahme der Vertreter Österreichs an Sitzungen bei EU-Organen. Die Kostenersätze für Ratssitzungen werden vom Bundesministerium für Finanzen pauschal verrechnet (VA-Ansatz 2/51505), jene für Sitzungen der Kommissionsausschüsse werden in allen Kapiteln (z.B. VA-Ansatz 2/30004) ausgewiesen. Falls Bundesdienststellen an EU-Programmen teilnehmen, erhalten sie Förderungsmittel, die ebenfalls im Bundeshaushalt als Rückflüsse aufscheinen (z.B. VA-Ansatz 2/17314 - Beiträge der EU für Tierseuchenbekämpfung).

Die aus der Haushaltsverrechnung des Bundes ersichtlichen Zahlungsflüsse Österreichs an die EU und die Rückflüsse stellen sich wie folgt dar:

Zahlungsflüsse 2008	
in Mill. EUR	
Lfd. Beitragszahlungen an die EU, ohne traditionelle Eigenmittel	- 1.815,20
Rückflüsse von der EU, aus dem EU-Haushalt und diversen Fonds	+ 1.359,16
Haushaltssaldo des Bundes	- 456,04

Quelle: Haushaltsinformationssystem des Bundes (HIS), Berechnungen des RH

3.4.2 Vergleich mit dem operativen Haushaltssaldo der EU

Die Europäische Kommission, die für die Rechnungslegung für den EU-Haushalt gemäß Art. 275 EGV zuständig ist, berechnet den „operativen Haushaltssaldo“ eines jeden Mitgliedstaates. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den anderen Mitgliedstaaten berechnet die Kommission den „operativen Haushaltssaldo“, indem sie die Differenz bildet zwischen

- den operativen Ausgaben und
- dem angepassten nationalen Beitrag jedes Mitgliedstaates.

Die nachfolgende Tabelle zeigt für die vergangenen fünf Jahre den nationalen Beitrag und den operativen Haushaltssaldo Österreichs, wie er von der Kommission ermittelt wurde.

in Mill. EUR	2004	2005	2006	2007	2008
Nationaler Anteil Österreichs	1.870,5	1.955,5	2.013,9	2.017,0	1.992,8
Operativer Haushaltssaldo Österreichs	- 365,1	- 277,9	- 301,5	- 563,2	- 356,4

Quelle: Europäische Kommission, EU-Haushalt 2008 Finanzbericht.

3.4.3 Unterschiede in der Darstellung

Bei der Darstellung der Haushaltssalden - des Bundes einerseits und des von der Kommission ermittelten operativen Haushaltssaldos Österreichs andererseits - kommt es regelmäßig zu Rechnungsdifferenzen. Der Haushaltssaldo des Bundes inkludiert „nur“ jene EU-Mittel, die über den Bundeshaushalt fließen. Die Kommission hingegen berücksichtigt auch solche Mittel,

TZ 3

die direkt an private Förderungsempfänger fließen. Darüber hinaus wendet sie eine eigene Berechnungsmethode an, insbesondere was die Feststellung der Nettobeiträge angeht. Zudem können sich Unterschiede zum Bundeshaushalt aus einer anderen Periodenabgrenzung ergeben. Im Bundeshaushalt werden die Zahlungen gemäß § 52 BHG zeitlich nach dem Zu- und Abflussprinzip abgegrenzt. Der EU-Haushalt wird hingegen aufwands- und ertragsmäßig abgegrenzt. Auf die Unterschiede wird im EU-Finanzbericht des RH, zuletzt Reihe Bund 2009/5, näher eingegangen.²

3.5 Haushaltsrücklagen

3.5.1 Einleitung

Durch Zuführung zu einer Rücklage und Entnahme aus einer bestehenden Rücklage werden Budgetmittel auf folgende Finanzjahre übertragen. Die Haushaltsrücklagen sind im § 53 BHG geregelt. Mit dem System der Rücklagen wird der Budgetgrundsatz der Einjährigkeit (Art. 51 Abs. 2 B-VG) durchbrochen und es führt zu einer Flexibilisierung der Budgetgebarung.

3.5.2 Zuführung von Rücklagen

Die Zuführung von Rücklagen ist dem Bundesminister für Finanzen vorbehalten. § 53 BHG in der für das Jahr 2008 geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 1/2003,³ sah zwei Kategorien von Rücklagen vor, zwingend zu bildende und ermächtigungsweise gebildete Rücklagen.

Zwingend vorgesehen waren Rücklagen für den Ausgleich des Gesamthaushalts (Ausgleichsrücklage), für Einnahmen aus der zweckgebundenen Gebarung (Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage) und für Organisationseinheiten auf die die Flexibilisierungsklausel gemäß § 17a BHG anzuwenden ist (Flexibilisierungsrücklage).

Alle übrigen Rücklagen durften gemäß § 53 Abs. 1 und Abs. 4 BHG nur für bestimmte Zwecke (Konjunkturausgleichsmaßnahmen nach § 29 BHG bzw. die Anschaffung oder Herstellung von Anlagevermögen nach § 20 Abs. 4 BHG) oder nur auf Grund bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigung gebildet werden. Das BFG 2008 sah gemäß Art. X Abs. 1 bis 4 eine allgemeine Rücklage, eine besondere Rücklage, eine besondere Aufwendungen-Rücklage, eine besondere Einnahmen-Rücklage sowie eine Flexibilisierungsrücklage nach der Flexibilisierungsklausel (§ 17a BHG) vor.

² Abrufbar im Internet unter <http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/eufinanzbericht-2008-10.html>.

³ Im Zuge der 1. Etappe der Haushaltsrechtsreform erfolgte eine Neuregelung des Rücklagensystems (BGBl. I Nr. 20/2008). Die Neuregelung sieht neue Arten und Umstellungen in der Finanzierung und Verrechnung von Rücklagen vor. Rücklagen sind ab 2009 nicht mehr voranschlagswirksam zu verrechnen. Die Finanzierung erfolgt erst bei der Entnahme der Rücklage und nicht mehr bereits bei der Zuführung.

3.5.3 Entnahmen aus Rücklagen

So wie die Zuführung ist auch die Entnahme aus Rücklagen dem Bundesminister für Finanzen vorbehalten. Er darf Rücklagen nur zur Erfüllung fälliger Verpflichtungen heranziehen (§ 53 Abs. 6 BHG). Auf Basis der Ermächtigungen im BFG 2008 durften Rücklagen für die Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben entnommen werden.

3.5.4 Auflösungen von Rücklagen

Sobald die seinerzeitige Zweckbestimmung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und im Sinne des Gesamtbedeckungsgrundsatzes nach § 38 Abs. 1 zu verwenden (§ 53 Abs. 7 zweiter Satz BHG).

Über Entwicklung und Stand der Rücklagen geben die Tabellen 21 und 22 Auskunft. Betragliche Einzelheiten können den Tabellen A.5.1 bis A.5.7 sowie B.3.3.1 bis B.3.3.7 im Band 2 entnommen werden.

Tabelle 21: Entwicklung der Haushaltsrücklagen

Bezeichnung	Anfänglicher Stand 2008	Entnahmen	Auflösungen Verringerung	Zuführungen	Schließlicher Stand 2008
			in Mill. EUR		
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	865,57	- 142,23	- 9,70	+ 217,83	931,47
Allgemeine Rücklage	361,29	- 112,84	- 33,95	+ 53,82	268,32
Besondere Rücklage	2.167,47	- 361,71	- 435,02	+ 1.073,38	2.444,12
Besondere Einnahmen-Rücklage (EU)	159,85	-	-	+ 2,67	162,52
Besondere Aufwendungen-Rücklage	296,60	- 30,30	- 9,36	+ 36,46	293,40
Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel	20,13	- 3,99	-	+ 10,67	26,81
Ausgleichsrücklage	833,86	-	-	+ 6.522,54	7.356,40
Summe	4.704,76	- 651,07	- 488,03	+ 7.917,38	11.483,04

TZ 3

Die Rücklagen des Bundes betragen 11.483,04 Mill. EUR (2007: 4.704,76 Mill. EUR) und stiegen um 144,07 %. Die Erhöhung der Rücklagen um 6.778,27 Mill. EUR ist größtenteils auf die Finanzierung des Bankenpakets im Dezember 2008 zurückzuführen.

Tabelle 22: Stand der Rücklagen des Bundes

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
			in Mill. EUR		
Haushaltsrücklagen	3.163,86	3.443,19	3.710,09	4.704,76	11.483,04

3.5.5 Ausgleichsrücklage

Erläuterung zur Ausgleichsrücklage

Für die Finanzierung des „Banken-Pakets“ wurden insgesamt 8,000 Mrd. EUR im Dezember 2008 aufgenommen. Davon wurden in diesem Jahr 900 Mill. EUR zur Verfügung gestellt. Der Finanzierungsüberschuss wurde durch Zuführung zur Ausgleichsrücklage ausgeglichen. Hierauf ist im Wesentlichen der Anstieg der Ausgleichsrücklage auf 7,356 Mrd. EUR zurückzuführen.

Auflösung der Ausgleichsrücklage

Im Hinblick auf das neue „Rücklagensystem“, das im Zuge der ersten Etappe der Haushaltsrechtsreform (ab 2009) etabliert wurde, ist die Auflösung der Ausgleichsrücklage vorgesehen. Gemäß § 101 Abs. 5 BHG in der Fassung BGBl. I Nr. 20/2008 ist die Ende des Finanzjahres 2008 bestehende Ausgleichsrücklage - ohne nähere Angabe eines Auflösungstermines - voranschlagsunwirksam aufzulösen. Die voranschlagsunwirksame Auflösung stellt den Umkehrakt zu der seinerzeitigen voranschlagsunwirksamen Dotierung der Ausgleichsrücklage in Höhe von insgesamt 9 Mrd. ATS (vgl. § 101 Abs. 5 der Stammfassung des BHG, BGBl. Nr. 213/1986, (5 Mrd. ATS) sowie in der Fassung des BGBl. Nr. 573/1988) (4 Mrd. ATS)) dar. Auf der anderen Seite ist die voranschlagsunwirksame Auflösung in der Art verbunden, dass Beträge, die voranschlagswirksam zugeführt wurden, ebenfalls voranschlagsunwirksam aufgelöst werden⁴.

⁴ Das Gesetzliche Budgetprovisorium 2009, BGBl. I Nr. 2/2009, sieht aus dem Grund vor, dass der Bundesminister für Finanzen vor der Auflösung der Ausgleichsrücklage bis zu 7,1 Mrd. EUR voranschlagswirksam entnehmen darf.

3.6 Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre

3.6.1 Vorberechtigungen und Vorbelastungen

Vorberechtigungen und Vorbelastungen werden in § 79 Abs. 1 BHG definiert als „Berechtigungen und Verpflichtungen sowie Forderungen und Schulden, bei denen die Leistungspflicht oder die Fälligkeit in einem künftigen Finanzjahr eintritt“. Den haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen folgend sind sie nicht Gegenstand der Veranschlagung.⁵

Wie in der voranschlagswirksamen Verrechnung (VWV) wird auch hier zwischen Berechtigungen und Forderungen (einnahmenseitig) sowie Verpflichtungen und Schulden (ausgabenseitig) unterschieden. Der Unterschied liegt in der finanziellen Konkretisierung. Während Forderungen/Schulden zeitlich und der Höhe nach bereits feststehen, fehlt bei Berechtigungen/Verpflichtungen eine derartige Konkretisierung noch.

Forderungen/Schulden werden weiters zwischen fälligen und nicht fälligen unterschieden. Diese Unterscheidung knüpft an das Jahr der Fälligkeit an. Nicht fällige Forderungen/Schulden sind solche, die erst in künftigen Finanzjahren fällig werden.

Vom Bund gewährte Darlehen sind - jeweils mit den auf die einzelnen Finanzjahre entfallenden Rückzahlungsraten - als Vorberechtigungen zu verrechnen. Aufgenommene Finanzschulden sind mit den in künftigen Finanzjahren fällig werdenden Beträgen als Vorbelastungen zu verrechnen. Abgabeneinnahmen und Personalausgaben sind von der Verrechnung gemäß § 79 Abs. 4 BHG ausgenommen.

In den Übersichten im Band 2, Tabellen A.3, werden jeweils die Gesamtstände zum Ende des Finanzjahres 2008 an

- Verpflichtungen (getrennt nach offen gebliebenen und Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre, Tabelle A.3.1.1, sowie Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre nach Finanzjahren, Tabelle A.3.1.2);
- Schulden (getrennt nach empfangenen Anzahlungen, Ersatzschulden, fälligen und nicht fälligen Finanz- und Verwaltungsschulden, Tabelle A.3.2.1, sowie die nicht fälligen Schulden nach Finanzjahren, Tabelle A.3.2.2);
- Berechtigungen (getrennt nach offen gebliebenen und Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre, Tabelle A.3.3.1, sowie Berechtigungen

⁵ Arg. „Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben“ in Art. 51 Abs. 3 B-VG in der Fassung BGBl. I Nr. 100/2003.

TZ 3

zu Gunsten künftiger Finanzjahre nach Finanzjahren, Tabelle A.3.3.2) und

- Forderungen (getrennt nach gegebenen Anzahlungen, Ersatzforderungen, fälligen und nicht fälligen Darlehens- und sonstigen Forderungen, Tabelle A.3.4.1, sowie die nicht fälligen Forderungen nach Finanzjahren, Tabelle A.3.4.2)

ausgewiesen.

Die ausgewiesenen Belastungen sind vor allem für die Budgetplanung von großer Bedeutung, weil sie den finanziellen Rahmen künftiger Budgets einschränken.

Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Tabelle A.3.1.2) weist eine Gesamtsumme von 102.793,35 Mill. EUR (2007: 104.629,77 Mill. EUR) aus. Der größte Teilbetrag von 83.749,11 Mill. EUR entfiel auf die Verzinsung der Finanzschulden, von Währungstauschverträgen und auf sonstige Aufwendungen des Kap. 58. Um den Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes zu ermitteln, sind die aus dem Finanzjahr 2008 offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 250,45 Mill. EUR hinzuzuzählen. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 2008 betrug somit 103.043,80 Mill. EUR (2007: 104.832,15 Mill. EUR).

Schulden

Die Gesamtsumme der Schulden (Tabelle A.3.2.1) belief sich zum Jahresende 2008 auf 192.307,29 Mill. EUR (Stand 2007: 180.072,09 Mill. EUR). Sie lag damit um 12.235,21 Mill. EUR oder 6,8 % über dem Vergleichswert des Vorjahres.

Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre (Tabelle A.3.3.2) weist eine Gesamtsumme von 23.307,92 Mill. EUR (2007: 25.346,68 Mill. EUR) aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 2008 offen gebliebenen Berechtigungen in Höhe von 22,01 Mill. EUR folgt daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 2008 von 23.329,93 Mill. EUR (2007: 25.364,91 Mill. EUR).

Forderungen

Die Gesamtsumme der Forderungen (Tabelle A.3.4.1) belief sich zum Jahresende 2008 auf 39.189,77 Mill. EUR (Stand 2007: 40.066,78 Mill. EUR). Sie lag damit um 877,01 Mill. EUR oder 2,2 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

Tabelle 23: Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mill. EUR				
Verpflichtungen	70.858,74	82.795,77	90.034,79	104.832,15	103.043,79
Schulden (voranschlagswirksam)	175.627,43	177.640,13	181.501,15	180.072,09	192.307,29
Berechtigungen	14.858,97	19.187,25	23.732,07	25.364,91	23.329,93
Forderungen	37.567,00	42.715,56	43.647,92	40.066,78	39.189,77

3.7 Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung

3.7.1 Erklärung der Darstellung der ansatzweisen Erläuterungen

In der TZ 3.7.2 werden die Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag zu den tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen je Kapitel dargestellt. Gemäß § 16 Abs. 1 BHG ist der Gesamthaushalt in den Allgemeinen Haushalt und den Ausgleichshaushalt zu unterscheiden. Dabei werden die Unterschiede zwischen Voranschlag und Zahlungen (Voranschlagsabweichungen) von mehr als 5 Mill. EUR ansatzweise (in der Regel mit Angabe des Prozentsatzes der Abweichung) erläutert.

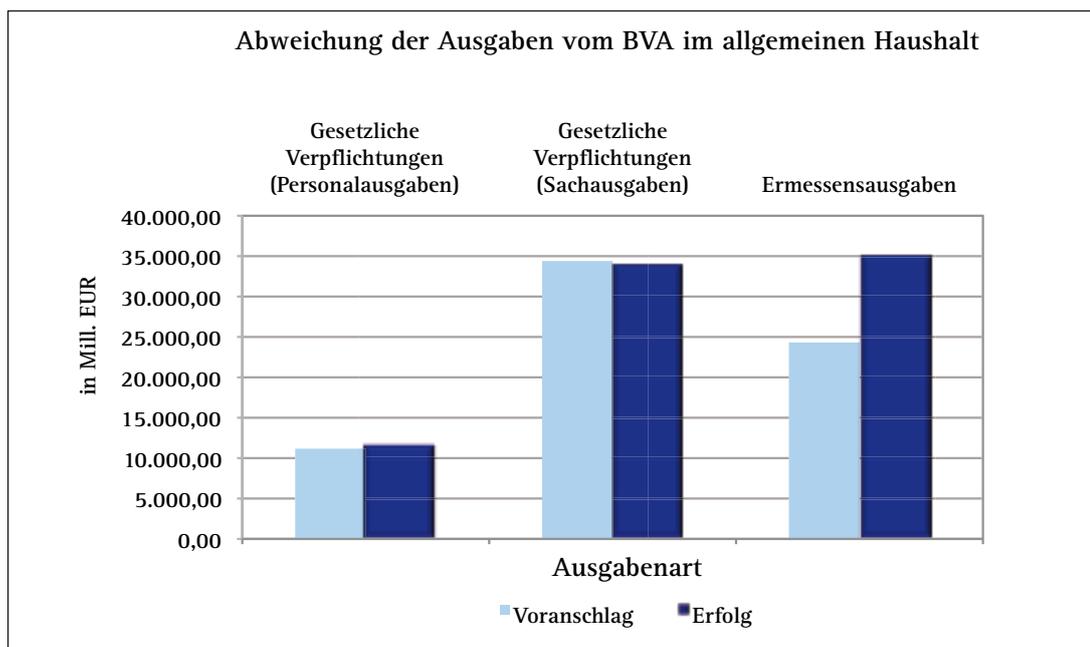
Unter der jeweiligen Kapitelüberschrift befindet sich ein beschriebener Gesamtüberblick über die Ausgaben und Einnahmen des jeweiligen Kapitels.

Im Anschluss an die Kurzbeschreibung werden die tatsächlichen Ausgaben zum Bundesvoranschlag mit gleichzeitigem Bezug auf den Allgemeinen Haushalt (Kapitel 58 auch mit Bezug auf den Ausgleichshaushalt) dem BVA gegenübergestellt. Zusätzlich werden darunter die Abweichungen der tatsächlichen Ausgaben vom BVA je Kapitel in der Grafik dargestellt. In weiterer Folge gibt eine Tabelle einen Gesamtüberblick über die Ausgaben und Einnahmen inklusive der Abweichungen zum BVA im jeweiligen Kapitel.

Daran anschließend folgt eine Kurzbeschreibung der finanziell bedeutsamsten Voranschlagsabweichungen. Daraus ergibt sich, dass die einzelnen Erläuterungen nicht die Summe der Abweichungen erklären. Auf Gebarungsfälle mit Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder mit nicht eingehaltenen Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) wird hingewiesen. Diese Mängel werden detailliert in den nachfolgenden Erläuterungen beschrieben und in Tabelle 18 (TZ 3.2.4.65) dargestellt.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Ausgaben Allgemeiner Haushalt
Voranschlag	11.169,87	34.385,23	24.313,76	69.868,85
Erfolg	11.541,17	33.821,55	34.935,54	80.298,27
Abweichung	371,31	-563,68	10.621,79	10.429,41
Abweichung in %	3,3	-1,6	43,7	14,9



TZ 3

Voranschlagsvergleichsrechnung

ALLGEMEINER HAUSHALT		Bundesverwaltung		
		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung
Haushalt/Kapitel		in Mill. EUR		in %
1/..	AUSGABEN ALLGEMEINER HAUSHALT			
01 bis 06	„Oberste Organe“	176,10	193,75	+17,66 +10,0
10	Bundeskanzleramt	430,43	479,87	+49,45 +11,5
11	Inneres	2.142,91	2.235,16	+92,25 +4,3
12	Unterricht und Kultur	6.730,03	6.968,68	+238,65 +3,5
13	Kunst	231,89	239,87	+7,98 +3,4
14	Wissenschaft und Forschung	3.538,83	3.664,70	+125,87 +3,6
15	Soziales und Konsumentenschutz	2.060,01	2.112,55	+52,54 +2,6
16	Sozialversicherung	7.669,63	7.669,62	-0,01 -0,0
17	Gesundheit	678,62	790,27	+111,66 +16,5
19	Familie und Jugend	6.024,33	6.512,74	+488,42 +8,1
20	Äußeres	388,09	415,47	+27,39 +7,1
30	Justiz	1.052,82	1.116,55	+63,73 +6,1
40	Militärische Angelegenheiten	2.037,40	2.171,29	+133,90 +6,6
50	Finanzverwaltung	1.872,13	1.936,54	+64,41 +3,4
51	Kassenverwaltung	1.121,31	8.191,84	+7.070,53 +630,6
52	Öffentliche Abgaben	2,60	3,03	+0,43 +16,7
53	Finanzausgleich	4.855,40	3.990,95	-864,45 -17,8
54	Bundesvermögen	1.026,19	2.243,84	+1.217,65 +118,7
55	Pensionen	7.337,31	7.368,99	+31,68 +0,4
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	9.802,54	11.051,47	+1.248,93 +12,7
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.257,82	2.180,49	-77,33 -3,4
61	Umwelt	601,59	533,53	-68,06 -11,3
63	Wirtschaft und Arbeit	5.238,07	5.341,74	+103,67 +2,0
65	Verkehr, Innovation und Technologie	2.592,81	2.885,30	+292,49 +11,3
Summe Ausgaben		69.868,85	80.298,27	+10.429,41 +14,9

		Bundesverwaltung			
ALLGEMEINER HAUSHALT					
Haushalt/Kapitel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR			in %
2/..	EINNAHMEN ALLGEMEINER HAUSHALT				
01 bis 06	„Oberste Organe“	4,47	4,46	-0,01	-0,3
10	Bundeskanzleramt	12,55	11,99	-0,57	-4,5
11	Inneres	96,38	101,87	+5,49	+5,7
12	Unterricht und Kultur	74,43	98,17	+23,74	+31,9
13	Kunst	3,06	3,15	+0,09	+3,1
14	Wissenschaft und Forschung	617,22	622,54	+5,32	+0,9
15	Soziales und Konsumentenschutz	11,41	8,52	-2,89	-25,3
16	Sozialversicherung	18,00	466,51	+448,51	+2.491,3
17	Gesundheit	58,66	56,26	-2,40	-4,1
19	Familie und Jugend	5.642,81	6.024,92	+382,11	+6,8
20	Äußeres	3,36	5,55	+2,19	+65,0
30	Justiz	757,68	816,26	+58,58	+7,7
40	Militärische Angelegenheiten	44,40	59,01	+14,61	+32,9
50	Finanzverwaltung	1.191,35	1.235,13	+43,78	+3,7
51	Kassenverwaltung	2.762,62	3.011,85	+249,23	+9,0
52	Öffentliche Abgaben	44.039,37	44.961,17	+921,81	+2,1
53	Finanzausgleich	450,71	478,06	+27,36	+6,1
54	Bundesvermögen	1.308,07	1.309,05	+0,98	+0,1
55	Pensionen	1.475,51	1.505,24	+29,73	+2,0
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	2.797,49	4.247,31	+1.449,82	+51,8
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	198,49	240,86	+42,37	+21,3
61	Umwelt	326,69	314,35	-12,34	-3,8
63	Wirtschaft und Arbeit Verkehr, Innovation und	4.838,24	4.889,37	+51,13	+1,1
65	Technologie	176,26	262,58	+86,32	+49,0
Summe Einnahmen		66.909,23	70.734,20	+3.824,97	+5,7
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-2.959,62	-9.564,07	-6.604,45	+223,2

3.7.2 Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen
**Präsidentenkanzlei, Bundesgesetzgebung, Verfassungsgerichtshof,
Verwaltungsgerichtshof, Volksanwaltschaft und Rechnungshof
(sog. „Oberste Organe“)**
Kapitel 01 bis 06 „Oberste Organe“

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
01	Präsidentenkanzlei	5,94	7,18	+1,24	+20,8
02	Bundesgesetzgebung	116,86	130,12	13,26	+11,3
03	Verfassungsgerichtshof	8,09	8,75	+0,66	+8,1
04	Verwaltungsgerichtshof	13,03	14,30	+1,27	+9,7
05	Volksanwaltschaft	5,08	6,11	+1,03	+20,3
06	Rechnungshof	27,10	27,30	+0,20	+0,7
01-06	Summe Ausgaben	176,10	193,75	17,66	+10,0
2/..	EINNAHMEN				
01	Präsidentenkanzlei	0,02	0,03	+0,01	+29,7
02	Bundesgesetzgebung	3,50	3,54	+0,04	+1,2
03	Verfassungsgerichtshof	0,54	0,51	-0,02	-4,6
04	Verwaltungsgerichtshof	0,13	0,09	-0,04	-27,5
05	Volksanwaltschaft	0,19	0,17	-0,02	-9,5
06	Rechnungshof	0,09	0,10	+0,02	+20,9
01-06	Summe Einnahmen	4,47	4,46	-0,01	-0,3
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-171,63	-189,30	-17,67	+10,3



Präsidentenkanzlei

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

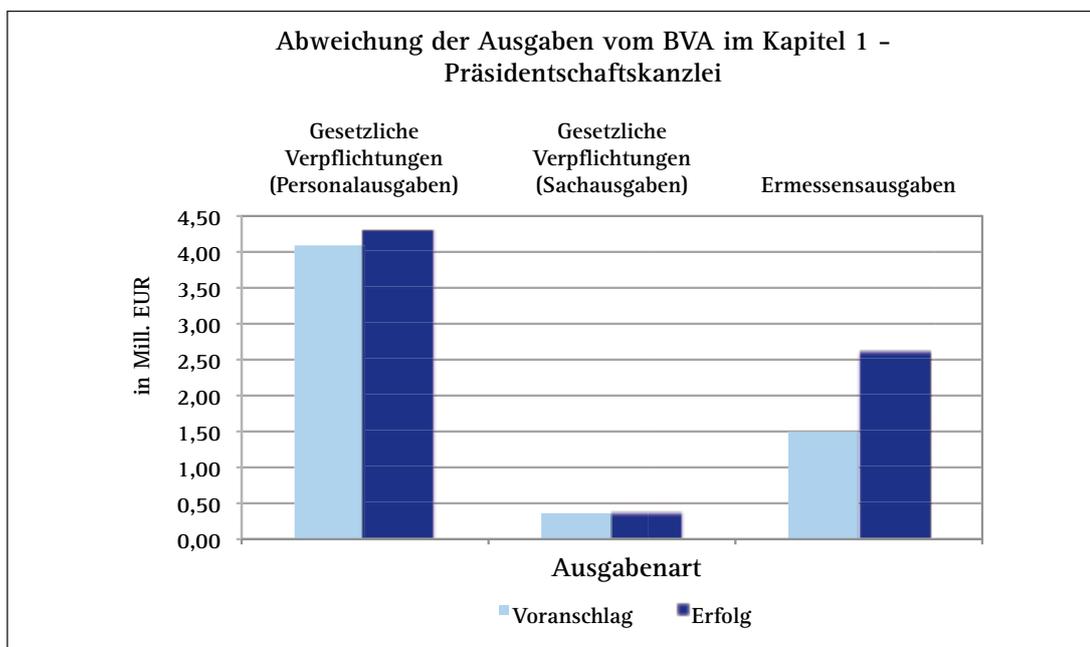
Kapitel 01

Präsidentenkanzlei

Im Kapitel 01 betragen die Ausgaben 7,18 Mill. EUR und somit 0,01 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 5,94 Mill. EUR wurden 1,24 Mill. EUR (+ 20,8 %) mehr ausgegeben. Für Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 165.850 EUR (+ 4,1 %), bei den Sachausgaben in Höhe von 1,07 Mill. EUR (+ 58,0 %). Die Einnahmen betragen 31.124 EUR und somit 0,00004 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 24.000 EUR wurden 7.124 EUR (+ 29,7 %) mehr eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	4,09	0,36	1,49	0,01
Erfolg	4,26	0,34	2,58	0,01
Abweichung	0,17	-0,02	1,09	
Abweichung in %	4,1	-4,2	73,0	



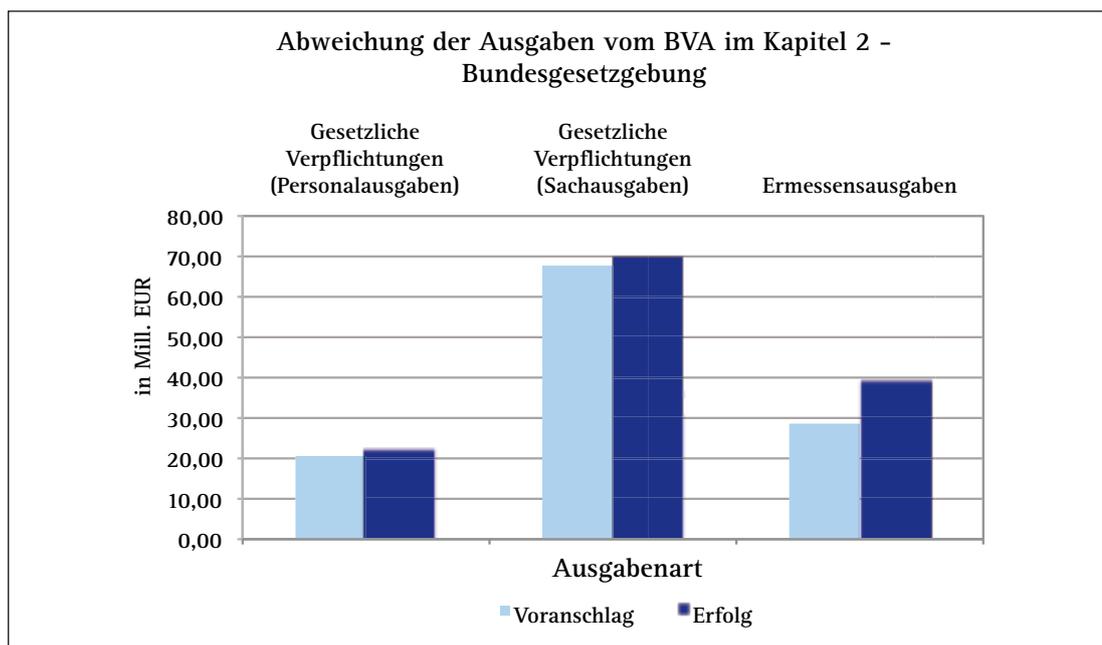
Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Im Kapitel 02 betragen die Ausgaben 130,12 Mill. EUR und somit 0,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 116,86 Mill. EUR wurden 13,26 Mill. EUR (+ 11,3 %) mehr ausgegeben. Für Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 1,31 Mill. EUR (+ 6,4 %), bei den Sachausgaben in Höhe von 11,95 Mill. EUR (+ 12,4 %). Die Einnahmen betragen 3,54 Mill. EUR und somit 0,005 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3,50 Mill. EUR wurden 41.097 EUR (+ 1,2 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Aufwendungen für die Instandhaltung von Gebäuden (+ 3,03 Mill. EUR) und bei den Entgelten an Unternehmungen (Werkleistungen) (+ 2,30 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	20,59	67,69	28,58	0,17
Erfolg	21,90	69,37	38,84	0,16
Abweichung	1,31	1,68	10,27	
Abweichung in %	6,4	2,5	35,9	





Bundesgesetzgebung

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**1/02 Bundesgesetzgebung****1/024 Parlamentsdirektion**

1/02408 Aufwendungen

+ 8,48 Mill. EUR

Mehrausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden durch die Renovierung von Ausschusslokalen und zusätzlich angemieteten Büroräumen, Instandsetzung von Glasdächern, Quadrigenrestaurierung und Maßnahmen zur Energiesicherung.

+ 3,03 Mill. EUR

Mehrausgaben für Leistungen der Buchhaltungsagentur des Bundes, Reinigungsleistungen, Architekten- und Projektmanagementleistungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen bzw. Bauvorhaben.

+ 2,30 Mill. EUR

Mehrausgaben für Miet- und Pachtzinse durch die Anmietung zusätzlicher Büroflächen.

+ 1,04 Mill. EUR

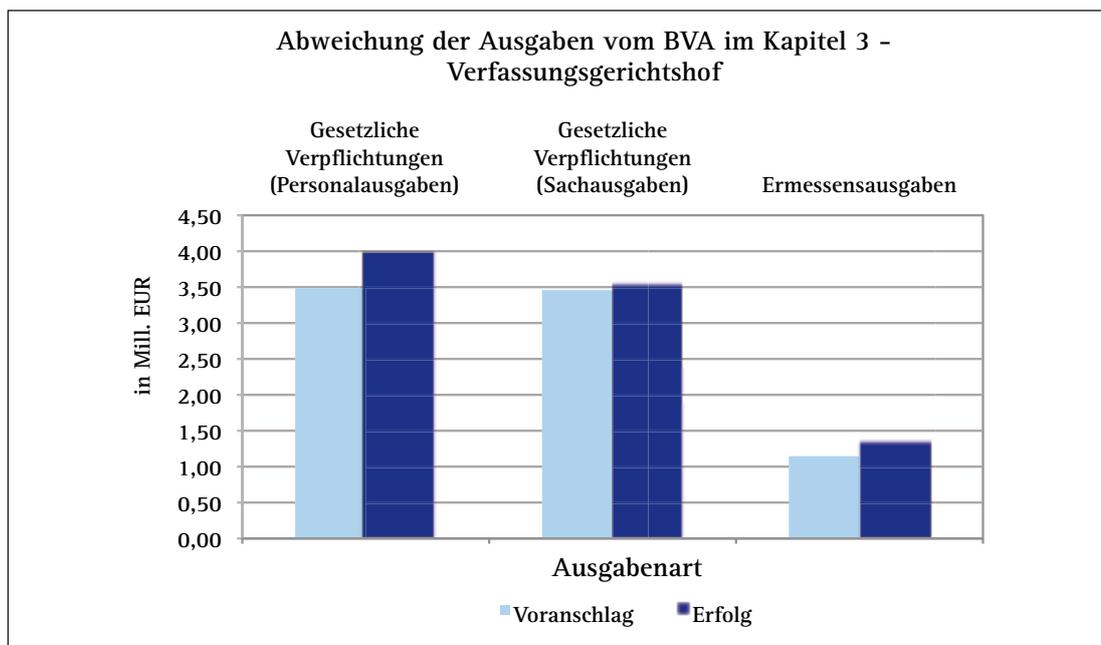
Kapitel 03

Verfassungsgerichtshof

Im Kapitel 03 betragen die Ausgaben 8,75 Mill. EUR und somit 0,01 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 8,09 Mill. EUR wurden 0,66 Mill. EUR (+ 8,1 %) mehr ausgegeben. Für Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 0,45 Mill. EUR (+ 13,0 %), bei den Sachausgaben in Höhe von 0,20 Mill. EUR (+ 4,4 %). Die Einnahmen betragen 0,51 Mill. EUR und somit 0,0007 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,54 Mill. EUR wurden 24.824 EUR (- 0,02 %) weniger eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	3,49	3,46	1,15	0,01
Erfolg	3,94	3,49	1,31	0,01
Abweichung	0,45	0,04	0,17	
Abweichung in %	13,0	1,0	14,7	



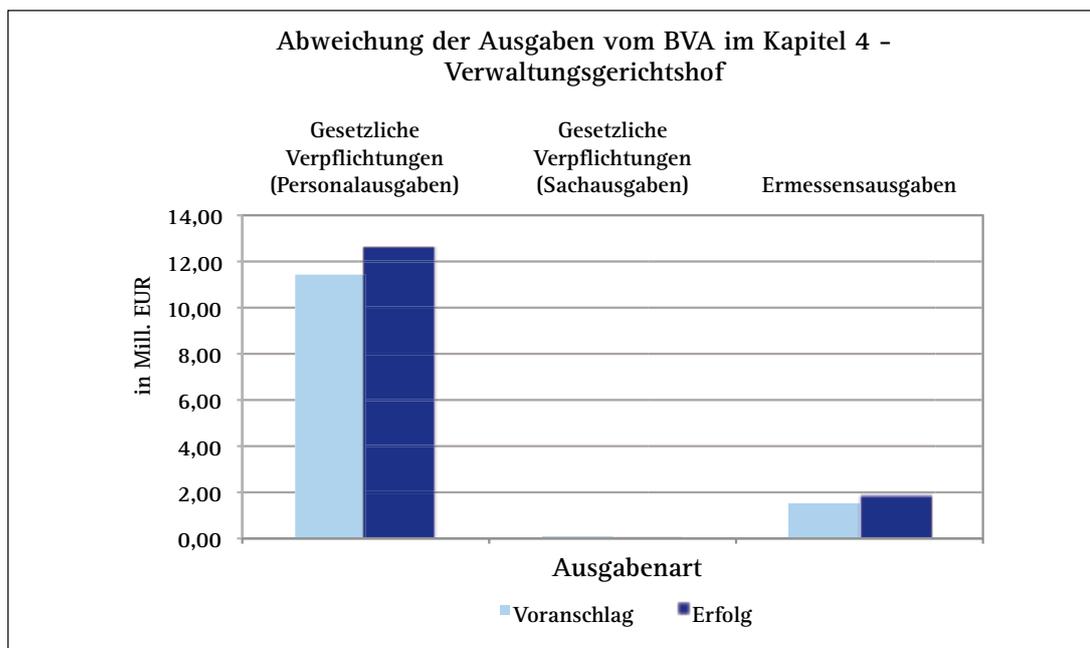
Kapitel 04

Verwaltungsgerichtshof

Im Kapitel 04 betragen die Ausgaben 14,30 Mill. EUR und somit 0,02 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 13,03 Mill. EUR wurden 1,27 Mill. EUR (+ 9,8 %) mehr ausgegeben. Für Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 1,01 Mill. EUR (+ 8,9 %), bei den Sachausgaben in Höhe von 0,26 Mill. EUR (+ 16,1 %). Die Einnahmen betragen 92.861 EUR und somit 0,0001 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,54 Mill. EUR wurden 24.824 EUR (- 0,02 %) weniger eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	11,43	0,09	1,51	0,02
Erfolg	12,44	0,03	1,83	0,02
Abweichung	1,01	-0,06	0,32	
Abweichung in %	8,9	-65,0	21,0	



Kapitel 05

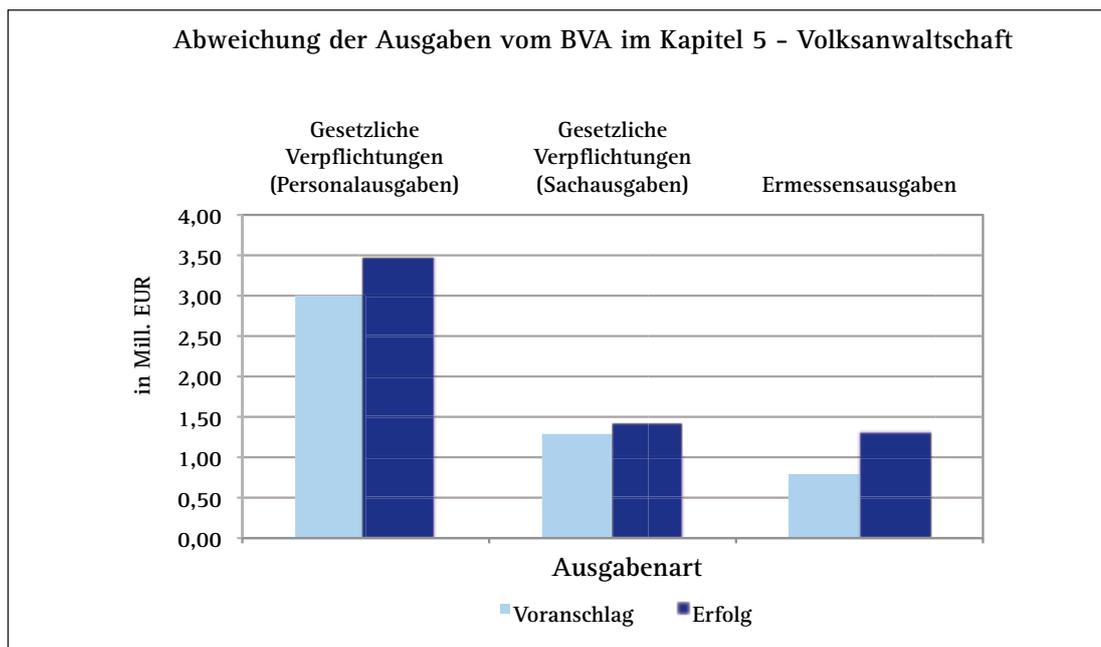
Volksanwaltschaft

Im Kapitel 05 betragen die Ausgaben 6,11 Mill. EUR und somit 0,01 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 5,08 Mill. EUR wurden 1,03 Mill. EUR (+ 20,3 %) mehr ausgegeben. Für Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 0,43 Mill. EUR (+ 14,3 %), bei den Sachausgaben in Höhe von 0,60 Mill. EUR (+ 29,1 %). Die Einnahmen lagen bei 0,17 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,17 Mill. EUR wurden 0,02 Mill. EUR (- 9,5 %) weniger eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere auf Grund der Bezugserhöhung und eines Anstiegs der IT-Kosten (ELAK-Einführung) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	3,00	1,29	0,79	0,01
Erfolg	3,43	1,39	1,28	0,01
Abweichung	0,43	0,10	0,50	
Abweichung in %	14,3	8,1	63,6	





Rechnungshof

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

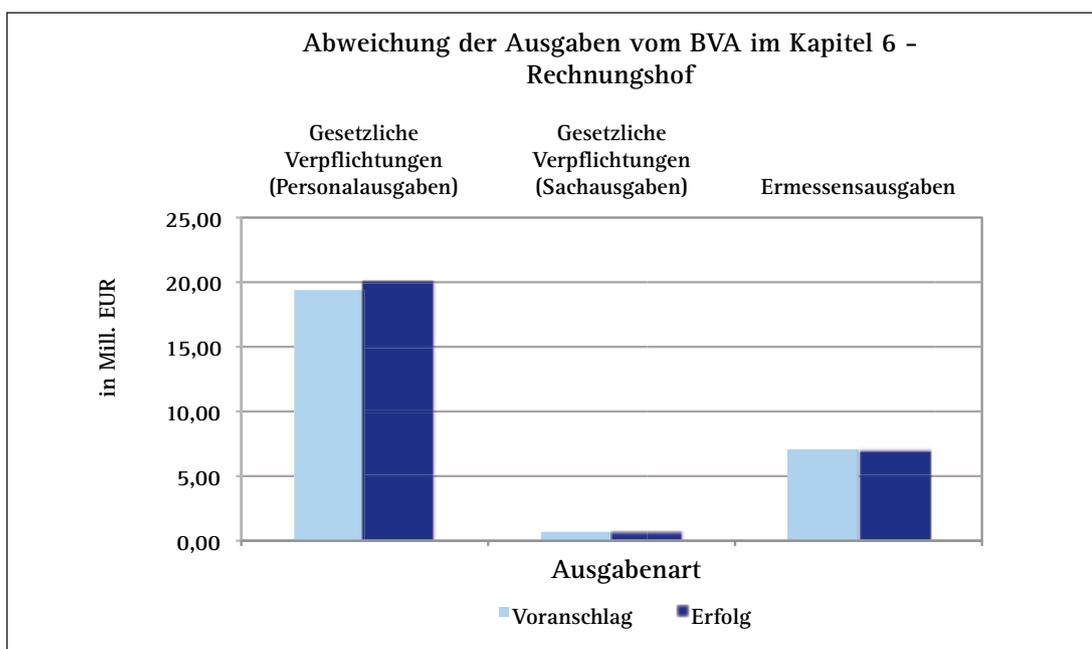
Kapitel 06

Rechnungshof

Im Kapitel 06 betragen die Ausgaben 27,30 Mill. EUR und somit 0,03 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 27,10 Mill. EUR wurden 0,20 Mill. EUR (+ 0,7 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Mehrausgaben in Höhe von 464.000 EUR (+2,3 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Minderausgaben in Höhe von 264.000 EUR (-3,4 %). Die Einnahmen betragen 0,10 Mill. EUR und somit 0,00014 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,09 Mill. EUR wurden 0,01 Mill. EUR (+ 0,02 %) mehr eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche erpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	19,39	0,69	7,03	0,04
Erfolg	19,86	0,59	6,86	0,03
Abweichung	0,46	-0,10	-0,17	
Abweichung in %	2,4	-14,0	-2,4	



Kapitel 10

Bundeskanzleramt

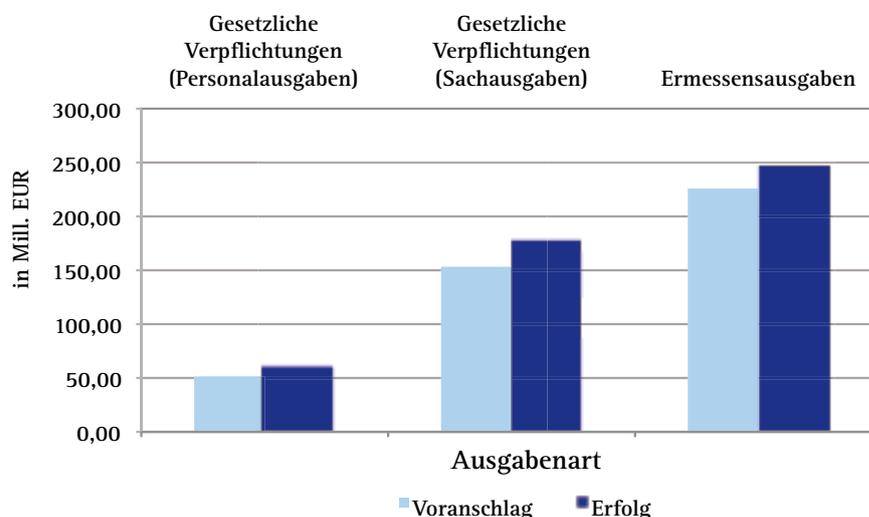
Im Kapitel 10 betragen die Ausgaben 479,87 Mill. EUR und somit 0,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 430,43 Mill. EUR wurden 49,45 Mill. EUR (+ 11,5 %) mehr ausgegeben. Für Personal ergaben sich Mehrausgaben in Höhe von 8,05 Mill. EUR (+15,6 %), bei den Sachausgaben in Höhe von 41,40 Mill. EUR (+ 10,9 %). Die Einnahmen betragen 11,99 Mill. EUR und somit 0,02 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 12,55 Mill. EUR wurden 0,57 Mill. EUR (- 4,5 %) weniger eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für Stadien und Trainingszentren (+ 17,32 Mill. EUR) und für Wahlwerbungskostenbeiträge (+ 13,30 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Überweisung an die Zahlstelle für EFRE Mitteln (- 13,83 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	51,53	153,18	225,72	0,6
Erfolg	59,57	175,85	244,45	0,6
Abweichung	8,05	22,67	18,73	
Abweichung in %	15,6	14,8	8,3	

Abweichung der Ausgaben vom BVA im Kapitel 10 - Bundeskanzleramt





Bundeskanzleramt

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008 in Millionen EUR	Erfolg 2008	Abweichung in %	
1/..	AUSGABEN				
100	Bundeskanzleramt	244,99	243,07	-1,92	-0,8
101	Dienststellen	7,61	18,38	+10,77	+141,6
102	Bundesstatistik (Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes)	57,42	57,65	+0,23	+0,4
103	Österreichische Staatsdruckerei	0,44	0,26	-0,18	-41,1
104	Presse- und Parteienförderung	39,81	53,91	+14,10	+35,4
105	Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand	3,77	3,77	-0,00	-0,0
106	Sportangelegenheiten	76,38	102,84	+26,45	+34,6
10	Summe Ausgaben	430,43	479,87	+49,45	+11,5
2/..	EINNAHMEN				
100	Bundeskanzleramt	3,61	2,97	-0,64	-17,8
101	Dienststellen	0,67	0,91	+0,24	+35,7
102	Bundesstatistik (Amt des Österr. Statistischen Zentralamtes)	7,04	7,20	+0,16	+2,3
103	Österreichische Staatsdruckerei	0,52	0,29	-0,24	-45,4
104	Presse- und Parteienförderung	0,01	0,00	-0,01	-100,0
105	Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand	0,00	0,00	+0,00	+206,4
106	Sportangelegenheiten	0,70	0,62	-0,08	-11,8
10	Summe Einnahmen	12,55	11,99	-0,57	-4,5
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-417,87	-467,89	-50,01	+12,0


Bundeskanzleramt
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**
1/101 Dienststellen

1/1013 Asylgerichtshof

1/10130 Personalausgaben

+ 5,48 Mill. EUR

Mehrausgaben für Beamte und Vertragsbedienstete im Zusammenhang mit der Errichtung des Asylgerichtshofes, der mit 1. Juli 2008 den bis dahin bestehenden Unabhängigen Bundesasylsenat ersetzte und dessen Agenden vom BMI in den Wirkungsbereich des BKA übertragen wurden.

+ 4,68 Mill. EUR

1/104 Presse- und Parteienförderung

1/1043 Zuwendungen an politische Parteien

1/10434 Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

+ 13,94 Mill. EUR

Mehrausgaben aufgrund der Auszahlung des Wahlwerbungskostenbeitrages im Zusammenhang mit der Nationalratswahl 2008 gemäß § 2a des Parteiengesetzes, auf den jede politische Partei, die nach der Nationalratswahl im Nationalrat vertreten ist, Anspruch hat.

+ 13,30 Mill. EUR

1/106 Sportangelegenheiten

1/1060 Sportförderung

1/10604 Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

+ 9,02 Mill. EUR

Mehrausgaben bei der besonderen Sportförderung aufgrund von Mehreinnahmen bei Lotto & Toto-Mitteln.

+ 9,02 Mill. EUR

1/1064 Fußball EM 2008

1/10646 Förderungen

+ 17,32 Mill. EUR

Mehrausgaben für Stadionneubauten bzw. Stadionrenovierungen sowie für die Errichtung von Trainingszentren anlässlich der Fußballeuropameisterschaft 2008.

+ 17,32 Mill. EUR



Bundesministerium für Inneres

BRA 2008

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

Kapitel 11 Inneres

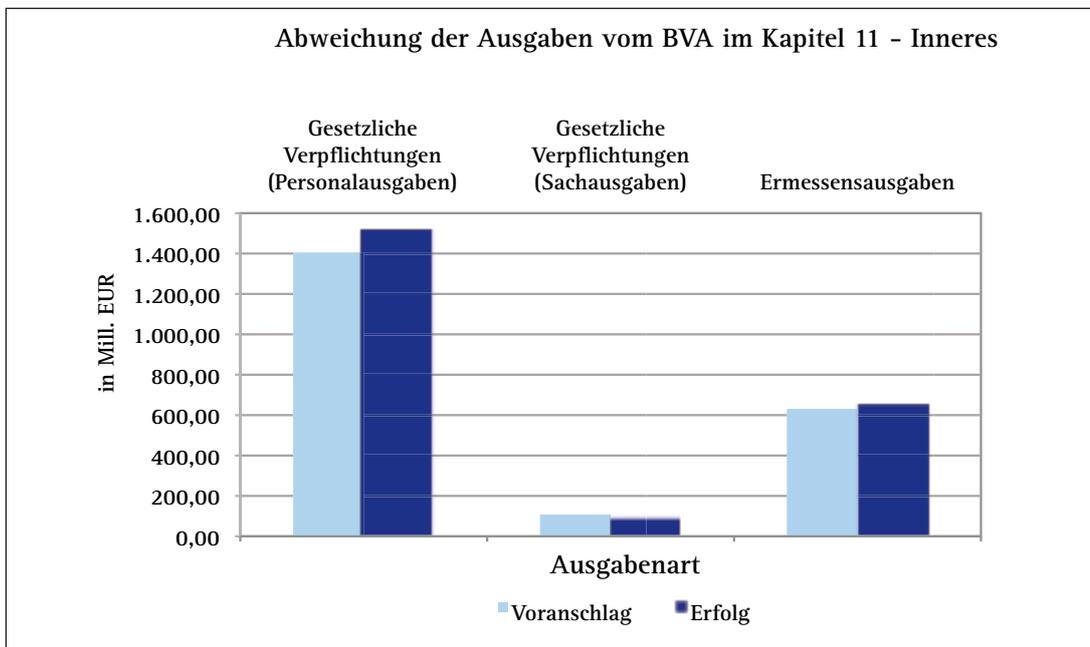
Im Kapitel 11 betragen die Ausgaben 2.235,16 Mill. EUR und somit 2,8 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.142,91 Mill. EUR wurden 92,25 Mill. EUR (+ 4,3%) mehr ausgegeben. Während für Personal Mehrausgaben in Höhe von 99,88 Mill. EUR (+7,1%) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Minderausgaben in Höhe von 7,62 Mill. EUR (- 1,0 %). Die Einnahmen betragen 101,87 Mill. EUR und somit 0,14 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 96,38 Mill. EUR wurden 5,49 Mill. EUR (+ 5,7 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für Mehrleistungsvergütungen (+ 53,03 Mill. EUR), für Dienstgeberbeiträge (+ 30,85 Mill. EUR) und bei Entgelten für die Flughafenüberwachung (+ 12,41 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Kostenersätzen an die Länder für die Grundversorgung von Flüchtlingen (- 27,55 Mill. EUR) und für Hardwarebeschaffung (- 10,75 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere durch Einnahmen aus Strafgeldern (+ 11,27 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	1.405,33	107,21	630,37	3,1
Erfolg	1.505,20	84,08	645,88	2,8
Abweichung	99,88	-23,13	15,50	
Abweichung in %	7,1	-21,6	2,5	





Bundesministerium für Inneres

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR			in %
1/..	AUSGABEN				
110	Inneres	359,08	365,50	+6,42	+1,8
115	Asyl-u.Fremdenwesen	180,80	141,47	-39,32	-21,7
117	Sicherheitsaufgaben	1.603,03	1.728,18	+125,15	+7,8
11	Summe Ausgaben	2.142,91	2.235,16	+92,25	+4,3
2/..	EINNAHMEN				
110	Bundesministerium für Inneres	13,62	14,59	+0,97	+7,1
115	Asyl-und Fremdenwesen	11,52	8,55	-2,97	-25,7
117	Sicherheitsaufgaben	71,24	78,73	+7,49	+10,5
11	Summe Einnahmen	96,38	101,87	+5,49	+5,7
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-2.046,53	-2.133,29	-86,76	+4,2

1/11 Inneres

Überschreitungen ohne gesetzliche Grundlage in der Höhe von 2,1 Mill. EUR bei den Personalausgaben und Aufwendungen entstanden durch Verrechnungsprobleme im Zusammenhang mit Besoldungsbuchungen in PM-SAP sowie durch die Übertragung von Budgetmitteln zum Asylgerichtshof (BKA).

1/110 Bundesministerium für Inneres**1/1100 Zentraleitung****1/11000 Personalausgaben** + 8,50 Mill. EUR

Höhere Mehrleistungsvergütungen für die Einsätze bei der EURO 2008 sowie vermehrte Überwachungen im Zusammenhang mit Terrorismusbekämpfung und Staatsbesuchen. + 5,40 Mill. EUR

Allgemeine Bezugserhöhung bei Beamten und Vertragsbediensteten, Struktureffekte. + 2,42 Mill. EUR

Wegfall der Selbstträgerschaft im Bereich der Familienbeihilfen. + 1,48 Mill. EUR

BRA 2008

Bundesministerium für Inneres

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/1101	Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz	
1/11018	Aufwendungen	+ 5,46 Mill. EUR
	Erfüllung der Verpflichtungen gemäß Bundes-Behinderten- gleichstellungsgesetz (2. Tranche), notwendige Adaptierungen in mehreren Polizeidienststellen sowie in der Marokkaner-Kaserne und den Bildungszentren Tirol und OÖ.	+ 7,57 Mill. EUR
	Wegfall der Tilgungsrate für das BAG Rossauer Kaserne (Auflösung Fruchtgenussvertrag).	- 2,15 Mill. EUR
1/1109	Kommunikations- und Informationstechnologie	
1/11093	Anlagen	- 19,86 Mill. EUR
	Rückstellungen im Server-/Storagebereich, Anschaffungswerte für EDV-Geräte teilweise unter die 400 EUR-Grenze gesunken.	- 10,75 Mill. EUR
	Unerwartete Verzögerung beim Ausbau (Errichtung) der Digitalfunk- anlagen.	- 8,31 Mill. EUR
	Ersatz für defekte Anlagen (Fernmeldeeinrichtungen), Ausbau und Errichtung (Adaptierung) von örtlich neuen Arbeitsplätzen.	+ 1,27 Mill. EUR
1/11098	Aufwendungen	+ 13,99 Mill. EUR
	ADV-Leistungen und Programmierkosten für Projekte im Zusammenhang mit nationalen und internationalen Informations- systemen.	+ 9,10 Mill. EUR
	Gestiegene Lizenzgebühren infolge „True-Up“ von 1000 Clients (Betriebssystem).	+ 3,03 Mill. EUR
	Ressortweiter Mehrverbrauch an Toner und Druckerpatronen.	+ 2,46 Mill. EUR
	Höhere Telefonkosten (u.a. durch die EURO 2008).	+ 1,03 Mill. EUR
	Geringere Betriebskosten für den Digitalfunk BOS auf Grund von Verzögerungen beim Ausbau.	- 1,39 Mill. EUR



Bundesministerium für Inneres

BRA 2008

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**
1/115 Asyl- und Fremdenwesen

1/1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

 1/11507 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) – 7,29 Mill. EUR

Zahlung für die Grundversorgung (Ersätze an Länder) von Flüchtlingen im dritten Quartal 2008 erfolgt fristgerecht erst 2009, daher 2008 nur 3 Quartale abgerechnet. – 7,11 Mill. EUR

 1/11508 Aufwendungen – 26,10 Mill. EUR

Zahlung für die Grundversorgung (Kostenersätze an Länder) von Flüchtlingen im dritten Quartal 2008 erfolgt fristgerecht erst 2009, daher 2008 nur 3 Quartale abgerechnet. – 27,55 Mill. EUR

Vermehrte Deutschkurse nach dem NAG zur Erfüllung der Integrationsvereinbarung. + 1,26 Mill. EUR

1/117 Sicherheitsaufgaben

1/1170 Sicherheitsexekutive

 1/11700 Personalausgaben + 79,97 Mill. EUR

Einsätze bei der EURO 2008, vermehrte Überwachungen im Zusammenhang mit Terrorismusbekämpfung und Staatsbesuchen. + 53,03 Mill. EUR

Änderung des Familienlastenausgleichgesetzes per 1. Juni 2008 - Wegfall der Selbstträgerschaft im Bereich der Familienbeihilfen. + 30,85 Mill. EUR

Neuaufnahmen von Vertragsbediensteten zur exekutivdienstlichen Grundausbildung erfolgen ausschließlich mittels Sonderverträgen gem. § 36 VBG. + 9,67 Mill. EUR

Gestiegener Anfall von Anspruchsberechtigten für Jubiläumswendungen. + 2,66 Mill. EUR

Änderung des Familienlastenausgleichgesetzes per 1. Juni 2008 - Wegfall der Selbstträgerschaft im Bereich der Familienbeihilfen. + 1,95 Mill. EUR

Höhere Anzahl von Bediensteten im Vertragsbedienstetenstatus. + 1,67 Mill. EUR

Neuaufnahmen zur exekutivdienstlichen Grundausbildung erfolgen ausschließlich mittels Sonderverträgen gem. § 36 VBG. – 9,14 Mill. EUR

Im Hinblick auf die EURO 2008 wurde ein überhöhter Bedarf für Nebengebühren budgetiert. – 6,70 Mill. EUR

Verminderung von Aufnahmen in das Vertragsbedienstetenverhältnis II. – 1,82 Mill. EUR


Bundesministerium für Inneres
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

	Verminderung der Anzahl von Bediensteten im Beamtenstatus.	- 1,34 Mill. EUR
1/11707	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	- 11,70 Mill. EUR
	Minderausgaben für Familienbeihilfen durch die Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes per 1. Juni 2008 - Wegfall der Selbstträgerschaft im Bereich der Familienbeihilfen.	- 11,81 Mill. EUR
1/11708	Aufwendungen	+ 24,54 Mill. EUR
	Valorisierung und Nachverrechnung von Entgelten für Flughafenüberwachung, höhere Passagierzahlen durch die EURO 2008.	+ 12,41 Mill. EUR
	Unterstützungsleistungen Deutschlands während der EURO 2008, insbesondere durch die bayerische Bereitschaftspolizei und das Innenministerium des Landes Nordrhein Westfalen sowie durch das Bundesministerium für Landesverteidigung erbrachte Verpflegungsleistungen.	+ 9,20 Mill. EUR
	Geringe Dotierung, Fortsetzung des Fuhrparkmanagements.	+ 3,99 Mill. EUR
	Mietkosten für die Bereitstellung des Stadionbades, Anmietung von Unterkünften während der EURO 2008.	+ 3,48 Mill. EUR
	Kostenverlagerungen vom BMJ zum BMI im Zusammenhang mit der Übersetzung von Protokollen aus Telefonüberwachungen, Auswirkungen der Verfahrenszusammenlegungen im Rahmen der Erstaufnahmestellen, durch die StPO-Reform veränderte Rahmenbedingungen mancher Verfahren und der durch das Berufsrechts-Änderungsgesetz 2008 erfolgten Änderung des Gebührenanspruchsgesetzes.	+ 2,64 Mill. EUR
	Beschaffungen im Zusammenhang mit der EURO 2008, insbesondere von Schutzausrüstung (Schlagschutz, Tiefschutz, Helme, Schilde, Einsatzhandschuhe, Funktionsabzeichen etc.).	+ 2,38 Mill. EUR
	Neuregelung des Fahrtkostenzuschusses mit 1. Jänner 2008 infolge der 2. Dienstrechts-Novelle 2007.	+ 2,23 Mill. EUR
	Flächenmehrung, Beauftragung von Reinigungsfirmen anstelle eigenen Reinigungspersonals.	+ 2,19 Mill. EUR
	Höhere Treibstoffkosten durch verstärkte Streifen während der EURO 2008, Schengen-Ausgleichsmaßnahmen, Preissteigerungen während des Haushaltsjahres 2008.	+ 2,03 Mill. EUR
	Vermehrte Inlandreisen durch unbedingt notwendige Kräfteverschiebungen während der EURO 2008.	+ 1,86 Mill. EUR



Bundesministerium für Inneres

BRA 2008

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Beschaffungsrückstände an Einrichtungsgegenständen aus dem Haushaltsjahr 2007 wegen Lieferverzögerungen, in geringem Maße auch ad-hoc-Beschaffungen im Zusammenhang mit der EURO 2008.	+ 1,04 Mill. EUR
Verschiebung veranschlagter Ausgaben zum VA-Ansatz 1/11018, weil die BIG mit der Durchführung der Instandhaltungsmaßnahmen beauftragt wurde. Die Beanspruchung der dotierten Budgetmittel war einnahmenabhängig, die Einnahmen wurden jedoch nicht erreicht.	- 7,42 Mill. EUR
Ausgaben für die Instandhaltung und Wartung funk- und fernmeldetechnischer Einrichtungen und Anlagen der Sicherheitsexekutive gelangen nunmehr beim VA-Ansatz 1/11098 „Kommunikations- und Informationstechnologie - Aufwendungen“ zur Verrechnung.	- 3,69 Mill. EUR
Durch die Fortsetzung bzw. Erweiterung des Fuhrparkmanagements weniger Reparaturanfall bei bundeseigenen Kraftfahrzeugen.	- 3,00 Mill. EUR
Geringerer Verbrauch sowie von der ursprünglichen Planung abweichender Abbau der Lagerbestände an Munition.	- 2,82 Mill. EUR
Bereits im Jahr 2007 erfolgter Schuldenabbau gegenüber dem Bekleidungswirtschaftsfonds.	- 2,29 Mill. EUR
Minderausgaben beim Energieverbrauch.	- 1,39 Mill. EUR
1/1171 Sicherheitsexekutive (zweckgeb. Gebarung)	
1/11710 Personalausgaben	+ 5,00 Mill. EUR
Höherer Anfall von Mehrleistungsvergütungen infolge verstärkter Einsätze durch die EURO 2008, intensivierete Verkehrsüberwachungen.	+ 4,38 Mill. EUR
1/1175 Flugpolizei und Flugrettungsdienst	
1/11753 Anlagen	+ 13,66 Mill. EUR
Beschaffung von 8 Hubschraubern, zweite Ratenzahlung.	+ 14,41 Mill. EUR



Bundesministerium für Inneres

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

2/11 Inneres

2/117 Sicherheitsaufgaben

2/1170 Sicherheitsexekutive

2/11700 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

+ 11,50 Mill. EUR

Mehreinnahmen aus Strafgeldern durch verstärkte Verkehrsüberwachung und vermehrte Anzeigenlegungen durch die Einführung der digitalen Radarüberwachung.

+ 11,27 Mill. EUR

Kapitel 12 Unterricht, Kunst und Kultur

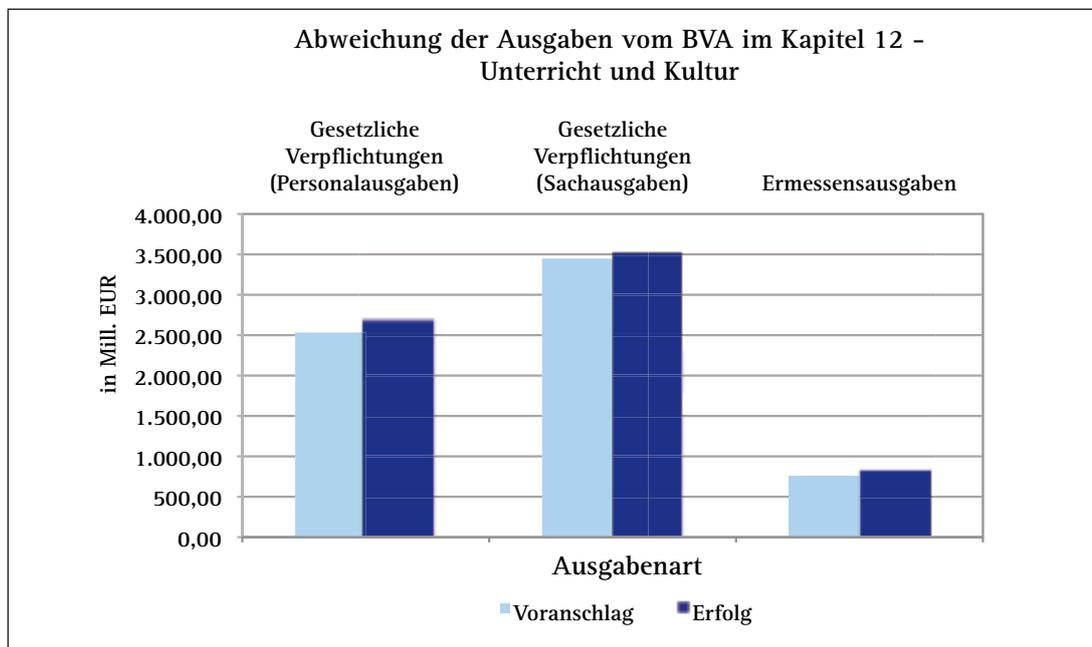
Im Kapitel 12 betragen die Ausgaben 6.968,68 Mill. EUR und somit 8,7 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 6.730,03 Mill. EUR wurden 238,65 Mill. EUR (+ 3,5 %) mehr ausgegeben. Zu Mehrausgaben kam es sowohl für Personal in Höhe von 125,78 Mill. EUR (+ 5,0 %) als auch bei den Sachausgaben in Höhe von 112,87 Mill. EUR (+ 2,7 %). Die Einnahmen betragen 98,17 Mill. EUR und somit 0,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 74,43 Mill. EUR wurden 23,74 Mill. EUR (+ 31,9 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Schulraummieten (+ 37,35 Mill. EUR) und bei Instandhaltung von Gebäuden (+ 20,67 Mill. EUR), beim Personalaufwand infolge von Bezugserhöhungen (+ 40,33 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Zuschlagsmieten (- 14,41 Mill. EUR) sowie durch die Verschiebung von EU-Programmen und Bildungsmaßnahmen (- 13,78 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	2.533,33	3.445,79	750,92	9,6
Erfolg	2.659,11	3.491,12	818,46	8,7
Abweichung	125,78	45,33	67,54	
Abweichung in %	5,0	1,3	9,0	

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



Haushalt/Kapitel, Titel	Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
1/.. AUSGABEN				
120 Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur	597,85	652,46	+54,61	+9,1
122 Bundesministerium; Zweckaufwand	121,70	118,08	-3,61	-3,0
124 Nachgeordnete Dienststellen	82,00	85,07	+3,08	+3,8
125 Nachgeordnete Dienststellen (Fortsetzung)	1,57	0,00	-1,57	-100,0
126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	90,05	92,62	+2,58	+2,9
127 Allgemein bildende Schulen	4.267,65	4.355,77	+88,12	+2,1
128 Berufsbildende Schulen	1.362,98	1.443,85	+80,87	+5,9
129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	206,24	220,82	+14,58	+7,1
12 Summe Ausgaben	6.730,03	6.968,68	+238,65	+3,5



Bundesministerium für Unterricht, Kunst
und Kultur

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
				in %	
2/..	EINNAHMEN				
120	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur	16,62	15,92	-0,70	-4,2
122	Bundesministerium; Zweckaufwand	0,06	5,33	+5,27	+8.364,3
124	Nachgeordnete Dienststellen	10,58	12,43	+1,85	+17,5
125	Nachgeordnete Dienststellen (Fortsetzung)	0,01	0,00	-0,01	-100,0
126	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	18,21	19,41	+1,20	+6,6
127	Allgemein bildende Schulen	11,10	17,41	+6,31	+56,8
128	Berufsbildende Schulen	16,13	22,59	+6,46	+40,0
129	Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	1,71	5,07	+3,36	+196,7
12	Summe Einnahmen	74,43	98,17	+23,74	+31,9
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-6.655,60	-6.870,51	-214,91	+3,2

1/12 Unterricht und Kultur

1/120 Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

1/1200 Zentraleitung

1/12008 Aufwendungen

+ 10,42 Mill. EUR

Nachzahlungen zur Reduzierung des Zinsaufwandes sowie zur Erfüllung der vertraglich fälligen Zahlungsverpflichtungen für Projekte des Schulraumbeschaffungsprogrammes.

+ 8,58 Mill. EUR

Adaptierung von Amtsgebäuden (Telefonanlagenerweiterungen, Verkabelung, teilweise Neueinrichtung sowie Reinigung), Ausgaben im Bereich Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt Neue Mittelschule, für Medienkooperationen bzw. Informationskampagnen.

+ 1,86 Mill. EUR

Mehrausgaben für Mieten von DFÜ-Leitungen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Verbindung ASN-Knoten AConet-Anschlusspunkt.

+ 1,13 Mill. EUR

Minderausgaben für Entgelte an die BRZ-GmbH (ADV) durch Verzögerungen beim Abschluss der EDV-Projekte Redesign SBA-Online und Antragstellerservice SHB-Online sowie bei der Beauftragung der EDV-Projekte Wien-Wochen und Kunst.Dat.

- 1,31 Mill. EUR

Neuaufteilung der Lizenzgebühren (PM-SAP-Zahlungen) ab 2008 zu Lasten der VA-Ansätze 1/12008 und 1/12608.

- 1,18 Mill. EUR



**Bundesministerium für Unterricht, Kunst
und Kultur**

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

1/1201	Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz	
1/12018	Aufwendungen	+ 44,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben durch Nachzahlungen für Schulraum-Normmieten und von Betriebskosten an die BIG.	+ 37,35 Mill. EUR
	Mehrausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden zur Bedeckung der Dotationen der/des LSR/SSR und zur Erfüllung von vertraglichen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der BIG.	+ 20,67 Mill. EUR
	Minderausgaben für Zuschlagsmieten und Mieterinvestitionen infolge zu hoher Veranschlagung.	- 14,41 Mill. EUR
1/122	Bundesministerium; Zweckaufwand	
1/1220	Allgemein-pädagogische Erfordernisse	
1/12208	Aufwendungen	- 10,48 Mill. EUR
	Minderausgaben für Entgelte an Firmen im Zusammenhang mit dem „Bildungspfad“ durch Verzögerung bzw. Verschiebung von EU-Programmen und Bildungsmaßnahmen.	- 13,78 Mill. EUR
	Verzögerung von Projektvergabeverfahren der Europäischen Kommission sowie niedrigere Verwaltungskosten im Zusammenhang mit dem Österr. Akademischen Austauschdienst.	- 1,01 Mill. EUR
	Mehrausgaben für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und jur. Personen durch erhöhte Ausgaben für PISA und andere EU-Programme.	+ 3,68 Mill. EUR
1/1221	Erwachsenenbildung	
1/12216	Förderungen	+ 7,47 Mill. EUR
	Mehrausgaben für ESF-2b EU infolge Eröffnung dieser Verrechnungs-Post erst im Laufe des Finanzjahres 2008.	+ 6,97 Mill. EUR
	Vermehrter Bedarf bei den ESF-Ziel 2b-Projekten für den 2. Bildungsweg.	+ 1,80 Mill. EUR
	Minderausgaben für Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Ziel 3) weil der Großteil dieser Projekte bereits 2007 abgeschlossen wurde.	- 1,52 Mill. EUR



Bundesministerium für Unterricht, Kunst
und Kultur

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/127 Allgemein bildende Schulen

1/1270 Allgemein bildende höhere Schulen

1/12700 Personalausgaben + 53,42 Mill. EUR

Mehrausgaben durch die Bezugserhöhung, Einmalzahlung und Struktureffekte bei den Vertragsbediensteten. Weiters vermehrte Ausgaben auf Grund der Änderung der Eröffnungs- und Teilzahlenverordnung. + 40,33 Mill. EUR

Mehrausgaben durch die Bezugserhöhung, Einmalzahlung und Struktureffekte. Weiters wurden die Beamten des Bildungspfad auf dieser Verrechnungs-Post verrechnet. + 14,99 Mill. EUR

Mehrausgaben für Dienstgeberbeiträge durch die Bezugserhöhung und Struktureffekte bei den Vertragsbediensteten. + 9,86 Mill. EUR

Mehrausgaben für Vergütungen für Nebentätigkeit, weil die Nebentätigkeit für UPIS RAP-Angelegenheiten (Schulverwaltungs- und Abrechnungsprogramm) in PM-SAP neu eingerichtet wurden. + 1,23 Mill. EUR

Mehrausgaben für Jubiläumszuwendungen durch erhöhten Anfall. + 1,18 Mill. EUR

Minderausgaben, weil aus systemtechn. Gründen diese Finanzposition nicht angesprochen werden konnte, daher erfolgte die Verrechnung bei den Beamten Z. - 10,75 Mill. EUR

Minderausgaben weil bei den Dienstgeberbeiträgen für Beamte (Bildungspfad) keine Verrechnung erfolgte. - 3,80 Mill. EUR

1/1275 Allgemein bildende Pflichtschulen

1/12757 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) + 28,44 Mill. EUR

Mehrausgaben für laufende Transferzahlungen gem. FAG sowie Finanzausweisungen für Landeslehrer durch Gehaltserhöhung, Einmalzahlung, Ausweitung der Sprachförderkurse auf HS und PTS gem. SCHOG-Novelle (BGBl. I Nr. 116/2008) und Ausbau der Tagesbetreuung. Weitere Mehrausgaben wegen Verdoppelung der Strukturmittel gem. § 4 Abs. 8 FAG 2008 (BGBl. I Nr. 103/2007). + 26,03 Mill. EUR

Mehrausgaben für Lehrer an Privatschulen durch Bezugserhöhung, Einmalzahlung und Planstellenerhöhung auf Grund der Maßnahme „Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl“ auf den Richtwert 25. + 2,07 Mill. EUR



**Bundesministerium für Unterricht, Kunst
und Kultur**

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

1/128 Berufsbildende Schulen

1/1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

1/12800 Personalausgaben + 24,75 Mill. EUR

Mehrausgaben für Vertragsbedienstete durch Bezugserhöhung, Einmalzahlung und Struktureffekte sowie Sonderprojekte (insbesondere im Hinblick auf die Drop-Out Raten). + 14,90 Mill. EUR

Mehrausgaben für Beamte durch Bezugserhöhung, Einmalzahlung und Struktureffekte. + 10,51 Mill. EUR

Mehrausgaben für Dienstgeberbeiträge der Vertragsbediensteten analog zu den Bezugserhöhungen. + 2,65 Mill. EUR

Minderausgaben, weil aussystemtechn. Gründen diese Finanzposition nicht angesprochen werden konnte, daher erfolgte die Verrechnung bei den Beamten Z. - 3,61 Mill. EUR

1/1281 LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe

1/12810 Personalausgaben + 16,77 Mill. EUR

Mehrausgaben für Vertragsbedienstete durch Bezugserhöhung, Einmalzahlung und Struktureffekte sowie Sonderprojekte (insbesondere im Hinblick auf die Drop-Out Raten). + 22,84 Mill. EUR

Mehrausgaben für Dienstgeberbeiträge für Vertragsbedienstete analog zu den Bezugserhöhungen. + 1,82 Mill. EUR

Minderausgaben bei den Bezügen von Beamten, entstanden durch die Aufrechterhaltung des Pragmatisierungsstopps. - 3,54 Mill. EUR

Minderausgaben, weil aussystemtechn. Gründen diese Finanzposition nicht angesprochen werden konnte. - 2,78 Mill. EUR

1/1282 Handelsakademien und Handelsschulen

1/12820 Personalausgaben + 16,57 Mill. EUR

Mehrausgaben für Vertragsbedienstete durch Bezugserhöhung, Einmalzahlung und Struktureffekte sowie Sonderprojekte (insbesondere im Hinblick auf die Drop-Out Raten). + 8,96 Mill. EUR

Mehrausgaben für Beamte durch Bezugserhöhung, Einmalzahlung und Struktureffekte. + 8,80 Mill. EUR

Mehrausgaben für Dienstgeberbeiträge für Vertragsbedienstete analog zu den Bezugserhöhungen. + 1,74 Mill. EUR



Bundesministerium für Unterricht, Kunst
und Kultur

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

	Minderausgaben, weil aus systemtechn. Gründen diese Finanzposition nicht angesprochen werden konnte. Daher erfolgte die Verrechnung bei den Beamten.	- 2,59 Mill. EUR
1/1285	Berufsbildende Pflichtschulen	
1/12857	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	+ 10,95 Mill. EUR
	Mehrausgaben für laufende Transferzahlungen gemäß FAG durch Bezugserhöhung, Einmalzahlung, Planstellenerhöhung.	+ 10,95 Mill. EUR



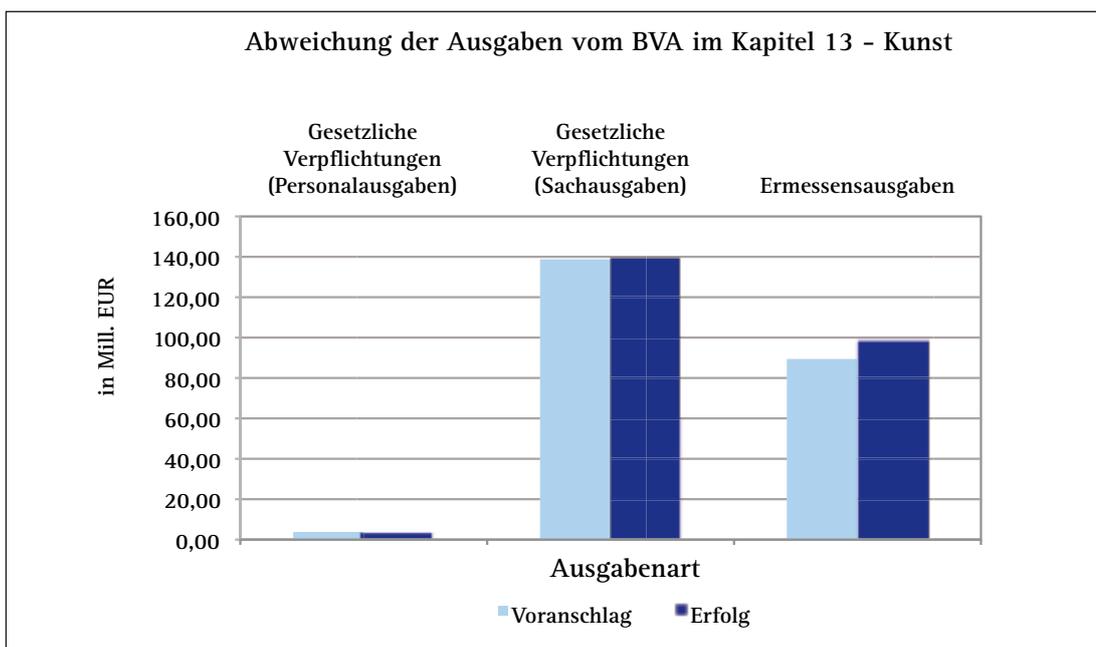
Kapitel 13 Kunst

Im Kapitel 13 betragen die Ausgaben 239,87 Mill. EUR und somit 0,3 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 231,89 Mill. EUR wurden 7,98 Mill. EUR (+ 3,4 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 514.000 EUR (- 13,6 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 8,49 Mill. EUR (+ 3,7 %). Die Einnahmen betragen 3,15 Mill. EUR und somit 0,004 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3,06 Mill. EUR wurden 0,09 Mill. EUR (+ 3,1 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für das Österreichische Filminstitut für diverse Filmvorhaben (+ 3,06 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	3,79	138,72	89,38	0,3
Erfolg	3,27	138,73	97,87	0,3
Abweichung	-0,51	0,01	8,49	
Abweichung in %	-13,6	0,0	9,5	





Bundesministerium für Unterricht, Kunst
und Kultur

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
130	Bundesministerium (Zweckaufwand)	89,36	97,85	+8,48	+9,5
131	Bundesministerium (Sachaufwand)	142,52	142,02	-0,51	-0,4
13	Summe Ausgaben	231,89	239,87	+7,98	+3,4
2/..	EINNAHMEN				
130	Bundesministerium (Zweckaufwand)	0,01	0,00	-0,01	-92,0
131	Bundesministerium (Sonstiger Zweckaufwand)	3,04	3,15	+0,11	+3,5
13	Summe Einnahmen	3,06	3,15	+0,09	+3,1
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-228,83	-236,72	-7,89	+3,4



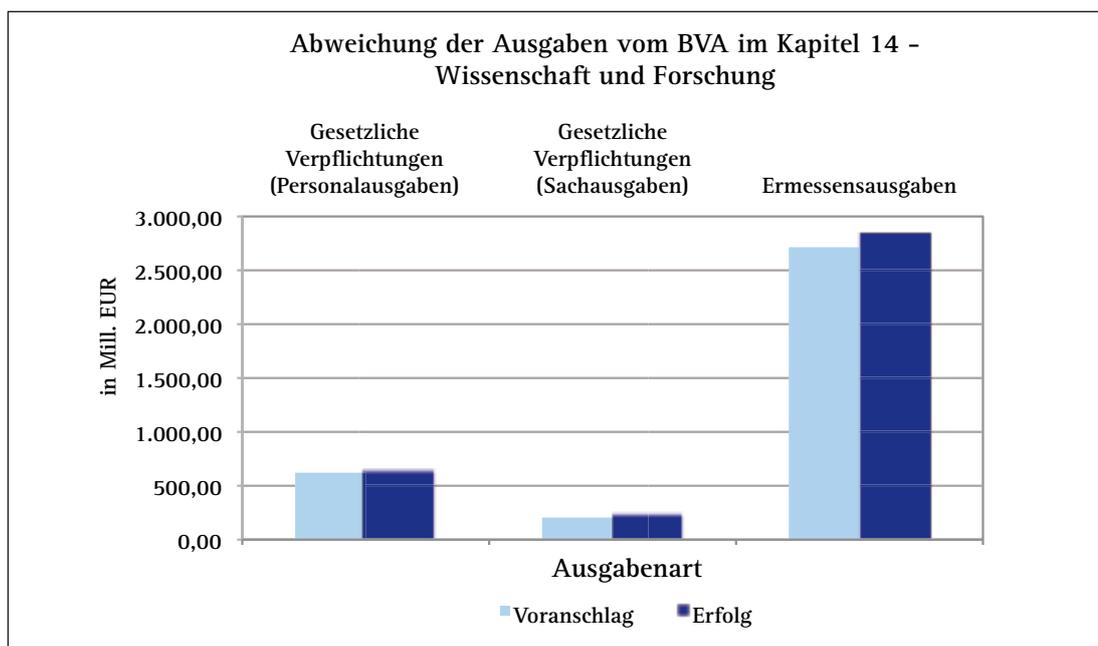
Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung

Im Kapitel 14 betragen die Ausgaben 3,664,70 Mill. EUR und somit 4,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3.538,83 Mill. EUR wurden 125,87 Mill. EUR (+ 3,6 %) mehr ausgegeben. Für Personal ergaben sich Mehrausgaben in Höhe von 4,31 Mill. EUR (+ 0,7 %), bei den Sachausgaben ergaben sich Mehrausgaben in Höhe von 121,56 Mill. EUR (+ 4,2 %). Die Einnahmen betragen 622,54 Mill. EUR und somit 0,9 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 617,22 Mill. EUR wurden 5,32 Mill. EUR (+ 0,9 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für Bezugserhöhungen innerhalb der Globalbudgets (+ 25,82 Mill. EUR), für laufenden klinischen Mehraufwand (+ 14,51 Mill. EUR) und für die Studienförderung (+ 17,00 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	621,14	204,12	2.713,57	5,1
Erfolg	625,46	224,55	2.814,70	4,6
Abweichung	4,31	20,43	101,13	
Abweichung in %	0,7	10,0	3,7	





Bundesministerium für Wissenschaft und
Forschung

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
140	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung	2.341,55	2.395,27	+53,72	+2,3
141	Bundesministerium (Zweckaufwand)	392,26	447,89	+55,63	+14,2
142	Ang. d. Studierenden, Bibl. u wiss. Einrichtungen	43,74	44,46	+0,73	+1,7
146	Fachhochschulen	169,94	177,99	+8,06	+4,7
149	Ämter	591,35	599,09	+7,74	+1,3
14	Summe Ausgaben	3.538,83	3.664,70	+125,87	+3,6
2/..	EINNAHMEN				
140	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung	10,70	5,22	-5,49	-51,3
141	Bundesministerium (Zweckaufwand)	14,57	16,39	+1,82	+12,5
142	Ang. d. Studierenden, Bibl. u wiss. Einrichtungen	0,60	0,39	-0,21	-35,1
146	Fachhochschulen	0,01	0,00	-0,01	-100,0
149	Ämter	591,35	600,55	+9,20	+1,6
14	Summe Einnahmen	617,22	622,54	+5,32	+0,9
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-2.921,61	-3.042,16	-120,55	+4,1

1/14 Wissenschaft und Forschung

1/140 Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

1/1403 Universitäten; Träger öffentlichen Rechts

1/14038 Aufwendungen

+ 47,28 Mill. EUR

Bezugserhöhungen für 2008; Ausmaß war bei Budgeterstellung noch nicht bekannt.

+ 25,82 Mill. EUR

Mehrausgaben aufgrund von Nachzahlungen für klinischen Mehraufwand für die Medizinischen Universitäten Graz und Innsbruck für 2005 und 2006 sowie infolge Nichtveranschlagung.

+ 14,51 Mill. EUR

Die Veranschlagung des Budgets für die Donauuniversität Krems erfolgte aufgrund des Doppelbudgets 2007/2008 unter VA-Ansatz 1/14108. Infolge einer Organisationsänderung im BMWF Umschichtung der Mittel von VA-Ansatz 1/14108 auf 1/14038.

+ 6,84 Mill. EUR

BRA 2008

Bundesministerium für Wissenschaft und
Forschung

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

	Gestiegene Zinsen für Hochschulraumbeschaffung beim Universitätszentrum Althanstraße UZA II sowie zu niedrige Veranschlagung.	+ 3,02 Mill. EUR
	Schnellerer Baufortschritt bei der Generalsanierung des Palais Meran (Universität für Musik und darstellende Kunst Graz), daher Ausfinanzierung des Projekts bereits 2008.	+ 1,88 Mill. EUR
	Zeitliche Verschiebung bei Besetzung von Professuren sowie zu hohe Veranschlagung.	- 3,17 Mill. EUR
	Zeitliche Verschiebung von Vergabeentscheidungen im Rahmen der Universitäts-Infrastruktur (F&E-Offensive).	- 1,63 Mill. EUR
1/141	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
1/1410	Hochschulische Einrichtungen	
1/14107	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 17,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben durch Anhebung der Studienbeihilfen um 12 % gemäß Änderung des Studienförderungsgesetzes 1992, BGBl. I Nr. 46/2007.	+ 17,00 Mill. EUR
1/1414	Wissenschaftliche Forschung	
1/14148	Aufwendungen	+ 17,24 Mill. EUR
	Mehrausgaben für die Weiterführung der FWF-Programme „Förderung von Kooperationen zwischen Universitäten und Fachhochschulen“, „Doktoratskollegs Plus“, „Erfolgsprämie Forschung-Impulsprogramm Overhead-Förderung“, für „Mobilitäts- und Frauenprogramme“ im Rahmen der F&E-Offensive sowie zu niedrige Veranschlagung.	+ 17,24 Mill. EUR
1/1417	Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute	
1/14176	Förderungen	+ 14,35 Mill. EUR
	Mehrausgaben durch die Weiterführung des mittelfristigen Forschungsprogrammes (MFP) im Rahmen der F&E-Offensive, das der Österreichischen Akademie der Wissenschaften als Planungs- und Steuerungsinstrument dient, sowie zu niedrige Veranschlagung.	+ 14,35 Mill. EUR



Bundesministerium für Wissenschaft und
Forschung

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/14178	Aufwendungen	+ 10,50 Mill. EUR
	Mehrausgaben im Rahmen der F&E-Offensive durch die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes am Zentrum für molekulare Medizin (CeMM) und Sicherstellung des weiteren Forschungsbetriebs am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation sowie zu niedrige Veranschlagung.	+ 10,45 Mill. EUR
1/146	Fachhochschulen	
1/14606	Förderungen	+ 8,03 Mill. EUR
	Höherer Bedarf zusätzlicher finanzieller Mittel zur Finanzierung von Fachhochschulstudienplätzen, weil die Anzahl besetzter Studienplätze stärker angestiegen ist, als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen wurde.	+ 8,06 Mill. EUR
2/14	Wissenschaft und Forschung	
2/149	Ämter	
2/1490	Ämter der Universitäten	
2/14904	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 9,20 Mill. EUR
	Mehrausgaben, weil eine geringere Anzahl von Beamten an den Universitäten im Jahr 2008 in den Ruhestand trat, als bei der Budgeterstellung erwartet. Diese Mehrausgaben wurden von den Universitäten ersetzt.	+ 9,00 Mill. EUR

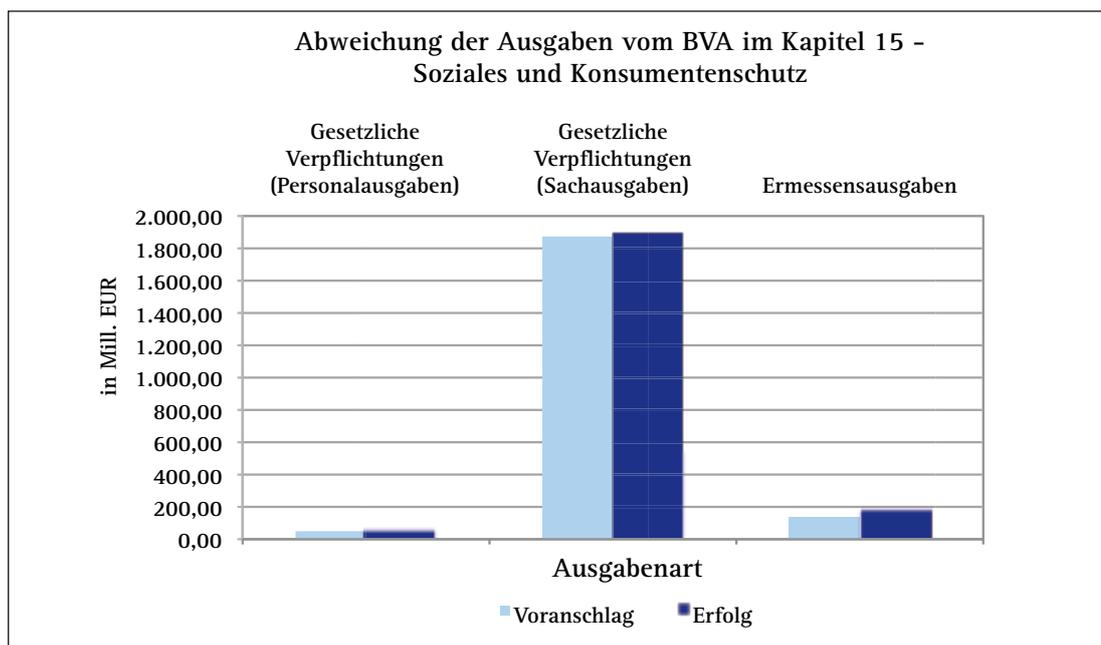
Kapitel 15 Soziales und Konsumentenschutz

Im Kapitel 15 betragen die Ausgaben 2.112,55 Mill. EUR und somit 2,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.060,01 Mill. EUR wurden 52,54 Mill. EUR (+ 2,6 %) mehr ausgegeben. Für Personal ergaben sich Mehrausgaben in Höhe von 1,18 Mill. EUR (+ 2,3 %), bei den Sachausgaben ergaben sich Mehrausgaben in Höhe von 52,54 Mill. EUR (+ 2,5 %). Die Einnahmen betragen 8,52 Mill. EUR und somit 0,01 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 11,41 Mill. EUR wurden 2,89 Mill. EUR (- 25,3 %) weniger eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für Zuwendungen an Fonds gemäß § 21b BPGG (+ 34,00 Mill. EUR) und für Dienstgeberbeiträge (+ 16,26 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für Rentengebühren (- 16,60 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	49,54	1.872,88	137,58	2,9
Erfolg	50,72	1.883,34	178,49	2,6
Abweichung	1,18	10,46	40,90	
Abweichung in %	2,4	0,6	29,7	





Bundesministerium für Soziales und
Konsumentenschutz

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
150	Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz	41,82	45,94	+4,12	+9,9
151	Bundesministerium; Opferfürsorge	13,65	20,06	+6,42	+47,0
152	Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen	2,06	2,87	+0,80	+38,9
153	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	1.597,95	1.623,00	+25,05	+1,6
154	Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge	91,95	125,88	+33,93	+36,9
157	Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung	304,92	287,51	-17,41	-5,7
158	Bundesministerium; sonstiger Zweckaufwand	7,66	7,29	-0,37	-4,9
15	Summe Ausgaben	2.060,01	2.112,55	+52,54	+2,6
2/..	EINNAHMEN				
150	Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz	3,11	2,80	-0,31	-9,9
151	Bundesministerium; Opferfürsorge	0,02	0,00	-0,02	-100,0
152	Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen	0,07	0,16	+0,09	+130,5
153	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	3,97	2,31	-1,66	-41,8
154	Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge	0,00	0,00	-0,00	-78,6
157	Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung	4,24	3,25	-0,99	-23,4
15	Summe Einnahmen	11,41	8,52	-2,89	-25,3
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-2.048,60	-2.104,03	-55,43	+2,7

1/15 Soziales und Konsumentenschutz

1/153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen

1/1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)

1/15347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz

+ 25,00 Mill. EUR

Mehrausgaben bei Pensionsversicherungsanstalt und Dienstgeberbeitrag zur PV für die Überweisung von Abrechnungsresten für die Jahre 2006 und 2007. Übernahme der Pensionsversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige.

+ 16,26 Mill. EUR

Mehrausgaben bei SVA der gewerbl. Wirtschaft (PV) und VA für Eisenbahnen und Bergbau (PV) durch die Überweisung von Abrechnungsresten für die Jahre 2006 und 2007.

+ 11,78 Mill. EUR

Minderausgaben bei SVA der Bauern (PV) durch zu hohe Veranschlagung.

- 3,34 Mill. EUR

1/154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge

1/15446 Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung

+ 34,00 Mill. EUR

Mehrausgaben für Zuwendungen an den Fonds (§ 21b BPGG) zur Auszahlung von Förderungsmitteln für die 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Menschen in privaten Haushalten.

+ 34,00 Mill. EUR

1/157 Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung

1/15767 Versorgungsgebühren

- 16,59 Mill. EUR

Minderausgaben für Rentengebühren für Beschädigte (KOV), Rentengebühren für Witwen bzw. Witwer (KOV) und Leistungen nach dem BPGG durch den Rückgang der Anzahl der Versorgungsberechtigten.

- 16,60 Mill. EUR



Bundesministerium für Soziales und
Konsumentenschutz

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Kapitel 16

Sozialversicherung

Im Kapitel 16 betragen die Ausgaben 7.669,63 Mill. EUR und somit 9,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 7.669,63 Mill. EUR wurden 0,01 Mill. EUR (- 0,0002 %) weniger ausgegeben. Die Einnahmen betragen 466,51 Mill. EUR und somit 0,7 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 18,00 Mill. EUR wurden um 448,51 Mill. EUR mehr eingenommen.

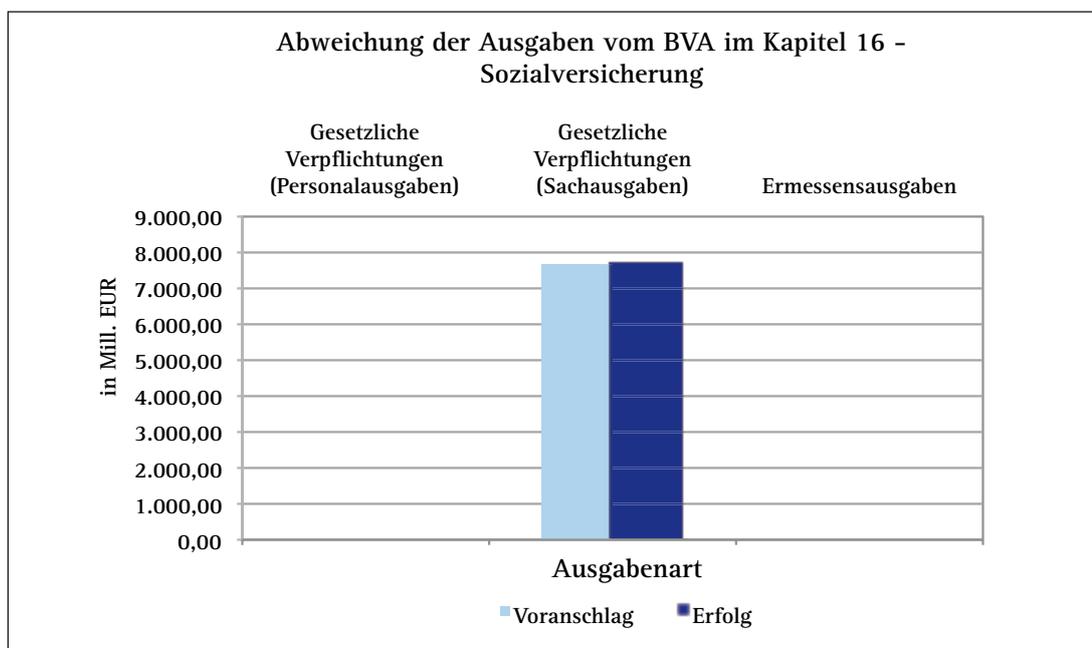
Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Bundesbeiträgen für die Sozialversicherungsanstalten der Bauern (+ 57,00 Mill. EUR) und der gewerblichen Wirtschaft (+ 22,0 Mill. EUR) sowie für die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (+ 52,0 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag gab es beim Bundesbeitrag für die Pensionsversicherungsanstalt (- 127,00 Mill. EUR).

Die Mehreinnahmen von 448,51 Mill. EUR ergaben sich aus der Abrechnung des Bundesbeitrages zur Pensionsversicherung sowie der Ausgleichszulagen und der sonstigen Leistungen des Jahres 2006 mit den Trägern, die im Jahr 2008 nachgeholt wurde. Die Verrechnung erfolgte jedoch nicht gemäß § 78 Abs. 7 BHG (als Absetzung) auf den Ausgabenansätzen, auf denen die Bevorschussung an die Träger ursprünglich verrechnet wurde, sondern auf Einnahmenansätzen. Bei korrekter Verrechnung wären an Stelle der ausgewiesenen Mehreinnahmen Minderausgaben in selber Höhe ausgewiesen worden.

Zu einer weiteren Ausgabenminderung von 386,40 Mill. EUR wäre es gekommen, wenn auch die Abrechnung des Jahres 2007 entsprechend der festgestellten Hereinreste vorgenommen worden wäre. Entsprechend dem Abrechnungsergebnis für 2007, das Anfang September 2008 bereits vorlag, wären im Gegenzug auch die Hinausreste in Höhe von 23,71 Mill. EUR (als überplanmäßige Ausgaben) zu verausgaben gewesen. Die Abrechnung wird nach Angaben des BMSK in Übereinstimmung mit dem BMF im Jahr 2009 nachgeholt.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	0,00	7.669,63	0,00	11,0
Erfolg	0,00	7.669,62	0,00	9,6
Abweichung	0,00	-0,01	0,00	
Abweichung in %	-	0,0	-	





Bundesministerium für Soziales und
Konsumentenschutz

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
160	Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)	6.672,63	6.676,62	+4,00	+0,1
161	Bundesministerium; Ausgleichszulagen	952,29	952,29	-0,00	-0,0
165	BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)	44,72	40,71	-4,01	-9,0
166	BM; sonstige Leistungen zur Pensionsversicherung	0,00	0,00	-0,00	-100,0
16	Summe Ausgaben	7.669,63	7.669,62	-0,01	-0,0
2/..	EINNAHMEN				
160	Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundes- beitrag)	0,00	440,21	+440,21	+44.020.753,6
161	Bundesministerium; Ausgleichszulagen	0,00	5,90	+5,90	+589.568,6
164	Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozial- versicherung	0,00	2,31	+2,31	+230.640,4
165	BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)	18,00	18,10	+0,10	+0,5
16	Summe Einnahmen	18,00	466,51	+448,51	+2.491,3
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-7.651,63	-7.203,11	+448,52	-5,9

1/16 Sozialversicherung

1/160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

1/16017 Pensionsversicherungsanstalt; Bundesbeitrag - 127,00 Mill. EUR

Minderausgaben beim Bundesbeitrag für die Pensionsversicherungsanstalt infolge höherer Beitragseinnahmen wegen Unterschätzung der Versichertenanzahl.

- 127,00 Mill. EUR

1/16067 SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag + 22,00 Mill. EUR

Mehrausgaben beim Bundesbeitrag für die SVA der gewerblichen Wirtschaft infolge der Beschlussfassung des Sozialrechtsänderungsgesetzes (SRÄG) 2008.

+ 22,00 Mill. EUR



**Bundesministerium für Soziales und
Konsumentenschutz**

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

1/16087	SVA der Bauern; Bundesbeitrag	+ 57,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben beim Bundesbeitrag für die SVA der Bauern infolge Unterschätzung des Pensionsaufwandes, Begleichung des Abrechnungsrestes 2006 und Beschlussfassung des SRÄG 2008.	+ 57,00 Mill. EUR
1/16097	VA für Eisenbahnen und Bergbau; Bundesbeitrag	+ 52,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben beim Bundesbeitrag für die VA für Eisenbahnen und Bergbau infolge geringerer Überweisung des AMS wegen Überschätzung der Höhe der Ersatzzeitenfinanzierung, Begleichung des Abrechnungsrestes 2006 und Beschlussfassung des SRÄG 2008.	+ 52,00 Mill. EUR
2/16	Sozialversicherung	
2/160	Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)	
2/16004	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 440,21 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus dem Bundesbeitrag der Pensionsversicherung infolge Rückersatzes von im Jahr 2006 geleisteten Vorschüssen.	+ 440,21 Mill. EUR
2/161	Bundesministerium; Ausgleichszulagen	
2/16104	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 5,90 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus den Ausgleichszulagen infolge Rückersatzes von im Jahr 2006 geleisteten Vorschüssen.	+ 5,90 Mill. EUR



Bundesministerium für Gesundheit, Familie
und Jugend

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

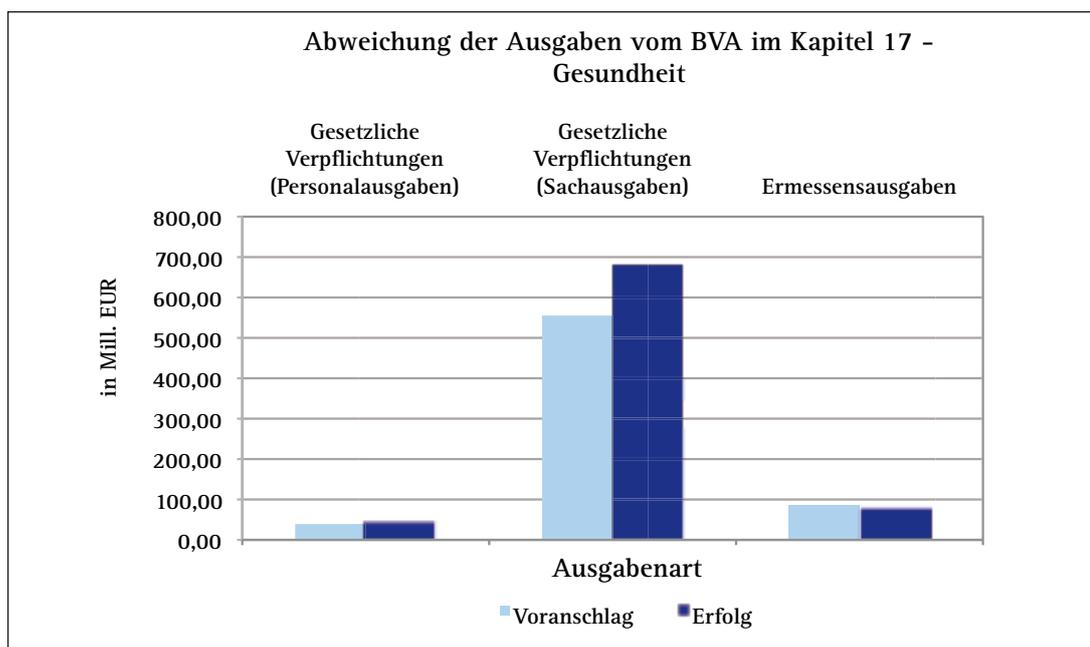
Kapitel 17 Gesundheit

Im Kapitel 17 betragen die Ausgaben 790,27 Mill. EUR und somit 1,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 678,62 Mill. EUR wurden 111,66 Mill. EUR (+ 16,5 %) mehr ausgegeben. Für Personal ergaben sich Mehrausgaben in Höhe von 1,92 Mill. EUR (+ 4,9 %), bei den Sachausgaben ergaben sich Mehrausgaben in Höhe von 109,73 Mill. EUR (+ 17,2 %). Die Einnahmen betragen 56,26 Mill. EUR und somit 0,08 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 58,66 Mill. EUR wurden 2,40 Mill. EUR (- 4,1 %) weniger eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere im Zusammenhang mit der Bundesgesundheitsagentur (+ 74,80 Mill. EUR) und durch Ausgleichszahlungen an gemeinnützige Krankenanstalten (* 41,42 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	39,27	555,00	84,35	1,0
Erfolg	41,19	673,91	75,18	1,0
Abweichung	1,92	118,91	-9,17	
Abweichung in %	4,9	21,4	-10,9	




**Bundesministerium für Gesundheit, Familie
und Jugend**
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
170	Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend	60,48	57,82	-2,66	-4,4
171	Beteiligungen, Abgeltungen	51,42	53,63	+2,21	+4,3
172	Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge	71,76	68,46	-3,31	-4,6
173	Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie und Strahlensch.	10,32	14,31	+3,99	+38,6
174	Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten	450,00	564,46	+114,46	+25,4
175	Leist. z. Krankenvers. u. sonst. Leistungen zur Sozialvers.	33,04	30,26	-2,79	-8,4
179	Dienststellen	1,58	1,34	-0,24	-15,1
17	Summe Ausgaben	678,62	790,27	+111,66	+16,5
2/..	EINNAHMEN				
170	Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend	14,73	14,55	-0,17	-1,2
171	Ges. Österr. GmbH/Fonds Gesundes Österr. (zweck. Geb.)	7,25	7,25	+0,00	+0,0
172	Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge	33,10	33,15	+0,05	+0,2
173	Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch.	0,53	0,25	-0,27	-51,7
174	Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten	0,02	0,00	-0,02	-93,8
175	Leist. z. Krankenvers. u. sonst. Leistungen SV	2,16	0,40	-1,75	-81,2
179	Dienststellen	0,88	0,64	-0,24	-26,9
17	Summe Einnahmen	58,66	56,26	-2,40	-4,1
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-619,95	-734,01	-114,06	+18,4



Bundesministerium für Gesundheit, Familie
und Jugend

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/17 Gesundheit

1/174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten

1/17427 Zweckzuschüsse nach dem Kranken- und Kuranstaltengesetz (KAKuG) + 74,80 Mill. EUR

Mehrbedarf in Folge der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens für den Zeitraum 2008 bis 2013.

+ 74,80 Mill. EUR

1/17487 Ausgleichszahlungen an gemeinnützige Krankenanstalten gemäß FAG + 41,42 Mill. EUR

Mehrbedarf auf Grund der im § 24 Abs. 6 des FAG 2008 (BGBl. I Nr. 101/2007) geregelten Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit dem Entfall der Selbstträgerschaft für gemeinnützige Krankenanstalten, deren Rechtsträger keine Gebietskörperschaft ist.

+ 41,42 Mill. EUR

Kapitel 19 Familie und Jugend

Im Kapitel 19 betragen die Ausgaben 6.512,74 Mill. EUR und somit 8,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Der Bundesvoranschlag mit 6.024,33 Mill. EUR wurde bei den Sachausgaben um 488,42 Mill. EUR (+ 8,1 %) überschritten. Die Einnahmen betragen 6.024,92 Mill. EUR und somit 8,5 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 5.642,81 Mill. EUR wurden 382,11 Mill. EUR (+ 6,8 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Familienbeihilfen (+ 356,60 Mill. EUR) sowie bei der Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen (+ 107,06 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Aufwendungen (Gesetzlichen Verpflichtungen) im Zusammenhang mit Kinderbetreuungsgeld, Mutter-Kind-Pass-Bonus und Kleinkindbeihilfen (- 16,52 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Dienstgeberbeiträgen zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (+ 414,08 Mill. EUR) sowie beim Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen (+ 107,06 Mill. EUR) auf. Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer (- 134,38 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

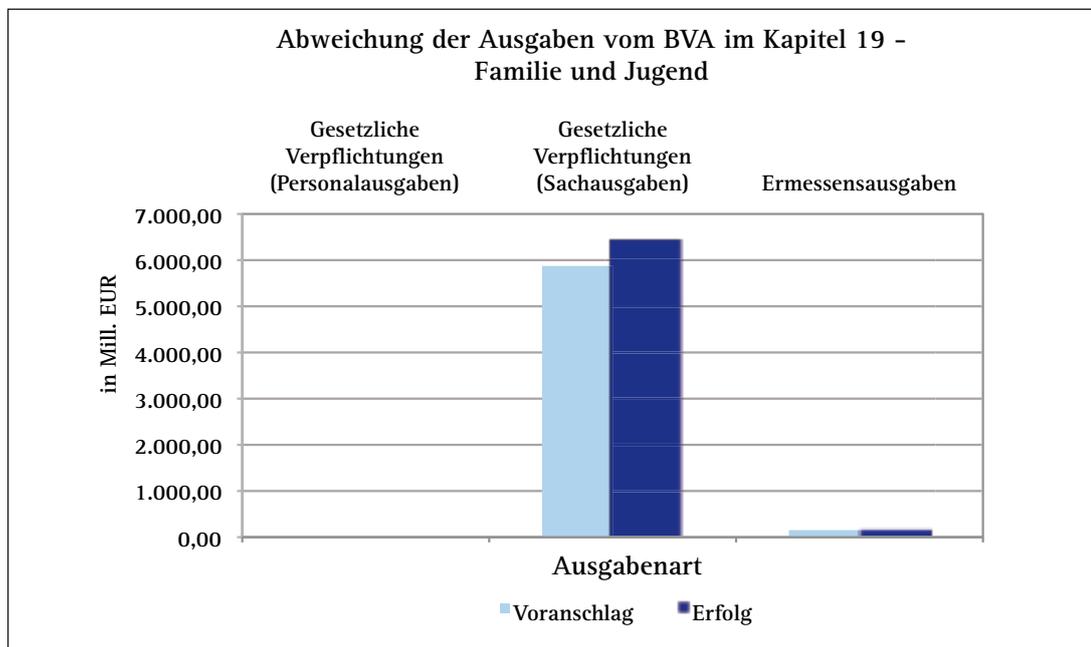
in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	0,00	5.873,89	150,43	8,6
Erfolg	0,00	6.366,67	146,08	8,1
Abweichung	0,00	492,78	-4,36	
Abweichung in %	-	8,4	-2,9	



Bundesministerium für Gesundheit, Familie
und Jugend

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen



Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
191	Familienpolitische Maßnahmen	373,06	479,43	+106,37	+28,5
193	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.)	5.642,80	6.024,91	+382,11	+6,8
194	Jugend	8,46	8,41	-0,05	-0,6
19	Summe Ausgaben	6.024,33	6.512,74	+488,42	+8,1
2/..	EINNAHMEN				
191	Familienpolitische Maßnahmen	0,00	0,01	+0,01	+173,6
193	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	5.642,80	6.024,91	+382,11	+6,8
194	Jugend	0,00	0,00	-0,00	-94,4
19	Summe Einnahmen	5.642,81	6.024,92	+382,11	+6,8
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-381,52	-487,83	-106,31	+27,9

BRA 2008

Bundesministerium für Gesundheit, Familie
und Jugend

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/19 Familie und Jugend

1/191 Familienpolitische Maßnahmen

1/1913 Reservefonds für Familienbeihilfen

1/19137 Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen + 107,06 Mill. EUR

Mehrausgaben für Vorauszahlungen des Bundes im Zusammenhang mit höheren Ausgaben für Familienbeihilfen, Schülerfreifahrten, Lehrlingsfreifahrten sowie für Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten. Deckung durch den Bund aus allgemeinen Budgetmitteln gemäß § 40 Abs. 7 FLAG 1967.

+ 107,06 Mill. EUR

1/193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)

1/19307 Familienbeihilfen

+ 357,00 Mill. EUR

Mehrausgaben für Familienbeihilfen (Sektion B) infolge der Abschaffung der Selbstträgerschaft im Bereich des Familienlastenausgleichs gemäß BGBl. I Nr. 103/2007 mit 1. Juni 2008. Verdoppelung des Auszahlungsbetrages an Familienbeihilfe für den Monat September gemäß BGBl. I Nr. 131/2008.

+ 357,05 Mill. EUR

1/1931 Kinderbetreuungsgeld, M-K-P-Bonus u. Kleinkindbeihilfen

1/19317 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

- 16,52 Mill. EUR

Minderausgaben im Zusammenhang mit der Überweisung an die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse für Kinderbetreuungsgeld durch geringere Inanspruchnahme.

- 14,20 Mill. EUR

Minderausgaben beim Beitrag zur betrieblichen Mitarbeiter-Vorsorge gemäß § 39I FLAG 1967 durch geringere Inanspruchnahme.

- 4,78 Mill. EUR

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Überweisung für Krankenversicherung durch höhere Inanspruchnahme.

+ 2,45 Mill. EUR

1/1933 Schülerfreifahrten

1/19337 Aufwendungen (gesetzliche Verpflichtungen)

+ 16,72 Mill. EUR

Mehrausgaben für Fahrpreisersätze (ÖBB Postbus GesmbH) und Fahrpreise (Gelegenheitsverkehr) durch vermehrte Inanspruchnahme.

+ 19,92 Mill. EUR

Minderausgaben für Fahrpreisersätze (sonstige öffentl.-rechtl. Körperschaften) durch geringere Inanspruchnahme.

- 4,04 Mill. EUR



Bundesministerium für Gesundheit, Familie
und Jugend

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/1934	Schulbücher	
1/19347	Aufwendungen (gesetzliche Verpflichtungen)	- 5,70 Mill. EUR
	Minderausgaben im Zusammenhang mit der Einlösung der Schulbuchgutscheine durch mangelnde Ausschöpfung der Schulbuchlimits durch die Schulen.	- 5,58 Mill. EUR
1/1938	Sonstige familienpolitische Maßnahmen	
1/19387	Sonstige Maßnahmen	+ 33,50 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten durch Nachzahlung aufgrund der Abrechnung der Jahre 2005 bis 2007.	+ 26,62 Mill. EUR
	Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld durch Nachzahlung aufgrund der Abrechnung der Krankenversicherungsträger für das Jahr 2007.	+ 5,32 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den Kosten der Betriebshilfe (Teilersatz) durch Nachzahlung aufgrund der Abrechnung für das Jahr 2007.	+ 1,26 Mill. EUR
2/19	Familie und Jugend	
2/193	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)	
2/19300	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)	+ 414,08 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Dienstgeberbeiträgen (Sektion A) durch höheres Bruttolohnaufkommen.	+ 414,08 Mill. EUR
2/19310	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer	- 134,38 Mill. EUR
	Mindereinnahmen im Zusammenhang mit dem Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer durch die Abschaffung der Selbstträgerschaft im Bereich des Familienlastenausgleichs gemäß BGBl. I Nr. 103/2007 mit 1. Juni 2008. Kürzung der Überweisung der Beiträge an den FLAF im Jahr 2008 um 166.886.000 EUR laut Verordnung BGBl. II. Nr. 421/2008.	- 134,38 Mill. EUR



**Bundesministerium für Gesundheit, Familie
und Jugend**

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

2/19330	Beiträge der Länder	- 6,49 Mill. EUR
	Mindereinnahmen aus Beiträgen der Länder, weil in Verbindung mit der Abschaffung der Selbstträgerschaft im Bereich des Familienlastenausgleichs gemäß BGBl. I Nr. 103/2007 mit 1. Juni 2008 auch die Beitragsleistung der Länder eingestellt wurde.	- 6,49 Mill. EUR
2/19390	Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen	+ 107,06 Mill. EUR
	Mehreinnahmen im Zusammenhang mit dem Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen, weil der Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen im Jahr 2008 um 107,1 Mill. EUR höher als veranschlagt war.	+ 107,06 Mill. EUR



Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

BRA 2008

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Kapitel 20

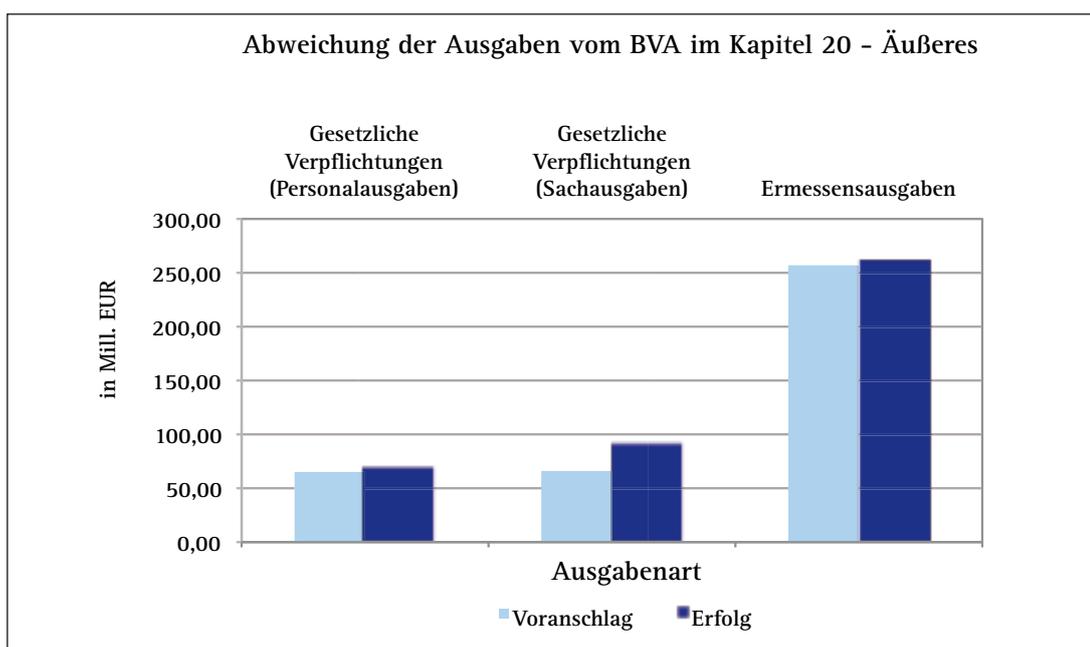
Äußeres

Im Kapitel 20 betragen die Ausgaben 415,47 Mill. EUR und somit 0,5 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 388,09 Mill. EUR wurden 27,39 Mill. EUR (+ 7,1 %) mehr ausgegeben. Beim Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 2,49 Mill. EUR (+ 3,8 %), bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 24,89 Mill. EUR (+ 7,7 %). Die Einnahmen betragen 5,55 Mill. EUR und somit 0,008 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3,36 Mill. EUR wurden 2,19 Mill. EUR (+ 65,0 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Beiträgen an internationale Organisationen (+ 22,63 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	65,15	66,02	256,93	0,6
Erfolg	67,64	89,49	258,34	0,5
Abweichung	2,49	23,48	1,42	
Abweichung in %	3,8	35,6	0,6	



Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR			in %
1/..	AUSGABEN				
200	BM für europäische und internationale Angelegenheiten	231,06	259,36	+28,30	+12,2
201	Vertretungsbehörden	149,42	148,35	-1,07	-0,7
204	Kulturelle Vorhaben	7,60	7,77	+0,16	+2,1
20	Summe Ausgaben	388,09	415,47	+27,39	+7,1
2/..	EINNAHMEN				
200	BM für europäische und internationale Angelegenheiten	0,73	0,70	-0,03	-4,1
201	Vertretungsbehörden	2,31	4,37	+2,06	+89,4
204	Kulturelle Vorhaben	0,33	0,48	+0,15	+47,1
20	Summe Einnahmen	3,36	5,55	+2,19	+65,0
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-384,72	-409,93	-25,20	+6,6

1/20 Äußeres
1/200 Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

1/2003 Beiträge an internationale Organisationen

 1/20037 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) + 22,63 Mill. EUR

 Beschluss und Beginn von neuen friedenserhaltenden Missionen. + 15,67 Mill. EUR

 Erweiterung des Aufgabenbereichs, verbunden mit Truppenverstärkungen des UN-Nahostkontingents und der Mission der VN in der Demokratischen Republik Kongo. + 8,10 Mill. EUR

 Überschreitung infolge der zur Zahlung vorgelegten Beitragsvorschreibung d. UNESCO. + 1,08 Mill. EUR

 Nicht vorgelegte Beitragszahlung zum Capital Reserve Fund; geringere Beitragsvorschreibung zum ordentlichen Haushalt der VN als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung prognostiziert. - 3,37 Mill. EUR

 Beendigung der Missionen in Burundi und in der Central African Republic. - 2,45 Mill. EUR



Bundesministerium für Justiz

BRA 2008

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

Kapitel 30

Justiz

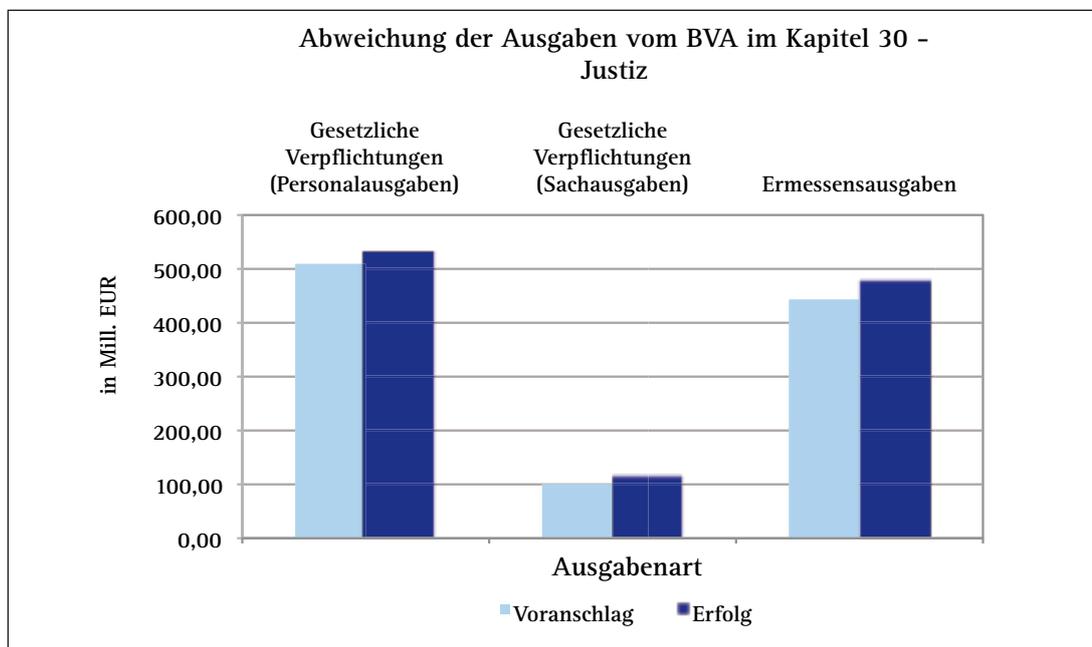
Im Kapitel 30 betragen die Ausgaben 1.116,55 Mill. EUR und somit 1,4 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.052,82 Mill. EUR wurden 63,73 Mill. EUR (+ 6,1 %) mehr ausgegeben. Für Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 19,20 Mill. EUR (+ 3,7 %), bei den Sachausgaben in Höhe von 44,53 Mill. EUR (+ 8,2 %). Die Einnahmen lagen bei 816,26 Mill. EUR und machten somit 1,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts aus. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 757,68 Mill. EUR wurden 58,58 Mill. EUR (+ 7,7 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere auf Grund der Bezugserhöhung (+ 19,40 Mill. EUR), gestiegener Sachverständigengebühren (+ 14,42 Mill. EUR) sowie überdurchschnittlicher Kostensteigerungen im Maßnahmenvollzug (+ 7,55 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich vor allem auf Grund des Wegfalls der Selbstträgerschaft der Familienbeihilfe (- 3,30 Mill. EUR) und bei den Vollzugs- und Wegegebührenkosten (- 2,80 Mill. EUR).

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag wurden vor allem bei den Strafgeldern erzielt, insbesondere bei den vom Kartellgericht verhängten Geldstrafen (+ 54,62 Mill. EUR) und bei den Grundbuchsgebühren (+ 1,99 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	509,51	100,20	443,11	1,5
Erfolg	528,71	113,40	474,45	1,4
Abweichung	19,20	13,20	31,33	
Abweichung in %	3,8	13,2	7,1	



Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
300	Bundesministerium für Justiz	112,03	112,33	+0,30	+0,3
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	12,03	11,67	-0,36	-3,0
302	Justizbehörden in den Ländern	576,34	626,37	+50,03	+8,7
303	Justizanstalten	319,61	333,37	+13,76	+4,3
305	Bewährungshilfe	32,81	32,81	+0,00	+0,0
30	Summe Ausgaben	1.052,82	1.116,55	+63,73	+6,1
2/..	EINNAHMEN				
300	Bundesministerium für Justiz	1,56	1,59	+0,03	+2,0
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	0,12	0,12	-0,00	-1,0
302	Justizbehörden in den Ländern	707,24	761,87	+54,63	+7,7
303	Justizanstalten	48,75	52,67	+3,93	+8,1
305	Bewährungshilfe	0,00	0,00	-0,00	-100,0
30	Summe Einnahmen	757,68	816,26	+58,58	+7,7
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-295,14	-300,29	-5,15	+1,7



Bundesministerium für Justiz

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**1/30 Justiz****1/30 Bundesministerium für Justiz**

1/302 Justizbehörden in den Ländern

1/30200 Personalausgaben + 17,83 Mill. EUR

Allgemeine Bezugserrhöhung bei Beamten und Vertragsbediensteten, Struktureffekte sowie Wegfall der Selbstträgerschaft im Bereich der Familienbeihilfen. + 19,40 Mill. EUR

Umstellung bei der Verrechnung der Lehrlingsentschädigungen von UT 0 auf UT 7. - 1,20 Mill. EUR

1/30207 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) + 13,42 Mill. EUR

Gestiegene Gebühren für Sachverständige im Zusammenhang mit Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz und ersatzpflichtigen Entschädigungen nach dem ASGG. + 14,42 Mill. EUR

Umstellung bei der Verrechnung der Lehrlingsentschädigungen von UT 0 auf UT 7. + 1,96 Mill. EUR

Wegfall der Selbstträgerschaft im Bereich der Familienbeihilfen. - 3,30 Mill. EUR

1/30208 Aufwendungen + 18,51 Mill. EUR

Baukostenbeiträge an die BIG zur langfristigen Mietenreduktion. + 11,94 Mill. EUR

Indexanpassung bei Reinigungsleistungen und Sicherheitsdiensten, vermehrte therapeutische Leistungen nach dem SMG, Zahlungen gem. § 179a StVG für ärztliche Nachbetreuung (neu), vermehrte Zahlungen nach dem strafrechtl. Entschädigungsgesetz. + 3,66 Mill. EUR

Mehrausgaben durch die Umstellung der Verrechnung von Gebühren nach dem VGebG. + 2,61 Mill. EUR

Steigende Entgelte an die BRZ-GmbH durch verstärkte Nutzung des WEB ERV (Elektronischer Rechtsverkehr). + 2,32 Mill. EUR

Minderausgaben an Vollzugs- und Wegegebühren durch die Umstellung der Verrechnung von Gebühren nach dem VGebG. - 2,80 Mill. EUR


Bundesministerium für Justiz
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**
1/303 Justizanstalten

1/30308	Aufwendungen	+ 11,30 Mill. EUR
	Überdurchschnittlicher Anstieg der Kosten des Maßnahmenvollzugs, Anstieg der Fälle des Maßnahmenvollzugs.	+ 7,55 Mill. EUR
	Begleichung eines Baukostenbeitrages für das Justizzentrum Leoben (Justizanstalt Leoben) in der Höhe von ca. 5,3 Mill. EUR.	+ 4,93 Mill. EUR

2/30 Justiz
2/30 Bundesministerium für Justiz

2/302	Justizbehörden in den Ländern	
2/30204	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 54,63 Mill. EUR
	Geldstrafe des Kartellgerichts über 75,4 Mill. EUR, davon 55,0 Mill. EUR 2008 bezahlt.	+ 52,59 Mill. EUR
	Zusätzliche Einnahmen aus dem Grundbuch durch Aufhebung der Schenkungsteuer per 1.8.2008 und dadurch vermehrter Eigen- tümerwechsel.	+ 1,99 Mill. EUR



Bundesministerium für Landesverteidigung

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

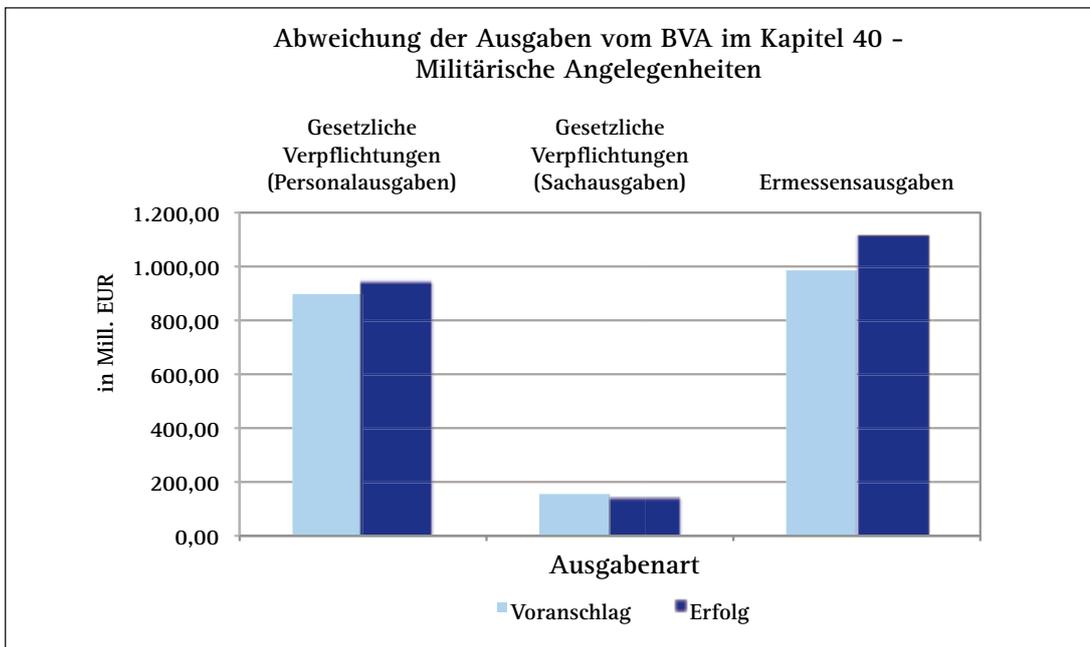
Im Kapitel 40 betragen die Ausgaben 2.171,29 Mill. EUR und somit 2,7 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.037,40 Mill. EUR wurden 133,90 Mill. EUR (+ 6,6 %) mehr ausgegeben. Beim Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 34,08 Mill. EUR (+ 3,8 %), bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 99,82 Mill. EUR (+ 8,8 %). Die Einnahmen betragen 59,01 Mill. EUR und somit 0,08 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 44,40 Mill. EUR wurden 14,61 Mill. EUR (+ 32,9 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Aufwendungen (+ 60,62 Mill. EUR) sowie bei den Aufwendungen für Bauvorhaben (+ 58,99 Mill. EUR) für Heer und Heeresverwaltung auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Aufwendungen (Gesetzlichen Verpflichtungen) für Heer und Heeresverwaltung (- 17,28 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den erfolgswirksamen Einnahmen von Heer und Heeresverwaltung (+ 10,20 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	897,45	154,78	985,17	2,9
Erfolg	931,53	137,13	1.102,64	2,7
Abweichung	34,08	-17,65	117,46	
Abweichung in %	3,8	-11,4	11,9	





Bundesministerium für Landesverteidigung

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
				in %	
1/..	AUSGABEN				
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	66,73	70,11	+3,38	+5,1
401	Heer und Heeresverwaltung	1.948,41	2.078,54	+130,14	+6,7
402	Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)	5,00	4,69	-0,31	-6,2
404	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	4,93	4,18	-0,75	-15,2
405	Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe	3,78	5,81	+2,03	+53,6
406	Flexibilisierte Einrichtungen	8,55	7,95	-0,59	-6,9
40	Summe Ausgaben	2.037,40	2.171,29	+133,90	+6,6
2/..	EINNAHMEN				
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	16,48	16,27	-0,21	-1,3
401	Heer und Heeresverwaltung	19,72	30,38	+10,66	+54,1
402	Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)	5,00	4,69	-0,31	-6,2
404	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	0,28	0,40	+0,12	+42,6
405	Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe	2,91	7,15	+4,24	+145,8
406	Flexibilisierte Einrichtungen	0,02	0,12	+0,10	+532,9
40	Summe Einnahmen	44,40	59,01	+14,61	+32,9
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-1.993,00	-2.112,28	-119,29	+6,0

1/40 Militärische Angelegenheiten

1/400 Bundesministerium für Landesverteidigung

1/40000 Personalausgaben

+ 5,72 Mill. EUR

Der Mehrbedarf ergibt sich dadurch, dass einerseits mehr Beamte als bei der Budgetierung angenommen, im Kalenderjahr 2008 vorhanden waren (verspätetes Inkrafttreten der neuen Zentralstellenorganisation) und andererseits, dass die Bezugserhöhung 2008 nicht budgetiert war.

+ 40,81 Mill. EUR

Der Mehrbedarf ergibt sich dadurch, dass die Familienbeihilfen ab Mitte 2008 bei den Personalausgaben verrechnet werden.

+ 1,06 Mill. EUR


Bundesministerium für Landesverteidigung
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**
1/401 Heer und Heeresverwaltung

1/40100 Personalausgaben	+ 28,32 Mill. EUR
Der Mehrbedarf bei Dienstgeberbeiträgen ergibt sich dadurch, dass die Familienbeihilfen ab Mitte 2008 bei den Personalausgaben verrechnet werden.	+ 20,67 Mill. EUR
Der Mehrbedarf bei Beamten ergibt sich dadurch, dass für das Kalenderjahr 2008 bei der Budgetierung keine Bezugserrhöhung berücksichtigt wurde.	+ 18,02 Mill. EUR
Der Mehrbedarf bei Vertragsbediensteten ergibt sich dadurch, dass für das Kalenderjahr 2008 bei der Budgetierung keine Bezugserrhöhung berücksichtigt wurde, sowie durch Aufnahmen von Militär VB.	+ 7,17 Mill. EUR
Der Mehrbedarf ergibt sich durch einen höheren Anfall an Mehrdienstleistungen als bei der Budgetierung angenommen.	+ 1,83 Mill. EUR
Der Mehrbedarf ergibt sich dadurch, dass mehr Jubiläumswendungen angefallen sind als bei der Budgetierung angenommen wurde (vorzeitiges Ausscheiden von Bediensteten im Vorruhestand).	+ 1,35 Mill. EUR
Der Minderbedarf ergibt sich durch einen verminderten Stand an Militärpersonen auf Zeit als bei der Budgetierung angenommen wurde (Einhaltung der VBÄ-Ziele). Weites erfolgen Aufnahmen hauptsächlich als Militär VB.	- 7,66 Mill. EUR
Der Minderbedarf ergibt sich dadurch, dass weniger Geldmittel für Belohnungen ausgegeben wurden als bei der Budgetierung angenommen.	- 4,60 Mill. EUR
Der Minderbedarf ergibt sich dadurch, dass durch gesetzliche Änderungen das Ende des Dienstverhältnisses (Vorruhestand) bei einzelnen Bediensteten vorgezogen wurde.	- 2,73 Mill. EUR
Der Minderbedarf ergibt sich dadurch, dass bei den sonstigen Nebengebühren die Kosten niedriger waren als bei der Budgetierung angenommen wurde (Bereitstellungsprämie und KIOP-Vergütung).	- 2,02 Mill. EUR
Der Minderbedarf ergibt sich dadurch, dass eine verminderte Aufnahme von Vertragsbediensteten erfolgte, um die VBÄ-Ziele einhalten zu können.	- 1,85 Mill. EUR
Der Minderbedarf ergibt sich dadurch, dass Lehrlinge nun bei den gesetzlichen Verpflichtungen verrechnet werden.	- 1,03 Mill. EUR



Bundesministerium für Landesverteidigung

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/40107	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	- 17,28 Mill. EUR
	Der Minderbedarf ergibt sich dadurch, dass deutlich weniger Ausbildungsdienst in Anspruch genommen wurde als bei der Budgetierung angenommen wurde.	- 7,38 Mill. EUR
	Der Minderbedarf ergibt sich dadurch, dass die Familienbeihilfen ab Mitte 2008 bei den Personalausgaben verrechnet wurden.	- 6,95 Mill. EUR
	Der Minderbedarf ergibt sich dadurch, dass weniger Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfen in Anspruch genommen wurden als bei der Budgetierung angenommen wurde. Weiters wird auf einen geringeren Personalstand bei Grundwehrdienern und Personen im Ausbildungsdienst hingewiesen.	- 3,70 Mill. EUR
	Der Minderbedarf ergibt sich dadurch, dass weniger Gebühren im Kalenderjahr 2008 angefallen sind als bei der Budgetierung angenommen wurde.	- 1,83 Mill. EUR
	Der Minderbedarf ergibt sich dadurch, dass weniger Waffenübungen als bei der Budgetierung angenommen, geleistet wurden.	- 1,15 Mill. EUR
	Der Mehrbedarf ergibt sich dadurch, dass Lehrlingsentgelte bei den gesetzlichen Verpflichtungen und nicht mehr bei den Personalausgaben verrechnet werden.	+ 2,11 Mill. EUR
	Der Mehrbedarf ergibt sich dadurch, dass mehr Auslandseinsätze bzw. in größerer Stärke angefallen sind, als bei der Budgetierung angenommen wurde. Dies betrifft die präsenzdienstleistenden Personen.	+ 1,91 Mill. EUR
1/40108	Aufwendungen	+ 60,62 Mill. EUR
	Die Überschreitung ist auf die nachstehend angeführten Beschaffungen durch RL-Entnahmen zurückzuführen: Beschaffung geschützter Mehrzweckfahrzeuge, VÄ LKW mit Wechselaufbauten, geschützte Fahrzeuge AusE und Überhänge aus dem Jahr 2007.	+ 51,44 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Hardware-Komponenten gemäß EF-V2-Vertrag in Höhe von 12,76 Mill. EUR sowie für Beistellteile MIDS/LVT (Hardware zur Übertragung von Sprache, Radar und sonst. Daten) in Höhe von 5,76 Mill. EUR. Die betreffenden Ausgaben wurden bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“ budgetiert, die kontenplanmäßige Zuordnung der Verrechnung erfolgte jedoch bei der ggstl. VA-Post - korrespondierend ergab sich eine Minderausgabe bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“.	+ 18,52 Mill. EUR

1/40108 Aufwendungen – Fortsetzung

Mehrausgaben für Messgerät gemäß EF-V2-Vertrag (7,07 Mill. EUR) - die betreffenden Ausgaben wurden bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“ budgetiert, die kontenplanmäßige Zuordnung der Verrechnung erfolgte jedoch bei der ggstl. VA-Post. Korrespondierend ergab sich eine Minderausgabe bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“. Weitere Mehrausgaben für Dateneinbindung Feuerleitgerät 79, Anzahlung INDOOR-Schießanlagen, Ersatz veralteter Feuerleitrechner, Beschaffungen für Auslandeinsätze und Erhaltung und Anpassung von Schießanlagen (7,93 Mill. EUR).	+ 15,00 Mill. EUR
Die Überschreitung ist auf die höhere Anzahl der Soldaten im Auslandeinsatz zurückzuführen.	+ 9,56 Mill. EUR
ADV-Schulungs- und Weiterbildungsleistungen für Techniker gemäß EF-V2-Vertrag - die betreffenden Ausgaben wurden bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“ budgetiert, die kontenplanmäßige Zuordnung der Verrechnung erfolgte jedoch bei der ggstl. VA-Post - korrespondierend ergab sich eine Minderausgabe bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“.	+ 8,59 Mill. EUR
Mehrausgaben für Instandhaltungsmaßnahmen für Heeres-Luftfahrzeuge - die betreffenden Ausgaben wurden bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“ budgetiert, die kontenplanmäßige Zuordnung der Verrechnung erfolgte jedoch bei der ggstl. VA-Post - korrespondierend ergab sich eine Minderausgabe bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“.	+ 6,72 Mill. EUR
Die Überschreitung ist auf die Beschaffungen für Auslandeinsätze sowie die Einführung Flugfunk NEU zurückzuführen.	+ 6,51 Mill. EUR
Die Mehrausgaben sind auf die Auslandeinsätze (Transport am Luftweg) zurückzuführen.	+ 6,31 Mill. EUR
Mehrausgaben für Bekleidung und Ausrüstung gemäß EF-V2-Vertrag (0,34 Mill. EUR) - die betreffenden Ausgaben wurden bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“ budgetiert, die kontenplanmäßige Zuordnung der Verrechnung erfolgte jedoch bei der ggstl. VA-Post. Korrespondierend ergab sich eine Minderausgabe bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“. Weitere Mehrausgaben für Überhänge „Kampfanzug NEU“ (4,74 Mill. EUR) aus dem Jahr 2007.	+ 5,08 Mill. EUR
Ausbildungsleistungen für Piloten gemäß EF-V2-Vertrag - die betreffenden Ausgaben wurden bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“ budgetiert, die kontenplanmäßige Zuordnung der Verrechnung erfolgte jedoch bei der ggstl. VA-Post - korrespondierend ergab sich eine Minderausgabe bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“.	+ 5,01 Mill. EUR
Die Überschreitung ist auf die Verschiebung des Projektes EAFLS/BAON (elektronisches Abwehr-Feuer-Leit-System auf Bat.-Ebene) auf die Jahre 2007 und 2008 sowie auf eine Erweiterung des Systems zurückzuführen.	+ 4,71 Mill. EUR



Bundesministerium für Landesverteidigung

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Die Überschreitung ergibt sich einerseits durch die teilweise Erneuerung der Werkstätteneinrichtungen sowie andererseits durch die Beschaffung von Containern und Zelten für die Auslandseinsätze, welche zum Zeitpunkt der Planung nicht bekannt waren.	+ 3,94 Mill. EUR
Die Überschreitung ergibt sich dadurch, dass die Lebenszeitverlängerung der Fliegerabwehrwaffe MISTRAL als Waffe verbucht wurde und nach Abschluss der internen Planung eine höhere Stückzahl zu erhalten war.	+ 3,37 Mill. EUR
Die Überschreitung ist durch einen vermehrten Aufwand bei den Instandhaltungen der EZB (Einsatz-Zentrale Berg) sowie den Sicherungsanlagen im Bereich MunLager zurückzuführen.	+ 3,03 Mill. EUR
Die Mehrausgaben begründen sich damit, dass die unter GZ 90043/1/1-KA/06 bestellte Modifikation der Zielzuweisungsradargeräte versehentlich unter VA-Post 4680-105 (Fernmeldegerät; Invest. Aufw.) budgetiert war, jedoch richtigerweise unter der gegenständlichen VA-Post abgerechnet wurde. Die Folgebudgetierung wurde bereits richtiggestellt.	+ 2,83 Mill. EUR
Die Überschreitung dieser VA-Post ist auf die enorme Erhöhung der Treibstoffpreise sowie auf die höhere Anzahl von Flugstunden für die Anschlussversorgung TSCHAD zurückzuführen.	+ 2,38 Mill. EUR
Im Zuge der Reform BH 2010 wurde die Beschaffung von Kommunalgerät ausgesetzt. Dieser Bedarf war nunmehr nachzuholen. Weiters waren für die Auslandseinsätze munitionsspezifische Arbeitsgeräte erforderlich.	+ 2,32 Mill. EUR
Preissteigerungen im Bereich Strom und Fernwärme.	+ 2,11 Mill. EUR
Die Mehrausgaben sind auf die Auslandseinsätze (Anmietung von Leitungen) zurückzuführen.	+ 1,74 Mill. EUR
Ersatzteile-Kleinmaterial für Heeres-Luftfahrzeuge, die aufgrund des geringen Einzelstückpreises laut Kontenplan nicht als Invest-Aufwand zu verrechnen waren - korrespondierend ergab sich eine Minderausgabe bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“.	+ 1,57 Mill. EUR
Erhöhter Bedarf aufgrund der Ausstattung Eurofighter-Neubauten und KIOP-Unterkünfte.	+ 1,28 Mill. EUR
Mehrausgaben für Software-Komponenten gemäß EF-V2-Vertrag - die betreffenden Ausgaben wurden bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“ budgetiert, die kontenplanmäßige Zuordnung der Verrechnung erfolgte jedoch bei der ggstl. VA-Post - korrespondierend ergab sich eine Minderausgabe bei der VA-Post „Luftfahrzeug; Invest“.	+ 1,15 Mill. EUR

1/40108 Aufwendungen – Fortsetzung

Minderausgaben infolge der Verrechnung diverser Ausgaben (48,97 Mill. EUR), die bei „Luftfahrzeug; Invest“ budgetiert waren (insb. solcher aufgrund von Leistungen gemäß EF-V2-Vertrag), bei den jeweils kontenplanmäßig zutreffenden spezifischen VA-Posten, bei denen korrespondierend Mehrausgaben begründet wurden (siehe die diversen obigen Anmerkungen). Weitere Minderausgaben durch sonstige Umschichtungen im EF-Projekt (6,40 Mill. EUR).	– 55,37 Mill. EUR
Aufgrund der weit geringeren Inanspruchnahme der Berufsförderung von KIOP-Soldaten konnten Einsparungen erzielt werden.	– 8,81 Mill. EUR
Die Unterschreitung ist auf das nicht zeitgerechte Einlangen von Rechnungen für die Entwicklung der SW-Systeme (PSNT, KIS, LOGIS, ...) zurückzuführen.	– 5,83 Mill. EUR
Die Budgetmittel waren für die Anweisung an AUSTROCONTROL vorgesehen. Es mussten jedoch aufgrund der laufenden Auslandseinsätze diese Budgetmittel umgebucht werden. Die Anweisung an AUSTROCONTROL erfolgte zu Lasten des Budgets 2009.	– 5,26 Mill. EUR
Bei der Dotierung dieser VA-Post wurde von einem höheren Bedarf ausgegangen. Weiters darf auf einen Minderverbrauch bei den gepanzerten Kampf- und Gefechtsfahrzeugen hingewiesen werden.	– 5,07 Mill. EUR
Die Beschaffung des Minenräumgerätes MITTEL wurde im Jahr 2008 nicht wie vorgesehen vertragsreif.	– 3,85 Mill. EUR
Die Erstellung von Grundstückseinrichtungen wurde zugunsten einer VA-Ansatzüberschreitung beim VA-Ansatz 1/40138 eingespart.	– 3,12 Mill. EUR
Die Minderausgaben sind auf die Rückgabe von angemieteten Wohnungen zurückzuführen.	– 2,81 Mill. EUR
Die Beschaffung von Röntgenanlagen für Heeresspital und Stellungskommissionen wurde nach endgültiger Strukturfestlegung auf die Jahre 2009 und 2010 verschoben.	– 2,67 Mill. EUR
Im Zuge der Einleitung sowie Planung des Budgets für die Beschaffung der geschützten Mehrzweckfahrzeuge ist davon ausgegangen worden, dass die Vergabe der „Fahrzeuge“ und der „Waffenstationen“ an verschiedene Hersteller erfolgen wird. Um eine korrekte Verbuchung gem. dem Kontenplan für Gebietskörperschaften vorzunehmen, wurde die Waffenstation für das Jahr 2008 zu Lasten der VA-Post 4680-110 budgetiert. Da jedoch die Vergabe an einen Hersteller erfolgte, wurde die Beschaffung als „eine Einheit“ angesehen und zur Gänze zu Lasten der VA-Post 4670-101 verbucht.	– 2,10 Mill. EUR
Die Beschaffung der Trinkwasseraufbereitungsanlagen wurde bereits 2007 abgeschlossen. Somit erfolgten 2008 keine Zahlungen.	– 1,57 Mill. EUR



Bundesministerium für Landesverteidigung

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

	Die Minderausgaben sind auf die Reduktion der Kosten für Sprachtelefonie sowie einer genaueren Zuordnung Zentralstelle und nachgeordneter Bereich zurückzuführen.	- 1,15 Mill. EUR
	Die Unterschreitung begründet sich auf die Aufhebung der Ausschreibung „Flugfeldtankanlagen Hörsching und Langenlebarndorf“ durch das Bundesvergabeamt.	- 1,12 Mill. EUR
	Aufgrund der verspäteten Verpflegsabrechnung betreffend den Tschadeinsatz konnte im Jahr 2008 die Abrechnung nicht mehr durchgeführt werden.	- 1,09 Mill. EUR
	Die Unterschreitung ergibt sich dadurch, dass die Nutzungszeitverlängerung der Fliegerabwehrwaffe MISTRAL als Waffe verbucht wurde.	- 1,08 Mill. EUR
	Minderausgaben bei Transporten durch die Bahn. Auf die korrespondierende VA-Post 6210-900 darf verwiesen werden.	- 1,04 Mill. EUR
1/40138	Aufwendungen (Bauvorhaben)	+ 58,99 Mill. EUR
	Bedeckung des Baufortschritts beim Projekt Eurofighter.	+ 30,71 Mill. EUR
	Baumaßnahmen im Bereich FIH Hinterstoisser; erhöhter Aufwand im Zuge ZSO und Übersiedlungen; erhöhter Aufwand für die Instandhaltung von Gebäuden aufgrund von Sturmschäden.	+ 27,85 Mill. EUR
2/40	Militärische Angelegenheiten	
2/401	Heer und Heeresverwaltung	
2/40104	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 10,20 Mill. EUR
	Aufgrund der Erfahrung der Vorjahre war Anfang Dezember 2008 (= Termin BMF für JAÜ) nicht damit zu rechnen, dass die zu erwartenden sonstigen Einnahmen erzielt wurden.	+ 4,69 Mill. EUR
	Durch den Verkauf von Altmaterial (Munition, Schrott) konnten Mehreinnahmen erzielt werden.	+ 2,59 Mill. EUR
	Einerseits kam es zu Mehreinnahmen aufgrund einer höheren Anzahl an berechtigten Verpflegsteilnehmern, als zum Zeitpunkt der Budgetierung angenommen wurde. Andererseits durch eine Erhöhung des Preises für die Verpflegung aufgrund gestiegener Lebensmittelpreise.	+ 2,18 Mill. EUR
	Bei den Versteigerungen von Betriebsstoffen und sonst. Verbrauchsgütern durch das Dorotheum konnten Mehreinnahmen erzielt werden.	+ 1,47 Mill. EUR
	Da die UNO mit der Refundierung der angefallen Ausgaben durch die Auslandseinsätze seit Jahren im Rückstand ist, kam es bei dieser VA-Post zu Mindereinnahmen.	- 2,59 Mill. EUR

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Im Kapitel 50 betragen die Ausgaben 1.936,54 Mill. EUR und somit 2,4 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.872,13 Mill. EUR wurden 64,41 Mill. EUR (+ 3,4 %) mehr ausgegeben. Für Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 38,06 Mill. EUR (+ 2,7 %), bei den Sachausgaben ergaben sich solche in Höhe von 26,34 Mill. EUR (+ 5,4 %). Die Einnahmen betragen 1.235,13 Mill. EUR und somit 1,7 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.191,35 Mill. EUR wurden 43,78 Mill. EUR (+ 3,7 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für Personalausgaben der Ämter gemäß Poststrukturgesetz (+ 53,70 Mill. EUR) und für Aufwendungen betreffend die Oesterreichische Entwicklungsbank AG (+ 16,40 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere im Bereich der Zoll- und Abgabenverwaltung (- 16,42 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere aus Ersätzen seitens der Ämter gemäß Poststrukturgesetz (+ 50,42 Mill. EUR) auf. Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere aus laufenden Einnahmen aus Zuschüssen (- 8,40 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

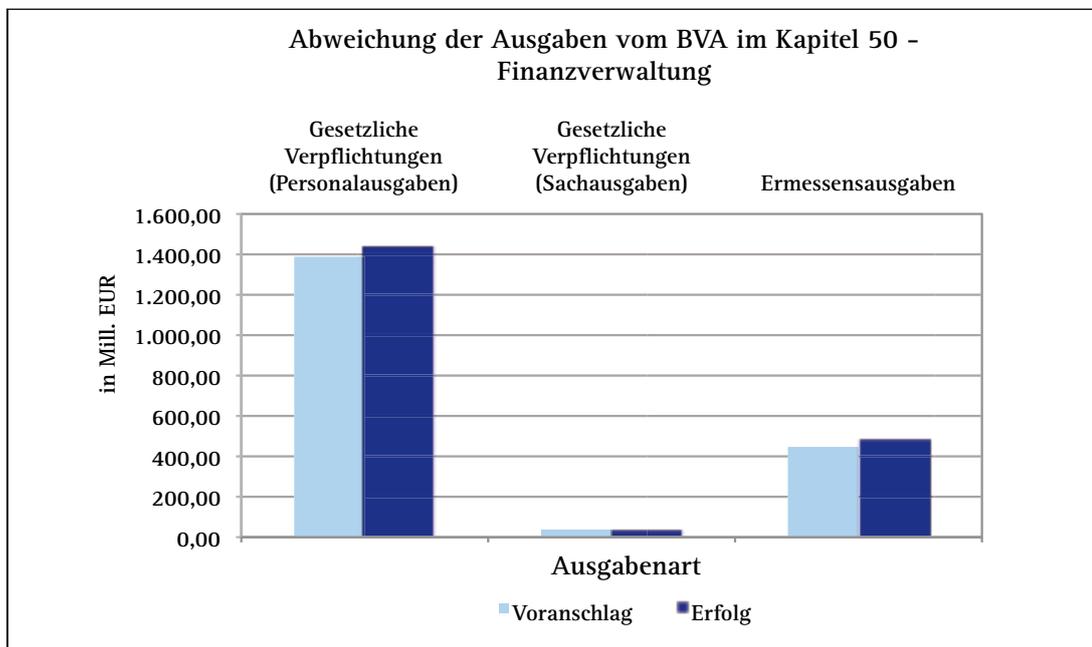
in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	1.388,28	37,76	446,10	2,7
Erfolg	1.426,35	32,33	477,87	2,4
Abweichung	38,06	-5,43	31,77	
Abweichung in %	2,7	-14,4	7,1	



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen



Bundesministerium für Finanzen

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
500	Bundesministerium für Finanzen	252,05	266,99	+14,94	+5,9
501	Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)	52,38	79,48	+27,10	+51,7
502	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)	39,32	25,70	-13,62	-34,6
504	Zoll- und Abgabenverwaltung	625,46	609,05	-16,42	-2,6
507	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	16,21	13,96	-2,25	-13,9
508	Unternehmungen mit Bundesbediensteten	886,71	941,36	+54,64	+6,2
50	Summe Ausgaben	1.872,13	1.936,54	+64,41	+3,4
2/..	EINNAHMEN				
500	Bundesministerium für Finanzen	284,96	288,31	+3,36	+1,2
501	Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)	0,05	1,62	+1,56	+3.007,1
502	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)	4,39	-4,48	-8,87	-202,2
504	Zoll- u. Abgabenverwaltung	14,65	11,17	-3,48	-23,7
507	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	1,67	1,97	+0,30	+18,2
508	Unternehmungen mit Bundesbediensteten	885,63	936,54	+50,91	+5,7
50	Summe Einnahmen	1.191,35	1.235,13	+43,78	+3,7
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	-680,78	-701,41	-20,62	+3,0

1/50 Finanzverwaltung**1/500 Bundesministerium für Finanzen**

1/5000 Zentraleitung

1/50000 Personalausgaben

– 6,77 Mill. EUR

Minderausgaben für Beamte und Dienstgeberbeiträge aufgrund zu hoher Budgetierung.

– 12,60 Mill. EUR

Mehrausgaben für Vertragsbedienstete durch Neuaufnahmen im Rahmen der Zielvorgaben des BKA.

+ 4,97 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/5002	IT-Bereich	
1/50028	Aufwendungen	+ 26,92 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Leistungsentgelte an die BRZ GmbH, weil nur Anteile der tatsächlich geplanten Mittel veranschlagt waren (IT-Projekte z.B.: E-Finanz, E-Customs, Elektronisches Pensionskonto und vor allem die Haushaltsrechtsreform).	+ 27,36 Mill. EUR
1/501	Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)	
1/50138	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen	+ 7,43 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den Ausgaben für Schuldenerleichterungen (HIPC und Länder mittleren Einkommens) aufgrund nicht absehbarer Zinsenentwicklung.	+ 7,43 Mill. EUR
1/50188	Österreichische Entwicklungsbank	+ 16,40 Mill. EUR
	Mehrausgaben für technische Kooperationsleistungen und Verwaltungskosten (technische Abwicklung) durch die Gründung der Österreichischen Entwicklungsbank gemäß § 9 Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215/1981 i.d.g.F.; Vertrag zwischen BMF und der der Österreichischen Entwicklungsbank AG vom 13. März 2008.	+ 16,06 Mill. EUR
1/502	Bundesministerium für Finanzen	
1/5023	OeKB-AG	
1/50236	Förderungen - Zuschuss	- 20,00 Mill. EUR
	Minderausgaben für den Zuschuss OeKB und die Kofinanzierung, weil auf Grund des Überschusses im Verfahren keine Budgetmittel erforderlich waren.	- 20,00 Mill. EUR
1/50296	Sonstige Förderungen	+ 7,67 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Kooperationsabkommen mit der Weltbank, der IFC (International Finance Corporation) und der Asiatischen Entwicklungsbank im Rahmen der IFI-Strategie 2008.	+ 7,75 Mill. EUR

BRA 2008

Bundesministerium für Finanzen

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/504 Zoll- und Abgabenverwaltung

1/5040 Dienststellen

1/50400 Personalausgaben – 5,21 Mill. EUR

Minderausgaben für Vertragsbedienstete durch geringere Neuaufnahmen. – 6,31 Mill. EUR

Minderausgaben für Dienstgeberbeiträge durch zu hohe Veranschlagung und geringere Neuaufnahmen. – 4,82 Mill. EUR

Minderausgaben durch Einsparungen bei den Überstunden sowie durch den Wegfall von Mehrleistungszulagen aufgrund von Pensionierungen. – 4,44 Mill. EUR

Mehrausgaben für Dienstgeberbeiträge durch die Abschaffung der Selbstträgerschaft im Bereich des Familienlastenausgleichs gemäß BGBl. I Nr. 103/2007 mit 1. Juni 2008. + 9,39 Mill. EUR

Mehrausgaben für Beamte durch zu geringe Veranschlagung. + 1,20 Mill. EUR

1/50407 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) – 5,11 Mill. EUR

Minderausgaben für Familienbeihilfen durch die Abschaffung der Selbstträgerschaft im Bereich des Familienlastenausgleichs gemäß BGBl. I Nr. 103/2007 mit 1. Juni 2008. – 5,50 Mill. EUR

1/50408 Aufwendungen + 5,97 Mill. EUR

Mehrausgaben für BIG-Mieten und Betriebskosten durch die Valorisierung und Betriebskostenabrechnung. + 3,02 Mill. EUR

Mehrausgaben für Fremdmieten und Betriebskosten durch zu niedrige Budgetierung und die Besiedelung des Terminaltowers in Linz. + 3,00 Mill. EUR

Mehrausgaben für Postgebühren durch die Verschiebung des Leistungszeitraumes (zusätzlicher Monatsbetrag) sowie Preisanstieg im letzten Quartal 2008. + 2,78 Mill. EUR

Anstieg Geldverkehrsspesen und EPS (Electronic Payment System) neu ab 2008. + 1,89 Mill. EUR

Minderausgaben für Gutachten und Studien weil zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung das Ausmaß der benötigten externen Leistungen nicht bekannt war. – 1,46 Mill. EUR

Minderausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens infolge zu hoher Veranschlagung bzw. Verschiebung auf das Projekt „Generalplan 2015“. – 1,05 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Minderausgaben für Telekommunikationsgebühren weil diese Gebühren bei der BVA-Erstellung lediglich aufgrund von Erfahrungswerten geschätzt wurden.	- 0,52 Mill. EUR
Minderausgaben für Inlandreisen, weil das Reiseverhalten bei der BVA-Erstellung lediglich aufgrund von Erfahrungswerten geschätzt wurde.	- 0,40 Mill. EUR
Minderausgaben, weil der Bedarf an Druckwerken bei der BVA-Erstellung lediglich aufgrund von Erfahrungswerten geschätzt wurde.	- 0,29 Mill. EUR
1/50418 Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften	- 9,89 Mill. EUR
Minderausgaben durch die Reduktion der Erstattungssätze bzw. Aussetzung der Erstattung (EU) in einigen Marktorganisationen aufgrund der internationalen Agrarmarktlage.	- 9,89 Mill. EUR
1/508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten	
1/5083 Ämter gem. Poststrukturgesetz	
1/50830 Personalausgaben	+ 53,70 Mill. EUR
Mehrausgaben für Beamte, Mehrleistungsvergütungen, Jubiläumszuwendungen und Dienstgeberbeiträge, da die der BVA-Erstellung zugrunde gelegte Entwicklung des Personalstandes nicht eingetreten ist.	+ 52,90 Mill. EUR
2/50 Finanzverwaltung	
2/500 Bundesministerium für Finanzen	
2/5000 Zentraleitung	
2/50004 Erfolgswirksame Einnahmen	- 9,77 Mill. EUR
Mindereinnahmen aus Transferzahlungen von Unternehmungen mit Bundesbeteiligung durch die Änderung des § 13e Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 324/1977, geändert durch BGBl. I Nr. 83/2008, wonach der Insolvenz-Entgelt-Fond dem Bund zur Förderung von Lehrlingen im Jahr 2008 113,75 Mill. EUR zur Verfügung zu stellen hatte.	- 11,25 Mill. EUR
Mindereinnahmen bei Rundfunk- und Fernsehgebühren.	- 10,70 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

Mehreinnahmen durch die Abfuhr von Strafzinsen gemäß § 97 Bankwesengesetz 1993 und § 48t Börsegesetz 1989 durch die Finanzmarktaufsicht (FMA).	+ 5,79 Mill. EUR
Mehreinnahmen aus Kostenersätzen. Jährliche Vergütung der Eidgenössischen Steuerverwaltung für in Österreich ansässige Grenzgängerin Höhe von 12,5% der schweizerischen Steuereinnahmen aus der unselbständigen Arbeit gemäß Ziffer 4 Artikel VIII des Protokolls vom 21. März 2006, BGBl. III Nr. 22/2007, zur Abänderung des am 30. Jänner 1974 in Wien unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen.	+ 4,42 Mill. EUR
2/5005 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	
2/50058 Sonstige bestandswirksame Einnahmen	+ 7,56 Mill. EUR
Mehreinnahmen aus Veräußerungserlösen bebauter Liegenschaften (BIG-Nachbesserung und SIVBEG-Liegenschaftsverkaufserlöse).	+ 7,55 Mill. EUR
2/502 Bundesministerium für Finanzen	
2/50234 Laufende Einnahmen aus Zuschüssen	– 8,41 Mill. EUR
Die Mindereinnahmen ergaben sich aus geringerer Verzinsung bedingt durch erhöhte Auszahlungen für Schadensfälle gemäß Ausfuhrförderungsgesetz.	– 8,40 Mill. EUR
2/508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten	
2/5083 Ämter gem. Poststrukturgesetz	
2/50834 Erfolgswirksame Einnahmen	+ 50,42 Mill. EUR
Mehreinnahmen aus Ersätzen der Post- und Telekom Austria AG durch höhere Personalausgaben.	+ 50,42 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

Kapitel 51

Kassenverwaltung

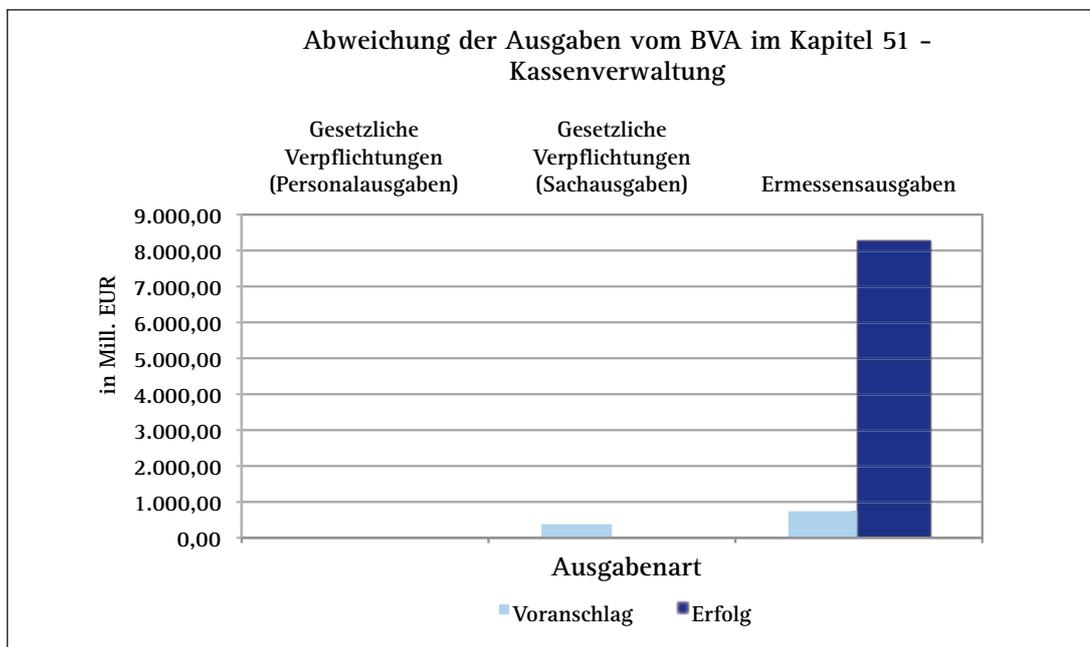
Im Kapitel 51 betragen die Ausgaben 8.191,84 Mill. EUR und somit 10,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Der Bundesvoranschlag mit 1.121,31 Mill. EUR wurde bei den Sachausgaben um 7.070,53 Mill. EUR (+ 630,56 %) überschritten. Die Einnahmen betragen 3.011,85 Mill. EUR und somit 4,23 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.762,62 Mill. EUR wurden 249,23 Mill. EUR (+ 9,0 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage (+ 208,56 Mill. EUR), bei der Zuführung an Ausgleichsrücklage (+ 6.522,54 Mill. EUR) und bei der Zuführung an besondere Rücklage (+ 1.073,38 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Pauschalvorsorge für Sachausgaben - Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (- 242,51 Mill. EUR), der Pauschalvorsorge für Sachausgaben-Aufwendungen (- 213,67 Mill. EUR), der Pauschalvorsorge für Forschungsoffensive (- 100,00 Mill. EUR), der Pauschalvorsorge für Soziale Absicherung (- 137,00 Mill. EUR) und Pauschalvorsorge für Infrastruktur (- 120,00 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Entnahme aus allgemeiner Rücklage (+ 112,84 Mill. EUR), bei der Entnahme aus zweckgebundener Einnahmen-Rücklage (+ 142,05 Mill. EUR) und bei der Entnahme aus besonderer Rücklage (+ 361,64 Mill. EUR) auf. Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Erträgen aus dem Effekten- und Geldverkehr (- 72,51 Mill. EUR), bei der Siedlungswasserwirtschaft (- 62,76 Mill. EUR), beim Europäischen Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik) (- 56,96 Mill. EUR), beim Europäischen Landwirtschaftsfonds (EU)-ELER (- 105,69 Mill. EUR) und beim Europäischen Garantiefonds (EU)-EGFL (- 90,76 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	0,00	379,51	741,80	1,6
Erfolg	0,00	0,00	8.191,84	10,2
Abweichung	0,00	-379,51	7.450,04	
Abweichung in %	-	-100,0	1004,3	



Haushalt/Kapitel, Titel	Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
1/.. AUSGABEN				
510 Geldverkehr des Bundes	3,60	0,00	-3,60	-100,0
511 Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)	285,25	274,46	-10,78	-3,8
512 Rücklagen	9,29	7.917,38	+7.908,09	
518 Sonstige Pauschalvorsorgen	823,18	0,00	-823,18	-100,0
51 Summe Ausgaben	1.121,31	8.191,84	+7.070,53	+630,6
2/.. EINNAHMEN				
510 Geldverkehr des Bundes	355,28	291,52	-63,77	-17,9
511 Geldverkehr des Bund (zweckgeb. Gebarung)	294,28	231,52	-62,76	-21,3
512 Rücklagen	490,38	1.139,10	+648,72	+132,3
513 Zahlungen von der EU	0,00	0,00	-0,00	-100,0
514 Zahlungen aus den EU-Fonds (Periode 2000-2006)	102,65	110,43	+7,78	+7,6
515 Europ. Solidaritätsfonds, Kostenersätze von der EU	1,29	1,18	-0,11	-8,5
516 Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2007-2013)	1.518,74	1.238,11	-280,63	-18,5
51 Summe Einnahmen	2.762,62	3.011,85	+249,23	+9,0
Saldo Einnahmen/Ausgaben	1.641,31	-5.179,99	-6.821,30	-415,6



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**1/51 Kassenverwaltung****1/511 Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)**

1/5111 Siedlungswasserwirtschaft

1/51118 Aufwendungen

– 10,78 Mill. EUR

Minderausgaben aufgrund geringerer Anforderung des BMLFUW
für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft.

– 10,78 Mill. EUR

1/512 Rücklagen

1/51219 Zuführung an allgemeine Rücklage

+ 53,82 Mill. EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Rücklage.

+ 53,86 Mill. EUR

1/51229 Zuführung an Rücklage (Flexibilisierungsklausel)

+ 10,67 Mill. EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Rücklage.

+ 10,67 Mill. EUR

1/51249 Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage

+ 208,56 Mill. EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Rücklage.

+ 208,56 Mill. EUR

1/51259 Zuführung an Ausgleichsrücklage

+ 6.522,54 Mill. EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Rücklage.

+ 6.522,54 Mill. EUR

1/51269 Zuführung an besondere Rücklage

+ 1.073,38 Mill. EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Rücklage.

+ 1.073,38 Mill. EUR

1/51289 Zuführung an besondere Aufwendungen-Rücklage

+ 36,46 Mill. EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Rücklage.

+ 36,46 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**
1/518 Sonstige Pauschalvorsorgen

1/5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben

1/51816 Förderungen

– 10,00 Mill. EUR

Minderausgaben für Subventionen, Laufende Transferzahlungen (Ausland) und Kapitaltransferzahlungen (Ausland) bedingt durch die Nichtinanspruchnahme der Pauschalvorsorge.

– 10,00 Mill. EUR

1/51817 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

– 242,51 Mill. EUR

Minderausgaben für Entgelte an Einzelpersonen, an Gewerbetreib., Firmen u. jur. Pers. sowie an Private Institutionen bedingt durch die Nichtinanspruchnahme der Pauschalvorsorge.

– 242,51 Mill. EUR

1/51818 Aufwendungen

– 213,67 Mill. EUR

Minderausgaben für Mieten, für Entgelte an Einzelpersonen und Unternehmungen, für Sonstige Ausgaben und für Beiträge an internationale Institutionen bedingt durch die Nichtinanspruchnahme der Pauschalvorsorge.

– 213,67 Mill. EUR

1/5185 Forschungsoffensive

1/51856 Förderungen

– 100,00 Mill. EUR

Minderausgaben für Laufende Transferzahlungen und Zahlungen an Private Institutionen bedingt durch die Nichtinanspruchnahme der Pauschalvorsorge.

– 100,00 Mill. EUR

1/5186 Soziale Absicherung

1/51867 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

– 137,00 Mill. EUR

Minderausgaben bedingt durch die Nichtinanspruchnahme der Pauschalvorsorge.

– 137,00 Mill. EUR

1/5187 Infrastruktur

1/51878 Aufwendungen

– 120,00 Mill. EUR

Minderausgaben bedingt durch die Nichtinanspruchnahme der Pauschalvorsorge.

– 120,00 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**2/51 Kassenverwaltung****2/510 Geldverkehr des Bundes**

2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr – 72,51 Mill. EUR

Bedingt durch die Finanzmarktkrise wurden weniger längerfristige
Veranlagungen getätigt. – 75,35 Mill. EUR

Die Mehreinnahmen sind auf vermehrte kurzfristige Veranlagungen
von Kassenbeständen zurückzuführen. + 2,84 Mill. EUR

2/51064 Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition + 8,74 Mill. EUR

Die Mehreinnahmen sind aufgrund sachgerechter Verrechnung von
unmittelbar zusammenhängenden Ausgaben im Kap. 58 (1/585)
zurückzuführen. + 8,75 Mill. EUR

2/511 Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)

2/5111 Siedlungswasserwirtschaft

2/51110 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen – 62,76 Mill. EUR

Mindereinnahmen aufgrund einer geringeren Dotierung des
Sonderkontos „Siedlungswasserwirtschaft“ gem. FAG 2008. – 64,11 Mill. EUR

Mehreinnahmen aus der Veranlagung der für die Siedlungswasser-
wirtschaft bereitgestellten Mittel. + 1,36 Mill. EUR

2/512 Rücklagen

2/51217 Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt) + 112,84 Mill. EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen gem. Art. V Abs. 2 Z. 2
BFG 2008. + 112,84 Mill. EUR

2/51247 Entnahme aus zweckgebundener Einnahmen-Rücklage (nicht
veranschlagt) + 142,05 Mill. EUR

Mehreinnahmen i.H.v. 87.982.374,48 EUR infolge von Entnahmen
gem. Art. V Abs. 2 Z. 2 BFG 2008 sowie Entnahmen gem. § 53
Abs. 6 BHG i.H.v. 54.246.942,72 EUR. + 142,05 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

2/51267	Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)	+ 361,64 Mill. EUR
	Mehreinnahmen i.H.v. 247.667.085,00 EUR infolge von Entnahmen gem. Art. V Abs. 2 Z. 2 BFG 2008 sowie Entnahmen gem. Art. VI Abs. 1 Z. 4 BFG 2008 i.H.v. 113.969.785,00 EUR.	+ 361,64 Mill. EUR
2/51287	Entnahme aus besonderer Aufwendungen-Rücklage (nicht veranschlagt)	+ 26,37 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge von Entnahmen gem. Art. V Abs. 2 Z. 2 BFG 2008.	+ 26,37 Mill. EUR
2/514 Zahlungen aus den EU-Fonds (Periode 2000-2006)		
2/51425	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)	+ 12,78 Mill. EUR
	Mehreinnahmen, die Rückflüsse erfolgen auf Grund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen.	+ 12,78 Mill. EUR
2/516 Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2007-2013)		
2/51604	Europ. Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)	- 56,96 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bedingt durch späte Programmgenehmigung durch die Europäische Kommission.	- 56,96 Mill. EUR
2/51605	Europ. Regionalfonds (EU)	- 27,20 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bedingt durch späte Programmgenehmigung durch die Europäische Kommission.	- 27,20 Mill. EUR
2/51614	Europ. Landwirtschaftsfonds (EU) - ELER	- 105,69 Mill. EUR
	Mindereinnahmen, die Rückflüsse erfolgen auf Grund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen.	- 105,69 Mill. EUR
2/51615	Europ. Garantiefonds (EU) - EGFL	- 90,76 Mill. EUR
	Mindereinnahmen, die Rückflüsse erfolgen auf Grund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen.	- 90,76 Mill. EUR

Kapitel 52

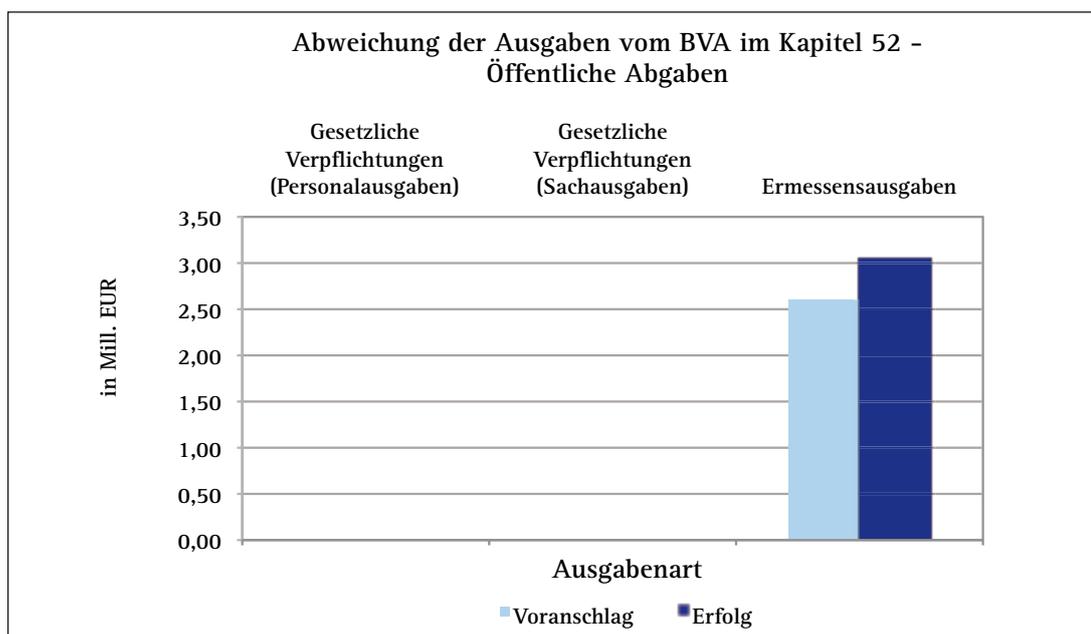
Öffentliche Abgaben

Im Kapitel 52 betragen die Ausgaben 3,03 Mill. EUR und somit 0,004 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2,60 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 0,43 Mill. EUR (+ 16,7 %) mehr ausgegeben. Die Einnahmen betragen 44.961,17 Mill. EUR und somit 63,6% der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 44.039,37 Mill. EUR wurden 921,81 Mill. EUR (+ 2,1 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere aus Einkommen- und Vermögensteuern (+ 2.559,08 Mill. EUR) auf. Beim Titel „Ab Überweisungen (I)“ traten Mehrüberweisungen gegenüber dem Bundesvoranschlag insbesondere die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden betreffend (- 2.225,71 Mill. EUR) auf. Beim Titel „Ab Überweisungen (II)“ traten Minderüberweisungen gegenüber dem Bundesvoranschlag den Beitrag zur Europäischen Union betreffend (+ 450,30 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	0,00	0,00	2,60	0,00
Erfolg	0,00	0,00	3,03	0,00
Abweichung	0,00	0,00	0,43	
Abweichung in %	-	-	16,7	





Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
				in %	
1/..	AUSGABEN				
527	Verschiedene Kosten	2,60	3,03	+0,43	+16,7
52	Summe Ausgaben	2,60	3,03	+0,43	+16,7
2/..	EINNAHMEN				
520	Einkommen- und Vermögensteuern	32.221,00	34.780,08	+2.559,08	+7,9
521	Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)	15,00	16,63	+1,63	+10,9
522	Umsatzsteuer	21.700,00	21.853,08	+153,08	+0,7
523	Ein- und Ausfuhrabgaben	270,00	229,71	-40,29	-14,9
524	Verbauchsteuern	5.461,00	5.633,30	+172,30	+3,2
525	Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben	850,00	810,89	-39,11	-4,6
526	Verkehrssteuern	5.163,00	5.027,31	-135,69	-2,6
527	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	200,00	177,27	-22,72	-11,4
528	Ab Überweisungen (I)	-19.340,64	-21.517,40	-2.176,77	+11,3
529	Ab Überweisungen (II)	-2.500,00	-2.049,70	+450,30	-18,0
52	Summe Einnahmen	44.039,37	44.961,17	+921,81	+2,1
Saldo Einnahmen/Ausgaben		44.036,77	44.958,14	+921,37	+2,1

2/52 Öffentliche Abgaben

2/520 Einkommen- und Vermögensteuern

2/52004 Veranlagte Einkommensteuer – 108,22 Mill. EUR

Mindereinnahmen aus der Veranlagten Einkommensteuer, da die Einnahmenentwicklung in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar ist.

– 108,22 Mill. EUR

2/52014 Lohnsteuer + 1.308,44 Mill. EUR

Mehreinnahmen aus der Lohnsteuer, da Lohnanstiege und Steigerung der Anzahl der Beschäftigten höher als zum Zeitpunkt der Veranschlagung erwartet.

+ 1.308,44 Mill. EUR



BRA 2008

2/52024	Kapitalertragsteuer	+ 622,89 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus der Kapitalertragsteuer durch die unerwartet gute Ertragslage sowie höher ausgewiesene Gewinne und Ausschüttungen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen.	+ 622,89 Mill. EUR
2/52025	Kapitalertragsteuer auf Zinsen	+ 627,45 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Kapitalertragsteuer auf Zinsen durch Zinssteigerungen am Kapitalmarkt in unerwarteter Höhe.	+ 627,45 Mill. EUR
2/52026	EU-Quellensteuer	+ 40,74 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus der EU-Quellensteuer durch die schwierige Einschätzung von neuen Abgaben. Zinssteigerungen am Kapitalmarkt in unerwarteter Höhe.	+ 40,74 Mill. EUR
2/52034	Körperschaftsteuer	+ 34,42 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Körperschaftsteuer. Die Einnahmenentwicklung ist in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar.	+ 34,42 Mill. EUR
2/52066	Erbschafts- und Schenkungssteuer	+ 7,67 Mill. EUR
	Mehreinnahmen, da zum Zeitpunkt der Budgeterstellung die Änderung des Eingangssteuersatzes der Stiftungseingangssteuer noch nicht geplant war. Die Einbringungen in Stiftungen sind weder von der Anzahl der Fälle, noch der Höhe nach, genau vorherzusagen.	+ 6,35 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer durch die schwierige Einschätzung von auslaufenden Abgaben.	+ 1,32 Mill. EUR
2/52086	Wohnbauförderungsbeitrag	+ 25,02 Mill. EUR
	Mehreinnahmen beim Wohnbauförderungsbeitrag. Die Einnahmenentwicklung ist in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar.	+ 25,02 Mill. EUR
2/522	Umsatzsteuer	
2/52204	Umsatzsteuer	+ 153,08 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Mehrwertsteuer. Die Einnahmenentwicklung ist in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar.	+ 153,08 Mill. EUR

Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**
2/523 Ein- und Ausfuhrabgaben

2/52304 Zölle, Ein- und Ausfuhrabgaben – 40,29 Mill. EUR

Mindereinnahmen bei EU-Zöllen aufgrund Rückgangs des Außenhandels mit den NAFTA-Ländern. – 40,38 Mill. EUR

2/524 Verbrauchsteuern

2/52404 Tabaksteuer + 74,49 Mill. EUR

Mehreinnahmen bei der Tabaksteuer. Die quantitative Evaluierung der Anti-Rauchermaßnahmen ist nicht genauer abschätzbar. + 74,49 Mill. EUR

2/52444 Mineralölsteuer + 93,94 Mill. EUR

Mehreinnahmen bei Mineralölsteuer, da das Ausmaß der Erhöhung bei der Budgeterstellung nicht bekannt war. + 93,94 Mill. EUR

2/525 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben

2/52514 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben – 39,11 Mill. EUR

Mindereinnahmen infolge geringeren Gebührenanfalls (in Stempelmarken entrichtete Gebühren, Gebühren aus dem Glückspielmonopol, sonstige und Konsulargebühren). Die Veranschlagung 2008 erfolgte durch Fortschreibung der Schätzungsgrundlage für das Jahr 2007. – 39,11 Mill. EUR

2/526 Verkehrsteuern

2/52604 Kapitalverkehrsteuern – 61,06 Mill. EUR

Mindereinnahmen bei Kapitalverkehrsteuern aufgrund der derzeit schwierigen Situation auf den Kapitalmärkten. – 61,06 Mill. EUR

2/52606 Werbeabgabe – 5,98 Mill. EUR

Mindereinnahmen aus der Werbeabgabe aufgrund des Anstieges nicht werbeabgabepflichtiger Tatbestände als Marketinginstrumente. – 5,98 Mill. EUR

2/52615 Energieabgabe – 40,91 Mill. EUR

Mindereinnahmen bei der Energieabgabe wegen zeitlicher Abweichungen bei den Vergütungen. – 40,91 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/52624	Normverbrauchsabgabe	– 58,11 Mill. EUR
	Mindereinnahmen aus der Normverbrauchsabgabe wegen rückläufiger Zulassungszahlen. Ebenso war zum Zeitpunkt der Veranschlagung die Verlängerung des Bonus-Malussystems um ein halbes Jahr noch nicht gegeben.	– 58,11 Mill. EUR
2/52644	Versicherungssteuer	– 48,21 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Versicherungssteuer wegen zu hoher Veranschlagung.	– 48,21 Mill. EUR
2/52645	Motorbezogene Versicherungssteuer	+ 54,79 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus der motorbezogenen Versicherungssteuer aufgrund zu niedriger Veranschlagung.	+ 54,79 Mill. EUR
2/52661	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)	– 7,19 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei den zweckgebundenen Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer, da bei der Veranschlagung der Zeitpunkt der gesetzlichen Wirksamkeit der Halbierung des Steuersatzes noch unbekannt war.	– 7,19 Mill. EUR
2/52664	Kraftfahrzeugsteuer	– 5,64 Mill. EUR
	Mindereinnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer, da bei der Veranschlagung der Zeitpunkt der gesetzlichen Wirksamkeit der Halbierung des Steuersatzes noch unbekannt war.	– 5,64 Mill. EUR
2/52675	Konzessionsabgabe	+ 15,18 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus der Konzessionsabgabe durch einen unvorhersehbaren Anstieg der Umsätze.	+ 15,18 Mill. EUR
2/52690	Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)	+ 14,36 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Altlastenbeitrag, da die Einnahmen aus dem Verbrennungstatbestand unterschätzt wurden. Die Verflachung der Dynamik gegenüber 2007 ist begründet im Auslaufen der Ausnahmebestimmung für die Ablagerung anorganischer Abfälle.	+ 14,36 Mill. EUR

Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

2/52704	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	– 22,72 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei „Von sonstigen Abgaben“, phytosanitären Grenzkontrollgebühren, Gebühren lt. Vermarktungsnormengesetz infolge zu hoher Veranschlagung.	– 42,69 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei Abgabenguthaben, die als Saldogröße kaum abschätzbar sind.	– 22,66 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei Geldstrafen infolge zu hoher Veranschlagung.	– 3,26 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei „Von Einkommen- und Vermögensteuern“ infolge zu niedriger Veranschlagung.	+ 46,66 Mill. EUR
2/528	Ab Überweisungen (I)	
2/52804	Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	– 2.225,71 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen von Einkommen- und Vermögensteuern an Länder aufgrund der Umwandlung von Finanzzuweisungen und Zweckzuschüssen in Ertragsanteile gem. FAG 2008, der Halbierung des Konsolidierungsbeitrages gem. FAG 2008 und eines höheren Aufkommens an gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	– 991,45 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen von sonstigen Steuern an Länder aufgrund der Umwandlung von Finanzzuweisungen und Zweckzuschüssen in Ertragsanteile gem. FAG 2008, der Halbierung des Konsolidierungsbeitrages gem. FAG 2008 und eines höheren Aufkommens an gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	– 687,62 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen von Einkommen- und Vermögensteuern an Gemeinden aufgrund der Umwandlung von Finanzzuweisungen und Zweckzuschüssen in Ertragsanteile gem. FAG 2008, der Halbierung des Konsolidierungsbeitrages gem. FAG 2008 und eines höheren Aufkommens an gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	– 388,84 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen von sonstigen Steuern an Gemeinden aufgrund der Umwandlung von Finanzzuweisungen und Zweckzuschüssen in Ertragsanteile gem. FAG 2008, der Halbierung des Konsolidierungsbeitrages gem. FAG 2008 und eines höheren Aufkommens an gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	– 157,17 Mill. EUR
2/52825	Für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz	– 93,45 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen an Länder (GSBG) durch zu niedrige Veranschlagung, da Auszahlungen an die Bundesländer für Fürsorgeträger und für Krankenanstalten deutlich stärker gestiegen sind, als zu erwarten war.	– 84,19 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

	Mehrüberweisungen an an das Österreichische Rote Kreuz und an den Hauptverband der SV-Träger (GSBG) durch zu niedrige Veranschlagung, da Auszahlungen an die Bundesländer für Fürsorgeträger und für Krankenanstalten deutlich stärker gestiegen sind, als zu erwarten war.	- 9,26 Mill. EUR
2/52834	Steueranteil für Siedlungswasserwirtschaft	+ 59,53 Mill. EUR
	Minderüberweisungen aufgrund einer geringeren Dotierung des Sonderkontos „Siedlungswasserwirtschaft“ gem. FAG 2008.	+ 59,53 Mill. EUR
2/52844	Überweisung gem. EU-Quellensteuergesetz	- 22,94 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen an das Ausland entsprechend des Einkommens.	- 22,94 Mill. EUR
2/52874	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	+ 134,38 Mill. EUR
	Minderüberweisungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile), da gem. FAG 2008 ein zum Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht bekannter Abzug erfolgt. Anteile entsprechend der Entwicklung der zugrundeliegenden Steuern.	+ 134,38 Mill. EUR
2/52894	An den Katastrophenfonds	- 28,58 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen an den Katastrophenfonds infolge Mehreinnahmen bei den Steuern, von denen Anteile für den Katastrophenfonds abzuziehen sind, und durch eine Novelle zum Katastrophenfondsgesetz 1996 betreffend Schäden an Landesstraßen.	- 28,58 Mill. EUR
2/529	Ab Überweisungen (II)	
2/52904	Beitrag zur Europäischen Union	+ 450,30 Mill. EUR
	Minderüberweisungen seitens des Bundes, bedingt durch Berichtigungen zum Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union 2008 und Cashmanagement der Europäischen Kommission.	+ 1.027,21 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen seitens der Länder, da bei dieser VA-Post die Veranschlagung zur Erinnerung nur in Höhe von 1.000 EUR erfolgte.	- 471,76 Mill. EUR
	Mehrüberweisungen seitens der Gemeinden, da bei dieser VA-Post die Veranschlagung zur Erinnerung nur in Höhe von 1.000 EUR erfolgte.	- 105,15 Mill. EUR

Kapitel 53 Finanzausgleich

Im Kapitel 53 betragen die Ausgaben 3.990,95 Mill. EUR und somit 5,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Auf Grund der geänderten Gesetzeslage (FAG 2008, Novelle zum ZG 2001) waren die Ausgaben an die Länder und Gemeinden um 358,27 Mill. EUR geringer als veranschlagt (- 17,9 %), die Zweckzuschüsse um 533,35 Mill. EUR (- 21,1 %). Die Einnahmen lagen bei 478,06 Mill. EUR und machten somit 0,7 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts aus. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 450,71 Mill. EUR wurden 27,36 Mill. EUR (+ 6,1 %) mehr eingenommen.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich insbesondere auf Grund des Wegfalls des Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleichs der Länder (- 110,00 Mill. EUR) sowie des Entfalls von Finanzausgleichs nach dem FAG 2008 (- 520,00 Mill. EUR) und von Zuschüssen nach dem ZG 2001, insbesondere für die Straßenfinanzierung (- 545,00 Mill. EUR). Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere wegen des höheren Steueraufkommens (+ 157,92 Mill. EUR) sowie auf Grund der neu geschaffenen Zuschüsse an die Länder für Sprachförderung und Kinderbetreuungseinrichtungen (+ 20,00 Mill. EUR) auf.

In der zweckgebundenen Gebarung des Katastrophenfonds lagen die Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag um 27,16 Mill. EUR höher (+ 8,5 %). Die Mehreinnahmen waren vorwiegend auf das höhere Steueraufkommen (+ 15,30 Mill. EUR) zurückzuführen und die Mehrausgaben auf die höheren Deckungsanforderungen der Länder für Privatschäden und für Einsatzgeräte der Feuerwehren (+ 23,95 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

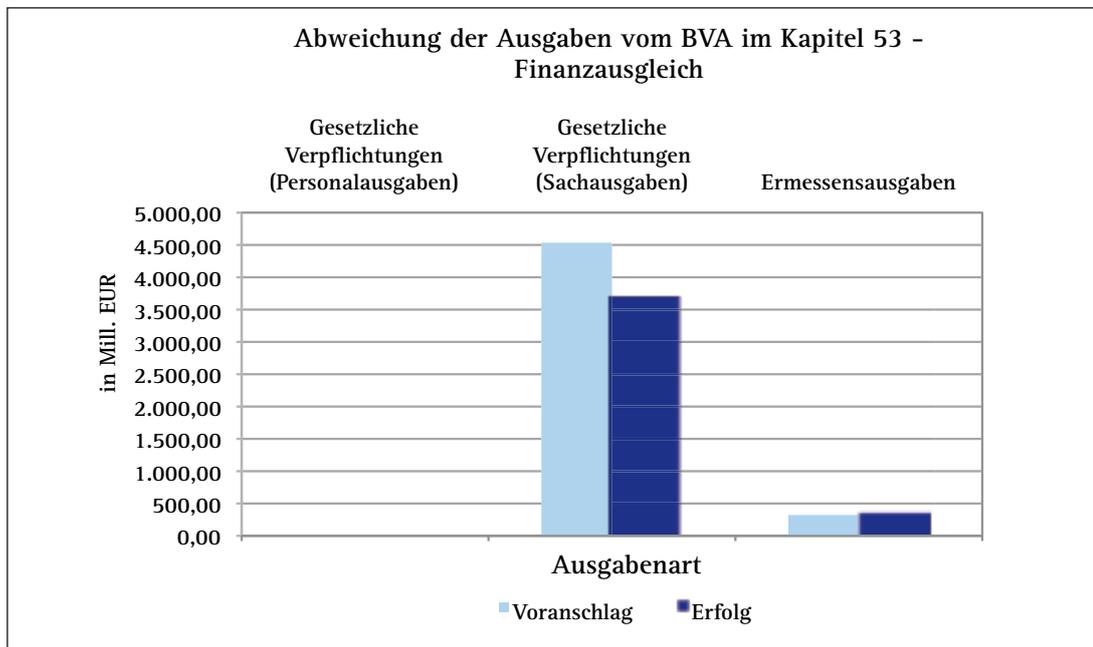
in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	0,00	4.535,05	320,36	6,9
Erfolg	0,00	3.643,43	347,52	5,0
Abweichung	0,00	-891,61	27,16	
Abweichung in %	-	-19,7	8,5	



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen



BRA 2008

Bundesministerium für Finanzen

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
530	Leistungen an Länder und Gemeinden	2.005,43	1.647,17	-358,27	-17,9
532	Zweckzuschüsse des Bundes I	2.530,86	1.997,51	-533,35	-21,1
533	Zweckzuschüsse des Bundes II	0,00	0,00	-0,00	-100,0
534	Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)	319,11	346,27	+27,16	+8,5
53	Summe Ausgaben	4.855,40	3.990,95	-864,45	-17,8
2/..	EINNAHMEN				
532	Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze	128,60	128,51	-0,08	-0,1
534	Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	319,11	346,27	+27,16	+8,5
539	Einnahmen aus Abfuhr gem. KatFG	3,00	3,28	+0,28	+9,2
53	Summe Einnahmen	450,71	478,06	+27,36	+6,1
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	-4.404,70	-3.512,89	+891,81	-20,2

1/53 Finanzausgleich

1/530 Leistungen an Länder und Gemeinden

1/53007 Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich der Länder – 110,00 Mill. EUR

Die Finanzzuweisung gemäß § 20 Abs. 4 ist im FAG 2008 nicht mehr vorgesehen. – 110,00 Mill. EUR

1/53027 Bedarfszuweisung an Länder + 157,92 Mill. EUR

Höheres Aufkommen der für die Bemessung der Bedarfszuweisung maßgeblichen Abgaben (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Wohnbauförderungsbeitrag) in den Monaten Oktober 2007 bis September 2008. + 157,92 Mill. EUR

1/53047 Finanzzuweisung f. umweltschonende u. energiesparende Maßnahmen – 97,58 Mill. EUR

Die Finanzzuweisung gemäß § 20 Abs. 4 ist im FAG 2008 nicht mehr vorgesehen. – 97,58 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/53057	Bedarfszuweisung an Gemeinden	- 121,91 Mill. EUR
	Die Bedarfszuweisungen sind im FAG 2008 nicht mehr vorgesehen.	- 121,91 Mill. EUR
1/53077	Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten	- 14,50 Mill. EUR
	Die Finanzzuweisung gemäß § 20 Abs. 4 ist im FAG 2008 nicht mehr vorgesehen.	- 14,50 Mill. EUR
1/53097	Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten	- 172,16 Mill. EUR
	Die Finanzzuweisung gemäß § 20 Abs. 4 ist im FAG 2008 nicht mehr vorgesehen.	- 173,88 Mill. EUR
1/532	Zweckzuschüsse des Bundes I	
1/53257	Zweckzuschuss für Kinderbetreuung und Sprachförderung	+ 20,00 Mill. EUR
	Mehrbedarf aufgrund des neu geschaffenen Zweckzuschusses (§ 23 Abs. 4 FAG 2008).	+ 20,00 Mill. EUR
1/5326	Zuschüsse nach dem ZG 2001 (Übertragung von Bundesstraßen)	
1/53267	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	- 545,00 Mill. EUR
	Der Zweckzuschuss für die Finanzierung von Straßen gem. § 4a Abs. 1 bis 4 Zweckzuschussgesetz 2001 ist aufgrund der Novelle zum ZG 2001, BGBl. I Nr. 103/2007, mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft getreten.	- 545,00 Mill. EUR
1/53287	Zuschüsse für Umweltschutz an Länder	- 6,90 Mill. EUR
	Der Zweckzuschuss ist im FAG 2008 nicht mehr vorgesehen.	- 6,90 Mill. EUR
1/534	Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)	
1/53408	Aufwendungen	+ 18,47 Mill. EUR
	Mehrausgaben aufgrund höherer Anforderungen der Länder für Schäden im Vermögen privater Personen und für Einsatzgeräte der Feuerwehren.	+ 23,95 Mill. EUR
	Mehrausgaben aufgrund höherer Anforderungen durch das BMLFUW und das BMVIT.	+ 3,21 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund geringerer Anforderungen für Schäden im Vermögen der Gemeinden.	- 8,66 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

1/53418	Schäden an Landesstraßen	+ 10,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben aufgrund einer Novelle zum Kat.Fondsgesetz 1996 für Schäden an Landesstraßen, BGBl. I Nr. 103/2007.	+ 10,00 Mill. EUR
2/53	Finanzausgleich	
2/534	Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	
2/53400	Dotierung des Katastrophenfonds	+ 17,16 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund des höheren Aufkommens von Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer.	+ 15,30 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus der nutzbringenden Veranlagung von Fondsmitteln.	+ 1,21 Mill. EUR
2/53410	Schäden an Landesstraßen	+ 10,00 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund einer Novelle zum Kat.Fondsgesetz 1996 für Schäden an Landesstraßen, BGBl. I Nr. 103/2007.	+ 10,00 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

Kapitel 54

Bundesvermögen

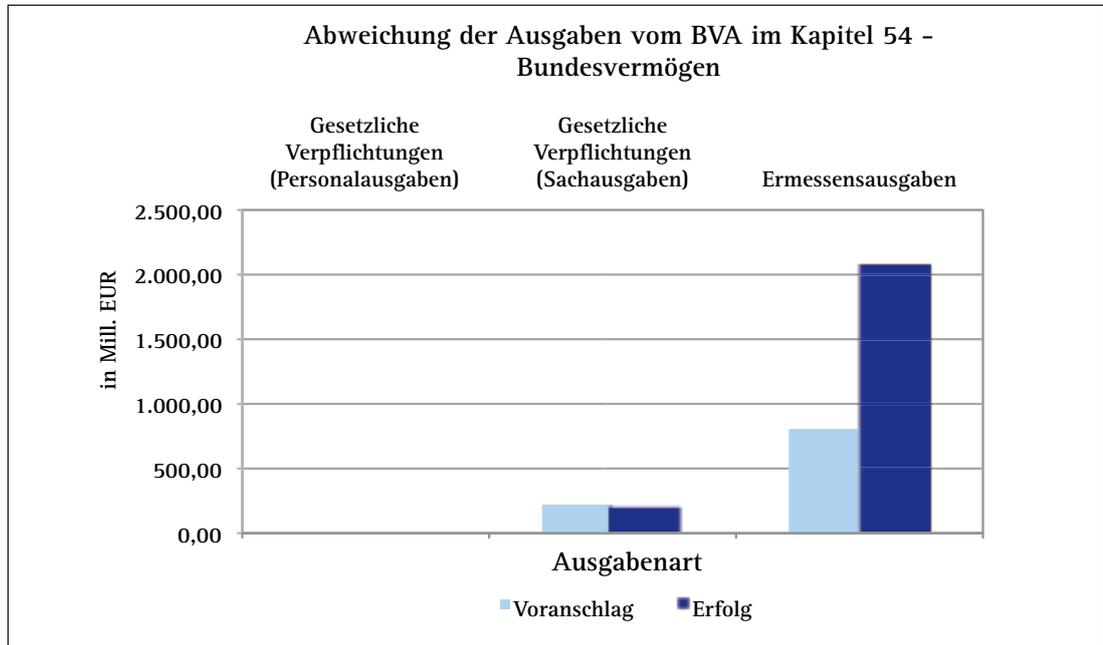
Im Kapitel 54 betragen die Ausgaben 2.243,84 Mill. EUR und somit 2,8 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.026,19 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 1.217,65 Mill. EUR (+ 118,7 %) mehr ausgegeben. Die Einnahmen betragen 1.309,05 Mill. EUR und somit 1,9 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.308,07 Mill. EUR wurden 0,98 Mill. EUR (+ 0,1 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für Leistungen gemäß FinStaG und § 93a Abs. 3 BWG (+ 900,35 Mill. EUR) sowie für eine Kapitalzufuhr an die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft (+ 500,00 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere im Bereich der Haftungsübernahmen des Bundes (- 143,97 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere aus Fruchtgenussentgeltzahlungen seitens der ASFINAG (+ 39,80 Mill. EUR) und aus einer Dividendenleistung seitens der Verbundgesellschaft (+ 61,46 Mill. EUR) auf. Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere im Bereich der Haftungsübernahmen des Bundes (Rückersätze aus Haftungsansprüchen von Garantien und Wechselbürgschaften) (- 95,94 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	0,00	220,85	805,34	1,5
Erfolg	0,00	194,08	2.049,76	2,8
Abweichung	0,00	-26,77	1.244,41	
Abweichung in %	-	-12,1	154,5	





Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR			in %
1/..	AUSGABEN				
540	Kapitalbeteiligung	204,00	675,85	+471,85	+231,3
541	Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand)	0,13	0,10	-0,03	-21,9
542	Bundesdarlehen	0,37	0,00	-0,37	-99,0
545	Einziehungen zum Bundesschatz	0,00	0,00	-0,00	-100,0
546	Unbewegliches Bundesvermögen	20,48	15,92	-4,56	-22,3
547	Haftungsübernahmen des Bundes	722,13	578,16	-143,97	-19,9
548	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	79,09	973,81	+894,72	+1.131,3
54	Summe Ausgaben	1.026,19	2.243,84	+1.217,65	+118,7
2/..	EINNAHMEN				
540	Kapitalbeteiligung (Erträge)	481,85	495,31	+13,46	+2,8
541	Kapitalbeteiligung (Erlöse)	0,28	0,27	-0,01	-2,9
542	Bundesdarlehen	4,59	5,87	+1,28	+27,9
543	Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile	0,00	0,00	-0,00	-100,0
545	Einziehungen zum Bundesschatz	8,42	14,56	+6,14	+73,0
546	Unbewegliches Bundesvermögen	80,75	113,94	+33,19	+41,1
547	Haftungsübernahmen des Bundes	731,97	667,02	-64,95	-8,9
548	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	0,22	12,08	+11,86	+5.440,6
548	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	0,00	0,00	-0,00	-100,0
54	Summe Einnahmen	1.308,07	1.309,05	+0,98	+0,1
Saldo Einnahmen/Ausgaben		281,88	-934,79	-1.216,67	-431,6

54 Bundesvermögen**1/540 Kapitalbeteiligung**

1/5401 Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft

1/54013 Anlagen

+ 500,00 Mill. EUR

Mehrausgaben aufgrund einer Kapitalzufuhr an die ÖIAG.

+ 500,00 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

1/54052	Internationale Finanzinstitutionen	– 28,14 Mill. EUR
	Minderausgaben für den Afrikanischen und Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) aufgrund geringeren Abrufs des österr. Beitrags bzw. für den Afrikanischen Entwicklungsfonds (BSS) infolge geringerer Einlösung von Bundesschatzscheinen.	– 27,70 Mill. EUR
1/547	Haftungsübernahmen des Bundes	
1/5470	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.)	
1/54708	Nebengebarung (AFG)	– 55,50 Mill. EUR
	Minderausgaben durch geringeren Aufwand für die Schuldreduktion Polen gemäß § 7 (2) AusFG.	– 56,01 Mill. EUR
1/54709	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B)	– 115,62 Mill. EUR
	Minderausgaben für Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen aufgrund des äußerst positiven Verlaufs des AusFG-Verfahrens.	– 125,46 Mill. EUR
	Mehrausgaben infolge erhöhter Schadenszahlungen aus Wechselbürgschaften.	+ 9,84 Mill. EUR
1/5471	Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)	
1/54718	Nebengebarung (AFFG)	+ 21,37 Mill. EUR
	Mehrausgaben aufgrund von Kursverlusten hauptsächlich aus Abrechnungen von CHF-Verbindlichkeiten der OeKB.	+ 25,38 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund von günstigeren Wechselkursentwicklungen.	– 4,01 Mill. EUR
1/5472	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung)	
1/54729	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B)	– 20,59 Mill. EUR
	Minderausgaben infolge geringeren Anfalls von Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AusFG.	– 20,59 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/5473	Sonstige Finanzhaftungen	
1/54738	Nebengebarung (Sonstige Finanzhaftungen)	+ 24,88 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Zahlungen an die Austria Wirtschaftsservice GmbH aufgrund erhöhten Schadensaufkommens und Vorziehen der Tilgung des ECOS-Fonds.	+ 24,88 Mill. EUR
548	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/5482	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien	
1/54826	Kostenersatz an IAKW	- 9,47 Mill. EUR
	Minderausgaben infolge geringerer Kostenersatzzahlungen an die IAKW im Zusammenhang mit dem Bau der Konferenzhalle bzw. der Sanierung des Vienna International Centers (VIC).	- 9,00 Mill. EUR
5484	Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/54846	Förderungen	- 8,79 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund des Ausbleibens von Zahlungsbilanzkrisen, welche österreichische Beiträge zu international koordinierten Maßnahmen erfordert hätten, weiters wegen der Unterschreitung des maximalen Ausgabenrahmens für Einzelprojekte aufgrund der aktuellen Identifikation zweckmäßiger Unterstützungsprojekte sowie wegen der Nichtdotierung der Shelterfonds (bei der EBRD eingerichtete Schließungsfonds für osteuropäische Kernkraftwerke).	- 8,79 Mill. EUR
1/54848	Aufwendungen	+ 17,63 Mill. EUR
	Mehrausgaben als Folge des Schadensfalls in der Buchhaltungsagentur des Bundes.	+ 16,47 Mill. EUR
1/5485	Leistungen gemäß FinStaG und § 93a Abs. 3 BWG	
1/54858	Aufwendungen	+ 900,35 Mill. EUR
	Mehrausgaben infolge nicht veranschlagter Partizipationskapitaleinzahlung gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz - FinStaG, BGBl. I Nr. 136/2008, zugunsten der Hypo Alpe Adria Bank.	+ 900,00 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**
2/54 Bundesvermögen
2/540 Kapitalbeteiligung (Erträge)

2/5404 Elektrizitätswirtschaft

2/54044 Erfolgswirksame Einnahmen + 61,46 Mill. EUR

 Mehreinnahmen aus einer höheren Dividendenleistung der
Verbundgesellschaft. + 61,46 Mill. EUR

2/5407 Oesterreichische Nationalbank

2/54074 Erfolgswirksame Einnahmen – 50,15 Mill. EUR

Mindereinnahmen aufgrund ungünstiger Ertragslage. – 50,15 Mill. EUR

2/545 Einziehungen zum Bundesschatz

2/5451 Einziehungen auf Grund bes. Bestimmungen

2/54514 Sonstige Einziehungen + 6,14 Mill. EUR

 Mehreinnahmen aus Abgabenüberzahlungen, weil deren Höhe
durch die Finanzämter nicht vorhersehbar ist. + 3,60 Mill. EUR

 Mehreinnahmen aus den nach Ablauf der Präklusionsfrist für die 50
S-Banknoten III. Form (Ferdinand Raimund) zugunsten des Bundes
verfallenen Banknoten. + 1,61 Mill. EUR

2/546 Unbewegliches Bundesvermögen

2/54607 Veräußerungen – 19,57 Mill. EUR

 Mindereinnahmen im Zusammenhang mit dem Verkauf bebauter
Liegenschaften. – 21,78 Mill. EUR

 Mehreinnahmen aus den Veräußerungen unbebauter Liegenschaften
im Tauschweg betreffend öffentliches Wassergut. + 1,05 Mill. EUR

2/54617 Militärische Liegenschaften (Veräußerungen) + 9,30 Mill. EUR

 Mehreinnahmen aufgrund höher erzielter Veräußerungserlöse durch
das BMLV sowie die SIVBEG. + 9,30 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

2/54626	Fruchtgenussentgelt	+ 39,80 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund höherer Fruchtgenussentgeltzahlung seitens der ASFINAG.	+ 39,80 Mill. EUR
2/547	Haftungsübernahmen des Bundes	
2/5470	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.)	
2/54700	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	+ 8,87 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund des höheren Anfalls an Haftungsentgelten bei den Wechselbürgschaften.	+ 45,00 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus sonstigen Zinsen zu dem höheren Guthaben bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG gemäß § 7 AusFG.	+ 6,00 Mill. EUR
	Mindereinnahmen infolge geringeren Anfalls an Haftungsentgelten aus Garantien gemäß AusFG.	- 31,08 Mill. EUR
	Mindereinnahmen durch geringeren Zinsenanfall.	- 11,05 Mill. EUR
2/54702	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	- 95,94 Mill. EUR
	Mindereinnahmen infolge geringerer Rückersätze aus Haftungsinanspruchnahmen von Garantien und bei den Wechselbürgschaften.	- 95,94 Mill. EUR
2/5471	Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)	
2/54714	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 29,06 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus Haftungsentgelten (AFFG) aufgrund eines höheren Finanzierungsvolumens.	+ 29,06 Mill. EUR
2/5473	Sonstige Finanzhaftungen	
2/54734	Erfolgswirksame Einnahmen	- 5,53 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bedingt durch geringere Haftungsübernahmen für ASFINAG und ÖBB.	- 14,47 Mill. EUR
	Im Jahr 2005 hat die aws eine Garantieeinlösung im Zusammenhang mit der Kapitalgarantie für AAA Beteiligungs-Invest AG vorgenommen und dabei auch mehrere werthaltige Aktiva übernommen. Die Veräußerungen dieser Aktiva konnten mit dem Verkauf von Aktien der Efkon AG im Jahr 2008 abgeschlossen werden.	+ 8,93 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

2/548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen

2/5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien

2/54824 Erfolgswirksame Einnahmen

+ 11,86 Mill. EUR

Mehreinnahmen aufgrund eines höheren Kostenbeitrags der Gemeinde Wien für den Bau der Konferenzhalle und die Asbestsanierung des VIC.

+ 11,87 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

Kapitel 55

Pensionen

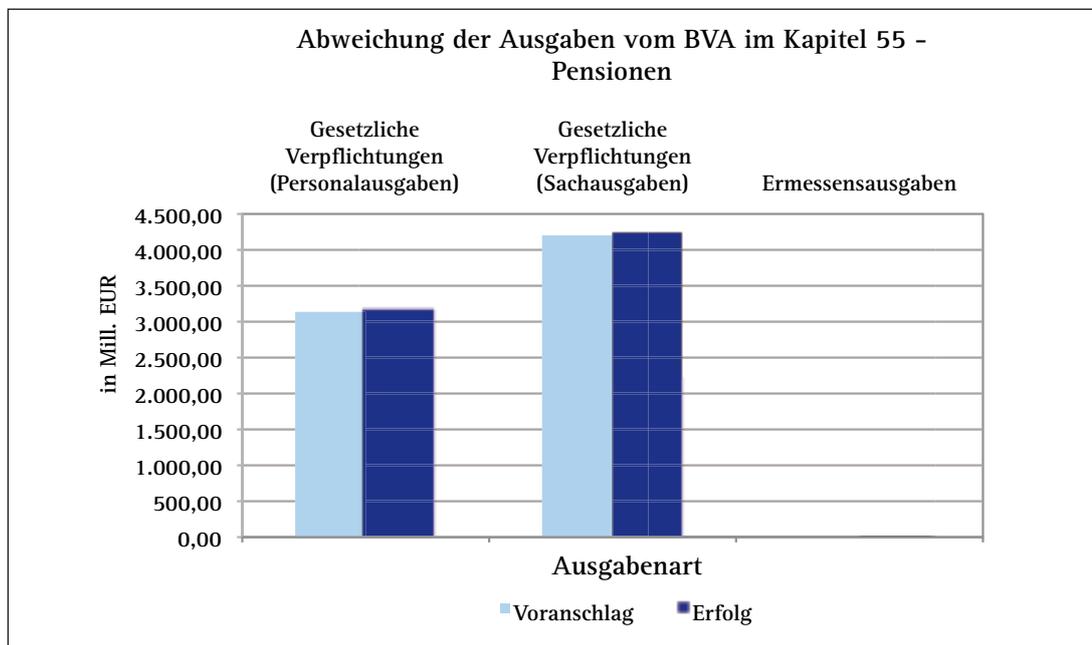
Im Kapitel 55 betragen die Ausgaben 7.368,99 Mill. EUR und somit 9,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 7.337,31 Mill. EUR wurden 31,68 Mill. EUR (+ 0,4 %) mehr ausgegeben. Für Ruhe- und Versorgungsbezüge entstanden Mehrausgaben in Höhe von 16,74 Mill. EUR (+ 0,5 %), bei den Sachausgaben ergaben sich solche in Höhe von 14,95 Mill. EUR (+ 0,4 %). Die Einnahmen betragen 1.505,24 Mill. EUR und somit 2,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.475,51 Mill. EUR wurden 29,73 Mill. EUR (+ 2,0 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere im Rahmen der Ersätze für Pensionen der Landeslehrer (+ 32,85 Mill. EUR) und für Ruhebezüge der Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes (+ 26,84 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) betreffend die Österreichischen Bundesbahnen (- 7,87 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere aus dem Deckungsbeitrag seitens der Ämter gemäß Poststrukturgesetz (+ 29,71 Mill. EUR) und aus den Pensionsbeiträgen der Bundesbediensteten (+ 11,75 Mill. EUR) auf. Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere aus dem Deckungsbeitrag seitens der Österreichischen Bundesbahnen (- 27,77 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	3.136,52	4.200,52	0,27	10,5
Erfolg	3.153,26	4.215,45	0,28	9,2
Abweichung	16,74	14,93	0,01	
Abweichung in %	0,5	0,4	5,3	





Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel	Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
1/.. AUSGABEN				
550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes	3.090,44	3.103,09	+12,65	+0,4
551 Ersätze an Länder	970,67	1.003,52	+32,85	+3,4
552 Sonstige Bedienstete (ausgegl. Institutionen)	93,61	92,34	-1,26	-1,3
553 Pensionsvorschüsse (Ruhebzugsvorschüsse)	0,10	0,01	-0,09	-88,9
554 Geldaushilfen	0,05	0,14	+0,09	+186,8
555 Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBf)	3.181,52	3.168,93	-12,59	-0,4
558 Sonstige Aufwendungen	0,17	0,27	+0,10	+60,7
559 Entschädigung für Kriegsgefangenschaft	0,75	0,68	-0,07	-9,4
55 Summe Ausgaben	7.337,31	7.368,99	+31,68	+0,4
2/.. EINNAHMEN				
550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes	105,89	116,07	+10,18	+9,6
551 Ersätze von Ländern	39,71	38,13	-1,58	-4,0
552 Sonstige Bedienstete	7,62	7,78	+0,16	+2,1
553 Pensionsvorschüssersätze (Ruhebzugsvorschüsse)	0,04	0,02	-0,02	-55,5
555 Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBf)	617,38	619,33	+1,95	+0,3
556 Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten, Überweisungen von Pensionsträgern, Beitrag ge. §13a PG (Pensionisten), Verschiedene Einnahmen	703,72	723,23	+19,51	+2,8
558 Sonstige erfolgswirksame Einnahmen	0,40	0,00	-0,40	-100,0
559 Entschädigung für Kriegsgefangenschaft	0,75	0,68	-0,07	-8,9
55 Summe Einnahmen	1.475,51	1.505,24	+29,73	+2,0
Saldo Einnahmen/Ausgaben	-5.861,80	-5.863,75	-1,95	+0,0

1/55 Pensionen**1/550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes**

1/55000 Ruhebezüge

+ 26,84 Mill. EUR

Mehrausgaben aufgrund der Anpassung der Pensionen nach dem Pensionsgesetz 1965 ab November 2008 (Applikation Bundesbesoldung).

+ 26,99 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

1/55010	Versorgungsbezüge (Witwer/en und Waisenpension)	– 7,33 Mill. EUR
	Geringere Anzahl an anspruchsberechtigten Versorgungsbeziehern, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	– 7,17 Mill. EUR
1/551 Ersätze an Länder		
1/55107	Ersätze für Pensionen der Landeslehrer	+ 32,85 Mill. EUR
	Mehrausgaben zufolge höherer (Pensions-)Ersätze für Landeslehrer.	+ 33,13 Mill. EUR
1/555 Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBf)		
1/5550	Österreichische Bundesbahnen	
1/55507	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	– 7,87 Mill. EUR
	Geringere Anzahl an Neupensionisten sowie an Anspruchsberechtigten auf Pflegegeld, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	– 74,40 Mill. EUR
	Wegfall des Zuschusses für erweiterte Heilbehandlungen (BGBl. I Nr. 101/2007).	– 15,00 Mill. EUR
	Zu geringe Budgetierung der Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträge der ÖBB, weil die Erfahrungswerte bei der Erstellung des Voranschlags noch gefehlt haben.	+ 81,47 Mill. EUR
2/55 Pensionen		
2/550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes		
2/55006	Deckungsbeitrag von Untern. mit Bundesbediensteten	+ 10,27 Mill. EUR
	Mehreinnahmen beim Deckungsbeitrag der Österr. Agentur f. Gesundh. u. Ernährungss. GmbH.	+ 4,04 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Deckungsbeiträgen der IMB, des BVA-Pensionservice, der Umweltbundesamt GesmbH und der BHAG.	+ 1,92 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Deckungsbeiträgen der Universitäten und der Österr. Donau-Betriebs-AG.	+ 1,81 Mill. EUR
	Mehreinnahmen beim Deckungsbeitrag von Institutionen (Kunsthalle Wien).	+ 1,19 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**2/555 Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBf)**

2/5550 Österreichische Bundesbahnen

2/55504 Deckungsbeitrag der Österr. Bundesbahnen – 27,77 Mill. EUR

Mindereinnahmen beim Deckungsbeitrag der Österreichischen Bundesbahnen infolge weniger aktiver Beamter. – 47,69 Mill. EUR

Mindereinnahmen beim Pensionssicherungsbeitrag infolge weniger aktiver Beamter. – 5,79 Mill. EUR

Mehreinnahmen beim Pensionssicherungsbeitrag durch Anstieg der Pensionierungen. + 25,71 Mill. EUR

2/5551 Ämter gem. Poststrukturgesetz

2/55514 Deckungsbeitrag der Ämter gem. Poststrukturgesetz + 29,71 Mill. EUR

Mehreinnahmen beim Deckungsbeitrag der Österr. Post AG und der Telekom Austria AG, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde. + 29,71 Mill. EUR

2/55604 Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten + 11,75 Mill. EUR

Mehreinnahmen bei den Pensionsbeiträgen der aktiven Beamten der Hoheitsverwaltung. + 11,82 Mill. EUR

2/55614 Überweisungen von Pensionsträgern + 6,40 Mill. EUR

Mehreinnahmen infolge höherer Überweisungen von den Pensionsversicherungsträgern, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde. + 7,66 Mill. EUR

Geringere Einnahmen von Ländern, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde. – 1,18 Mill. EUR

Kapitel 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

Im Kapitel 58, Allgemeiner Haushalt, betragen die Ausgaben 11.051,47 Mill. EUR und somit 13,8 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 9.802,54 Mill. EUR wurden 1.248,93 Mill. EUR (+ 12,7 %) mehr ausgegeben. Die Einnahmen betragen 4.247,31 Mill. EUR und somit 6,0 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.797,49 Mill. EUR wurden 1.449,82 Mill. EUR (+ 51,8 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für die Verzinsung von – nach der BVA-Erstellung erfolgten – Schuldaufnahmen in heimischer (+ 967,73 Mill. EUR) und in fremder Währung (+ 257,91 Mill. EUR) und von solchen mit Währungstauschverträgen (+ 520,33 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV) aufgrund der Verrechnung der unter der Pauschalvorsorge veranschlagten Zinsen- und Aufgeldzahlungen bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen (- 938,74 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich insbesondere aus der Verzinsung von – nach der BVA-Erstellung erfolgten – Währungstauschverträgen in heimischer (+ 344,09 Mill. EUR) und in fremder Währung (+ 398,58 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

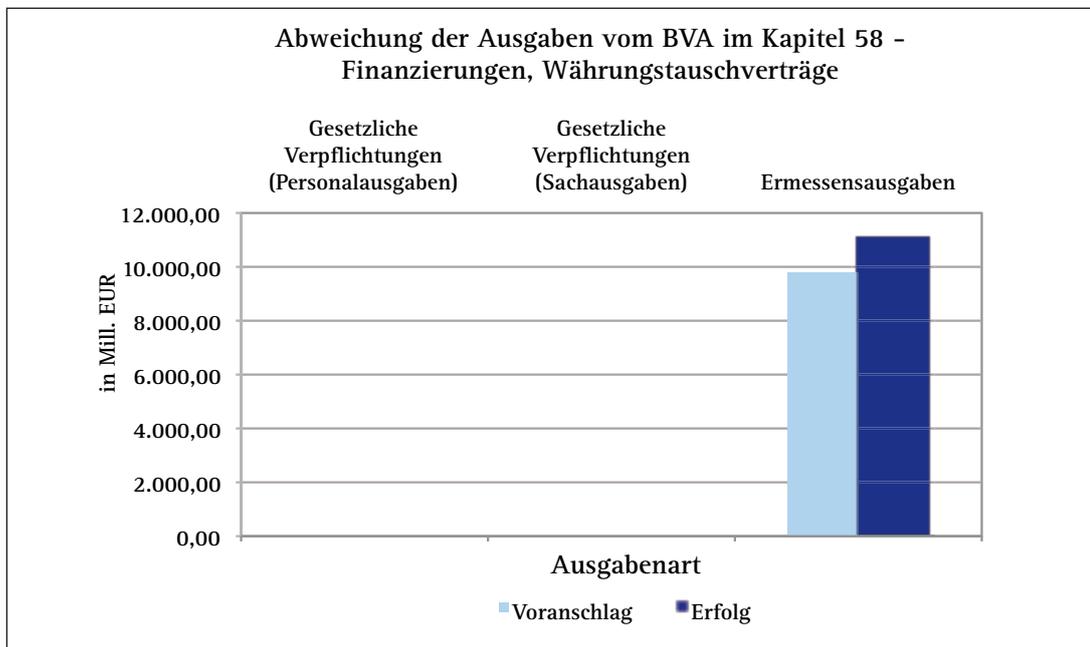
in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	0,00	0,00	9.802,54	14,0
Erfolg	0,00	0,00	11.051,47	13,8
Abweichung	0,00	0,00	1.248,93	
Abweichung in %	-	-	12,7	



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen



BRA 2008

Bundesministerium für Finanzen

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel	Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
	in Millionen EUR		in %	
1/.. AUSGABEN				
580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	5.028,09	6.012,32	+984,22	+19,6
581 Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	635,32	646,53	+11,22	+1,8
582 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	757,09	1.188,85	+431,76	+57,0
583 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung	9,09	8,77	-0,32	-3,5
584 Ausgaben aus Währungstauschverträgen	2.029,47	2.546,01	+516,53	+25,5
585 Kurzfristige Verpflichtungen	290,49	382,15	+91,66	+31,6
587 Ausgaben mit Gegenposition	0,00	24,96	+24,96	+831.844,2
588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte	938,77	0,00	-938,77	-100,0
589 Sonstiger Aufwand	114,21	241,89	+127,67	+111,8
58 Summe Ausgaben	9.802,54	11.051,47	+1.248,93	+12,7
2/.. EINNAHMEN				
580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	351,92	542,52	+190,60	+54,2
581 Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	0,00	0,00	-0,00	-100,0
582 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	0,01	0,02	+0,01	+56,9
583 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung	0,00	0,00	-0,00	-100,0
584 Einnahmen aus Währungstauschverträgen	2.445,51	3.188,19	+742,68	+30,4
585 Kurzfristige Verpflichtungen	0,02	280,39	+280,38	+1.752.362,6
587 Einnahmen mit Gegenposition	0,00	64,37	+64,37	+2.145.718,7
588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte	0,00	0,00	-0,00	-100,0
589 Sonstige Einnahmen	0,03	171,82	+171,79	+636.275,5
58 Summe Einnahmen	2.797,49	4.247,31	+1.449,82	+51,8
Saldo Einnahmen/Ausgaben	-7.005,05	-6.804,15	+200,89	-2,9



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

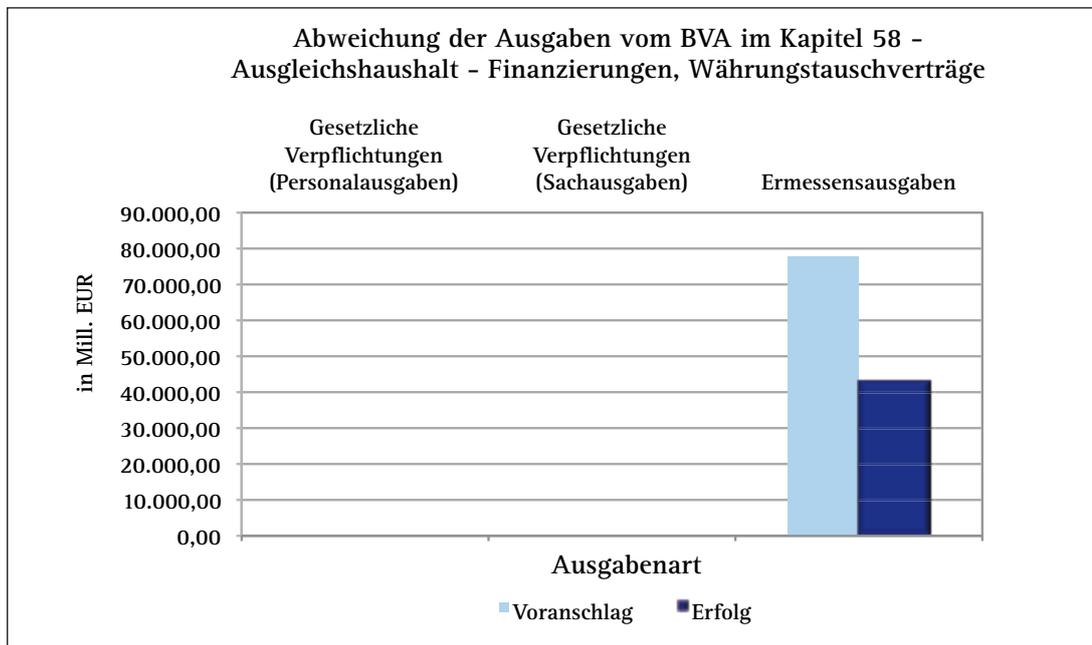
Im Kapitel 58, **Ausgleichshaushalt**, betragen die Ausgaben 42.190,44 Mill. EUR und somit 100,0 % der Gesamtausgaben des Ausgleichshaushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 77.813,24 Mill. EUR wurden 35.622,80 Mill. EUR (- 45,8 %) weniger ausgegeben. Die Einnahmen betragen 51.754,51 Mill. EUR und somit 100,0 % der Gesamteinnahmen des Ausgleichshaushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 80.772,86 Mill. EUR wurden 29.018,35 Mill. EUR (- 35,9 %) weniger eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für die Tilgung von – bei Gegenposition verrechneten – kurzfristigen Verpflichtungen (+ 5.041,38 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer (- 16.520,91 Mill. EUR) und fremder Währung (- 14.450,71 Mill. EUR) und bei solchen mit Devisentermingeschäften (- 9.375,37 Mill. EUR) infolge geringerer Aufnahme auf. Weitere Minderausgaben traten bei Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV) aufgrund der Verrechnung der unter der Pauschalvorsorge veranschlagten Beträge bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen (- 5.000,00 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich insbesondere durch die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften in fremder Währung (+ 5.573,98 Mill. EUR). Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere infolge geringerer Aufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer (- 15.988,46 Mill. EUR) und fremder Währung (- 10.443,43 Mill. EUR) sowie von solchen mit Devisentermingeschäften und Währungstauschgeschäften (- 13.914,80 Mill. EUR) auf. Weitere Mindereinnahmen traten bei der Pauschalvorsorge für Schuldaufnahmen infolge der Aufteilung der Verrechnung auf die sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätze (- 14.699,72 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben) = Ausgleichshaushalt	Anteil an den Ausgaben des Ausgleichshaushalts in %
Voranschlag	0,00	0,00	77.813,24	100,0
Erfolg	0,00	0,00	42.190,44	100,0
Abweichung	0,00	0,00	35.622,80	
Abweichung in %	-	-	45,8	



Haushalt/Kapitel, Titel	Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
7/.. AUSGABEN				
580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	12.413,34	9.716,66	-2.696,68	-21,7
581 Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	1.727,18	1.397,57	-329,61	-19,1
582 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	960,80	2.537,03	+1.576,23	+164,1
583 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung	0,00	0,00	-0,00	-100,0
584 Ausgaben aus Währungstauschverträgen	1.711,87	6.406,63	+4.694,75	+274,2
585 Kurzfristige Verpflichtungen	52.000,01	18.349,12	-33.650,89	-64,7
587 Ausgaben mit Gegenposition	4.000,00	3.783,43	-216,57	-5,4
588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte	5.000,02	0,00	-5.000,02	-100,0
58 Summe Ausgaben	77.813,24	42.190,44	-35.622,80	-45,8



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR			in %
8/..	EINNAHMEN				
580	Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	6.862,30	14.413,03	+7.550,73	+110,0
581	Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	0,00	892,90	+892,90	+89.289.900,0
582	Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	0,01	3.722,08	+3.722,07	+53.172.419,9
583	Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung	0,00	0,00	-0,00	-100,0
584	Einnahmen aus Währungstauschverträgen	3.210,81	7.691,85	+4.481,04	+139,6
585	Kurzfristige Verpflichtungen	52.000,01	18.349,43	-33.650,58	-64,7
587	Einnahmen mit Gegenposition	4.000,01	6.685,22	+2.685,22	+67,1
588	Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte	14.699,72	0,00	-14.699,72	-100,0
58	Summe Einnahmen	80.772,86	51.754,51	-29.018,35	-35,9
Saldo Einnahmen/Ausgaben		2.959,62	9.564,07	+6.604,45	+223,2

58 Finanzierungen, Währungstauschverträge**580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung**

5800 Anleihen

1/58008 Verzinsung und Aufgeld + 967,73 Mill. EUR

Mehrausgaben für Verzinsung durch Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung mit Zinsenverpflichtung im Jahr 2008 (1.002,6 Mill. EUR). Demgegenüber Minderausgaben für Stückzinsen beim Erwerb von Bundstiteln (Wertpapiere des Bundes) sowie für Verzinsung aufgrund der vorzeitigen Tilgung einer Kreditoperation im Jahr 2007 (34,1 Mill. EUR).

+ 967,73 Mill. EUR7/58009 Tilgung - 3.049,88 Mill. EUR

Minderausgaben durch geringeren Erwerb von Bundstiteln.

- 3.046,50 Mill. EUR

Minderausgaben für Tilgung aufgrund des Verkaufs von Anleihen für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56).

- 3,38 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

5801	Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	
1/58018	Verzinsung und Aufgeld	– 18,96 Mill. EUR
	Minderausgaben bei der Verzinsung durch günstigere variable Zinssätze als bei BVA-Erstellung angenommen sowie dem Entfall der Zinsenzahlung bei EUR-CMS Schuldverschreibungen aufgrund der Zinssatzentwicklung (39,2 Mill. EUR). Demgegenüber Mehrausgaben durch Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung mit Zinsenverpflichtung im Jahr 2008 (20,2 Mill. EUR).	– 18,96 Mill. EUR
7/58019	Tilgung	+ 329,35 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Tilgung infolge Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung.	+ 329,35 Mill. EUR
5802	Bundesschatzscheine	
1/58028	Verzinsung und Aufgeld	+ 35,46 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Verzinsung durch einen höheren Verkauf von Bundesschatzen sowie durch Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung mit Zinsenverpflichtung im Jahr 2008.	+ 35,46 Mill. EUR
7/58029	Tilgung	+ 23,84 Mill. EUR
	Mehrausgaben durch einen höheren Erwerb von Bundstiteln.	+ 23,85 Mill. EUR
581	Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5810	Kredite und Darlehen	
1/58108	Verzinsung und Aufgeld	+ 11,22 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Verzinsung und Stückzinsen durch Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung mit Zinsenverpflichtung im Jahr 2008 sowie durch ungünstigere variable Zinssätze als bei BVA-Erstellung angenommen (31,7 Mill. EUR). Demgegenüber Minderausgaben durch den Entfall der Zinsenzahlung aufgrund vorzeitiger Tilgungen von Kreditoperationen infolge Konversion (20,2 Mill. EUR).	+ 11,22 Mill. EUR
7/58109	Tilgung	– 329,61 Mill. EUR
	Minderausgaben für Tilgung aufgrund der vorzeitigen Tilgung von Kreditoperationen infolge Konversion im Jahre 2007.	– 329,61 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**
582 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung

5820 Anleihen

1/58208 Verzinsung und Aufgeld + 257,91 Mill. EUR

Mehrausgaben für Verzinsung infolge Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung mit Zinsenverpflichtung im Jahr 2008 (287,3 Mill. EUR). Demgegenüber Minderausgaben infolge günstigerer Wechselkurse als bei BVA-Erstellung angenommen und dem Ausfall der Zinsenzahlung aufgrund vorzeitiger Tilgung einer Kreditoperation (29,4 Mill. EUR).

+ 257,91 Mill. EUR

7/58209 Tilgung

+ 355,18 Mill. EUR

Mehrausgaben für Tilgung infolge Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung. Demgegenüber Minderausgaben aufgrund günstigerer Wechselkurse als bei BVA-Erstellung angenommen.

+ 355,18 Mill. EUR

5821 Bundesobligationen und Schuldverschreibungen

1/58218 Verzinsung und Aufgeld

+ 138,50 Mill. EUR

Mehrausgaben für Verzinsung infolge Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung mit Zinsenverpflichtung im Jahr 2008 sowie aufgrund ungünstigerer Wechselkurse bzw. variabler Zinssätze.

+ 138,51 Mill. EUR

7/58219 Tilgung

+ 1.221,05 Mill. EUR

Mehrausgaben für Tilgung infolge Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung sowie aufgrund ungünstigerer Wechselkurse bei der Tilgung von Kreditoperationen als bei BVA-Erstellung angenommen.

+ 1.221,05 Mill. EUR

5822 Bundesschatzscheine

1/58228 Verzinsung und Aufgeld

+ 35,34 Mill. EUR

Mehrausgaben für Verzinsung infolge Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung mit Zinsenverpflichtung im Jahr 2008.

+ 35,35 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**
584 Ausgaben aus Währungstauschverträgen

5840 In heimischer Währung

 1/58408 **Verzinsung und Aufgeld** + 520,33 Mill. EUR

Mehrausgaben für Verzinsung infolge Schuldaufnahmen mit Währungstauschverträgen nach BVA-Erstellung mit Zinsenverpflichtung im Jahr 2008 sowie aufgrund ungünstigerer variabler Zinssätze als bei BVA-Erstellung angenommen (531,9 Mill. EUR). Demgegenüber Minderausgaben aufgrund des Entfalls der Zinszahlung durch vorzeitige Tilgung einer Kreditoperation bzw. vorzeitiger Tilgung einer Kreditoperation infolge Konversion (11,6 Mill. EUR).

+ 520,33 Mill. EUR

 7/58409 **Tilgung** + 1.843,18 Mill. EUR

Mehrausgaben für Tilgung infolge Schuldaufnahmen mit Währungstauschverträgen nach BVA-Erstellung.

+ 1.843,18 Mill. EUR

5841 In fremder Währung

 7/58419 **Tilgung** – 50,22 Mill. EUR

Minderausgaben bei der Tilgung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen aufgrund günstigerer Wechselkurse als bei BVA-Erstellung angenommen.

– 50,22 Mill. EUR

7/5843 In fremder Währung

 7/58439 **Kapitalauszahlung** + 2.901,79 Mill. EUR

Mehrausgaben für Erlöse mit Forderungszugängen infolge Schuldaufnahmen mit Währungstauschverträgen nach BVA-Erstellung.

+ 2.901,79 Mill. EUR

585 Kurzfristige Verpflichtungen

5850 In heimischer Währung

 1/58508 **Verzinsung und Aufgeld** – 79,38 Mill. EUR

Minderausgaben für Verzinsung infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.

– 79,38 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

7/58509	Tilgung	– 16.520,91 Mill. EUR
	Minderausgaben für Tilgung infolge geringerer Aufnahme bzw. aufgrund der bei Gegenposition verrechneten Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen - siehe auch VA-Ansatz 7/58549.	– 16.520,91 Mill. EUR
5851	In fremder Währung	
1/58518	Verzinsung und Aufgeld	– 70,02 Mill. EUR
	Minderausgaben für Verzinsung infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.	– 70,02 Mill. EUR
7/58519	Tilgung	– 14.450,71 Mill. EUR
	Minderausgaben für Tilgung infolge geringerer Aufnahme bzw. aufgrund der bei Gegenposition verrechneten Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen - siehe auch VA-Ansatz 7/58559.	– 14.450,71 Mill. EUR
5852	Devisentermingeschäfte und Währungstauschverträge	
1/58528	Aufwendungen	+ 83,83 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Zinsen in heimischer Währung infolge Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen sowie aufgrund höherer Aufschläge bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.	+ 83,83 Mill. EUR
7/58529	Aufwendungen (B)	– 9.375,37 Mill. EUR
	Minderausgaben bei der Tilgung in heimischer Währung aufgrund geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.	– 10.394,11 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei der Tilgung in fremder Währung infolge höherer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.	+ 1.018,74 Mill. EUR
5854	Gegenposition in heimischer Währung	
1/58548	Verzinsung und Aufgeld	+ 5,80 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Verzinsung infolge der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.	+ 5,80 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

7/58549	Tilgung	+ 532,60 Mill. EUR
	Mehrausgaben für die Tilgung von bei Gegenposition verrechneten kurzfristigen Verpflichtungen - siehe auch VA-Ansatz 7/58509.	+ 532,60 Mill. EUR
5855	Gegenposition in fremder Währung	
1/58558	Verzinsung und Aufgeld	+ 7,91 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Verzinsung infolge der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.	+ 7,91 Mill. EUR
7/58559	Tilgung	+ 5.041,38 Mill. EUR
	Mehrausgaben für die Tilgung von bei Gegenposition verrechneten kurzfristigen Verpflichtungen - siehe auch VA-Ansatz 7/58519.	+ 5.041,38 Mill. EUR
5856	Gegenposition Devisentermingeschäfte und Währungstauschverträge	
7/58569	Aufwendungen (B)	+ 1.122,13 Mill. EUR
	Mehrausgaben durch die Weitergabe von Erlösen in fremder Währung bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen.	+ 1.122,13 Mill. EUR
1/5859	Gegenposition sonstiger Aufwand	
1/58598	Aufwendungen	+ 143,45 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den Ausgaben infolge Kursdifferenzen bei kurzfristigen Verpflichtungen aufgrund der zwischen der Aufnahme und Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen entstandenen Kursverluste.	+ 143,46 Mill. EUR
587	Ausgaben mit Gegenposition	
5870	Sonstige Wertpapiergebarung	
1/58708	Stückzinsen mit Gegenposition	+ 24,96 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Stückzinsen in heimischer Währung beim Erwerb von Bundstiteln sowie für Stückzinsen für RT (Übertrag) bzw. vom RT (Übernahme) beim Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56).	+ 24,96 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

7/58709	Erwerb von Wertpapieren mit Gegenposition	– 216,57 Mill. EUR
	Minderausgaben durch geringeren Erwerb von Bundstiteln in heimischer Währung (1.450,0 Mill. EUR). Demgegenüber Mehrausgaben durch den Transfer von Bundstiteln in heimischer Währung in den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (1.233,4 Mill. EUR).	– 216,57 Mill. EUR
588	Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte	
5881	Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV)	
1/58818	Verzinsung und Aufgeld	– 938,74 Mill. EUR
	Minderausgaben bei der Finanzschuld in heimischer Währung aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Beträge bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen 1/58008 und 1/58028.	– 938,74 Mill. EUR
7/58819	Tilgung	– 5.000,00 Mill. EUR
	Minderausgaben bei der Finanzschuld in heimischer Währung aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Beträge bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen 7/58209, 7/58219 und 7/58409.	– 5.000,00 Mill. EUR
1/589	Sonstiger Aufwand	
1/58908	Aufwendungen	– 30,02 Mill. EUR
	Minderausgaben durch geringeres Disagio in heimischer Währung beim Kauf/Verkauf von Wertpapieren.	– 40,89 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund geringerer Provisionen und Entgelte bei Kreditoperationen in heimischer Währung.	– 8,10 Mill. EUR
	Mehrausgaben infolge höherer Emissionsdisagios bei Kreditoperationen in heimischer Währung.	+ 11,07 Mill. EUR
	Mehrausgaben für höheres SWAP-Collateralentgelt (Entgelt für Barsicherheiten).	+ 7,15 Mill. EUR
1/58918	Aufwendungen mit Gegenposition	+ 157,69 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Sonstige Ausgaben und Emissionsagios mit Gegenposition bei der Vornahme von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen.	+ 71,52 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

	Mehrausgaben aufgrund von Disagios in heimischer Währung mit Gegenposition beim Kauf/Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) sowie beim Kauf/Verkauf von Wertpapieren in heimischer Währung.	+ 45,79 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Emissionsdisagios mit Gegenposition bei der Begebung von Anleihen in heimischer und in fremder Währung.	+ 35,75 Mill. EUR
	Mehrausgaben aufgrund von Provisionen und Entgelten mit Gegenposition bei der Begebung von Anleihen in heimischer Währung.	+ 4,45 Mill. EUR
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	
580	Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5800	Anleihen	
2/58004	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 182,73 Mill. EUR
	Mehreinnahmen durch höhere Stückzinsen und Zinsen aus dem Bundesbesitz bei der Begebung von Bundesanleihen bzw. beim Verkauf von Bundstiteln.	+ 157,42 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Zinsen aus Wertpapierleihe aufgrund der Zinsanfälligkeit bei einer Bundesanleihe, während ein Teil verliehen war.	+ 25,30 Mill. EUR
8/58009	Erlöse - Anleihen	+ 4.235,26 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Aufnahmen infolge der Begebung von Bundesanleihen.	+ 8.074,27 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei den Entnahmen aus dem Bundesbesitz aufgrund geringeren Verkauf von im Bundesbesitz befindlichen Bundesanleihen.	- 3.839,00 Mill. EUR
5801	Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	
2/58014	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 6,31 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Stückzinsen infolge der Begebung einer Bundesobligation.	+ 6,31 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

5802	Bundesschatzscheine	
8/58029	Erlöse - Bundesschatzscheine	+ 3.315,47 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Aufnahmen infolge der Begebung von Bundesschatzscheinen.	+ 1.837,30 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Entnahmen aus dem Bundesbesitz infolge eines höheren Verkaufes von Bundesschätzen.	+ 1.478,17 Mill. EUR
581	Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5810	Kredite und Darlehen	
8/58109	Erlöse - Kredite und Darlehen	+ 892,90 Mill. EUR
	Mehreinnahmen durch die Aufnahme von Krediten und Darlehen.	+ 892,90 Mill. EUR
582	Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5822	Bundesschatzscheine	
8/58229	Erlöse - Bundesschatzscheine	+ 3.722,07 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Aufnahmen durch die Begebung von Bundesschatzscheinen.	+ 3.722,08 Mill. EUR
584	Einnahmen aus Währungstauschverträgen	
5840	In heimischer Währung	
2/58404	Zinsen und Aufgeld	+ 344,09 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Zinsen infolge Schuldaufnahmen mit Währungstauschverträgen nach BVA-Erstellung und Zinsenverpflichtung im Jahr 2008 sowie aufgrund von günstigeren variablen Zinssätzen als bei BVA-Erstellung angenommen (362,2 Mill. EUR). Demgegenüber Mindereinnahmen durch den Entfall der Zinszahlung bei EUR-CMS Schuldverschreibungen aufgrund der Zinssatzentwicklung sowie den Entfall der Zinszahlung bei einer Kreditoperation mit Währungstauschvertrag aufgrund vorzeitiger Tilgung infolge Konversion (18,1 Mill. EUR).	+ 344,09 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

5841	In fremder Währung	
2/58414	Zinsen und Aufgeld	+ 398,58 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Zinsen infolge Schuldaufnahmen mit Währungstauschverträgen nach BVA-Erstellung und Zinsenverpflichtung im Jahr 2008 sowie aufgrund günstigerer Wechselkurse bzw. variabler Zinssätze als bei BVA-Erstellung angenommen. Demgegenüber Mindereinnahmen durch den Entfall der Zinsenzahlung aufgrund vorzeitiger Tilgung einer Kreditoperation.	+ 398,58 Mill. EUR
8/58419	Kapital	+ 1.572,74 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei der Begleichung der Forderung infolge höherer Schuldaufnahmen mit Währungstauschverträgen nach BVA-Erstellung. Demgegenüber Mindereinnahmen aufgrund ungünstigerer Wechselkurse als bei BVA-Erstellung angenommen.	+ 1.572,74 Mill. EUR
5842	In heimischer Währung	
8/58429	Erlöse - Schulden aus Währungstauschverträgen	+ 2.908,31 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Erlösen infolge Schuldaufnahmen mit Währungstauschverträgen nach BVA-Erstellung.	+ 2.908,31 Mill. EUR
585	Kurzfristige Verpflichtungen	
5850	In heimischer Währung	
8/58509	Erlöse	- 15.988,46 Mill. EUR
	Mindereinnahmen infolge geringerer Aufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen.	- 15.988,46 Mill. EUR
5851	In fremder Währung	
8/58519	Erlöse	- 10.443,43 Mill. EUR
	Mindereinnahmen infolge geringerer Aufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen.	- 10.443,43 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

5852	Devisentermingeschäfte und Währungstauschverträge	
2/58524	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 131,71 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Zinsen in fremder Währung durch die Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen sowie Abschläge in fremder Währung infolge der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.	+ 76,47 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Zinsen in heimischer Währung durch die Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen sowie Abschläge in heimischer Währung infolge der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.	+ 55,25 Mill. EUR
8/58529	Bestandswirksame Einnahmen	- 13.914,80 Mill. EUR
	Mindereinnahmen an Erlösen in heimischer Währung aufgrund geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften und Währungstauschverträgen.	- 14.880,58 Mill. EUR
	Mehreinnahmen beider Tilgung in fremder Währung durch die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften und Währungstauschverträgen.	+ 965,78 Mill. EUR
5855	Gegenposition in fremder Währung	
8/58559	Erlöse	+ 1.122,13 Mill. EUR
	Mehreinnahmen durch die Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen.	+ 1.122,13 Mill. EUR
5856	Gegenposition Devisentermingeschäfte und Währungstauschverträge	
2/58564	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 5,22 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Zinsen in heimischer Währung aufgrund von Abschlägen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.	+ 3,37 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Zinsen in fremder Währung aufgrund von Abschlägen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.	+ 1,84 Mill. EUR
8/58569	Bestandswirksame Einnahmen	+ 5.573,98 Mill. EUR
	Mehreinnahmen durch die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften in fremder Währung.	+ 5.041,38 Mill. EUR


Bundesministerium für Finanzen
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

	Mehreinnahmen durch die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften in heimischer Währung.	+ 532,60 Mill. EUR
2/5859	Gegenposition sonstiger Aufwand	
2/58594	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 143,45 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge Kursdifferenzen bei kurzfristigen Verpflichtungen aufgrund der zwischen der Aufnahme und Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen entstandenen Kursgewinne.	+ 143,46 Mill. EUR
587	Einnahmen mit Gegenposition	
5870	Sonstige Wertpapiergebarung	
2/58704	Stückzinsen mit Gegenposition	+ 64,37 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei Stückzinsen in heimischer Währung infolge der Vornahme von Kreditoperationen und beim An- und Verkauf von Wertpapieren sowie bei Stückzinsen für RT (Übertrag) bzw. vom RT (Übernahme) aufgrund des Verkaufes von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56).	+ 50,22 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Stückzinsen in fremder Währung bei der Vornahme von Kreditoperationen sowie beim An- und Verkauf von Wertpapieren.	+ 14,15 Mill. EUR
8/58709	Kapitalaufnahmen mit Gegenposition	+ 2.685,22 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei der Schuldaufnahme in fremder Währung infolge der Begebung von Anleihen und Schuldverschreibungen mit Gegenposition.	+ 2.901,79 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei der Schuldaufnahme in heimischer Währung infolge der Begebung von Bundesanleihen mit Gegenposition.	+ 1.050,00 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Entnahme von Bundestiteln in heimischer Währung aufgrund keines Verkaufes von Bundestiteln in heimischer Währung (2.500 Mill. EUR). Demgegenüber Mehreinnahmen bei der Entnahme von Bundestiteln (heimisch) für RT (Übertrag) durch den Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (1.233,4 Mill. EUR).	- 1.266,57 Mill. EUR



Bundesministerium für Finanzen

BRA 2008

**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**
588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

8/58809	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG	- 14.699,72 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Pauschalvorsorge für Schuldaufnahmen aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Beträge bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen 8/58009, 8/58029, 8/58109, 8/58229 und 8/58429.	- 14.699,72 Mill. EUR

2/589 Sonstige Einnahmen

2/58904	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 53,52 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Emissionsagios bei der Vornahme von Kreditoperationen in heimischer Währung.	+ 48,40 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Agios in heimischer Währung beim Kauf/Verkauf von Wertpapieren.	+ 4,35 Mill. EUR
2/58914	Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition	+ 118,28 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Einnahmen infolge Währungstauschverträge (Sonstiges) bzw. (Emissionsdisagio) aufgrund der Vornahme von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen.	+ 57,05 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Agios in heimischer Währung für RT (Übertrag) beim Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) sowie an Agios in heimischer Währung beim Kauf/Verkauf von Wertpapieren.	+ 44,61 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Emissionsagios bei der Vornahme von Kreditoperationen in fremder Währung.	+ 15,94 Mill. EUR

Kapitel 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Im Kapitel 60 betragen die Ausgaben 2.180,49 Mill. EUR und somit 2,7 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.257,82 Mill. EUR wurden 77,33 Mill. EUR (– 3,4 %) weniger ausgegeben. Während für Personal Mehrausgaben in Höhe von 6,18 Mill. EUR (+ 4,2 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Minderausgaben in Höhe von 83,51 Mill. EUR (– 4,0 %). Die Einnahmen betragen 240,86 Mill. EUR und somit 0,3 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 198,49 Mill. EUR wurden 42,37 Mill. EUR (+ 21,3 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Kofinanzierten Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung) im Rahmen der agrarischen Strukturförderung (+ 18,60 Mill. EUR) sowie bei den Bundeszuschüssen für vorbeugende Maßnahmen in der Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds) (+ 9,38 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Marktordnungsmaßnahmen zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes, ELER (– 58,76 Mill. EUR) und EGFL (Pflanzliche Erzeugnisse) Überweisung an die AMA (– 19,79 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Marktordnungsmaßnahmen für Zucker, EU-Eigenmittel (+ 18,36 Mill. EUR) und bei den zweckgebundenen Einnahmen aus Mitteln des Katastrophenfonds (+ 12,99 Mill. EUR) auf.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

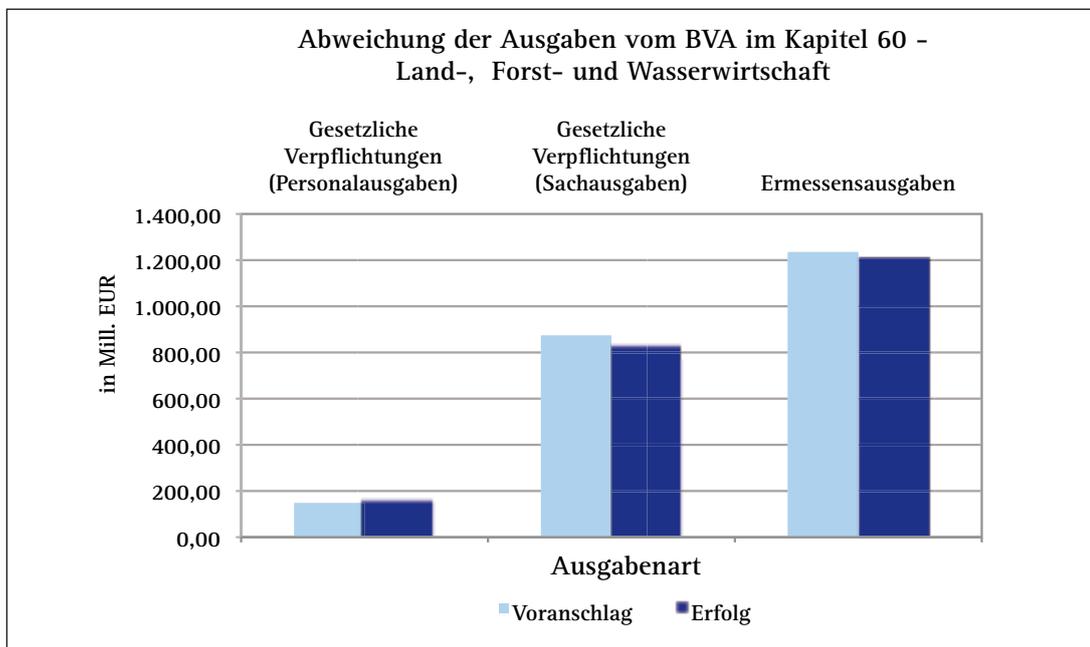
in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	148,54	873,69	1.235,59	3,23
Erfolg	154,72	821,85	1.203,91	2,72
Abweichung	6,18	-51,84	-31,68	
Abweichung in %	4,2	-5,9	-2,6	



Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

BRA 2008

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



BRA 2008

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
600	BM f. Land- u. Forstwirtschaft, Umwelt u. Wasserwirtschaft	212,76	215,85	+3,09	+1,5
601	BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtschaft u.d. Ernährungswesens)	51,35	59,38	+8,03	+15,6
602	Agrarische Strukturförderung	3,03	20,00	+16,97	+559,8
603	Marktordnungsmaßnahmen	1.698,38	1.561,17	-137,21	-8,1
605	Lehr- und Versuchsanstalten	79,72	88,49	+8,76	+11,0
607	Sonstige Einrichtung des Schul- und Ausbildungswesens	35,36	44,72	+9,37	+26,5
608	Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	162,22	175,54	+13,32	+8,2
609	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	15,00	15,34	+0,34	+2,3
60	Summe Ausgaben	2.257,82	2.180,49	-77,33	-3,4
2/..	EINNAHMEN				
600	BM f. Land- u. Forstwirtschaft, u. Wasserwirtschaft	47,20	51,98	+4,78	+10,1
601	BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtschaft u.d. Ernährungswesens)	0,03	4,15	+4,12	+12.870,0
602	Agrarische Strukturförderung	0,00	0,00	-0,00	-100,0
603	Marktordnungsmaßnahmen	0,54	18,59	+18,05	+3.374,1
605	Lehr- und Versuchsanstalten	10,11	12,97	+2,87	+28,4
607	Sonstige Einrichtung des Schul- und Ausbildungswesens	0,02	0,10	+0,08	+388,5
608	Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	137,63	150,90	+13,27	+9,6
609	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	2,96	2,17	-0,79	-26,8
60	Summe Einnahmen	198,49	240,86	+42,37	+21,3
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-2.059,33	-1.939,62	+119,70	-5,8

1/60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Überschreitungen ohne gesetzliche Grundlage in der Höhe von 64.583,49 EUR bei Personalausgaben und Aufwendungen entstanden durch die vorzeitige Zahlung einer Jubiläumswendung, durch die Nachzahlung von Überstunden sowie durch die Auszahlung von Inlandsreisen.



Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/600	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	
1/6000	Zentraleitung	
1/60008	Aufwendungen	- 6,56 Mill. EUR
	Minderausgaben für Instandhaltung von Gebäuden und Normmieten BIG durch Zahlungsumbuchungen zu den Dienststellen.	- 5,91 Mill. EUR
1/601	BM (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)	
1/6018	Land- und forstwirtschaftliche Kredite	
1/60186	Förderungen	+ 7,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Zinsenzuschüsse für Land- und forstwirtschaftliche Invest.Kredite/(AIK, ASK) ab 1995 durch zu niedrige Veranschlagung.	+ 6,88 Mill. EUR
1/602	Agrarische Strukturförderung	
1/60206	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)	+ 18,60 Mill. EUR
	Mehrausgaben für die Projekte Leader+, Land und Sonstige Maßnahmen, Ländl. Entw. Ziel 1 Land, Invest durch Abschlusszahlungen für die Strukturmaßnahmen der Periode 2000 - 2006.	+ 18,61 Mill. EUR
1/603	Marktordnungsmaßnahmen	
1/60314	EGFL (Pflanzliche Erzeugnisse) Überweisung an die AMA	- 19,79 Mill. EUR
	Minderausgaben bei Ackerkulturen, Öffentl. Lagerhaltung durch nicht anfallende Lagerhaltungskosten aufgrund des Absatzes auf dem freien Markt, durch die Verringerung der Umstrukturierungsprojekte im Zuckerbereich, durch geändertes Anbauverhalten und Prämienkürzungen für Eiweiss- und Energiepflanzen sowie durch die Nichterstattung für die Verwendung von Maisstärke aufgrund der hohen Weltmarktpreise.	- 20,48 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei der Umstellung und Umstrukturierung im Weinbau durch Mittelaufstockung aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999.	+ 1,56 Mill. EUR



Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/60366	Förderungen der Entwicklung des ländlichen Raumes, ELER	– 58,76 Mill. EUR
	Minderausgaben für Überweisungen an die AMA betreffend Agrarumweltmaßnahmen, Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten sowie sonstige Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung durch geändertes Antragsverhalten.	– 58,76 Mill. EUR
1/60376	Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes, Bundesanteil	– 12,00 Mill. EUR
	Minderausgaben für Überweisungen an die AMA im Zusammenhang mit Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten und sonstigen Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung durch geändertes Antragsverhalten.	– 12,00 Mill. EUR
1/605 Lehr- und Versuchsanstalten		
1/6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	
1/60508	Aufwendungen	+ 6,63 Mill. EUR
	Mehrausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden, Straßen, Maschinen und maschinellen Anlagen sowie Kraftfahrzeugen durch gestiegenen Instandhaltungsaufwand. Mehrausgaben für die BIG im Zusammenhang mit Mieten, Investitionsmieten und Betriebskosten durch Zahlungsumbuchungen von der Zentraleitung sowie durch die Eröffnung dieser Verrechnungs-Position erst im Laufe des Finanzjahres 2008. Mehrausgaben für Brennstoffe, Energie und sonstige Verbrauchsgüter durch gestiegenen Energiebedarf und Preissteigerungen.	+ 8,88 Mill. EUR
	Minderausgaben bei sonstigen Miet- und Pachtzinsen durch die Verrechnung bei der Verrechnungs-Position „Investitionsmieten-BIG“.	– 1,91 Mill. EUR
1/607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens		
1/6071	Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen	
1/60717	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	+ 7,87 Mill. EUR
	Mehrausgaben für laufende Transferzahlungen für Personalaufwandskosten durch Verpflichtungen aus dem Finanzausgleichsgesetz 2005, Bundesverfassungsgesetz und Stellenplan.	+ 7,87 Mill. EUR



Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung

1/6083	Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/60836	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.)	+ 9,38 Mill. EUR
	Mehrausgaben durch die hochwasserbedingte Schwerpunktverschiebung von der Prävention vor Lawinen hin zur Beseitigung von Hochwasserschäden.	+ 9,15 Mill. EUR

2/60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

2/600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

2/60024	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 9,04 Mill. EUR
	Mehreinnahmen durch höhere Erträge aus Kapitalbeteiligungen infolge der Sonderdividende der ÖBf AG (5 Mill. EUR) und Gewinnausschüttung der Landwirtschaftlichen Bundesversuchswirtschaften GmbH (4 Mill. EUR).	+ 9,04 Mill. EUR

2/603 Marktordnungsmaßnahmen

2/60305	Zucker, EU - Eigenmittel	+ 18,36 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus der Produktionsabgabe sowie der Abgabe für eine zusätzliche Zuckerquote, weil bei diesen Voranschlags-Posten die Veranschlagung zur Erinnerung nur in Höhe von 1.000 EUR erfolgte.	+ 18,36 Mill. EUR

2/608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung

2/60890	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	+ 12,99 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus Mitteln der Wildbach- und Lawinenverbauung, Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen zur Beruhigung der Rutschungen GSCHLIEFGRABEN (OÖ) und DOREN (Vbg.).	+ 12,99 Mill. EUR

Kapitel 61 Umwelt

Im Kapitel 61 betragen die Ausgaben 533,53 Mill. EUR und somit 0,7 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 601,59 Mill. EUR wurden 68,06 Mill. EUR (- 11,3 %) weniger ausgegeben. Die Einnahmen betragen 314,35 Mill. EUR und somit 0,4 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 326,69 Mill. EUR wurden 12,34 Mill. EUR (- 3,8 %) weniger eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere für Transferzahlungen an den Klima- und Energiefonds (+ 10,28 Mill. EUR) sowie für Maßnahmen im Klimaschutz, für Umwelttechnologie und für nachhaltige Entwicklung (+ 8,97 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim JI/CDM-Programm (- 43,99 Mill. EUR) und bei der Siedlungswasserwirtschaft (- 13,27 Mill. EUR) auf.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere in der Siedlungswasserwirtschaft auf (- 13,52 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

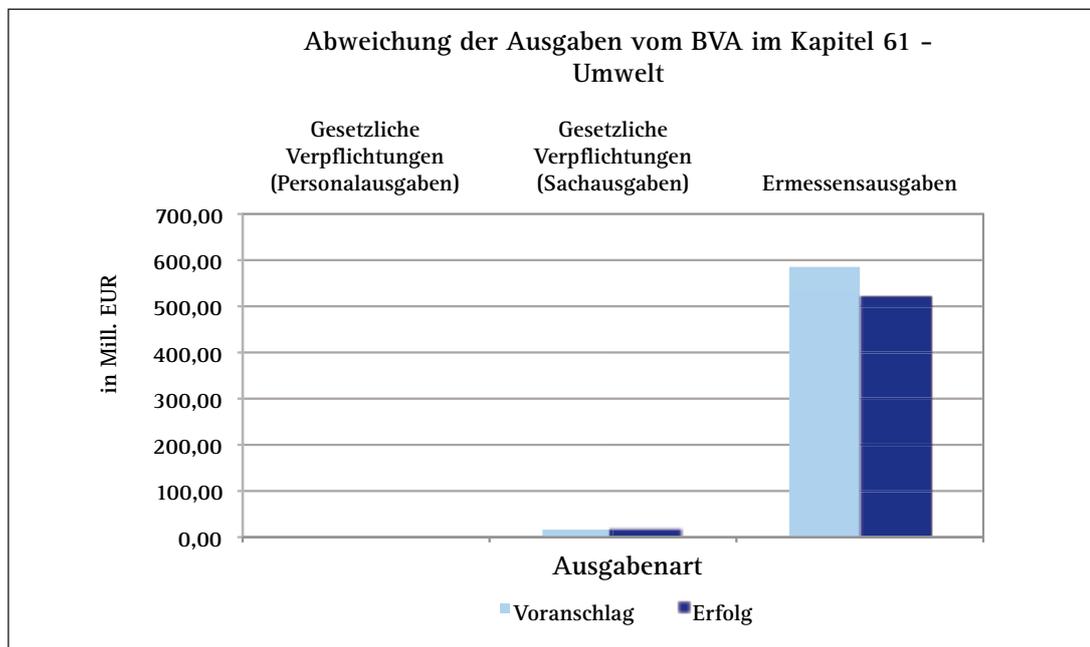
in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	0,00	16,31	585,28	0,9
Erfolg	0,00	16,60	516,94	0,7
Abweichung	0,00	0,28	-68,34	
Abweichung in %	-	1,7	-11,7	



Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

BRA 2008

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



Haushalt/Kapitel, Titel	Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
1/.. AUSGABEN				
610 Bundesministerium; Zweckaufwand I	9,09	8,39	-0,70	-7,7
611 Bundesministerium; Zweckaufwand II	15,36	15,36	-0,00	-0,0
612 Umweltschutz	577,15	509,79	-67,36	-11,7
61 Summe Ausgaben	601,59	533,53	-68,06	-11,3
2/.. EINNAHMEN				
610 Bundesministerium; Zweckaufwand I	1,36	1,23	-0,13	-9,6
612 Umweltschutz	325,32	313,11	-12,21	-3,8
61 Summe Einnahmen	326,69	314,35	-12,34	-3,8
Saldo Einnahmen/Ausgaben	-274,91	-219,19	+55,72	-20,3

BRA 2008

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/61 Umwelt

1/612 Umweltschutz

1/6120 Umweltpolitische Maßnahmen

1/61206 Förderungen

– 10,74 Mill. EUR

Minderausgaben für Subventionen an sonstige private Institutionen durch die Verwendung der Mittel für Biomassezahlungen im Rahmen der Klimastrategie (Kapitel 60) sowie für bewusstseinsbildende Maßnahmen im Klimaschutz, Aufstockung von klima:aktiv mobil und Bedeckung von Mehrbedarf bei anderen VA-Posten.

– 10,84 Mill. EUR

Die bereits zugesagten Mittel für das Förderprogramm klima:aktiv mobil werden zum Teil erst in Folgejahren fällig und für diesen Zweck der Rücklage zugeführt.

– 1,27 Mill. EUR

1/61208 Aufwendungen

+ 8,97 Mill. EUR

Mehrausgaben für Entgelte an Unternehmungen und jur. Personen (Sektion V) für Maßnahmen im Klimaschutz.

+ 5,12 Mill. EUR

Mehrausgaben für Entgelte an Unternehmungen und jur. Personen (Sektion VI) für Zahlungen für Sofortmaßnahmen, Umwelttechnologie und die Umsetzung des Elektronischen Datenmanagements.

+ 3,33 Mill. EUR

Mehrausgaben für Entgelte an Unternehmungen und jur. Personen (Sektion II) für bewusstseinsbildende Maßnahmen in diversen Umweltbereichen, erhöhten Bedarf im Naturschutz und für nachhaltige Entwicklung.

+ 1,32 Mill. EUR

1/6121 Ersatzvornahmen (Altlasten)

1/61218 Aufwendungen

– 8,40 Mill. EUR

Spätere Fälligkeit von Ersatzvornahmen (ABS Stockerau, ÖSTAB-Lager Grillgasse).

– 8,39 Mill. EUR

1/6122 Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.)

1/61226 Förderungen

– 10,02 Mill. EUR

Minderausgaben aufgrund geringeren Anfalls von Investitionszuschüssen entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten.

– 10,02 Mill. EUR



Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/6123	Siedlungswasserwirtschaft (zweckgeb. Geb.)	
1/61236	Förderungen	- 13,27 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund geringeren Anfalls von Investitionsförderungen entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten.	- 13,27 Mill. EUR
1/6127	JI/CDM-Programm	
1/61278	Aufwendungen	- 44,00 Mill. EUR
	Minderausgaben für Entgelte an Unternehmungen entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten.	- 44,80 Mill. EUR
1/6128	Klima- und Energiefonds	
1/61288	Aufwendungen	+ 10,28 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Transferzahlungen an den Klima- und Energiefonds entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten.	+ 10,28 Mill. EUR
2/61	Umwelt	
2/612	Umweltschutz	
2/6123	Siedlungswasserwirtschaft (zweckgeb. Geb.)	
2/61230	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	- 13,52 Mill. EUR
	Geringere Überweisungen von Steueranteilen und Zinsen (Sonderkonto) sowie vom UWF (Sondertranchen).	- 13,64 Mill. EUR

Kapitel 63**Wirtschaft und Arbeit**

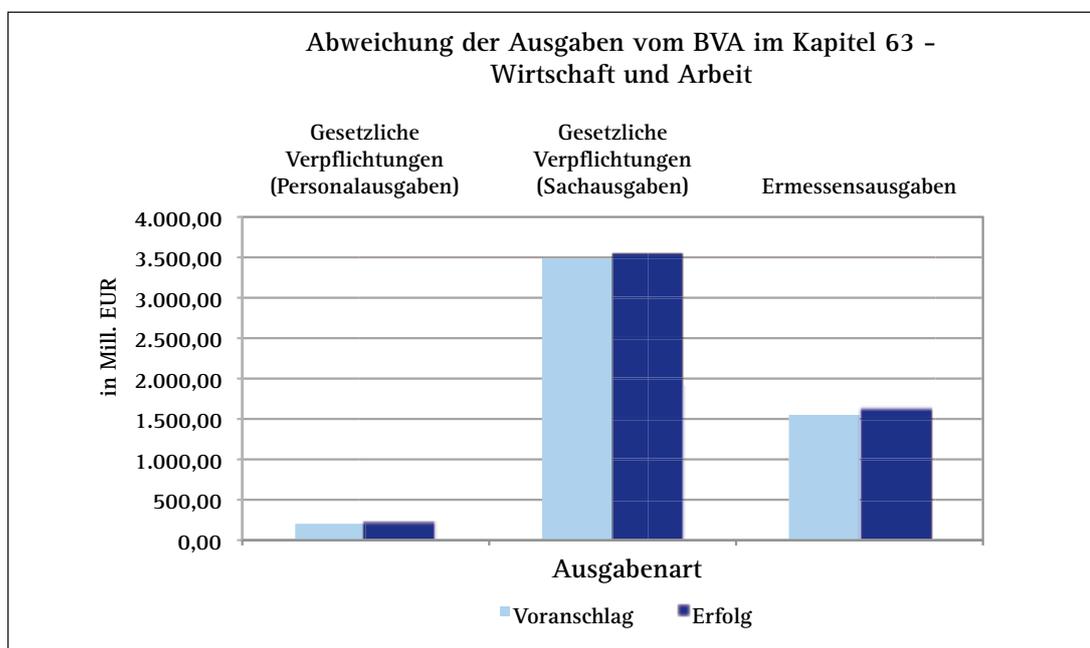
Im Kapitel 63 betragen die Ausgaben 5.341,74 Mill. EUR und somit 6,7 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 5.238,07 Mill. EUR wurden 103,67 Mill. EUR (+ 2,0 %) mehr ausgegeben. Für Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 9,05 Mill. EUR (+ 4,5 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 94,62 Mill. EUR (+ 1,9 %). Die Einnahmen betragen 4.889,37 Mill. EUR und somit 6,9 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 4.838,24 Mill. EUR wurden 51,13 Mill. EUR (+ 1,1 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Umstellung des AMS von Förderungen auf Werkverträge auf (+ 254,95 Mill. EUR), denen Minderausgaben in Höhe von - 241,91 Mill. EUR gegenüberstanden. Weitere Mehrausgaben erfolgten insbesondere für die Überweisung an das AMS (+ 73,56 Mill. EUR), für unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderungen (+ 43,88 Mill. EUR), für Sanierungsmaßnahmen an Kulturbauten (+ 30,38 Mill. EUR) und für Technologie- und Forschungsförderung (+ 14,12 Mill. EUR). Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Leistungen nach dem AIVG (- 36,06 Mill. EUR), bei den Förderungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (EU) durch verzögerten Anlauf der ESF-Kofinanzierung (- 28,85 Mill. EUR) sowie bei den Wirtschaftsförderungen insbesondere durch Einsparungen zugunsten anderer Förderzusagen (- 16,05 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich insbesondere aus den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (+ 49,55 Mill. EUR) und aus Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinsen durch höhere Energiepreise (+ 17,90 Mill. EUR). Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich insbesondere durch den Entfall der BIG-Gewinnausschüttung (- 20,00 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	203,08	3.485,31	1.549,67	7,5
Erfolg	212,13	3.521,20	1.608,40	6,7
Abweichung	9,05	35,89	58,73	
Abweichung in %	4,5 %	1,0 %	3,8 %	



Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
630	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	166,28	167,01	+ 0,73	+ 0,4
631	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	195,54	198,37	+ 2,83	+ 1,4
632	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	63,06	99,37	+36,30	+57,6
633	Verschiedene Dienststellen Bereich Wirtschaft	14,41	14,48	+0,07	+0,5
635	Arbeitsmarktpolitik (I)	4.670,78	4.723,40	+52,62	+1,1
636	Arbeitsmarktpolitik (II)	99,05	110,31	+11,26	+11,4
637	Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand	0,00	0,00	-0,00	-100,0
639	Verschiedene Dienststellen Bereich Arbeitsmarkt	28,95	28,81	-0,14	-0,5
63	Summe Ausgaben	5.238,07	5.341,74	+103,67	+2,0

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
2/..	EINNAHMEN				
630	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	135,02	128,97	-6,04	-4,5
631	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	2,51	2,06	-0,45	-17,8
632	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	11,34	13,57	+2,24	+19,7
633	Verschiedene Dienststellen Bereich Wirtschaft	15,12	16,65	+1,53	+10,1
635	Arbeitsmarktpolitik (I)	4.670,78	4.723,40	+52,62	+1,1
636	Arbeitsmarktpolitik (II)	0,02	1,23	+1,21	+8.083,7
637	Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand	0,02	0,00	-0,02	-100,0
639	Verschiedene Dienststellen Bereich Arbeitsmarkt	3,45	3,48	+0,03	+0,9
63	Summe Einnahmen	4.838,24	4.889,37	+51,13	+1,1
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-399,82	-452,36	-52,54	+0,1

1/63 Wirtschaft und Arbeit

1/631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

1/6315 Wirtschaftsförderungen

1/63156 Förderungen

- 16,05 Mill. EUR

Minderausgaben für Zuschüsse an Kammern der gewerblichen Wirtschaft, an die Wirtschaft sowie an Institutionen und den Tourismus durch Einsparungen zugunsten anderer Förderzusagen und Verzögerungen in der Abwicklung.

- 33,86 Mill. EUR

Mehrausgaben an die Wirtschaftskammer Ö. (Exportoffensive) im Rahmen der IO-Offensive der WKO.

+ 12,00 Mill. EUR

Mehrausgaben bedingt durch höhere Förderzusagen durch die ÖHT.

+ 4,60 Mill. EUR

Mehrausgaben für Zuschüsse an Institutionen (nicht Invest.) bedingt durch höhere Förderzusagen an Institutionen.

+ 2,50 Mill. EUR



Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/6317	Technologie- und Forschungsförderung	
1/63176	Förderungen	+ 14,12 Mill. EUR
	Mehrausgaben an die Forschungsförderungsgesellschaft mbH und für die AWS Technologieprogramme (FFG und F & E Offensive) für verschiedene Förderzusagen.	+ 46,48 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Zuschüsse an Institutionen der F & E Offensive.	+ 2,74 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Zuschüsse an Institutionen - Technisches Versuchswesen.	+ 1,59 Mill. EUR
	Mehrausgaben an die Austrian Business Agency für das Projekt „Forschungsplatz Österreich“.	+ 1,40 Mill. EUR
	Minderausgaben für Förderungen der Technologie und Innovation sowie für Zuschüsse an Institutionen (F & E Offensive) zugunsten anderer Förderungszusagen.	- 39,75 Mill. EUR
1/632	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	
1/6323	Kulturbauten	
1/63233	Anlagen	+ 30,38 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Sanierungsmaßnahmen an Kulturbauten entstanden auf Grund des zügigen Baufortschrittes und der damit verbundenen Freigabe zusätzlicher Mittel.	+ 30,38 Mill. EUR
1/635	Arbeitsmarktpolitik (I)	
1/6351	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG	
1/63516	Förderungen	- 241,91 Mill. EUR
	Minderausgaben für Förderungen im Zusammenhang mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG aufgrund der Umstellung des Arbeitsmarktservice von Förderungen auf Werkverträge.	- 239,49 Mill. EUR
1/63518	Aufwendungen	+ 254,95 Mill. EUR
	Mehrausgaben für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen aufgrund der Umstellung des Arbeitsmarktservice von Förderungen auf Werkverträge und der Ausweitung der Arbeitsmarktförderung um 16,25 Mill. EUR für das Maßnahmenpaket „Fachkräfteausbildung und Jugendbeschäftigung“.	+ 255,41 Mill. EUR


Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

1/6355	Arbeitsmarktpolitische Leistungen gem. AIVG	
1/63557	Leistungen nach dem AIVG	- 36,06 Mill. EUR
	Minderausgaben für Notstandshilfe und den KV-Beitrag für Bezieher von Notstandshilfe durch den Rückgang der Leistungsbezieher aufgrund der konjunkturellen Entwicklung.	- 41,50 Mill. EUR
	Minderausgaben für Betriebe, Altersteilzeitgeld durch den Rückgang der Leistungsbezieher.	- 36,67 Mill. EUR
	Minderausgaben für Übergangsgeld durch die Überschätzung der Leistungsbezieher.	- 9,26 Mill. EUR
	Minderausgaben für Unfallversicherungsbeiträge für Bezieher von AIG/Arbeitsstiftung durch den geringeren Anfall von zu versichernden Leistungen aufgrund der konjunkturellen Entwicklung.	- 1,01 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Arbeitslosengeld und Krankenversicherungsbeiträge für Bezieher von Arbeitslosengeld durch einen höheren Anteil an Leistungsbeziehern wegen des konjunkturellen Umfelds.	+ 21,63 Mill. EUR
	Mehrausgaben durch die Nachzahlung an PV-Beiträgen für Vorjahre für Bezieher nach dem AIVG.	+ 14,25 Mill. EUR
	Höhere Ausgaben für Weiterbildungsgeld inklusive Krankenversicherung wegen Aufhebung der Beschränkung des Leistungsbezugs für Personen jünger als 45 Jahre.	+ 8,58 Mill. EUR
	Mehrausgaben durch die Nachzahlung von Krankengeld nach AIVG für Vorjahre.	+ 8,39 Mill. EUR
1/6357	Überweisung an das AMS	
1/63577	Überweisung an das AMS	+ 73,56 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Überweisungen an das AMS durch einen positiven Saldo der Gebarung Arbeitsmarktpolitik aufgrund des konjunkturellen Umfelds.	+ 73,56 Mill. EUR
1/636	Arbeitsmarktpolitik (II)	
1/6363	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)	
1/63636	Förderungen	- 28,85 Mill. EUR
	Minderausgaben für Förderungen im Zusammenhang mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (EU) durch den verzögerten Anlauf der ESF-Kofinanzierung der neuen Programmplanungsperiode.	- 25,97 Mill. EUR



BRA 2008

1/6366	Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gem. AMFG	
1/63666	Förderungen	+ 43,88 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Förderungen Betriebe zwecks Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.	+ 43,88 Mill. EUR
2/63	Wirtschaft und Arbeit	
2/630	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	
2/6300	Zentralleitung	
2/63004	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 17,90 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinsen aufgrund der gestiegenen Energiepreise bei gleichzeitig hoch anhaltendem Importwertniveau.	+ 18,75 Mill. EUR
2/6301	Kapitalbeteiligungen	
2/63014	Erträge	- 20,00 Mill. EUR
	Mindereinnahmen aufgrund des Entfalles der BIG-Gewinnausschüttung.	- 20,00 Mill. EUR
2/635	Arbeitsmarktpolitik (I)	
2/63580	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)	+ 49,55 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen aufgrund des konjunkturellen Umfelds.	+ 47,68 Mill. EUR
	Höhere Rückersätze aus Arbeitslosenversicherungsabkommen.	+ 2,14 Mill. EUR

Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie

Im Kapitel 65 betragen die Ausgaben 2.885,30 Mill. EUR und somit 3,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.592,81 Mill. EUR wurden 292,49 Mill. EUR (+ 11,3 %) mehr ausgegeben. Für Personal entstanden Mehrausgaben in Höhe von 1,05 Mill. EUR (+ 1,9 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 291,44 Mill. EUR (+ 11,5 %). Die Einnahmen betragen 262,58 Mill. EUR und somit 0,4 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 176,26 Mill. EUR wurden 86,32 Mill. EUR (+ 49,0 %) mehr eingenommen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Zahlungen an die ÖBB im Rahmen der Infrastrukturoffensive gemäß § 43 BBG (+ 175,96 Mill. EUR), beim Liegenschaftserwerb (ASFINAG) für Bundesstraßen (+ 39,80 Mill. EUR) und für die Refundierung der Brennermaut (+ 29,04 Mill. EUR) sowie bei der Übertragung von F&E-Offensivmitteln (+ 26,69 Mill. EUR) und bei Leistungen des Bundes an die FFG (+ 26,09 Mill. EUR) auf. Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei gemeinwirtschaftlichen Leistungen gemäß § 48 BBStG 2003 (- 17,00 Mill. EUR) sowie in der Wasserbauverwaltung bei Überweisungen für die Marchdammsanierung (- 16,77 Mill. EUR) auf.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich insbesondere durch die Gewinnausschüttung der ASFINAG und SCHIG (+ 42,69 Mill. EUR), durch Teilzahlungen der ASFINAG betreffend Querfinanzierung BBT SE (+ 21,83 Mill. EUR) und durch den Verkauf von Aktien BBT SE an die ÖBB Infrastruktur Bau AG (+ 11,78 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

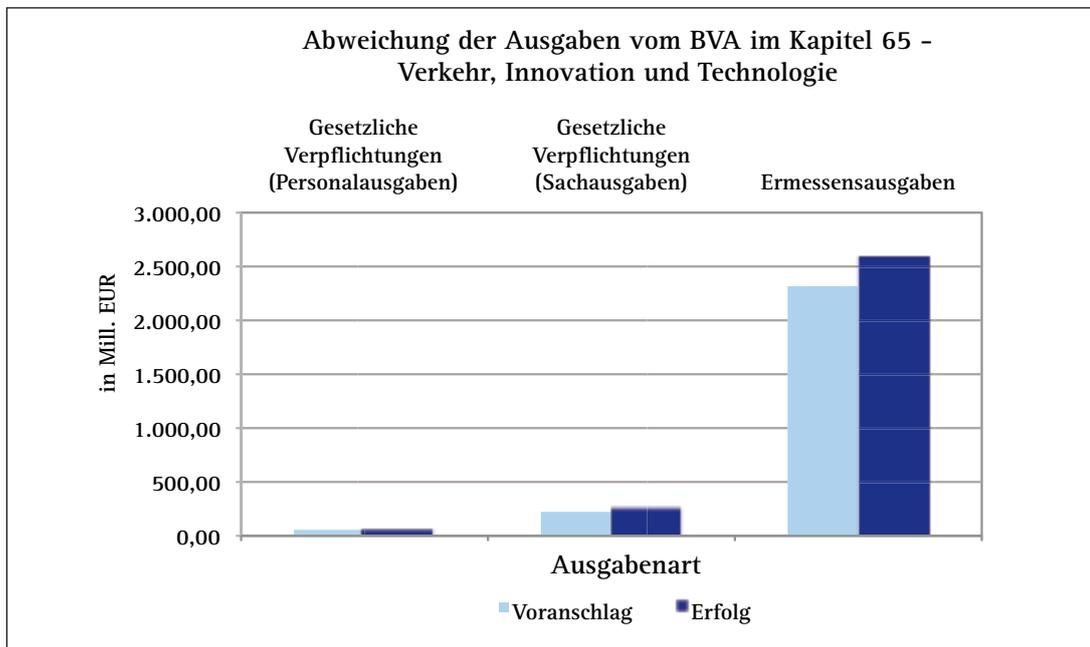
in Mill. EUR	Gesetzliche Verpflichtungen (Personalausgaben)	Gesetzliche Verpflichtungen (Sachausgaben)	Ermessensausgaben (Sachausgaben)	Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %
Voranschlag	55,43	221,24	2.316,13	3,7
Erfolg	56,48	253,50	2.575,31	3,6
Abweichung	1,05	32,26	259,18	
Abweichung in %	1,9	14,6	11,2	



Bundesministerium für Verkehr, Innovation
und Technologie

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen



BRA 2008

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Haushalt/Kapitel, Titel		Voranschlag 2008	Erfolg 2008	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	AUSGABEN				
650	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	65,04	68,17	+3,13	+4,8
651	Bundesministerium (Zweckaufwand)	1.909,37	2.099,83	+190,46	+10,0
652	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	145,44	139,98	-5,46	-3,8
653	Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie	357,31	411,29	+53,99	+15,1
654	Wasserbauverwaltung	83,40	62,73	-20,67	-24,8
655	Bundesanstalt für Verkehr	5,75	7,08	+1,32	+23,0
656	Bundesstrassenverwaltung	5,37	72,42	+67,05	+1.248,1
657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds / zweckgeb. Geb.)	4,10	5,74	+1,64	+40,0
658	Einrichtungen des Patentwesens	17,03	18,06	+1,03	+6,1
65	Summe Ausgaben	2.592,81	2.885,30	+292,49	+11,3
2/..	EINNAHMEN				
650	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	26,99	27,52	+0,53	+2,0
651	Bundesministerium (Zweckaufwand)	0,01	76,45	+76,44	+1.092.011,9
652	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	0,25	0,37	+0,11	+44,2
653	Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie	2,57	5,13	+2,56	+99,9
654	Wasserbauverwaltung	62,55	63,02	+0,46	+0,7
655	Bundesanstalt für Verkehr	0,42	1,73	+1,31	+309,0
656	Bundesstrassenverwaltung	47,70	50,45	+2,75	+5,8
657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.)	4,10	4,94	+0,84	+20,4
658	Einrichtungen des Patentwesens	31,66	32,98	+1,32	+4,2
65	Summe Einnahmen	176,26	262,58	+86,32	+49,0
Saldo Einnahmen/Ausgaben		-2.416,55	-2.622,71	-206,16	+8,5



Bundesministerium für Verkehr, Innovation
und Technologie

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/65 Verkehr, Innovation und Technologie

1/651 Bundesministerium (Zweckaufwand)

1/6510 Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehr

1/65107 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) + 12,70 Mill. EUR

Mehrausgaben für die Verkehrsverbände Ost-Region, Oberösterreich, Steiermark, Tirol und Kärnten aufgrund vertraglicher Verpflichtungen (Grund- und Finanzierungsverträge) aus den Jahren 2003-2006, die aufgrund fehlender budgetärer Bedeckung in diesen Jahren nicht ausgeglichen werden konnten.

+ 14,08 Mill. EUR

1/6514 Eisenbahnen

1/65147 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) + 20,36 Mill. EUR

Mehrausgaben für nicht veranschlagte Überweisungsbeträge gem. § 311 ASVG aufgrund eines VfGH-Erkenntnisses.

+ 20,36 Mill. EUR

1/65148 Kosten für Eisenbahn-Infrastruktur + 175,96 Mill. EUR

Die Mehrausgaben für die Infrastrukturoffensive gem. § 43 BBG, Zahlungen an die ÖBB, waren im Zusammenhang mit den vertraglich festgelegten Zuschüssen gem. § 43 Bundesbahngesetz (ÖBB Rahmenplan Schiene) erforderlich. Die Vereinbarung zum Rahmenplan 2008 – 2013 gem. § 43 Abs. 1 des Bundesbahngesetzes sieht vor, dass die Republik Österreich der ÖBB-Infrastruktur Bau AG in der Vereinbarung definierte Zuschüsse für die Bereitstellung ihrer Schieneninfrastruktur gewährt.

+ 137,00 Mill. EUR

Die Mehrausgaben waren für die ÖBB-Lehrlinge sowie im Zusammenhang mit der angespannten Situation des Infrastrukturbereichs des ÖBB-Konzerns, insbesondere auch bei der ÖBB-Infrastruktur Betrieb AG erforderlich.

+ 23,12 Mill. EUR

Mehrausgaben an zweckgebundenen Mitteln aus den von der ASFINAG an den Bund überwiesenen Querfinanzierungszuschlägen, welche vom BMVIT widmungsgemäß an die Brenner Basistunnel Gesellschaft (BBT SE) überwiesen wurden sowie infolge eines nicht rückzahlbaren Gesellschafterzuschusses zur Finanzierung der Übernahme von Anteilen an der BBT durch die ÖBB Infrastruktur Bau AG.

+ 20,78 Mill. EUR

Mehrausgaben für die nicht veranschlagte Anschlussbahnfinanzierung zufolge Umschichtung vom VA-Ansatz 1/65158 zu 1/65148.

+ 17,00 Mill. EUR

**Bundesministerium für Verkehr, Innovation
und Technologie**
**Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen**

Mehrausgaben für die nicht veranschlagte GKB-Infrastrukturfinanzierung infolge von Umschichtungen vom VA-Ansatz 1/65266 und ansatzintern beim VA-Ansatz 1/65148.	+ 16,39 Mill. EUR
Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft (SCHIG) infolge Begleichung der Forderungen der SCHIG gegen den Bund.	+ 12,26 Mill. EUR
Minderausgaben durch Umschichtungen zugunsten der Infrastrukturoffensive gemäß § 43 BBG.	– 45,00 Mill. EUR
Minderausgaben für den Infrastrukturbeitrag BBT AG, weil der Minderbedarf nicht vorhersehbar war.	– 5,00 Mill. EUR
1/65158 Gemeinwirtschaftliche Leistungen	– 17,00 Mill. EUR
Minderausgaben für Leistungen gem. § 48 BBStG 2003 im Zusammenhang mit der Aufteilung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) zwischen den Bereichen Güter- und Personenverkehr einerseits sowie im Güterverkehr zwischen GWL Güterverkehr für RCA bzw. Privatbahnen andererseits, weil diese Aufteilung bei der Budgeterstellung nicht im Detail definiert war.	– 33,48 Mill. EUR
Mehrbedarf an Leistungen gem. § 3 des Privatbahngesetzes 2004 aufgrund des GWL-Vertrags mit den Privatbahnen für das Jahr 2008.	+ 16,88 Mill. EUR
1/652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	
1/65266 Förderungen an Privatbahnen	– 9,55 Mill. EUR
Minderausgaben für Transferleistungen sowie den Investitionsförderungsbeitrag an die Graz-Köflacher Bahn- und Busbetriebs GmbH weil für vorgesehene Investitionsvorhaben keine vertragliche Grundlage vorhanden war.	– 13,16 Mill. EUR
Minderausgaben für den Investitionsförderungsbeitrag an die Schienenverbindung Hall/Tirol, weil wegen der Klärung noch offener Fragen keine Anweisung erfolgte.	– 3,00 Mill. EUR
Mehrausgaben für Investitionsförderungsbeiträge (Vertrag) an die Steiermärkischen Landesbahnen, an die AG der Wr. Lokalbahnen, an die Sbg. AG, Salzburger Lokalbahn und an die Zillertaler Verkehrsbetriebe AG infolge Verschiebung vertraglich vereinbarter Zahlungen aufgrund beschleunigter Projektdurchführung sowie offener Projektrechnungen in Unternehmen und Nicht-Ausnutzung vorhandener Budgetmittel durch andere Finanzierungsnehmer.	+ 5,20 Mill. EUR



Bundesministerium für Verkehr, Innovation
und Technologie

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

1/653 Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie

1/6532 Technologie- und Forschungsförderung (wissenschaftlich)/FWF

1/65326 Förderungen + 16,23 Mill. EUR

Mehrausgaben für die wissenschaftliche Technologie- und Forschungsförderung ergaben sich durch die Übertragung von Mitteln der Forschungs- und Entwicklungs-offensiven der Bundesregierung an den FWF für die Abwicklung von F&E-Programmen.

+ 16,30 Mill. EUR

1/6537 Innovationsförderung

1/65376 Förderungen - 7,95 Mill. EUR

Minderausgaben für Technologie- und Forschungsschwerpunkte (Unternehmungen) ergaben sich auf Grund von Verzögerungen bei den Projekt- bzw. Programmdurchführungen (vor allem beim Programm Seedfinancing) bzw. Änderung von Zahlungsfristigkeiten bei Forschungs- und Technologieprojekten.

- 7,95 Mill. EUR

1/6538 Forschungsförderungs-GmbH (FFG)

1/65386 Förderungen + 26,69 Mill. EUR

Mehrausgaben ergaben sich durch die Übertragung von F&E-Offensivmitteln an die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) für die Abwicklung von F&E-Programmen aus den Mitteln der Forschungs- und Entwicklungs-offensiven der Bundesregierung.

+ 26,69 Mill. EUR

1/65388 Aufwendungen + 26,09 Mill. EUR

Mehrausgaben ergaben sich durch die Auszahlungen für die Basisprogramme und des genehmigten Administrativbudgets der FFG 2008, welche der Höhe nach zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht bekannt und zu niedrig angesetzt waren.

+ 24,69 Mill. EUR

Mehrausgaben ergaben sich durch die Auszahlungen betreffend die Internationale Energieagentur/Forschungsk Kooperationen über die FFG.

+ 1,00 Mill. EUR



Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/654 Wasserbauverwaltung

1/6546 Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

1/65468 Aufwendungen – 16,77 Mill. EUR

Minderausgaben für Überweisungen an via donau und Marchdammsanierung - ÖWG betreffend den Wasserbau entstanden dadurch, weil sich Art und Umfang der Tätigkeiten nach den konkreten Erfordernissen richten.

– 16,77 Mill. EUR

1/6549 via donau - ÖWG

1/65498 Aufwendungen – 7,89 Mill. EUR

Minderausgaben für Zahlungen gemäß § 18 Abs. 3 WSG (Flussbauliches Gesamtprojekt) entstanden durch Projektverzögerungen.

– 9,00 Mill. EUR

1/656 Bundesstraßenverwaltung

1/6562 Bundesstraßen (sonstige Ausgaben)

1/65628 Aufwendungen + 29,04 Mill. EUR

Mehrausgaben für Entschädigungen infolge Refundierung der von der ASFINAG vorfinanzierten Rückzahlung der Brennermaut.

+ 29,52 Mill. EUR

1/6563 Bundesstraßen A + S

1/65633 Anlagen + 39,80 Mill. EUR

Mehrausgaben beim Liegenschaftserwerb (ASFINAG), da der tatsächliche Bedarf bei der ASFINAG im Vorhinein schwer abschätzbar ist.

+ 39,80 Mill. EUR

2/65 Verkehr, Innovation und Technologie

2/651 Bundesministerium (Zweckaufwand)

2/6513 Kapitalbeteiligungen

2/65134 Erträge + 42,69 Mill. EUR

Mehreinnahmen aus der Gewinnausschüttung seitens der ASFINAG 2007 (29.519.412,00 EUR) und der SCHIG 2007 (12.263.425,21 EUR).

+ 42,69 Mill. EUR



Bundesministerium für Verkehr, Innovation
und Technologie

BRA 2008

Erläuterungen zu den
VA-Ansatzabweichungen

2/65137	Erlöse	+ 11,78 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus dem Verkauf von Aktien im Zusammenhang mit dem Brenner-Basis-Tunnel an die ÖBB Infrastruktur Bau AG.	+ 11,78 Mill. EUR
2/6514	Eisenbahnen	
2/65140	Brenner Basistunnel (zweckgeb. Einnahmen)	+ 21,83 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus der ersten (12.537.475,21 EUR) und der zweiten (8.871.143,05 EUR) Teilzahlung seitens der ASFINAG im Zusammenhang mit der Querfinanzierung BBT SE gemäß § 8a des ASFINAG-Gesetzes.	+ 21,83 Mill. EUR

TZ 4

4. JAHRESBESTANDSRECHNUNG

4.1 Allgemeines zur Darstellung des Vermögens und der Schulden sowie des Kapitalausgleichs

Das Vermögen des Bundes umfasst grundsätzlich die Gesamtheit der in der Verfügung des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauernden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Rechnerisch werden hier die Endbestände der aktiven Bestandskonten dargestellt.

Dabei können die Ergebnisse der Jahresbestandsrechnungen bzw. der Bilanzen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die in der VWV verrechneten Berechtigungen und Verpflichtungen sind in der Bestandsrechnung nicht enthalten (siehe TZ 3.6).

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Rechnerisch werden hier die Endbestände der passiven Bestandskonten dargestellt.

Die Gliederung der Jahresbestandsrechnung des Bundes entspricht den Vorgaben des § 21 RLV und des Kontenplanes des Bundes.

Die Darstellung in der Jahresbestandsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Schulden des Bundes, sodass der Darstellung des Kapitalausgleichs lediglich die Bedeutung einer rechnungstechnischen Bilanzausgleichsposition zukommt. Deren Aussagewert ist beschränkt, weil u.a. das Anlagevermögen hohe Bewertungsreserven enthält. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen zur Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung in den Begriffsbestimmungen (TZ 1.5.5) verwiesen.

Der anfängliche Kapitalausgleich des Jahres 2008 entspricht dem schließlichen Kapitalausgleich des Jahres 2007. Die unentgeltlichen Zu- und Abgänge im Anlage- und Umlaufvermögen sind in der Kapitalerhöhung und Kapitalverminderung enthalten. Der Vermögensabgang ist im Band 2 in den Tabellen B.1 (Aktiva) und B.4 (Erträge) und in der Übersicht 9 jeweils als letzte Position ausgewiesen.

Details zum Stand der Schulden und der Forderungen finden sich auch in den TZ 6 und 3.6; die Rücklagen werden in der TZ 3.5 ausführlich dargestellt.

4.2 Gesamtstand des Vermögens

Dem Vermögensnachweis liegt das erfasste Vermögen des Bundes zugrunde, das in den Bestandsrechnungen der anordnenden Organe für das Jahr 2008 enthalten ist.

In der Aktiven Rechnungsabgrenzung sind zur periodengerechten Abgrenzung u.a. auch die vor dem 1. Jänner 2009 für das Finanzjahr 2009 geleisteten Zahlungen enthalten.

Die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des Vermögens erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, wobei die Amtsortgane gemäß § 57 Abs. 3 BHG pauschal abzuschreiben haben.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Vermögens von 1999 bis 2008:

Tabelle 24: Aktiva des Bundes

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mill. EUR				
I. Anlagevermögen	16.666,75	15.272,33	19.309,46	19.812,92	20.595,12
II. Umlaufvermögen	46.133,51	51.669,54	53.477,69	52.336,45	64.254,19
III. Aktive Rechnungsabgrenzung	2.615,37	1.544,81	1.316,69	1.184,51	2.732,01
IV. Kapitalausgleich	122.281,59	119.446,01	116.893,42	117.998,57	121.234,64
Summe Aktiva	187.697,22	187.932,69	190.997,26	191.332,45	208.815,96

Der Anstieg des Anlagevermögens im Jahr 2006 ergab sich aus der in der Jahresbestandsrechnung 2006 erfolgten Erfassung der Grundstücke des ehemaligen Bundesbetriebs „Österreichische Bundesforste“.

Das Umlaufvermögen betrug 64.254,19 Mill. EUR (2007: 52.336,45 Mill. EUR) und erhöhte sich um 11.917,74 Mill. EUR. Die Erhöhung resultierte aus den um 6.778,27 Mill. EUR gestiegenen Haushaltsrücklagen und den um 6.365,88 Mill. EUR höheren flüssigen Mitteln (vor allem Guthaben bei Kreditunternehmungen). Hingegen sind die Forderungen um 1.226,87 Mill. EUR gesunken.

Die aktive Rechnungsabgrenzung betrug 2.732,01 Mill. EUR (2007: 1.184,51 Mill. EUR) und war um 1.547,50 Mill. EUR höher als im Vorjahr. Die Erhöhung ist vorwiegend auf die Periodenabgrenzung von Erlösen aus Währungstauschverträgen gemäß § 65a BHG (+ 1.500,00 Mill. EUR) zurückzuführen. Weitere 47,42 Mill. EUR ergaben sich aus höheren Auszahlungen für das Folgejahr (34,07 Mill. EUR) und höheren Einzahlungen im Auslaufzeitraum (13,34 Mill. EUR).

Der gegenüber 2007 um 3.236,07 Mill. EUR höhere Kapitalausgleich ist auf einen Vermögensabgang in Höhe von 2.201,09 Mill. EUR und eine Kapitalminderung um 1.034,97 Mill. EUR zurückzuführen.

Eine weitere Aufgliederung der Aktiva nach Vermögensarten, getrennt nach Amtsorganen (früher: Hoheitsverwaltung) und betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.1).

4.3 Gesamtstand der Schulden

Dem Schuldennachweis liegen alle Zahlungsverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen der anweisenden Organe für das Jahr 2008 enthalten sind.

In der Passiven Rechnungsabgrenzung sind unter anderen auch die gemäß § 52 Abs. 2 BHG im Jahr 2009 (Auslaufzeitraum) für das Finanzjahr 2008 geleisteten Zahlungen enthalten.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Passiva von 1999 bis 2008:

Tabelle 25: Passiva des Bundes

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mill. EUR				
I. Rücklagen	3.163,86	3.443,19	3.710,09	4.704,76	11.483,04
II. Wertberichtigungen	-	-	-	-	-
III. Schulden	181.203,04	182.151,42	185.165,49	184.898,86	194.101,92
IV. Rückstellungen	-	-	-	-	-
V. Passive Rechnungsabgrenzung	3.330,33	2.338,08	2.121,68	1.728,82	3.231,00
Summe Passiva	187.697,22	187.932,69	190.997,26	191.332,45	208.815,96

Der Gesamtstand der Bundesschuld belief sich auf 194.101,92 Mill. EUR (2007: 184.898,86 Mill. EUR) und stieg somit um 9.203,06 Mill. EUR (+ 5,0 %). Der Anstieg resultierte aus den um 8.112,94 Mill. EUR gestiegenen Finanzschulden, den um 4.158,03 Mill. EUR gestiegenen Schulden aus Währungstauschverträgen und den um 533,68 Mill. EUR gestiegenen sonstigen Schulden. Die Schulden aus Erlägen sind um 3.532,73 Mill. EUR zurückgegangen.

Die Rücklagen betragen 11.483,04 Mill. EUR (2007: 4.704,76 Mill. EUR). Die Steigerung um 6.778,27 Mill. EUR (+ 144,0 %) ist größtenteils auf die Finanzierung des Bankenpakets im Dezember 2008 zurückzuführen.

Die passive Rechnungsabgrenzung betrug 3.231,00 Mill. EUR (2007: 1.728,82 Mill. EUR) und stieg um 1.502,18 Mill. EUR (+ 86,9 %). Dies ist größtenteils auf die Periodenabgrenzung von Erlösen aus Währungstauschverträgen gemäß § 65a BHG zurückzuführen.

Eine weitere Aufgliederung der Passiva nach Schuldarten, getrennt nach Amtsorganen und der betriebsähnlichen Einrichtung, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.2).

4.4 Betriebsähnliche Einrichtungen

Gemäß § 98 Abs. 2 Z. 4 BHG sind in den BRA die Vermögens- und Schuldenrechnungen (die Bilanzen) der betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes aufzunehmen (Band 2, Tabelle B.6.1). Die bundeseinheitliche Gliederung wurde vom RH im Einvernehmen mit dem BMF festgelegt. Siehe dazu auch TZ 4.1.

4.5 Erläuterungen der Veränderungen des Vermögens und der Schulden in der Jahresbestandsrechnung

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahresbestandsrechnung 2008 (siehe Band 2, Tabelle B.1) gegenüber dem Jahre 2007 eingetretenen Veränderungen von über 5 Mill. EUR betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise¹ gegliedert aufgezeigt. Begründungen sind dann erforderlich, wenn die Abweichung der Bilanzposition in einem Bereich 5 Mill. EUR überschreitet. Diese Begründungen werden von den einzelnen Ressorts erstellt und dem Rechnungshof übermittelt, der sie auf ihre Vollständigkeit und Plausibilität überprüft. Im Einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (mit Ausnahme des Kapitalausgleichs) im Band 2, Tabellen B.2.1 (Aktiva) und B.2.2 (Passiva) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

AKTIVA

I. ANLAGEVERMÖGEN

UNBEWEGLICHE ANLAGEN

3. Grundstückseinrichtungen + 39,67 Mill. EUR

Die Zugänge im Bereich BMVIT (39,8 Mill. EUR) entstanden infolge von Grundstücksankäufen für Infrastruktur- und Straßenausbaumaßnahmen durch die ASFINAG.

4. Gebäude + 15,22 Mill. EUR

Steigerungen im Bereich BMWA (13,9 Mill. EUR) betrafen Generalsanierungsmaßnahmen im Bereich Bundeshochbau.

BEWEGLICHE ANLAGEN

6. Maschinen und maschinelle Anlagen – 22,93 Mill. EUR

Abgänge im Bereich BMJ (28,1 Mill. EUR) entstanden durch die Umstellung der EDV-Vermögensverwaltung der Zentralstelle bzw. der Justizbehörden in den Ländern auf SAP und die damit verbundene Abschreibung von nicht mehr verwendeten Geräten.

9. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung + 24,34 Mill. EUR

¹ Im Unterschied zur Voranschlagsvergleichsrechnung auf Kapitel-Ebene, erfolgt die Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung auf Bereichs-Ebene, in der mehrere Budget-Kapitel in einem Bereich zusammengefasst werden (z.B. umfasst der Bereich BMF die Kapitel 50 – 58).

Zugänge im Bereich BMJ (7,8 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch Umbuchungen im Zusammenhang mit der Umstellung der Anlagenverwaltung, im Bereich BMUKK (6,9 Mill. EUR) entstanden sie vorwiegend durch Neu- und Ersatzanschaffungen im Schulbereich. Weitere Steigerungen ergaben sich auch in diversen anderen Bereichen, waren jedoch nicht zu erläutern, weil sie jeweils unter der Betragsgrenze von 5 Mill. EUR lagen.

IN BAU BEFINDLICHE ANLAGEN

10. In Bau befindliche unbewegliche Anlagen + 39,11 Mill. EUR

Zugänge im Bereich BMWA (30,4 Mill. EUR) betrafen Umbau- und Restaurationsarbeiten an Amtsgebäuden und im Tiergarten Schönbrunn (Filmstudios), im Bereich BMJ (7,1 Mill. EUR) betrafen sie vorwiegend Bauinvestitionen der Justizanstalten.

FINANZANLAGEN

15. Beteiligungen + 173,45 Mill. EUR

Steigerungen im Bereich BMF (174,7 Mill. EUR) betrafen insbesondere die Beteiligungen am Europäischen Entwicklungsfonds, an der Internationalen Entwicklungsorganisation sowie am Afrikanischen Entwicklungsfonds.

ANZAHLUNGEN FÜR ANLAGEN

17. Anzahlungen für Anlagen + 513,13 Mill. EUR

Zugänge im Bereich BMF (499,6 Mill. EUR) betrafen vorwiegend eine Kapitalzuführung an die ÖIAG, Steigerungen im Bereich BMI (13,6 Mill. EUR) entstanden durch die Ausbezahlung der zweiten Tranche für Polizeihubschrauber.

II. UMLAUFVERMÖGEN

FLÜSSIGE MITTEL

5. Guthaben bei der BAWAG P.S.K. + 15,78 Mill. EUR

Zugänge im Bereich BMF (16,0 Mill. EUR) entstanden durch höhere Guthaben-Stände bei der BAWAG P.S.K. Dies betrifft üblicherweise verspätete Einnahmen auf dem Konto der OeNB, die von der ÖBFA nicht fristgerecht bis zum 31. Dezember jeden Jahres veranlagt werden konnten und dementsprechend vorübergehend auf das BAWAG P.S.K.-Konto einbezahlt werden.

7. Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen + 6.791,12 Mill. EUR

Steigerungen im Bereich BMF (6.797,9 Mill. EUR) betrafen höhere Guthaben-Stände bei verschiedenen Banken und Gesellschaften sowie höhere Rückstellungen bei der OeKB.

Abgänge im Bereich BMeiA (6,8 Mill. EUR) entstanden durch die Abfuhr von überschüssigen Kassenmitteln einer Vertretungsbehörde im Ausland auf das BAWAG P.S.K.-Konto in Österreich.

8. Schwebende Geldgebarungen – 440,88 Mill. EUR

Verminderungen im Bereich BMWF (218,9 Mill. EUR) entstanden infolge von Migrationsbuchungen zum Jahreswechsel aufgrund der Haushaltsrechtsreform, im Bereich BMUKK (130,3 Mill. EUR) entstanden sie durch den vorgezogenen Jahresabschluss der Kassenbuchführungs-Dienststellen im Zusammenhang mit der ersten Etappe der Haushaltsrechtsreform. Abgänge im Bereich BMF (84,9 Mill. EUR) resultierten aus geringeren Sozialversicherungsbeiträgen sowie geringeren Lohnsteuerrücküberweisungen, im Bereich BMWA (13,2 Mill. EUR) ergaben sie sich aus Rücküberweisungen von Zahlungen im Auslaufzeitraum. Verminderungen im Bereich BMUKK/Kunst (9,4 Mill. EUR) entstanden durch die im Jahr 2008 begonnene Umsetzung der Finanzkreisoptimierung im Kapitel 13 und damit verbundene Probleme im automationsunterstützten Zahllauf in HV-SAP. Abgänge im Bereich BMJ (6,4 Mill. EUR) sind auf vermehrte Scheckverrechnungs-Aufträge im Dezember 2008 im Bereich der Justizbehörden in den Ländern und der Justizanstalten zurückzuführen.

Zugänge im Bereich BMVIT (33,9 Mill. EUR) sind auf geringere Scheckverrechnungs-Aufträge im Dezember 2008 zurückzuführen. Steigerungen im Bereich BMLFUW (6,5 Mill. EUR) entstanden durch Verrechnungsumstellungen infolge der Einführung der ersten Etappe der Haushaltsrechtsreform.

FORDERUNGEN

11. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – 65,81 Mill. EUR

Abgänge im Bereich BMJ (75,7 Mill. EUR) entstanden dadurch, dass, bedingt durch die erste Etappe der Haushaltsrechtsreform (vorgezogener Jahresabschluss der Kassenbuchführungs-Dienststellen), keine Forderungen bei Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen gebucht wurden.

Zugänge im Bereich BMF (11,8 Mill. EUR) entstanden im Kapitel 54 – Bundesvermögen, wo eine Zunahme der Forderungen im Wesentlichen auf die geltend gemachte Schadenersatzforderung des BMF gegenüber der BHAG

aus dem dortigen Schadensfall zurückzuführen ist. Näheres dazu ist dem Prüfungsergebnis in der TZ 1.2.2 zu entnehmen.

12. Forderungen aus Darlehen – 47,17 Mill. EUR

Verminderungen im Bereich BMWA (14,6 Mill. EUR) ergaben sich aus einer systemtechnisch erforderlichen Neueingabe von Darlehensforderungen, die vom BMF einer Bereinigung zugeführt wurden. Abgänge in den Bereichen BMLV (10,7 Mill. EUR) und BMUKK (8,6 Mill. EUR) entstanden durch einen Rückgang bei der Inanspruchnahme von Bezugsvorschüssen. Verminderungen im Bereich BMF (9,4 Mill. EUR) betrafen geringere Forderungen gegenüber Unternehmungen mit Bundesbeteiligungen und sonstigen Unternehmungen sowie geringere sonstige Bezugsvorschüsse.

13. Fällige Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen + 716,08 Mill. EUR

Zugänge im Bereich BMF (716,1 Mill. EUR) ergaben sich durch höhere Forderungen aus Rückersätzen von Haftungsinanspruchnahmen gemäß AFG.

14. Fällige Forderungen aus voranschlagswirksamen Vorschüssen + 42,95 Mill. EUR

Die Steigerung der Forderungen im Bereich BMGFJ (41,3 Mill. EUR) entstanden durch die Zunahme der Forderungen aus Unterhaltsvorschüssen im Bereich sonstiger familienpolitischer Maßnahmen.

15. Forderungen aus voranschlagsunwirksamen Vorschüssen – 8,97 Mill. EUR

Abgänge im Bereich BMF (8,5 Mill. EUR) entstanden durch die endgültige Verrechnung der Kofinanzierung der Schwellenländer.

17. Forderungen aus gegebenen Anzahlungen + 24,14 Mill. EUR

Steigerungen im Bereich BMLV (20,7 Mill. EUR) entstanden durch die aufgrund von Lieferverzögerungen bis zum Jahresende nicht vorgenommene Abrechnung gegebener Anzahlungen.

18. Nicht fällige Forderungen aus Währungstauschverträgen + 1.648,95 Mill. EUR

Erhöhungen entstanden im Bereich BMF (1.649,0 Mill. EUR) durch höhere Devisentermingeschäfte. Dem standen vermehrte Tilgungen aus Währungstauschverträgen und die ungünstige Devisenkursentwicklung gegenüber.

TZ 4

20. Sonstige Forderungen – 3.537,04 Mill. EUR

Verringerungen im Bereich BMF (4.404,6 Mill. EUR) ergaben sich durch einen geringeren Bestand an Wertpapieren (Anleihen) im Bundesbesitz (– 3.972,8 Mill. EUR) und durch Bilanzabgrenzungsbuchungen (– 618,7 Mill. EUR). Gleichzeitige Zugänge entstanden durch höhere sonstige Forderungen der Zoll- und Finanzämter (+ 206,0 Mill. EUR). Abgänge im Bereich BMJ (132,4 Mill. EUR) entstanden dadurch, dass, bedingt durch die erste Etappe der Haushaltsrechtsreform (vorgezogener Jahresabschluss der Kassenbuchführungs-Dienststellen), keine Forderungen bei Strafgeldern gebucht wurden; auch massive Abschreibungen von Forderungen bei Geldstrafen führten zu diesen Veränderungen. Verringerungen im Bereich BMWA (35,4 Mill. EUR) entstanden durch verminderte fällige sonstige Forderungen in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaft. Die Abgänge im Bereich BMI (10,0 Mill. EUR) entstanden durch im Vorjahr zu hoch angenommene und mittels Kassabuchführung eingebuchte Forderungen.

Zugänge im Bereich BMGFJ (482,4 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch die höhere Forderung an den Reservefonds für Familienbeihilfen zur Abgangsdeckung 2008, im Bereich BMSK (385,5 Mill. EUR) durch Forderungen an Sozialversicherungsträger im Zusammenhang mit dem Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung infolge der nicht erfolgten Vereinnahmung der Abrechnungsreste 2007. Steigerungen im Bereich BMVIT (171,9 Mill. EUR) sind auf Umbuchungen der BRZ GmbH (Bilanzsplitting) im Zusammenhang mit höheren nicht Voranschlags-verbundenen Forderungen zurückzuführen, im Bereich BMWF (11,9 Mill. EUR) betrafen sie die erst im Jänner 2009 erfolgte verspätete Refundierung des Aktivitätsaufwands seitens der Universität Wien.

HAUSHALTSRÜCKLAGEN

21. Haushaltsrücklagen + 6.778,27 Mill. EUR

Siehe die gleich bezeichnete Position unter Passiva.

III. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG + 1.547,50 Mill. EUR

Steigerungen im Bereich BMF (1.515,1 Mill. EUR) ergaben sich hauptsächlich durch die höhere Begebung von Finanzschulden, im Bereich BMWF (9,9 Mill. EUR) resultierten sie vor allem aus vermehrten Vorlaufzahlungen bei den Ämtern der Universitäten, im Bereich BMUKK/Kunst (9,2 Mill. EUR) aus einer höheren Anzahl an Zahlungen im Vorlaufzeitraum. Im Bereich BMJ (6,8 Mill. EUR) sind sie auf eine gegenüber dem Vorjahr höhere Übertragung der Unterhaltsvorschusserläge durch den Präsidenten des OLG Innsbruck zurückzuführen.

IV. KAPITALAUSGLEICH

Der schließliche Kapitalausgleich betrug 121.234,6 Mill. EUR. Er erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3.236,1 Mill. EUR. Auf die Ausführungen unter TZ 3.5 dieses Berichtes wird verwiesen.

PASSIVA

I. RÜCKLAGEN

1. Haushaltsrücklagen + 6.778,27 Mill. EUR

Bei den im Bereich des BMF verrechneten Haushaltsrücklagen veränderte sich der Stand der Rücklagen entsprechend den im Finanzjahr 2008 erfolgten Zuführungen und Inanspruchnahmen (Entnahmen bzw. Auflösungen). Die Erhöhung der Haushaltsrücklagen ist vor allem auf die Erhöhung der Ausgleichsrücklage um 6.522,5 Mill. EUR zurückzuführen, die wiederum aus dem Finanzierungsüberschuss aus dem „Banken-Paket“ resultierte. Im Übrigen ist die Erhöhung der Haushaltsrücklagen auf die um 279,3 Mill. EUR höheren besonderen Rücklagen und die um 72,6 Mill. EUR höheren Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen zurückzuführen. Die allgemeinen Rücklagen wurden hingegen um 93,0 Mill. EUR vermindert. Einzelheiten sind der TZ 3.5 im Berichtsteil und den Tabellen A.5.1 bis A.5.7 sowie B.3.3.1 bis B.3.3.7 im Zahlenteil zu entnehmen.

III. SCHULDEN

1. Schulden aus Lieferungen und Leistungen – 68,86 Mill. EUR

Eine Verminderung der Schulden im Bereich BMGFJ (47,8 Mill. EUR) entstand insbesondere im Bereich der Schüler- und Lehrlingsfreifahrten, im Bereich BMLV (7,2 Mill. EUR) durch die Begleichung nichtfälliger Schulden durch frühzeitige Rechnungslegung. Verminderungen im Bereich BMF (6,1 Mill. EUR) entstanden durch die Tilgung von Schulden für IT-Leistungen sowie durch geringere Aufwendungen für das IAKW (Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien). Im Bereich BMJ (5,2 Mill. EUR) entstanden sie dadurch, dass, bedingt durch die erste Etappe der Haushaltsrechtsreform (vorgezogener Jahresabschluss der Kassenbuchführungs-Dienststellen), keine Schulden gebucht wurden.

2. Schulden aus voranschlagsunwirksamen Erlägen – 3.532,73 Mill. EUR

Verminderungen im Bereich BMF (3.730,7 Mill. EUR) resultierten aus geringeren Wertpapierpensionsgeschäften (– 2.265,3 Mill. EUR) sowie geringeren Cash-Collateral-Barsicherheiten (– 1.479,0 Mill. EUR), im Bereich BMLFUW (7,7 Mill. EUR) entstanden sie durch eine Zunahme der Interessentenmit-

TZ 4

tel bei der Wildbach- und Lawinenverbauung als Folge der Einführung der ersten Etappe der Haushaltsrechtsreform.

Zugänge im Bereich BMVIT (190,0 Mill. EUR) sind auf höhere EU-Mittelzuweisungen für den Hochgeschwindigkeitsverkehr zurückzuführen, im Bereich BMWA (12,2 Mill. EUR) ergaben sie sich infolge von Einnahmen, die erst zu prüfen waren und daher noch nicht zugeordnet werden konnten. Steigerungen im Bereich BMLV (7,0 Mill. EUR) waren auf die Beschaffung geschützter Fahrzeuge für den Auslandseinsatz zurückzuführen.

5. Nicht fällige Schulden aus Währungstauschverträgen + 4.158,03 Mill. EUR

Steigerungen im Bereich BMF (4.158,0 Mill. EUR) entstanden aufgrund neuer Devisentermingeschäfte (+ 3.722,1 Mill. EUR) sowie durch die ungünstigere Devisenkursentwicklung (+ 1.032,4 Mill. EUR). Gleichzeitige Abgänge erfolgten durch die Tilgung von Währungstauschverträgen (- 596,5 Mill. EUR).

6. Sonstige Schulden + 533,68 Mill. EUR

Die Erhöhungen im Bereich BMF (558,3 Mill. EUR) ergaben sich durch Bilanzabgrenzungsbuchungen. Gleichzeitige Abgänge entstanden durch geringere Schulden für den Ersatz an die ÖIAG. Zugänge im Bereich BMSK (23,6 Mill. EUR) entstanden durch Schulden an Sozialversicherungsträger im Zusammenhang mit dem Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung infolge der nicht erfolgten Abrechnung der Abrechnungsreste 2007.

Verminderungen im Bereich BMWA (28,2 Mill. EUR) entstanden sowohl durch die teilweise Tilgung sowie durch Abschreibungen von sonstigen Schulden. Abgänge im Bereich BMVIT (13,9 Mill. EUR) sind auf Umbuchungen der BRZ GmbH (Bilanzsplitting) im Zusammenhang mit geringeren nicht Voranschlags-verbundenen Schulden zurückzuführen, im Bereich BMLV (6,2 Mill. EUR) auf Bilanzabgrenzungsbuchungen.

7. Finanzschulden + 8.112,94 Mill. EUR

Die Zugänge im Bereich BMF ergaben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme neuer Finanzschulden (+ 7.804,4 Mill. EUR) und durch die Vorlauffinanzierung von Finanzschulden (+ 1.500,0 Mill. EUR). Gleichzeitige Verminderungen resultierten aus der geringeren Länder- und Rechtsträgerfinanzierung (- 1.233,4 Mill. EUR).

V. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG + 1.502,18 Mill. EUR

Steigerungen im Bereich BMF (1.520,3 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch die Korrektur der Einzahlungen im Vorlaufzeitraum (betreffend Finanzschulden). Zugänge in den Bereichen BMVIT (47,5 Mill. EUR), BMUKK (17,5 Mill. EUR) und BMWA (6,3 Mill. EUR) betrafen vorwiegend höhere Zahlungen im Auslaufzeitraum, im Bereich BMJ (13,8 Mill. EUR) entstanden sie durch vermehrte Zahlungen im Auslaufzeitraum im Bereich der Justizbehörden in den Ländern. Im Bereich BMWF (6,3 Mill. EUR) resultierten sie aus höheren Zahlungen, insbesondere im Bereich der Studienförderungen, im Auslaufzeitraum.

Verminderungen im Bereich BMLV (48,5 Mill. EUR) entstanden dadurch, dass infolge von Vorgaben des BMF, weniger Rechnungen dem Zahlungsvollzug 2008 im Auslaufzeitraum zugeführt wurden. Abgänge in den Bereichen BKA (19,0 Mill. EUR), BMGFJ (8,3 Mill. EUR), BMGFJ/Gesundheit (7,1 Mill. EUR) und BMSK (5,8 Mill. EUR) ergaben sich infolge reduzierter Zahlungen im Auslaufzeitraum. Im Bereich BMI (13,5 Mill. EUR) entstanden sie durch termingerechten Zahlungsvollzug im Berichtsjahr.

5. JAHRESERFOLGSRECHNUNG

5.1 Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung

§ 98 Abs. 2 Z. 3 bzw. 4 BHG sieht die Aufstellung einer Erfolgsrechnung für den gesamten Bereich des Bundes sowie gesondert für betriebsähnliche Einrichtungen des Bundes vor. Deren Form und Gliederung ist durch die Rechnungslegungsverordnung bundeseinheitlich festgelegt. Dabei können die Ergebnisse der Erfolgsrechnungen bzw. der Gewinn- und Verlustrechnungen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen – doppelten – Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die Darstellung des Gesamtergebnisses aller Stellen des Bundes in der Erfolgsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge des Bundes, sodass der Darstellung des Vermögensabgangs bzw. -zugangs lediglich die Rolle einer rechnungstechnischen Ausgleichsposition zukommt, die für Abstimmzwecke als Mindestvoraussetzung erforderlich ist (siehe Band 2, Tabelle B.4 sowie Tabellen 26 bzw. 27). Die einschränkenden Bemerkungen hinsichtlich der Aussagekraft des Kapitalausgleichs in der Jahresbestandsrechnung (TZ 3.5) gelten sinngemäß.

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Die Erstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ermöglicht die Aufdeckung von unzulässigen Salden und ist für die Abstimmung der Verrechnungsdaten erforderlich.

Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten (Gliederung gemäß Anlage 2 zu § 22 RLV) gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung (Band 2, Tabelle B.4). Die Tabellen 26 und 27 zeigen die Entwicklung der gesamten Aufwendungen und Erträge während der Jahre 1999 bis 2008.

Tabelle 26: Jahreserfolgsrechnung des Bundes
Aufwendungen

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mill. EUR				
I. Aufwand für Bedienstete	10.342,46	10.537,17	11.072,23	11.327,14	11.819,31
II. Öffentliche Abgaben	36,40	17,31	20,11	22,29	21,33
III. Abschreibungen u. Wertbericht.	1.186,67	1.122,01	1.770,49	1.541,74	868,97
IV. Übrige Aufwendungen	22.145,60	15.221,90	17.688,69	18.529,58	20.697,24
V. Bestandsminderung	11,85	1.900,04	10,97	28,55	15,57
VI. Transfers	35.972,11	38.660,72	38.805,01	39.621,59	41.170,14
VII. Zuf. sonst. Rücklag., Rückstell.	-	-	-	-	-
VIII. Vermögenszugang	-	2.862,99	520,50	-	-
Summe Aufwendungen	69.695,08	70.322,13	69.888,00	71.070,89	74.592,57

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen betragen 868,97 Mill. EUR (2007: 1.541,74 Mill. EUR) und sanken um 672,77 Mill. EUR (- 43,6 %). Dies ist im Wesentlichen auf geringere Forderungsabschreibungen (- 457,76 Mill. EUR) und auf geringere Anlagenabschreibungen für Abnutzung (- 229,46 Mill. EUR) zurückzuführen. Die sonstigen Anlageabschreibungen nahmen um 13,88 Mill. EUR zu.

Tabelle 27: Jahreserfolgsrechnung des Bundes
Erträge

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mill. EUR				
I. Haupterträge (Erlöse, Abgaben)	51.017,81	53.127,00	55.377,65	58.838,42	60.738,35
II. Nebenerträge	5,14	5,95	5,44	5,67	5,79
III. Wertberichtigungen	-	-	-	-	-
IV. Übrige Erträge	5.436,13	13.170,11	7.793,14	7.573,80	8.530,48
V. Aktivierte Eigenleistungen	0,28	0,42	0,14	0,17	0,12
VI. Bestandsmehrungen	12,92	7,01	3.467,10	10,54	6,86
VII. Transfers	3.470,86	4.011,63	3.244,53	2.951,75	3.109,88
VIII. Aufl. sonst. Rückl., Rückstell.	-	-	-	-	-
IX. Vermögensabgang	9.751,94	-	-	1.690,54	2.201,09
Summe Erträge	69.695,08	70.322,13	69.888,00	71.070,89	74.592,57

Die Erträge (ohne Vermögensabgang) betragen 72.391,48 Mill. EUR (2007: 69.380,35 Mill. EUR) und waren somit um 3.011,13 Mill. EUR (+ 4,3 %) höher als im Vorjahr. Der Anstieg der Haupterträge ist vor allem auf die höheren direkten Abgaben von 2.222,62 Mill. EUR zurückzuführen.

Bezüglich der Bestandsmehrungen im Jahr 2006 wird auf die Ausführungen in TZ 4.2 („Österreichische Bundesforste“) verwiesen.

Eine weitere Aufgliederung nach Aufwands- und Ertragsarten, getrennt nach Amtsorganen und den betriebsähnlichen Einrichtungen, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabellen B.5.1 und B.5.2).

5.2 Ausfälle und Rückstände bei Einnahmen

5.2.1 Rückstände an öffentlichen Abgaben

Die fälligen Abgabenrückstände betragen 7.041,89 Mill. EUR (2007: 6.773,33 Mill. EUR), dazu kommen nichtfällige Abgabenrückstände in Höhe von 440,11 Mill. EUR (2007: 430,01 Mill. EUR). Die gesamten Abgabenrückstände betragen daher 7.482,00 Mill. EUR (2007: 7.203,33 Mill. EUR).

Diesen fälligen und nichtfälligen Abgabenrückständen standen Guthaben von 1.368,87 Mill. EUR (2007: 1.292,74 Mill. EUR) gegenüber, so dass mit 31. Dezember 2008 Nettorückstände von 6.113,13 Mill. EUR (2007: 5.910,60 Mill. EUR) verblieben. Bezogen auf die Brutto-Einnahmen beim Kapitel 52 (68.528,27 Mill. EUR) waren dies 8,9 % (2007: 9,1 %).

Von den auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückständen (7.482,00 Mill. EUR) entfallen 7.041,89 Mill. EUR auf fällige Forderungen und 440,11 Mill. EUR auf nichtfällige Forderungen.

Eine Aufgliederung der fälligen Abgabenrückstände nach Abgabenarten für die Jahre 1999 bis 2008 zeigt die Tabelle 30.

Von den bei den Finanzämtern und Zollämtern zum 31. Dezember 2008 bestehenden fälligen Abgabenrückständen waren zu diesem Stichtag 2.806,95 Mill. EUR in Vollstreckung. Bei Abgabenrückständen in Höhe von 3.213,87 Mill. EUR war die Einhebung bzw. Einbringung gemäß den §§ 212a und 231 Bundesabgabenordnung ausgesetzt. Für 322,96 Mill. EUR waren zu diesem Stichtag Ansuchen um Zahlungserleichterungen angemeldet bzw. bewilligt. Vom Gesamtrückstand entfielen 855,59 Mill. EUR auf Insolvenzverfahren.

Tabelle 28: Entwicklung der fälligen Abgabenrückstände (Kapitel 52) gemäß BHG

Bezeichnung	2004	2005	2006 in Mill. EUR	2007	2008
Einkommen- und Vermögensteuern	2.545,49	2.528,66	2.700,29	2.664,95	2.713,72
Umsatzsteuern	2.833,60	2.769,27	2.895,60	2.948,30	3.103,82
Einfuhrabgaben	115,40	118,18	124,05	122,77	152,03
Verbrauchssteuern	236,21	217,53	229,93	376,10	387,35
Stempel- und Rechtsgebühren	114,94	113,49	111,55	59,11	20,59
Verkehrssteuern	89,51	92,29	93,97	104,22	115,75
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	428,74	426,98	466,22	497,89	548,64
Gesamtsumme Kapitel 52	6.363,88	6.266,40	6.621,61	6.773,33	7.041,89
Entwicklung der Guthaben von Abgabepflichtigen					
Guthaben	1.185,12	1.058,49	1.331,79	1.292,74	1.368,87

5.2.2 Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten

Gemäß § 13 der Rechnungslegungsverordnung (RLV), BGBl. Nr. 150/1990, sind dem Rechnungshof die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen nachzuweisen. Dieser Nachweis ist in zusammengefasster Form in Band 2, Tabelle A.4.1 enthalten.

Die von den Finanzämtern gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Nachsichten) betragen 598,64 Mill. EUR (2007: 495,29 Mill. EUR).

Die von den Zollämtern gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Erlassungen) betragen rd. 10,01 Mill. EUR (2007: 10,79 Mill. EUR).

Bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen beim Kapitel 52 (68.528,27 Mill. EUR) betragen daher die Abschreibungen bei den Finanzämtern und Zollämtern im Jahre 2008 (608,65 Mill. EUR) ebenso wie 2007 0,9 %.

5.3 Erläuterungen der Veränderungen der Aufwendungen und Erträge in der Jahreserfolgsrechnung

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahreserfolgsrechnung 2008 (siehe Band 2, Tabelle B.4) gegenüber dem Jahre 2007 eingetretenen Veränderungen von über 5 Mill. EUR betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Begründungen sind dann erforderlich, wenn die Abweichung der Bilanzposition in einem Bereich 5 Mill. EUR überschreitet. Diese Begründungen werden von den einzelnen Ressorts erstellt und dem Rechnungshof übermittelt, der sie auf ihre Vollständigkeit und Plausibilität überprüft. Im Einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (mit Ausnahme des Vermögensabgangs) im Band 2, Tabellen B.5.1 (Aufwendungen) und B.5.2 (Erträge) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

AUFWENDUNGEN

1. AUFWAND FÜR BEDIENSTETE

1. Aktivitätsaufwand + 254,16 Mill. EUR

Mehraufwendungen im Bereich BMUKK (116,0 Mill. EUR) ergaben sich durch Gehaltserhöhungen und Vorrückungen, im Bereich BMI (57,6 Mill. EUR) entstanden sie vorwiegend durch die Austragung der EURO 2008. Im Bereich BMF (39,9 Mill. EUR) entstanden Steigerungen durch höhere Aktivbezüge für Beamte und Vertragsbedienstete sowie durch höhere Überstundenvergütungen und Jubiläumsszuwendungen. Im Bereich BMJ (19,2 Mill. EUR) sind Mehraufwendungen auf die mit 1. Jänner 2008 wirksam gewordene Bezugsregelung und auf Personalstruktureffekte zurückzuführen. Im Bereich BKA (7,3 Mill. EUR) ergaben sie sich vorwiegend durch Gehaltserhöhungen und durch die Einrichtung des Asylgerichtshofes im BKA, im Bereich BMWA (5,6 Mill. EUR) durch Gehaltserhöhungen und Struktureffekte.

Minderaufwendungen im Bereich BMWF (9,6 Mill. EUR) entstanden insbesondere durch das Ausscheiden von Beamten aus den Ämtern der Universitäten.

2. Pensionsaufwand + 92,72 Mill. EUR

Höhere Aufwendungen entstanden vorwiegend im Bereich BMF (92,5 Mill. EUR) durch die gesetzliche Pensionserhöhung.

3. Gesetzlicher Sozialaufwand + 145,29 Mill. EUR

Höhere Aufwendungen in den Bereichen BMI (38,8 Mill. EUR), BMLV (25,2 Mill. EUR) und BMJ (10,1 Mill. EUR) entstanden vor allem durch den

Wegfall der Selbstträgerschaft, wonach der Bund nunmehr Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds bezahlen muss. Mehraufwände im Bereich BMF (32,3 Mill. EUR) betrafen insbesondere höhere Dienstgeberbeiträge für Beamte sowie die Dienstgeberbeiträge der ÖBB und der Österreichischen Post AG. Zugänge im Bereich BMUKK (23,0 Mill. EUR) entstanden analog zum Aktivitätsaufwand für die Dienstgeberbeiträge.

III. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN

1. Anlagevermögen – 214,95 Mill. EUR

Minderaufwendungen im Bereich BMVIT (234,8 Mill. EUR) sind auf weniger Abschreibungen bei den baulichen Anlagen im Bereich der Straßenverwaltung zurückzuführen.

Mehraufwendungen im Bereich BMJ (21,5 Mill. EUR) entstanden durch die Umstellung der EDV-Vermögensverwaltung der Zentralstelle bzw. der Justizbehörden in den Ländern auf SAP und die damit verbundene Abschreibung von nicht mehr verwendeten Geräten. Gestiegene Aufwendungen im Bereich BMUKK (6,9 Mill. EUR) resultierten aus dem verstärkten Ankauf und der damit zusammenhängenden sofortigen 50-prozentigen Abschreibung von Anlagegütern.

2. Umlaufvermögen – 457,82 Mill. EUR

Minderaufwendungen im Bereich BMF (497,9 Mill. EUR) entstanden vor allem durch geringere Abschreibungen von uneinbringlichen Forderungen im Bereich des AFG, bei gleichzeitigen höheren Abschreibungen von Abgabeforderungen der Finanz- und Zollämter. Gesunkene Aufwände im Bereich BMLFUW (12,0 Mill. EUR) sind auf den Wegfall der im Jahre 2007 vorgenommenen Abschreibung von Forderungen gegenüber der OEMOLK zurückzuführen.

Mehraufwendungen im Bereich BMJ (50,4 Mill. EUR) resultierten aus höheren Abschreibungen von Forderungen bei Geldstrafen durch die Einbringungsstelle in Wien.

IV. ÜBRIGE AUFWENDUNGEN

4. Reisegebühren und Fahrtkostenzuschüsse + 6,35 Mill. EUR

Abweichungen entstanden in mehreren Bereichen, waren jedoch nicht zu erläutern, weil sie jeweils unter der Betragsgrenze von 5 Mill. EUR lagen.

Mehraufwendungen im Bereich BMLV (9,8 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch höhere Auslandszulagen infolge des Tschad-Einsatzes.

8. Energiebezüge + 8,81 Mill. EUR

Abweichungen entstanden in mehreren Bereichen, wurden jedoch aufgrund der Betragsgrenze von 5 Mill. EUR nicht zur Erläuterung herangezogen.

9. Instandhaltung durch Dritte + 47,79 Mill. EUR

Höhere Aufwendungen im Bereich BMJ (14,3 Mill. EUR) sind vorwiegend auf höhere Baukostenbeiträge der Justizbehörden in den Ländern an die BIG zur langfristigen Mietenreduktion bzw. auf die Begleichung eines Baukostenbeitrags für das Justizzentrum Leoben zurückzuführen. Mehraufwendungen im Bereich BMLV (14,1 Mill. EUR) betrafen einen höheren Wartungsaufwand für die Flugflotte, im Bereich BMUKK (12,6 Mill. EUR) betrafen sie Zahlungen im Zusammenhang mit der BIG für die Vornahme von Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen an diversen Gebäuden. Der Mehraufwand im Bereich BMWA (6,3 Mill. EUR) entstand durch vermehrte Instandhaltungstätigkeiten an Gebäuden.

10. Transporte durch Dritte – 71,10 Mill. EUR

Minderaufwendungen im Bereich BMGFJ (78,7 Mill. EUR) entstanden insbesondere für Schüler- und Lehrlingsfreifahrten.

Der Mehraufwand im Bereich BMLV (7,9 Mill. EUR) entstand vorwiegend durch vermehrte Ausgaben für den Luft-Transport von Nachschubgütern infolge des Tschad-Einsatzes.

11. Zinsenaufwand – 346,99 Mill. EUR

Gesunkene Aufwendungen vorwiegend im Bereich BMF (347,1 Mill. EUR) standen mit geringeren Finanzschuldenaufnahmen mit Zinsverpflichtung im Zusammenhang.

13. Sonstige Aufwendungen + 3.029,34 Mill. EUR

Steigerungen im Bereich BMF (2.584,6 Mill. EUR) betrafen hauptsächlich den höheren Aufwand aus der Änderung von Forderungen infolge von Kurswertschwankungen (+ 3.156,9 Mill. EUR) sowie höhere Ausgaben infolge von Währungstauschverträgen bei Aufwendungen mit Gegenposition (+ 41,4 Mill. EUR) und Schadensvergütung an die Buchhaltungsagentur des Bundes aufgrund von Malversationen (+ 16,5 Mill. EUR). Gleichzeitige Abgänge waren vorwiegend durch ein geringeres Emissionsagio bei Schulden in heimischer Währung (- 350,1 Mill. EUR), geringere Kursdifferenzen bei kurzfristigen Verpflichtungen (- 180,0 Mill. EUR) sowie

durch ein geringeres Disagio in heimischer Währung und SWAP-Collateralentgelt (– 63,8 Mill. EUR) bedingt. Mehraufwendungen im Bereich BMWA (224,0 Mill. EUR) entstanden insbesondere infolge der Umstellung des AMS von Förderungen auf Werkleistungen. Mehraufwendungen im Bereich BMVIT (83,0 Mill. EUR) sind vorwiegend auf vermehrte Leistungen im Personenverkehr zurückzuführen. Höhere Aufwände im Bereich BMUKK (45,2 Mill. EUR) entstanden durch Zahlungen an die BIG zur Begleichung von offenen Rückständen. Im Bereich BMLV (44,1 Mill. EUR) entstanden sie durch den Abschluss von Versicherungen, vor allem infolge des Tschad-Einsatzes, sowie durch Mehrausgaben für Abfallentsorgung und Ausbildung. Mehraufwendungen im Bereich BMI (26,6 Mill. EUR) ergaben sich vorwiegend durch vermehrte Ausgaben im Zusammenhang mit der EURO 2008, im Bereich BMWF (16,0 Mill. EUR) durch vermehrte Zahlungen für diverse wissenschaftliche Anstalten und Projekte.

Minderaufwendungen im Bereich BMJ (16,9 Mill. EUR) betrafen hauptsächlich gesunkene Ausgaben für Vergütungen für Gefangenenarbeiten.

14. Vergütungen und Überweisungen an
 Organe des Bundes – 402,67 Mill. EUR

Der Minderaufwand im Bereich BMWA (431,0 Mill. EUR) entstand vorwiegend bei der Abgangsdeckung durch einen geringeren Bedarf an Leistungen im Bereich Arbeitsmarkt (– 423,8 Mill. EUR für Arbeitsmarktprogramme).

Mehraufwendungen im Bereich BMF (29,8 Mill. EUR) betrafen hauptsächlich höhere Zahlungen des Katastrophenfonds an das BMLFUW und des Siedlungswasserwirtschaftsfonds.

15. Anlagen für Zwecke des Bundesheeres – 121,66 Mill. EUR

Minderaufwendungen im Bereich BMLV (121,7 Mill. EUR) resultierten aus geringeren Ausgaben für Hardware, für den Erwerb von Luftzeuggerat sowie für Waffen und Beobachtungs- und Messgerät.

V. BESTANDSMINDERUNGEN – 12,98 Mill. EUR

Der Minderaufwand, vorwiegend im Bereich BMVIT (11,4 Mill. EUR), entstand durch die Ausbuchung der im Jahr 2007 vorgenommenen Aktualisierung der Bestände der Raab-Ödenburg-Ebenfurter Eisenbahn AG.

VI. TRANSFERS + 1.548,55 Mill. EUR

Höhere Aufwendungen im Bereich BMGFJ (593,1 Mill. EUR) betrafen Ausgaben für Familienbeihilfen, die Überweisungen für das Kinderbetreuungsgeld, die Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen sowie die Trans-

TZ 5

ferzahlungen an Sozialversicherungsträger für Wochengeld und Betriebs-
hilfe und für Krankenversicherungsbeiträge. Steigerungen im Bereich BMF
(333,8 Mill. EUR) resultierten vorwiegend aus Zahlungen gemäß Finanz-
marktstabilitätsgesetz, aus Mehrausgaben bei den ÖBB und der Österrei-
chischen Post AG, aus der höheren Kursrisikogarantie im Zusammenhang
mit dem AFFG, höheren Ausfuhrerstattungen sowie aus höheren Ersät-
zen für Pensionsleistungen der Länder. Gleichzeitige Minderaufwände ent-
standen insbesondere aus geringeren Zahlungen an Gebietskörperschaften
im Rahmen des Finanzausgleichs und geringeren Kosten gemäß § 7 (2) AFG.
Mehraufwendungen im Bereich BMVIT (218,1 Mill. EUR) entstanden vor-
wiegend durch Transferzahlungen für diverse Infrastrukturprojekte und an
diverse Unternehmungen als Investitionsförderungen. Höhere Aufwände im
Bereich BMLFUW (175,0 Mill. EUR) ergaben sich durch einen gestiegenen
Bedarf an Mitteln zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums,
für die Altlastensanierung, für die Siedlungswasserwirtschaft sowie für den
Klima- und Energiefonds.

Steigerungen im Bereich BMUKK (146,9 Mill. EUR) entstanden vorwie-
gend bei den Transferzahlungen gemäß FAG aufgrund der Gehaltserhö-
hungen im LandeslehrerInnenbereich, im Bereich BMWF (139,8 Mill. EUR)
betrafen sie vor allem Transferzahlungen an Fachhochschulbetreiber, für
Studienförderungen, Zuweisungen an die Universitäten sowie Zahlungen
aus den F&E-Mitteln. Mehraufwendungen im Bereich BMGFJ/Gesundheit
(132,4 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch die Erhöhung des Bundes-
beitrags zur Krankenanstaltenfinanzierung, durch Ausgleichszahlungen an
Rechtsträger gemeinnütziger Krankenanstalten gemäß FAG 2008 infolge
der Abschaffung der Selbstträgerschaft sowie durch die Erhöhung des USt-
abhängigen Beitrags des Bundes zur Krankenanstaltenfinanzierung. Mehr-
aufwendungen im Bereich BMSK (89,7 Mill. EUR) entstanden vorwiegend
durch gestiegene Transferzahlungen an Sozialversicherungsträger im Bereich
Sozialversicherung, beim Pflegegeld und an Fonds mit Rechtspersönlich-
keit (24-Stunden-Betreuung für Menschen mit Behinderung). Gleichzei-
tige Minderaufwendungen entstanden durch gesunkene Transferzahlungen
im Bereich der Kriegsoffer- und Heeresversorgung durch einen Rückgang
der Versorgungsberechtigten. Höhere Aufwände im Bereich BMUKK/Kunst
(12,5 Mill. EUR) betrafen vorwiegend erhöhte Abgeltungen nach dem Bun-
destheaterorganisationsgesetz sowie vermehrte Aufwendungen für die Kul-
turhauptstadt Linz 2009 und das Österreichische Filminstitut, im Bereich
BMeiA (8,8 Mill. EUR) entstanden sie durch höhere Beitragsleistungen an
internationale Organisationen.

Minderaufwendungen im Bereich BMWA (255,4 Mill. EUR) ergaben sich im
Bereich Wirtschaft (inkl. Forschungs- und Technologieoffensive) durch eine
geringere Inanspruchnahme von Mitteln sowie im Bereich Arbeit infolge des
geringeren Leistungsaufkommens in der Arbeitslosenversicherung. Gerin-

gere Aufwendungen im Bereich BMI (37,5 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch reduzierte laufende Transfers an Gebietskörperschaften (Länder) für die Flüchtlingsbetreuung, an Fonds mit Rechtspersönlichkeit und an Beihilfen zur Familienförderung. Minderaufwendungen im Bereich BMLV (7,8 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch die Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes, wodurch keine Familienbeihilfen mehr durch das Ressort ausbezahlt wurden.

ERTRÄGE

I. HAUPTERTRÄGE

3. Gebühren und Kostenbeiträge – 92,22 Mill. EUR

Gesunkene Erträge im Bereich BMJ (94,2 Mill. EUR) sind auf geringere Forderungen bei Gebühren und Rechtssachen sowie auf verminderte Kostenbeiträge für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug zurückzuführen. Mindererträge im Bereich BMF (24,5 Mill. EUR) entfielen einerseits auf geringere sonstige Haftungsentgelte und auf geringere Haftungsentgelte der BAWAG P.S.K. und andererseits auf Zugänge durch höhere Haftungen gemäß AFG.

Erhöhungen im Bereich BMWA (21,5 Mill. EUR) resultierten insbesondere aus Mehreinnahmen im Bereich der Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse. Mehrerträge im Bereich BMUKK (7,5 Mill. EUR) betrafen vorwiegend Studienbeiträge der neu gegründeten Pädagogischen Hochschulen.

4. Vergütungen und Überweisungen – 332,42 Mill. EUR

Die verminderten Erträge im Bereich BMWA (358,1 Mill. EUR) entstanden vor allem wegen des Rückgangs an Einnahmen aus der Abgangsdeckung, wobei aber eine Überweisung vom Familienlastenausgleich erfolgt ist.

Gestiegene Erträge im Bereich BMLFUW (27,6 Mill. EUR) resultierten aus Mehreinnahmen bei der Siedlungswasserwirtschaft von Steueranteilen und Zinsen und von Katastrophenfondsmitteln für die Wildbach- und Lawinerverbauung für vorbeugende Maßnahmen.

5. Direkte Abgaben + 2.222,62 Mill. EUR

Mehrerträge im Bereich BMF (1.493,6 Mill. EUR) ergaben sich aus dem nominalen Wachstum der direkten Abgaben, im Bereich BMGFJ (370,5 Mill. EUR) aus höheren Dienstgeberbeiträgen zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen. Gestiegene Erträge im Bereich BMWA (358,4 Mill. EUR) resultierten aus Mehreinnahmen bei den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen.

TZ 5

Mehrerträge im Bereich BMF (83,6 Mill. EUR) entstanden hauptsächlich aus dem nominellen Wachstum der entsprechenden Abgaben, im Bereich BMLFUW (17,8 Mill. EUR) entstanden sie aus der Einhebung von Produktionsabgaben für Zucker.

IV. ÜBRIGE ERTRÄGE

2. Zinsenerträge – 446,64 Mill. EUR

Die verminderten Erträge, vorwiegend im Bereich BMF (444,9 Mill. EUR), resultierten aus geringeren Zinsenerträgen aus der Veranlagung von Kassemitteln, geringeren Zinseneinnahmen aus Forderungen aus Devisentermingeschäften sowie aus geringeren Stückzinsen in heimischer und fremder Währung. Die gleichzeitigen Mehrerträge waren auf höhere Zinsen aus Forderungen in heimischer und fremder Währung, auf höhere Zinsen aus dem Bundesbesitz sowie auf ein höheres Emissionsagio in heimischer Währung zurückzuführen.

3. Erträge aus Beteiligungen + 95,51 Mill. EUR

Gestiegene Erträge im Bereich BMF (45,2 Mill. EUR) entstanden vorwiegend aus der höheren Dividendenzahlung durch die Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG und einer höheren Gewinnabfuhr der OeNB, im Bereich BMVIT (41,3 Mill. EUR) aus der Gewinnausschüttung der ASFINAG und der Schieneninfrastruktur GmbH. Steigerungen im Bereich BMLFUW (9,0 Mill. EUR) resultierten aus der höheren Dividendenzahlung der ÖBf AG und einer Gewinnausschüttung der Bundesversuchs-Wirtschaften GmbH.

4. Sozialbeiträge + 6,24 Mill. EUR

Der Mehrertrag im Bereich BMF (6,2 Mill. EUR) resultiert aus höheren Pensionsbeiträgen der aktiven Beamten der Hoheitsverwaltung.

5. Aufwandsberichtigungen + 119,77 Mill. EUR

Höhere Erträge im Bereich BMSK (448,6 Mill. EUR) resultierten aus höheren Rückersätzen nicht absetzbarer Aufwendungen im Bereich der Sozialversicherung infolge der Vereinnahmung der Abrechnungsreste 2006 (Rückersätze von geleisteten Vorschüssen an die Sozialversicherungsträger) erst im Jahr 2008.

Gesunkene Erträge im Bereich BMF (293,7 Mill. EUR) sind auf die Ausbuchung des im Jahr 2007 erfassten Rückersatzes der OeKB für die Schuldenleichterung Kamerun zurückzuführen, im Bereich BMWA (33,0 Mill. EUR) betrafen sie die Abschreibung der Forderung wegen Uneinbringlichkeit betreffend den Rückersatz des Karenzgeldes vom BMSG.

6. Sonstige Erträge + 1.185,41 Mill. EUR

Steigerungen im Bereich BMF (1.142,6 Mill. EUR) entstanden aus höheren Erträgen aus der Änderung von Finanzschulden (+ 1.562,6 Mill. EUR), aus Gebührenrichtigstellungen von ÖIAG-Schulden (+ 82,2 Mill. EUR), aus höheren Erträgen der Zoll- und Finanzämter (+ 133,7 Mill. EUR), aus höheren Kursgewinnen bei Agio in heimischer Währung und bei den Rechtsträgern (+ 24,6 Mill. EUR) sowie aus der Schadenersatzforderung gegenüber der Buchhaltungsagentur des Bundes, die aufgrund der Schadensvergütung geltend gemacht wurde (+ 16,5 Mill. EUR, siehe Gegenposition unter IV. ÜBRIGE AUFWENDUNGEN 13. Sonstige Aufwendungen Schadensvergütung an die Buchhaltungsagentur des Bundes aufgrund von Malversationen). Gleichzeitige Mindererträge waren durch geringeres Emissionsagio aus Währungstauschverträgen (- 404,0 Mill. EUR), geringere Kursdifferenzen bei kurzfristigen Verpflichtungen (- 217,6 Mill. EUR) und durch geringere Einnahmen im Zusammenhang mit dem AFG (- 47,5 Mill. EUR) zu verzeichnen. Die Mehrerträge im Bereich BMWA (43,4 Mill. EUR) resultierten aus einer systemtechnisch erforderlichen Neueingabe bzw. Stornierung der Darlehensforderungen, im Bereich BMVIT (11,8 Mill. EUR) waren sie vor allem auf Erträge aus der Veräußerung von Wertpapieren und Beteiligungen zurückzuführen.

Geringere Erträge im Bereich BMI (8,0 Mill. EUR) entstanden durch im Vorjahr zu hoch angenommene und mittels Kassabuchführung eingebuchte Forderungen, im Bereich BMLV (5,2 Mill. EUR) durch Gebührenrichtigstellungen im Zusammenhang mit der Besoldung.

VII. TRANSFERS + 158,14 Mill. EUR

Steigerungen im Bereich BMGFJ (260,7 Mill. EUR) entstanden durch den höheren Abgang des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen im Jahr 2008 und durch die höhere Forderung des Bundes gegenüber dem Reservefonds für Familienbeihilfen.

Geringere Erträge im Bereich BMF (52,4 Mill. EUR) ergaben sich vorwiegend durch geringere Transferzahlungen bei EAGFL/Garantie und EAGFL-Ausrichtung, beim Europäischen Regionalfonds und beim Europäischen Sozialfonds, durch geringere Zahlungen der Insolvenz-Entgelt-Fonds-Service GmbH sowie durch geringere Transferleistungen (AB-Überweisung) an EU (Bund, Länder, Gemeinden). Gleichzeitige Mehrerträge entstanden hauptsächlich durch höhere Transferleistungen beim Europäischen Garantiefonds und beim Europäischen Landwirtschaftsfonds sowie durch höhere Ersätze gemäß Scheidemünzengesetz. Mindererträge im Bereich BMVIT (20,1 Mill. EUR) sind auf geringere Zahlungen gemäß § 8a ASFINAG-Gesetz (ein Teil der Benützungsentgelte für die Brenner-Autobahn wird als Bei-

TZ 5

trag zur Finanzierung des Brenner-Basistunnels herangezogen), zurückzuführen. Geringere Erträge im Bereich BMJ (15,8 Mill. EUR) entstanden durch die Verminderung fälliger Forderungen bei Strafgeldern, im Bereich BMWA (10,3 Mill. EUR) entstanden sie durch geringere Einnahmen vom AMS, wobei jedoch Mehreinnahmen aus der Winterfeiertagsvergütung von der BUAK zu verzeichnen waren.

Aufgrund der höheren Aufwendungen in Höhe von 74.592,6 Mill. EUR gegenüber den Erträgen in Höhe von 72.391,5 Mill. EUR ergab sich ein Vermögensabgang in Höhe von 2.201,1 Mill. EUR. Dieser erhöhte sich somit gegenüber dem Vorjahr um 510,6 Mill. EUR.

6. BERICHT ZUR FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS UND ZUM STAND DER BUNDESSCHULDEN

6.1 Allgemeines

Gemäß § 9 Abs. 2 RHG 1948 hat der Rechnungshof zugleich mit dem Bundesrechnungsabschluss dem Nationalrat jährlich einen Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. Der folgende Bericht gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Finanzierung des Bundeshaushaltes. Einzelheiten dazu enthalten die Tabellen C.1.1 bis C.7.7.3 im Band 2. Weiters werden Besonderheiten des Berichtsjahrs erläutert.

Zusammen mit dem vom Staatsschuldenausschuss zu verfassenden Bericht über die öffentlichen Finanzen 2008 ist damit eine umfassende Information gewährleistet; allenfalls auftretende Unterschiede oder Besonderheiten in der Darstellung werden im Anlassfall gesondert erläutert.

Gemäß § 65c Z. 1 BHG sind Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger nicht als Finanzschulden des Bundes zu behandeln. Gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 i.V.m. § 81 Abs. 4 BHG ist die Gebarung gemäß § 65c BHG (Finanzierung für sonstige Rechtsträger oder für Länder) von der Einnahmen-/Ausgabenveranschlagung ausgenommen und in einem gesonderten Verrechnungskreis zu erfassen. Die durch den Bund vorgenommene Finanzierung für Rechtsträger und Länder wird daher in TZ. 6.6 gesondert beschrieben.

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass die Definitionen für den naturgemäß auf den Stand der Bundesschulden Einfluss nehmenden Finanzierungssaldo bzw. für das Defizit des Bundeshaushaltes - für die Zwecke des BRA, für jene der Notifizierung („Maastricht-Kriterien“) und für die Ermittlung des Stabilitätsbeitrages im Sinne des österreichischen Stabilitätspaktes - voneinander abweichen und daher jeweils unterschiedliche Ergebnisse zuzufolge haben. Für den BRA ist die Definition der Finanzschulden gemäß Bundeshaushaltsgesetz maßgeblich, während für EUROSTAT mehr wirtschaftliche Kriterien als formale gesetzliche Definitionen im Vordergrund stehen. Beim österreichischen Stabilitätspakt sind für die Ermittlung der Höhe des Finanzierungssaldos auch die ausgelagerten Rechtsträger zu berücksichtigen.

6.2 Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden

6.2.1 Zusammensetzung und Struktur der Bundesschulden

Die Zusammensetzung der gesamten Bundesschulden und deren Entwicklung in den letzten fünf Jahren wird in der Tabelle 29 dargestellt.

TZ 6

Tabelle 29: Bundesschulden

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
Finanzschulden (fällige und nichtfällige)	142,819	151,075	154,593	157,508	165,621
sonstige voranschlagswirksame fällige Schulden	0,365	0,238	0,114	0,169	0,394
sonstige voranschlagswirksame nichtfällige Schulden	32,443	26,327	26,794	22,395	26,292
Summe voranschlagswirksame Schulden	175,627	177,640	181,501	180,072	192,307
voranschlagsunwirksam verrechnete Schulden	5,541	4,511	3,664	4,827	1,795
gesamte Bundesschulden	181,168	182,151	185,165	184,899	194,102

Der Gesamtstand der Bundesschuld (Summe aus Finanzschulden und den sonstigen voranschlagswirksamen und voranschlagsunwirksamen verrechneten Schulden) betrug 194,102 Mrd. EUR (2007: 184,899 Mrd. EUR), davon entfielen auf die Finanzschulden 165,621 Mrd. EUR (2007: 157,508 Mrd. EUR). Die gesamte Bundesschuld stieg insbesondere durch die Erhöhung der Finanzschulden (+ 8,113 Mrd. EUR) und der sonstigen voranschlagswirksamen verrechneten nichtfälligen Schulden (+ 3,897 Mrd. EUR). Die Verminderung von 3,032 Mrd. EUR bei den voranschlagsunwirksamen verrechneten Schulden war insbesondere durch Sicherungsgeschäfte zu Währungstauschverträgen bedingt. Insgesamt erhöhte sich der Gesamtstand an Bundesschulden gegenüber 2007 um 9,203 Mrd. EUR.

6.2.2 Zusammensetzung und Struktur der Finanzschulden

Die Darstellung der Finanzschulden folgt im BRA dem Bruttogrundsatz gemäß § 75 Abs. 1 BHG und der Bestimmung des § 65 Abs. 1 BHG, wonach Schulden aus Währungstauschverträgen keine Finanzschulden begründen. Zusätzlich werden die Finanzschulden unter Einbeziehung der Währungstauschverträge („Nettofinanzschulden“) und vermindert um den Eigenbesitz des Bundes, d.s. in Bundesbesitz befindliche Bundesschuldskategorien („bereinigte Finanzschulden“) dargestellt.

In Tabelle 30 werden die Finanzschulden in fällige und nichtfällige Schulden unterschieden sowie die Auswirkungen der Währungstauschverträge bzw. des Eigenbesitzes des Bundes berücksichtigt.

Tabelle 30: Struktur der Finanzschulden

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mill. EUR				
Anfangsbestand nichtfällige Finanzschulden	134.685,4	142.818,9	151.074,3	154.592,9	157.507,2
+ Schuldaufnahme	19.688,5	24.111,4	22.486,0	22.774,0	19.978,3
+ Konversion und Prolongation	2.944,0	2.566,9	476,7	329,4	145,3
+ Forderungsverzicht ÖBB und SCHIG	5.921,0	0,0	0,0	0,0	0,0
+ Rückkauffinanzierung	0,0	0,0	0,0	16,8	0,0
+ Aufnahme gem. § 65a BHG	471,7	250,0	0,0	0,0	1.500,0
+ sonstige Veränderung und Kurswertänderung	237,2	2.063,2	169,8	346,4	1.078,0
Summe Erhöhung	29.262,4	28.991,5	23.132,5	23.466,6	22.701,6
- Schuldtilgung	-15.809,6	-17.297,4	-16.563,0	-18.557,3	-12.173,9
- Konversion und Prolongation	-3.127,1	-2.781,9	-476,7	-329,3	-145,3
- Aufnahme gem. § 65a BHG des Vorjahres	-1.100,0	-471,7	-250,0	0,0	0,0
- Sonderverrechnung 56 (Rechtsträger)	-220,9	-157,0	-88,0	-538,7	-1.233,4
- sonstige Veränderung und Kurswertänderung	-871,3	-28,1	-2.236,2	-1.127,0	-1.036,0
Summe Verminderung	-21.128,9	-20.736,1	-19.613,9	-20.552,3	-14.588,6
Endbestand nichtfällige Finanzschulden	142.818,9	151.074,3	154.592,9	157.507,2	165.620,2
Endbestand fällige Finanzschulden	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Finanzschulden im engeren Sinn	142.819,4	151.074,8	154.593,4	157.507,7	165.620,7
+/- Saldo Währungstauschverträge (s. TZ 6.3.1)	2.070,0	230,5	691,9	-206,5	2.302,6
Nettofinanzschulden	144.889,4	151.305,3	155.285,3	157.301,2	167.923,3
- Eigenbesitz des Bundes (Eigenquote)	-9.338,4	-9.975,7	-10.019,6	-9.924,4	-5.951,6
bereinigte Finanzschulden	135.551,0	141.329,6	145.265,7	147.376,8	161.971,7

Die Finanzschulden des Bundes erhöhten sich im Finanzjahr 2008 von 157,508 Mrd. EUR um 8,113 Mrd. EUR bzw. um 5,2 % auf 165,621 Mrd. EUR (im Jahr 2007: +1,9 %) (siehe Band 2, Tabelle C.7.1.1). Der deutliche Anstieg war insbesondere auf die Hilfsmaßnahmen des Bundes zur Stärkung der Banken bzw. die Reduzierung der im Eigenbesitz des Bundes befindlichen Bundesanleihen zurückzuführen.

TZ 6

Die fälligen Finanzschulden reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,02 Mill. EUR auf 0,46 Mill. EUR. Als fällig gelten jene Finanzschulden, die der Bund mangels Vorlage der Anleihewertpapiere durch die Gläubiger nach Ende ihrer Laufzeit im Finanzjahr 2008 nicht tilgen konnte (Gläubigerverzug).

Unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen erreichten die Nettofinanzschulden ein Ausmaß von 167,923 Mrd. EUR.

6.2.3 Zusammensetzung der Finanzschulden nach Schuldgattungen und Währungen

Die nichtfälligen Finanzschulden in Höhe von 165,620 Mrd. EUR setzten sich Ende 2008 aus folgenden Schuldgattungen zusammen:

Tabelle 31: Zusammensetzung der Finanzschulden

Finanzschulden *	in heimischer Währung	in Fremdwährung	Summe
		in Mrd. EUR	
Bundesanleihen	127,400	12,563	139,963
Bundesschatzscheine	4,882	3,408	8,290
Darlehen und Kredite	12,958	0,158	13,116
Summe nichtfällige Finanzschulden	147,350	18,270	165,620

* ohne Berücksichtigung von Währungstauschverträgen

Als Hauptfinanzierungsquelle dienten auch 2008 Bundesanleihen in heimischer Währung. Ihr Anteil an den gesamten Finanzschulden belief sich auf rd. 77 % (2007: rd. 80 %). Der Anteil der Finanzschulden in heimischer Währung sank von 91 % (2007) auf nunmehr 89 %. Die Finanzschulden in fremder Währung bestanden überwiegend aus Verbindlichkeiten in US-Dollar (13,415 Mrd. EUR).

6.2.4 Ausnützung des Ermächtigungsrahmens 2008

Gemäß Art. II Abs. 1 BFG 2008 (inklusive der BFG-Novelle vom 26. Oktober 2008, BGBl. Nr. I 136/2008) wurde der Ermächtigungsrahmen für die Bedeckung des Abgangs im Allgemeinen Haushalt und für die Tilgung von Schulden unter Einbeziehung des Saldos aus der Gebarung mit Währungstauschverträgen mit 24,305 Mrd. EUR festgelegt, der sich durch den An- und Verkauf von Wertpapieren und der Eigenquote auf 23,831 Mrd. EUR reduzierte. Die Ausnützung dieses Rahmens betrug 19,985 Mrd. EUR (TZ 6.2.5).

Für die planmäßige Tilgung von Finanzschulden und die betreffende Wertpapiergebarung waren im Kapitel 58 insgesamt 24,101 Mrd. EUR (inkl. Ausgleichshaushalt) veranschlagt. Inklusive der Wertpapiergebarung wurde der veranschlagte Rahmen mit 17,435 Mrd. EUR ausgenutzt.

Die Ermächtigung gemäß Art. II Abs. 2 Z. 2 BFG 2008 (Deckung von Ausgabenüberschreitungen) sowie die Ermächtigungen gemäß Art. III BFG 2008 (Einnahmenausgleich und Erhöhung der EG-Beitragsverpflichtung) wurden im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht in Anspruch genommen.

6.2.5 Schuldaufnahmen und Schuldtilgungen

Von den gemäß Art. II Abs. 1 BFG 2008 durchgeführten Kreditoperationen im Ausmaß von 19,985 Mrd. EUR wurden 19,978 Mrd. EUR Finanzschulden - unter Einbeziehung von Schuldaufnahmen für die Wertpapiergebarung - aufgenommen. Die Differenz von 0,007 Mrd. EUR ergibt sich insbesondere aus der Anrechnung des Saldos aus den Währungstauschverträgen und des Saldos aus den Kreditoperationen zur Kassenstärkung.

Die Aufnahme von Finanzschulden im Jahr 2008 verteilte sich auf die einzelnen Schuldgattungen wie folgt (siehe Band 2, Tabelle C.4):

Tabelle 32: Aufnahme von Finanzschulden

	in heimischer Währung	in Fremdwährung	Summe
	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR
Anleihen	10,624	1,964	12,588
Schuldverschreibungen	1,837	0,938	2,775
Darlehen, Kredite	0,893	3,722	4,615
Summe	13,354	6,624	19,978

Insgesamt wurde der Finanzierungsbedarf im Jahr 2008 mit 13,354 Mrd. EUR (2007: 20,189 Mrd. EUR) in heimischer Währung (67 %) und mit 6,624 Mrd. EUR (2007: 2,585 Mrd. EUR) in fremder Währung (33 %) bedeckt. Der Saldo aus Kurswertänderungen in Höhe von 0,042 Mrd. EUR sowie die gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 BHG von der Veranschlagung auszunehmende Verrechnung der Gebarung für Rechtsträger in der Höhe von 0,267 Mrd. EUR wirkte sich ebenfalls erhöhend auf die Finanzschulden aus.

Vermindert wurde der nichtfällige Finanzschuldenstand hingegen durch Schuldtilgungen im Ausmaß von 12,174 Mrd. EUR.

TZ 6

6.2.6 Umwandlung von Finanzschulden

Der Bundesminister für Finanzen ist gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. a bzw. lit. b BHG ermächtigt, bis zu 20 % der zu Beginn des vorangegangenen Finanzjahres bestehenden Verpflichtungen des Bundes aus Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge zu prolongieren bzw. zu konvertieren.

Die im Jahr 2008 vollzogenen Konversionen umfassten hinsichtlich Aufnahme und Zahlungen von Finanzschulden je ein Ausmaß von 0,145 Mrd. EUR. Es entstand somit keine buchmäßige Differenz. Konversionen von Währungstauschverträgen wurden 2008 keine durchgeführt. Die Ermächtigung zur Prolongation wurde nicht genutzt.

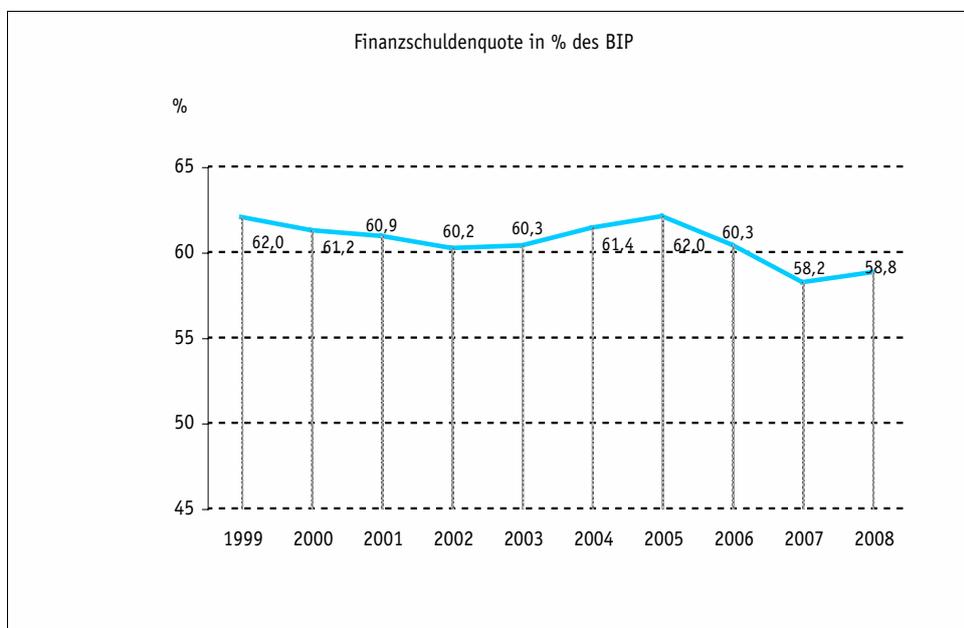
6.2.7 Finanzschuldenquote

Gemessen an der für 2008 vorläufigen Höhe des BIP (281,867 Mrd. EUR) erreichte der Bestand an Finanzschulden (165,620 Mrd. EUR) einen Anteil von 58,8 % (2007: 58,2 %). Setzt man die Nettoveränderung der nichtfälligen Finanzschulden des Jahres 2008 (8,113 Mrd. EUR) mit dem BIP in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 2,9 % (2007: 1,1 %).

Tabelle 33: Finanzschuldenquote

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mrd. EUR				
Finanzschulden	142,819	151,074	154,593	157,507	165,620
BIP	232,782	243,585	256,162	270,782	281,867
<i>Finanzschuldenquote in %</i>	<i>61,4</i>	<i>62,0</i>	<i>60,3</i>	<i>58,2</i>	<i>58,8</i>

Abbildung 12: Finanzschuldenquote in % des BIP



6.3 Währungstauschverträge

6.3.1 Entwicklung und Stand der Währungstauschverträge

Bei den Währungstauschverträgen stehen einander entsprechend der regelmäßigen Vertragsgestaltung, wonach die Vertragspartner Beträge in verschiedenen Währungen gegenseitig austauschen und sich zu einem Rücktausch dieser Fremdwährungsbeträge zu einem in der Zukunft gelegenen Zeitpunkt verpflichten, Forderungen und Verbindlichkeiten aus diesen Verträgen gegenüber. Die Bestände an Schulden und an Forderungen aus Währungstauschverträgen (WTV) reduzierten sich im Jahresabstand zu den Bewertungsstichtagen 31. Dezember 2007 bzw. 2008 wie folgt (siehe Band 2, Tabellen C.7.2.1 und C.7.3.1):

TZ 6

Tabelle 34: Entwicklung der Währungstauschverträge

	Schulden	Forderungen
	in Mrd. EUR	
Anfangsbestand	19,270	19,476
Erhöhung durch Aufnahme von WTV	+2,908	+2,902
Saldo aus Konversionen	+0,000	+0,000
Saldo aus Devisentermingeschäften	+3,722	+3,722
Saldo aus nachträglichen WTV	+0,000	-0,001
Saldo aus Kurswertänderungen	+1,033	-0,190
Abgang durch Tilgungen von WTV	-3,505	-4,784
Endbestand	23,428	21,125
Überhang aus Kapitalschulden	2,303	

2008 war eine deutliche Steigerung der Kapitalforderungen und -schulden aus Währungstauschverträgen feststellbar. Grund dafür war der verstärkte Tausch von Fremdwährungs- in EUR-Verbindlichkeiten.

Tabelle 35 bietet eine Zeitreihe über die in den letzten fünf Jahren ausgewiesenen Stände an Schulden und Forderungen aus Währungstauschgeschäften.

Tabelle 35: Forderungen und Schulden aus Währungstauschverträgen

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mrd. EUR				
Forderungen aus Währungstauschverträgen	18,746	22,048	23,029	19,476	21,125
Schulden aus Währungstauschverträgen	20,816	22,279	23,721	19,270	23,428
Differenz	- 2,070	- 0,231	- 0,692	0,206	- 2,303

Dem bestehenden Überhang aus den Kapitalschulden von 2,303 Mrd. EUR steht ein Saldo aus Zinsenverbindlichkeiten und -forderungen aus Währungstauschverträgen von - 0,841 Mrd. EUR gegenüber. Demnach verbleibt Ende 2008 ein „künftiger Verlust“ von 3,144 Mrd. EUR. Dies lässt noch keine endgültige Aussage über den tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolg der Währungstauschgebarung zu. Dieser wird wesentlich vom Verhältnis der Wechselkurse zueinander und zur heimischen Währung zum Zeitpunkt des vereinbarten Rücktausches mitbestimmt.

6.3.2 Auswirkung der Währungstauschverträge auf die Struktur der Finanzschulden

Währungstauschverträge werden zur aktiven Bewirtschaftung und Steuerung des Schuldenportfolios des Bundes abgeschlossen. Durch diese Instrumente soll eine Optimierung des Finanzschuldenstandes durch Anpassung der Laufzeit, der Verzinsung und der Währungen erreicht werden.

Die Währungstauschverträge hatten folgende Auswirkung auf die Struktur der Finanzschulden:

Tabelle 36: Struktur der Finanzschulden

	vor WTV	nach WTV
	in Mrd. EUR	
Finanzschulden in heimischer Währung	147,350	160,053
Finanzschulden in fremder Währung	18,270	7,870
Überhang aus Kapitalschulden	-	- 2,303
Summe	165,620	165,620

Durch den Abschluss von Währungstauschverträgen stieg der Anteil der Finanzschulden in heimischer Währung um 12,703 Mrd. EUR. Der Anteil der Finanzschulden in heimischer Währung erhöhte sich dadurch von 89 % auf 97 %.

6.4 Zinsaufwand für die Finanzschulden

6.4.1 Entwicklung des Zinsaufwands und des sonstigen Aufwands

Der Aufwand für die Verzinsung und für den sonstigen Aufwand der Finanzschulden, wie Aufgeld, Provisionen, Entgelte und Spesen, waren im Allgemeinen Haushalt zu veranschlagen und zu verrechnen (siehe Band 2, Tabelle C.2.1).

Die Entwicklung des Nettozinsaufwandes (unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge) der letzten fünf Jahre zeigt die nachfolgende Tabelle:

TZ 6

Tabelle 37: Zinsaufwand

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008	2008
					in Mrd. EUR	
Zinsaufwand	7,260	7,767	8,802	7,942	7,881	7,368
Aufwendungen aus Währungstauschverträgen	1,033	1,381	1,858	2,402	2,546	2,029
sonstiger Aufwand	0,250	0,286	0,545	0,628	0,242	0,114
Summe Ausgaben	8,543	9,434	11,205	10,972	10,669	9,512
Zinseinnahmen	0,620	0,720	0,795	0,688	0,607	0,352
Einnahmen aus Währungstauschverträgen	1,312	1,638	2,945	3,013	3,188	2,446
sonstige Einnahmen	0,380	0,609	0,619	0,514	0,172	0
Summe Einnahmen	2,312	2,967	4,359	4,215	3,967	2,798
Zinsaufwand, netto*	6,231	6,467	6,846	6,757	6,702	6,715

* vgl. auch Bericht des Staatsschuldenausschusses 2008, Tab. 26

Im Finanzjahr 2008 waren für die Verzinsung der Finanzschulden 7,881 Mrd. EUR sowie für Aufgeld und sonstige Aufwendungen für Finanzschulden 0,242 Mrd. EUR (z.B. für Provisionen und Emissionsverluste) an Ausgaben zu leisten. Die Zahlungen 2008 in Höhe von 8,123 Mrd. EUR¹ überschritten den veranschlagten Rahmen von 7,482 Mrd. EUR um 0,641 Mrd. EUR.

Diesen Aufwendungen standen Einnahmen aus Stückzinsen und Zinseinnahmen aus den im Bundesbesitz befindlichen Anleihen von 0,607 Mrd. EUR sowie Emissionsgewinne und sonstige Einnahmen von insgesamt 0,172 Mrd. EUR gegenüber. Der Saldo der Einnahmen und Ausgaben der Währungstauschverträge ergab einen Überschuss von 0,642 Mrd. EUR.

Daraus ergab sich für 2008 ein Nettozinsaufwand von 6,702 Mrd. EUR.

6.4.2 Verzinsungsstruktur und Restlaufzeit der Finanzschulden

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Nominalverzinsung, den Anteil an fix und variabel verzinsten Finanzschulden und die Restlaufzeit der letzten fünf Jahren.

¹ Die Zahlungen ergeben sich aus dem Zinsaufwand und dem sonstigen Aufwand.

Tabelle 38: Verzinsungsstruktur und Restlaufzeit

	2004	2005	2006	2007	2008
Nominalverzinsung in heimischer Währung	5,0%	4,8%	4,5%	4,4%	4,3%
in Fremdwährung	2,8%	2,6%	2,6%	2,5%	2,7%
durchschnittliche Nominalverzinsung	4,8%	4,6%	4,4%	4,3%	4,2%
fix verzinste Finanzschulden	95,4%	97,0%	97,7%	97,3%	92,6%
variabel verzinste Finanzschulden	4,6%	3,0%	2,3%	2,7%	7,4%
Restlaufzeit der Finanzschulden in Jahren	6,4	7,6	8,1	9,1	8,3

Die durchschnittliche Nominalverzinsung für die Nettoschuld betrug 4,2 % (2007: 4,3 %). Sie konnte gegenüber 2007 um 0,1 Prozentpunkte gesenkt werden. Ungünstig wirkte sich das gestiegene Zinsniveau der Fremdwahrungsverbindlichkeiten aus. Dieses lag bei 2,7 % (2007: 2,5 %), während die Schulden in heimischer Währung mit durchschnittlich 4,3 % (2007: 4,4 %) verzinst waren.

Durch den hohen Anteil an fix verzinnten Verbindlichkeiten (2008: 93 %), zeigte sich auch 2008 die geringe Zinssensitivität der Finanzschulden des Bundes. Die Auswirkungen von Zinsänderungen am Kapitalmarkt schlugen sich dadurch nur im geringen Ausmaß auf den Zinsaufwand nieder. Die Restlaufzeit der Finanzschulden reduzierte sich gegenüber 2007 von 9,1 Jahre auf 8,3 Jahre.

6.5 Kreditoperationen zur Kassenstärkung

Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung, die noch im Jahr ihrer Aufnahme getilgt werden, zählen gem § 65 Abs. 2 BHG nicht zu den Finanzschulden. Sie bedürfen zu ihrer Aufnahme auch keiner bundesgesetzlichen Ermächtigung i.S.d. Art. 42 Abs. 5 B-VG; wohl aber besteht eine betragliche Bindung an Voranschlagsansätze.

Im Kapitel 58 waren je 36,000 Mrd. EUR für Ausgaben und Einnahmen als Rahmen veranschlagt. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenstarkern einschließlich Gegenposition wurde im Ausmaß von 10,690 Mrd. EUR genutzt. Die Einnahmen und Ausgaben zu jenen Kassenstarkern, deren Erlöse bis zum Zeitpunkt der Rückzahlung veranlagt werden, sind gem § 16 Abs. 2 Z 16 BHG von der Veranschlagung ausgenommen. Forderungsausfälle aus Veranlagungen sind im BRA aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen nur dann auszuweisen, wenn Verluste aus der Abwertung von Vermögenswerten realisiert werden.

TZ 6

Die Tabelle 39 zeigt die Entwicklung der Kreditoperationen zur Kassenstärkung der letzten fünf Jahre:

Tabelle 39: Entwicklung und Stand der Kreditoperationen zur Kassenstärkung

	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mrd. EUR				
Aufnahme	3,905	4,515	7,184	12,942	10,690
Rückzahlung	3,870	4,703	7,072	12,800	10,602
Tilgung Gegenposition	0,000	0,000	0,000	0,000	-0,533
Differenz	0,035	-0,188	0,112	0,142	-0,445

Die Aufnahme der veranschlagten Kassenstärker erfolgte teils in heimischer Währung (4,011 Mrd. EUR) und überwiegend in Fremdwährung (6,679 Mrd. EUR). Bei der Rückzahlung dieser Kassenstärker (in Summe 10,602 Mrd. EUR) kam es bei jenen in Fremdwährung (7,123 Mrd. EUR) zu einem Kursverlust von 0,444 Mrd. EUR. Dieser Kursverlust wurde durch den aus den Devisentermingeschäften erzielten Gewinn von 0,445 Mrd. EUR ausgeglichen.

An Ausgaben für die Verzinsung der Kassenstärkerkredite waren 0,290 Mrd. EUR veranschlagt. Tatsächlich wurden jedoch für die Kassenstärkeraufnahmen Zinszahlungen in der Höhe von 0,136 Mrd. EUR geleistet. Aus den Einnahmen und Ausgaben aus Devisentermingeschäften zu Zinsen wurde ein Gewinn von 0,034 Mrd. EUR geschrieben, so dass die Zinsenleistungen insgesamt ein Ausmaß von 0,102 Mrd. EUR ergaben.

6.6 Rechtsträgerfinanzierung

Gemäß § 65c BHG darf der Bundesminister für Finanzen Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger und für Länder durchführen bzw. Währungstauschverträge abschließen. Aus diesen Mitteln sind den betreffenden Rechtsträgern bzw. Ländern Finanzierungen zu gewähren. Als sonstige Rechtsträger bestimmt das BHG jene Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien übernommen hat.

Gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 i.V.m. § 81 Abs. 4 BHG ist die vom Bund für die Rechtsträger und Länder durchgeführte Schuldengedarung von der Veranschlagung ausgenommen und in einem gesonderten Verrechnungskreis erfasst. Den Nachweis über die vom Bund vorgenommenen Kreditoperationen enthalten die mit K56.C bezeichneten Tabellen in Band 2.

Im Jahr 2008 wurden Kreditoperationen (Schuldaufnahmen, Währungstauschverträge, Devisentermingeschäfte und kurzfristige Verpflichtungen) im Ausmaß von 6,128 Mrd. EUR durch den Bund aufgenommen und vorwiegend an die Länder weitergeleitet (siehe Band 2, Tabelle K56.C.2.2). Die den Kreditoperationen entsprechenden Zinsenleistungen einschließlich des sonstigen Aufwandes betragen 0,765 Mrd. EUR (siehe Band 2, Tabelle K56.C.2.1). Die Ausgeglichenheit der Gebarung wurde beim Kapital und bei den Zinsenleistungen durch jeweils gleich hohe Beträge auf der Ausgaben- und Einnahmenseite bestätigt.

Die Entwicklung der Rechtsträger- und Länderfinanzierung stellte sich wie folgt dar (siehe Band 2, Entwicklung der Schulden in Tabelle K56.C.7.1.1 sowie der Forderungen in Tabelle K56.C.7.2.1):

Tabelle 40: Entwicklung und Stand der Rechtsträgerfinanzierung

	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mrd. EUR				
Anfangsbestand	11,854	6,457	6,032	5,614	5,055
Zugang	1,011	0,452	0,834	0,559	1,900
Transfer von Kap. 58	0,221	0,000	0,000	0,000	0,000
Abgang	-0,593	-1,021	-1,162	-1,074	-0,437
Forderungsverzicht ÖBB und SCHIG	-5,921	0,000	0,000	0,000	0,000
Kurswertänderung	-0,115	0,144	-0,090	-0,044	-0,031
Endbestand	6,457	6,032	5,614	5,055	6,487
davon in heimischer Währung	4,591	4,217	4,756	4,572	5,459
davon in Fremdwährung	1,866	1,815	0,858	0,483	1,028

Der Anfangsbestand an nichtfälligen Rechtsträger- und Länder-Schulden in Höhe von 5,055 Mrd. EUR wurde durch Schuldaufnahmen im Ausmaß von 1,900 Mrd. EUR erhöht.

Schuldtilgungen im Ausmaß von 0,437 Mrd. EUR und der Saldo aus Kurswertänderungen in Höhe von 0,031 Mrd. EUR verminderten den Schuldenstand. Aufgrund dieser Entwicklung betrug der Endbestand an nichtfälligen Rechtsträger- und Länder-Schulden 6,487 Mrd. EUR. Diesen nichtfälligen Schulden standen Forderungen des Bundes an die Rechtsträger und Länder in gleicher Höhe gegenüber.

Der Bund schloss für die Finanzierung der Rechtsträger und Länder Währungstauschverträge ab, wobei mit Jahresende 2008 den Schulden aus Währungstauschverträgen in Höhe von 9,374 Mrd. EUR (Ende 2007:

TZ 6

7,183 Mrd. EUR) Forderungen in gleicher Höhe gegenüber standen (siehe Band 2, Tabellen K56.C.7.3.1 und K56.C.7.4.1).

Außerhalb des Bundeshaushaltes ist auf die Schuldenstände des ÖBB-Konzerns und des ASFINAG-Konzerns hinzuweisen. Demnach weist der ÖBB-Konzern zum 31. Dezember 2008 lang- und kurzfristiges Fremdkapital in Summe von 16,295 Mrd. EUR (2007: 12,509 Mrd. EUR) aus, wobei gegenüber 2007 eine Steigerung von 30 % zu verzeichnen ist. In der Konzernbilanz der ASFINAG ergeben lang- und kurzfristige Schulden zusammen 10,889 Mrd. EUR (2007: 10,651 Mrd. EUR), wobei die Differenz gegenüber 2007 einer Steigerung um 2 % entspricht (Quellen: Geschäftsbericht 2008 des ÖBB-Konzerns, Geschäftsbericht des ASFINAG-Konzerns 2008).

7. BERICHT ZU DEN BUNDESHAFTUNGEN

7.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem dabei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt (siehe Band 2, Tabelle C.8.3). Desgleichen haftet der Bund aufgrund § 1 Abs. 2 und Abs. 4 des Postsparkassengesetzes 1969 i.d.g.F. für die bis 31. Dezember 2000 eingegangenen Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Tabelle 41: Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen

	2004	2005	2006	2007	2008
	in Mrd. EUR				
Anfangsbestand	57,856	61,849	67,704	73,250	87,030
Zugang	15,823	22,914	26,738	35,636	46,595
Abgang	-11,696	-17,021	-20,867	-21,839	-21,871
Kurswertänderung	-0,134	-0,038	-0,325	-0,017	0,841
Endbestand	61,849	67,704	73,250	87,030	112,595
davon in heimischer Währung	43,698	46,327	52,649	66,682	85,264
davon in Fremdwährung	18,151	21,377	20,601	20,348	27,331
„Haftungen gemäß § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes“	5,645	5,315	4,359	3,732	3,235

Zum Jahresende 2008 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 112,595 Mrd. EUR (2007: 87,030 Mrd. EUR); das entspricht einem Zugang im Jahresabstand um 29,4 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen von 46,595 Mrd. EUR und durch Verminderungen von 21,871 Mrd. EUR, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw. das vertragsmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme zurückzuführen sind. Zusätzlich erhöhten Kurswertänderungen die Haftungen in fremder Währung um 0,841 Mrd. EUR. Haftungsübernahmen, die sich auf Fremdwährungsbeträge beziehen, wurden mit den zum 31. Dezember 2008 gültigen Devisenmittelkursen in Euro umgerechnet und daraus das gesamte zu diesem Stichtag bestehende Haftungsobligo des Bundes ermittelt (siehe Band 2, Tabellen C.8.1 und C.8.2.2 bis C.8.2.4).

Die wesentlichen Zugänge betrafen die Haftungsübernahmen zu Gunsten der Exportförderung (13,698 Mrd. EUR) zur Stabilisierung des österreichischen Finanzmarktes (9,700 Mrd. EUR) und jene für die sonstigen

TZ 7

Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (1,763 Mrd. EUR). Die wesentlichen Abgänge betrafen die Bundeshaftungen für Leihgaben an Bundesmuseen (0,240 Mrd. EUR) und für die ÖIAG (0,171 Mrd. EUR). Die Bundeshaftungen in heimischer Währung beliefen sich auf 76 % (2007: 77 %). Einzelheiten dazu sind in Band 2, Tabellen C.8.2.1 und C.8.2.2 dargestellt.

Die Haftung des Bundes für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse sank gegenüber dem Jahr 2007 um 0,497 Mrd. EUR oder 13,3 % auf nunmehr 3,235 Mrd. EUR. Da der Bund nicht für jenen Teil der in der Bilanz der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG ausgewiesenen Verbindlichkeiten haftet, der seinen diesbezüglichen Guthabenbeständen entspricht, wurden diese in die Berechnung des Haftungsrahmens nicht miteinbezogen.

7.2 Schadenszahlungen und Rückersätze aus Haftungsübernahmen

Aus den Haftungsübernahmen erwachsen dem Bund Ausgaben für Schadenszahlungen und sonstige Kosten von insgesamt 0,578 Mrd. EUR; diesen standen Einnahmen aus Entgelten und Rückersätzen von 0,667 Mrd. EUR gegenüber. Daraus ergab sich ein Einnahmenüberhang von 0,089 Mrd. EUR.

In der nachstehenden Zeitreihe sind die Schadenszahlungen zu und die Rückersätze aus Haftungsübernahmen einander gegenübergestellt, wobei diese Beträge beinahe zur Gänze dem Bereich der Exportförderung entstammen. Kosten bzw. Entgelte sind in den Beträgen nicht enthalten.

Tabelle 42: Schadenszahlungen und Rückersätze

Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008
			in Mill. EUR		
„Schadenszahlungen ohne sonstige Kosten“	234,90	232,44	777,22	372,33	417,38
Rückersätze ohne Entgelte	187,33	139,52	324,40	240,94	299,06

2008 war eine deutliche Steigerung der Schadenszahlungen gegenüber 2007 feststellbar. Grund dafür waren u.a. Mehrausgaben infolge erhöhter Schadenszahlungen aus Wechselbürgschaften. Die Einnahmen aus Rückersätzen (ohne Entgelte), in die unter anderen auch die Einnahmen aus den Umschuldungskrediten und den Forderungsankäufen einfließen, erreichten im Jahr 2008 ein Ausmaß von 0,299 Mrd. EUR. (siehe TZ. 3.7 der Erläuterungen zu Ausgaben-Titel 1/547 und Einnahmen-Titel 2/547).

8. BERICHT ZU DEN ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER

8.1 Allgemeines

Der RH veröffentlicht 53 Abschlussrechnungen von insgesamt 59 öffentlichen Einrichtungen, die mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet sind und die von Organen des Bundes oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hierzu von Organen des Bundes bestellt wurden.

Form und Gliederung der Abschlussrechnungen entsprechen grundsätzlich den bundeseinheitlichen Bestimmungen (siehe Band 2, Tabellen D).

Gemäß den §§ 14 Abs. 3 und 32 Abs. 3 des Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetzes, BGBl. Nr. 11/1975, sind die Stiftungs- und Fondsorgane verpflichtet, der Stiftungs- oder Fondsbehörde bis Ende Juni eines jeden Jahres einen Rechnungsabschluss über das abgelaufene Kalenderjahr vorzulegen.

Gemäß den Richtlinien über die Rechnungslegung 2008 waren diese Abschlussrechnungen bis 8. Juli 2009 geprüft und genehmigt dem RH vorzulegen.

8.2 Ausstehende Abschlussrechnungen

Aufgrund verfahrens- oder verrechnungstechnischer Probleme konnten folgende sechs Jahresabschlüsse nicht formal richtig bzw. rechtzeitig vorgelegt werden:

- die Abschlussrechnungen des „Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds“ (KRAZAF) ab dem Jahr 1978, weil diese von den Fondsorganen noch nicht oder nur vorbehaltlich der Klärung offener Fragen genehmigt wurden.

Der RH verwies in diesem Zusammenhang auf seine nicht verwirklichte Empfehlung zur Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Endabrechnungen und zur Schaffung einer gesetzlichen Regelung für die Erstellung der Rechnungsabschlüsse des KRAZAF sowie zu seiner Auflösung (siehe Wahrnehmungsbericht des RH über den KRAZAF und das Allgemeine Krankenhaus Wien, Reihe Bund 1995/6; nicht verwirklichte Empfehlungen Nr. 29 sowie Wahrnehmungsbericht des RH über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung, Weitere Feststellungen, Reihe Bund 2000/4).

Aufgrund der bereits ratifizierten Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung, BGBl. I Nr. 105/2008, könnte eine Endabrechnung des KRAZAF erfolgen, sobald sich die Vertragsparteien

TZ 8

über ihre gegensätzlichen Standpunkte betreffend allfällige Nachzahlungen geeinigt bzw. die noch offenen Fragen geklärt haben. Demnach kommen die Vertragsparteien (Bund/Länder) überein, dass ihre gegensätzlichen Standpunkte zu allfälligen Nachzahlungen unverändert aufrecht bleiben und bis 31. Dezember 2013 nicht zur Diskussion stehen,

- des Bekleidungswirtschaftsfonds der Exekutive für 2006, 2007 und 2008 sowie
- des Unterstützungsinstituts der Bundespolizei,
- des Privatkrankenanstalten Finanzierungsfonds,
- der Bundesgesundheitsagentur und
- der Buchhaltungsagentur des Bundes für das Jahr 2008.

8.3 Erstmals veröffentlichte Abschlussrechnungen

Erstmals veröffentlicht wird der Jahresabschluss 2007

- des Institute of Science and Technology Austria, welches der Spitzenforschung im Bereich der Grundlagenforschung dient,
- des Klima- und Energiefonds, der zum Ziele hat, einen Beitrag zur Verwirklichung einer nachhaltigen Energieversorgung sowie zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zur Unterstützung der Umsetzung der Klimastrategie zu leisten,
- der Rundfunk und Telekom Regulierungs GmbH, die die Regulierungsaufgaben im Bereich der Telekommunikation und Verwaltungsführung in Angelegenheiten der Rundfunkregulierung wahrnimmt,

sowie der Jahresabschluss 2008

- der Wiener Zeitung GmbH, welche die Herausgabe, den Verlag und Vertrieb von Medienwerken und sonstigen Druckprodukten, insbesondere den Verlag und Vertrieb der „Wiener Zeitung“ zum Unternehmensgegenstand hat,
- des Bundesinstituts für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens, welches als Kernaufgaben die Angewandte Bildungsforschung, das Bildungsmotoring, die Qualitäts-

entwicklung und regelmäßige nationale Bildungsberichterstattungen wahrzunehmen hat.

8.4 Nachträglich veröffentlichte Abschlussrechnungen

Die nicht rechtzeitig vorgelegten Abschlussrechnungen

- der Buchhaltungsagentur des Bundes,
- der Bundesgesundheitsagentur,
- des Institute of Science and Technology Austria,
- des Klima- und Energiefonds,
- des Österreichischen Instituts für Sportmedizin,
- des Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds,
- der Rundfunk und Telekom Regulierungs GmbH sowie
- des Unterstützungsinstituts der Bundespolizei

für das Jahr 2007 werden nunmehr im BRA 2008 veröffentlicht.

8.5 Begründungen zu den Abschlussrechnungen

8.5.1 Reservefonds für Familienbeihilfen

Die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen sind zur Deckung der Abgänge des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (FLAF) bestimmt. Im Jahr 2008 waren die Ausgaben des FLAF für Familienbeihilfen, Schülerfreifahrten, Lehrlingsfreifahrten und Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten um 475,80 Mill. EUR höher als die Einnahmen.

Sind die flüssigen Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen erschöpft, hat der Bund die Abgänge des FLAF zu decken. Die geleisteten Zahlungen sind mit allfälligen Überschüssen des FLAF in den folgenden Jahren zu verrechnen.

Die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen sollen betragsmäßig einem Drittel des Gesamtaufwandes des FLAF im letztabgelaufenen Jahr entsprechen. Für das Jahr 2008 hätte sich somit ein Betrag von 2.008,30 Mill. EUR ergeben. Der Reservefonds für Familienbeihilfen wies zum 31. Dezember 2008 keine Aktiva, jedoch Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund aus der Deckung von Abgängen des FLAF der Jahre 2003 bis 2008 von 2.439,31 Mill. EUR auf.

Glossar

ABGABENQUOTE

Die Abgabenquote drückt das Verhältnis der Steuern und Sozialabgaben zum *→Brutto-Inlandsprodukt* in Prozent aus.

ABGANG (AUCH DEFIZIT)

Der Abgang ist die Differenz, in deren Höhe die *→Ausgaben* die *→Einnahmen* übersteigen.

ADMINISTRATIVER SALDO

Der Administrative Saldo ist die Differenz zwischen den *→Einnahmen* und *→Ausgaben* im *→Allgemeinen Haushalt*.

ALLGEMEINER HAUSHALT

Der Allgemeine Haushalt umfasst alle *→Einnahmen* und *→Ausgaben* des Bundes, ausgenommen jene für Finanzschulden, kurzfristige Verpflichtungen und Währungstauschverträge. Diese werden im *→Ausgleichshaushalt* dargestellt.

ANLAGEVERMÖGEN

Im Gegensatz zum *→Umlaufvermögen* umfasst das Anlagevermögen diejenigen Vermögensgegenstände, die dem Geschäftsbetrieb auf Dauer dienen sollen.

ANWEISENDES ORGAN

Anweisende Organe (z.B. *→Haushaltsleitende Organe*, Landeshauptmänner, soweit sie als Organe des Bundes tätig werden, sowie Organe des Bundes, die durch Gesetz oder Verordnung zu Anweisenden Organen erklärt werden) sind Organe der Haushaltsführung. Sie haben das jeweilige *→Haushaltsleitende Organ* bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben zu unterstützen.

ARBEITSLOSENQUOTE (INTERNATIONALE DEFINITION)

Die internationale Arbeitslosenquote berechnet sich als Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen. Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Die Datenquelle ergibt sich durch die Mikrozensushebung.

ARBEITSLOSENQUOTE (NATIONALE DEFINITION)

Die nationale Arbeitslosenquote berechnet sich als Anteil der Zahl der beim Arbeitsmarktservice (AMS) vorgemerkten Personen am unselbständigen Arbeitskräftepotenzial (beim AMS vorgemerkte arbeitslose Personen und beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfasste unselbständige Beschäftigte).

AUFGABENBEREICHE

Aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit werden gleichartige →*Einnahmen* und →*Ausgaben* einem Aufgabenbereich (AB) zugeordnet (z.B. AB 11 „Erziehung und Unterricht“, AB 21 „Gesundheit“, AB 32 „Straßen“, AB 43 „Übrige Hoheitsverwaltung“).

AUSGABE

Ausgaben unterteilen sich nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten in →*Personalausgaben* und →*Sachausgaben*. Ausgaben lassen sich weiters nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen (→*erfolgswirksam* und →*bestandswirksam*) sowie nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen (→*gesetzliche Verpflichtungen* und →*Ermessensausgaben*) gliedern.

AUSGABENBINDUNG (AUCH VORANSCHLAGSANSATZBINDUNG)

Bei der Ausgabenbindung wird die Verfügbarkeit des genehmigten Ausgabenbetrags (→*Voranschlagsansatz*) durch den Bundesminister für Finanzen oder das jeweilige Anordnende Organ selbst eingeschränkt (gebunden).

AUSGABENQUOTE

Die Ausgabenquote gibt die Höhe aller →*Ausgaben* der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) in Prozent des →*Brutto-Inlandsprodukts* an.

AUSGLEICHSHAUSHALT

Der Ausgleichshaushalt umfasst die →*Einnahmen* aus der Aufnahme von →*Finanzschulden*, kurzfristigen Verpflichtungen und die Erlöse aus →*Währungstauschverträgen* sowie die →*Ausgaben* für Rückzahlungen. Die Zinszahlungen für die →*Finanzschulden* sind im →*Allgemeinen Haushalt* erfasst.

Glossar

AUSLAUFZEITRAUM

Das Finanzjahr entspricht dem Kalenderjahr. →*Ausgaben* für Rechnungen, die bis spätestens zum Ablauf des Finanzjahrs beim Anweisenden Organ eingelangt und fällig oder anerkannt worden sind, dürfen noch bis zum 20. Jänner des folgenden Finanzjahrs (Auslaufzeitraum) zu Lasten des abgelaufenen Finanzjahrs geleistet werden.

AUßERPLANMÄßIGE AUSGABE

Außerplanmäßige Ausgaben sind →*Ausgaben*, die im →*Bundesfinanzgesetz* ihrer Art nach nicht vorgesehen sind.

BESTANDSWIRKSAME VERRECHNUNG

Die Verrechnung von →*Einnahmen* und →*Ausgaben* des Bundes, die zum Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes nicht verändern.

BESTANDS- UND ERFOLGSVERRECHNUNG

Die Bestands- und Erfolgsverrechnung dient der Erfassung der Vermögensveränderungen (Bestandskonten) sowie der Aufwendungen und Erträge (Erfolgskonten). Sie wird jährlich abgeschlossen und ist Teil des →*Bundesrechnungsabschlusses* (→*Jahresbestandsrechnung*, →*Jahreserfolgsrechnung*).

BRUTTO-INLANDSPRODUKT

Das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) ist der in Geld ausgedrückte Wert aller von In- und Ausländern im Inland erzeugten Güter und Dienstleistungen in einer bestimmten Periode (meist im Kalenderjahr).

BUNDESFINANZGESETZ (BFG)

Mit dem Bundesfinanzgesetz wird vom Nationalrat das Budget für ein Finanzjahr (entspricht dem Kalenderjahr) bewilligt. Das BFG enthält einen Textteil (Gesetzestext), der im Wesentlichen detaillierte Ermächtigungen des Bundesministers für Finanzen beinhaltet, und als Anlage I den →*Bundesvoranschlag* und als Anlage II den Stellenplan.

BUNDESHAFTUNG

Bundeshaftungen sind Bürgschaften oder Garantien des Bundes, die der Bundesminister für Finanzen nur aufgrund einer gesetzlichen Ermächtigung übernehmen darf (Eventualverbindlichkeiten).

BUNDESVORANSCHLAG

In den Bundesvoranschlag werden sämtliche zu erwartende →*Einnahmen* und voraussichtlich zu leistende →*Ausgaben* des Bundes für jeweils ein Finanzjahr voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) aufgenommen. Er ist Bestandteil des →*Bundesfinanzgesetzes* (Anlage I).

DEFIZIT (AUCH ABGANG)

Das Defizit ist die Differenz, in deren Höhe die →*Ausgaben* die →*Einnahmen* übersteigen.

DEFIZITQUOTE

Die Defizitquote ist das Verhältnis des →*Öffentlichen Defizits* zum →*Brutto-Inlandsprodukt*.

EINNAHME

Einnahmen unterteilen sich nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten in Einnahmen des →*Allgemeinen Haushalts* und des →*Ausgleichshaushalts*. Einnahmen des →*Allgemeinen Haushalts* umfassen Abgaben, Gewinne und sonstige Einnahmen (Schenkungen, Veräußerungen, Vermächtnisse etc.). Einnahmen des →*Ausgleichshaushalts* umfassen die Aufnahme von →*Finanzschulden* (Kredite, Anleihen, Darlehen etc.) und kurzfristigen Verpflichtungen sowie die Erlöse aus →*Währungstauschverträgen*. Einnahmen lassen sich weiters nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen (→*erfolgswirksam* und →*bestandswirksam*) sowie nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung (→*zweckgebundene* und sonstige Einnahmen) gliedern.

EINNAHMENQUOTE

Die Einnahmenquote gibt die Höhe aller →*Einnahmen* der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) in Prozent des →*Brutto-Inlandsprodukts* an.

ERFOLGSWIRKSAME VERRECHNUNG

Die Verrechnung von →*Einnahmen* und →*Ausgaben* des Bundes, die im Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes vermehren oder vermindern.

ERMESSENSAUSGABEN

Ermessensausgaben sind alle →*Ausgaben*, die keine →*Gesetzlichen Verpflichtungen* darstellen.

Glossar

FINANZAUSGLEICH

Der Finanzausgleich regelt die Aufteilung von Finanzmitteln, insbesondere aus Abgaben, auf die einzelnen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden).

FINANZSCHULDEN

Finanzschulden sind grundsätzlich alle Geldverbindlichkeiten des Bundes, die zu dem Zweck eingegangen werden, dem Bund die Verfügungsmacht über Geld zu verschaffen. Sie können nur vom Bundesminister für Finanzen eingegangen werden. Zur vorübergehenden Kassenstärkung (kurzfristige Verpflichtungen) eingegangene Geldverbindlichkeiten begründen nur insoweit Finanzschulden, als sie nicht innerhalb desselben Finanzjahres getilgt werden. Finanzschulden werden im →*Ausgleichshaushalt* verrechnet.

FLEXIBILISIERUNGSKLAUSEL

Auf Grund der Flexibilisierungsklausel haben ausgewählte Organisationseinheiten die Möglichkeit, in Erfüllung ihrer vereinbarten Leistungsvorgaben über einen mehrjährigen Projektzeitraum ihre →*Einnahmen* und →*Ausgaben* eigenverantwortlich zu steuern (z.B. durch spezielle →*Rücklagen* oder flexiblere →*Voranschlagsansatzüberschreitungen*).

GEBARUNG

Unter Gebarung versteht man jedes Verhalten (Handeln oder Nichthandeln) von Organen, das finanzielle Auswirkungen hat.

GESAMTHAUSHALT

Der Gesamthaushalt setzt sich aus dem →*Allgemeinen Haushalt* und dem →*Ausgleichshaushalt* zusammen.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES GLEICHGEWICHT

Ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht gemäß dem Bundeshaushaltsgesetz (BHG) liegt bei einem ausgewogenen Verhältnis zwischen einem hohen Beschäftigtenstand, einem hinreichend stabilen Geldwert, der Sicherung des Wachstumspotentials und der Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts (Ausgleich zwischen Importen und Exporten) vor.

GESETZLICHE VERPFLICHTUNGEN

Gesetzliche Verpflichtungen sind →*Ausgaben*, die sich auf Ansprüche gründen, die dem Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeu-

tig festgelegt sind, dass sie weder bei Erstellung des →*Bundesvoranschlags* noch beim Vollzug des →*Bundesfinanzgesetzes* beeinflussbar sind.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Gewinn- und Verlustrechnung stellt die Aufwendungen den Erträgen eines Finanzjahres gegenüber. Ihr Saldo wird als Gewinn bzw. Verlust ausgewiesen. Das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung der betriebsähnlichen Einrichtung des Bundes fließt in die →*Jahreserfolgsrechnung* ein.

GRUNDSÄTZE DES HAUSHALTSRECHTS

Wesentliche verfassungsrechtliche Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes sind:

- Einjährigkeit des Budgets;
- Budgeteinheit: Keine selbständigen Nebenhaushalte;
- Vollständigkeit: Alle →*Einnahmen* und →*Ausgaben* sind aufzunehmen;
- Bruttodarstellung: Getrennte →*Veranschlagung* von →*Einnahmen* und →*Ausgaben* und →*Veranschlagung* in voller Höhe.

HAUPTVERRECHNUNGSKREIS

Hauptverrechnungskreise sind zwingend vorgesehene →*Verrechnungskreise*. Diese umfassen die →*Voranschlagswirksame Verrechnung*, die →*Vorberechtigungen* und →*Vorbelastungen* sowie die →*Bestands-* und →*Erfolgsverrechnung*. Sie sind derart miteinander verbunden, dass ein Geschäftsfall durch eine einzige Buchung gleichzeitig (simultan) in mehreren Verrechnungskreisen erfasst werden kann.

HAUSHALTSLEITENDES ORGAN

Zu den Haushaltsleitenden Organen zählen der Bundespräsident, der Präsident des Nationalrats, der Präsident des Bundesrats, der Präsident des Rechnungshofs, der Präsident des Verfassungsgerichtshofs, der Präsident des Verwaltungsgerichtshofs, der Vorsitzende der Volksanwaltschaft, der Bundeskanzler sowie die Bundesminister (sofern sie mit der Leitung eines Bundesministeriums betraut sind). Die wesentlichen Aufgaben der →*Haushaltsleitenden Organe* umfassen die Mitwirkung an der Haushaltsplanung, am →*Bundesvoranschlags-* und am Stellenplanentwurf sowie die Verantwortung für die Einhaltung der Voranschläge.

Glossar

HAUSHALTSRÜCKLAGE (AUCH RÜCKLAGE)

Der Bundesminister für Finanzen kann nicht in Anspruch genommene Ausgabenteile bestimmter Ausgabenvoranschlagsansätze, wenn deren Übertragung auf das Folgejahr eine effizientere Mittelverwendung bietet, einer Rücklage zuführen. Nicht in Anspruch genommene →*zweckgebundene Einnahmen* sind jedenfalls einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist. Der Bundesminister für Finanzen hat einen →*Überschuss* der →*Einnahmen* über die →*Ausgaben* des →*Gesamthaushalts* einer Ausgleichsrücklage zuzuführen (letztmalig 2008).

HAUSHALTSZEITRAUM

Der Haushaltszeitraum ist das Finanzjahr und entspricht dem Kalenderjahr. Der Bundeshaushalt ist für jedes Finanzjahr gesondert zu führen.

INFLATIONSRATE

Die prozentuelle Veränderung des Verbraucherpreisniveaus in einer Zeitperiode wird als Inflationsrate bezeichnet.

JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Die Jahresbestandsrechnung ist grundsätzlich einer Bilanz nachgebildet. Sie gibt Aufschluss über Höhe und Struktur des Bundesvermögens am Ende des →*Haushaltszeitraums*.

JAHRESBETRAGSREST (JBR)

Der Jahresbetragsrest zeigt jenen noch vorhandenen Voranschlagsbetrag an, der für Zahlungen für das jeweilige Finanzjahr noch zur Verfügung steht. Allerdings kommt dem JBR relativ wenig Aussagekraft zu, weil Verfügungen hinsichtlich Berechtigungen und Verpflichtungen sowie Forderungen und Schulden hierbei nicht erfasst werden.

JAHRESERFOLGSRECHNUNG (JER)

Die Jahreserfolgsrechnung ist grundsätzlich einer →*Gewinn- und Verlustrechnung* nachgebildet. In ihr sind die Aufwendungen und Erträge des abgelaufenen →*Haushaltszeitraums* gegenübergestellt.

JAHRESVERFÜGUNGSREST (JVR)

Der Jahresverfügungsrest zeigt an, über welchen Betrag im jeweiligen Finanzjahr tatsächlich noch verfügt werden kann, weil hierbei Verfügungen hinsichtlich Berechtigungen und Verpflichtungen sowie Forderungen und

Schulden mitberücksichtigt werden. Der JVR ist somit wesentlich aussagekräftiger als der JBR.

KAPITEL

Der →*Bundsvoranschlag* wird nach Maßgabe der zu besorgenden Angelegenheiten in Kapitel gegliedert. Sie beziehen sich entweder auf den Wirkungsbereich einzelner Bundesministerien oder heben besonders abgegrenzte Bereiche hervor.

KOSTEN- UND LEISTUNGSRECHNUNG

Die Kosten- und Leistungsrechnung ist Teil des internen Rechnungswesens. Sie dient in erster Linie der Informationsbereitstellung, der Kontrolle der Wirtschaftlichkeit sowie der Planung. Die →*Haushaltsleitenden Organe* haben eine Kosten- und Leistungsrechnung zu führen.

LEISTUNGSBILANZ

Die Leistungsbilanz ist die Gegenüberstellung aller Waren- und Dienstleistungstransaktionen sowie →*Transferausgaben* und Einkommensströme zwischen dem In- und Ausland.

LEISTUNGSBILANZSALDO

Der Leistungsbilanzsaldo stellt das Ergebnis der →*Leistungsbilanz* dar.

NEBENVERRECHNUNGSKREIS

Nebenverrechnungskreise sind nicht zwingend vorgesehene →*Verrechnungskreise*. Sie dienen zur gesonderten Erfassung sachlich zusammengehöriger Verrechnungsgrößen und werden in der Folge in die →*Hauptverrechnungskreise* übernommen.

ÖFFENTLICHER SCHULDENSTAND

Der öffentliche Schuldenstand ist die Summe der Schulden von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern.

PERSONALAUSGABEN

Die Personalausgaben sind die Summe aller im Bundesbedienstetenrecht vorgesehenen Geldleistungen (insbes. Aktivbezüge und Pensionen).

Glossar

PRIMÄRSALDO

Der Primärsaldo errechnet sich aus dem Saldo des → *Allgemeinen Haushalts*, bereinigt um die Veränderung der → *Rücklagen* und die Zinsen. Ein positiver Primärsaldo wird als Primärüberschuss definiert. Der Primärsaldo gibt Aufschluss über die Auswirkungen der aktuellen Budgetpolitik auf die zukünftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

RECHNUNGSABGRENZUNG

Die Rechnungsabgrenzung dient grundsätzlich der periodengerechten Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen.

RÜCKLAGE (AUCH HAUSHALTSRÜCKLAGE)

Der Bundesminister für Finanzen kann nicht in Anspruch genommene Ausgabenteile bestimmter Ausgabenvoranschlagsansätze, wenn deren Übertragung auf das Folgejahr eine effizientere Mittelverwendung bietet, einer Rücklage zuführen. Nicht in Anspruch genommene → *zweckgebundene Einnahmen* sind jedenfalls einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist. Der Bundesminister für Finanzen hat einen → *Überschuss* der → *Einnahmen* über die → *Ausgaben* des → *Gesamthaushalts* einer Ausgleichsrücklage zuzuführen (letztmalig 2008).

SACHAUSGABEN

Sachausgaben sind alle Geldleistungen des Bundes, die keine → *Personalausgaben* darstellen.

SCHULDENQUOTE (AUCH STAATSSCHULDENQUOTE)

Die Schuldenquote wird definiert als das Verhältnis zwischen dem → *öffentlichen Schuldenstand* und dem → *Brutto-Inlandsprodukt*.

STAATSDEFIZIT

Das Staatsdefizit ist die Summe der → *Defizite* von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern.

STAATSSCHULDENQUOTE (AUCH SCHULDENQUOTE)

Die Staatsschuldenquote wird definiert als das Verhältnis zwischen dem → *öffentlichen Schuldenstand* und dem → *Brutto-Inlandsprodukt*.

STABILITÄTSPAKT

Der (österreichische) Stabilitätspakt regelt die Haushaltskoordinierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden mit dem Ziel eines gesamtstaatlich ausgeglichenen Haushalts.

STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist ein Instrument der Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Zweck, der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten einen Rahmen zu geben, um eine stabile Währung zu gewährleisten. Dabei soll einerseits ein ausgeglichener Haushalt erreicht und andererseits Handlungsspielräume für die Anpassung an außergewöhnliche und konjunkturelle Störungen geboten werden.

STABILITÄTSPROGRAMM

Alle Mitgliedstaaten der Währungsunion legen, basierend auf dem →*Stabilitäts- und Wachstumspakt*, einmal jährlich ein Stabilitätsprogramm vor. Darin sind der Saldo des öffentlichen Haushalts und die Entwicklung der öffentlichen →*Schuldenquote* (Ziel: Ausgeglichener Haushalt bzw. Überschuss), die wirtschaftliche Entwicklung, die Beschäftigung und die Inflation der folgenden vier Jahre dazulegen.

TRANSFERAUSGABE

Transferausgaben sind vom Staat zu erbringende Sozialleistungen, Subventionen und Finanzhilfen ohne erbrachte Gegenleistungen.

ÜBERPLANMÄßIGE AUSGABE (AUCH VORANSCHLAGSANSATZÜBERSCHREITUNG)

Überplanmäßige Ausgaben sind jene, die eine Überschreitung von Ausgabenvoranschlagsansätzen des →*Bundsvoranschlags* erfordern und nur aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen geleistet werden dürfen.

ÜBERSCHUSS

Der Überschuss ist jener Betrag um den die →*Einnahmen* die →*Ausgaben* im →*Allgemeinen Haushalt* und im →*Ausgleichshaushalt* übersteigen.

UMLAUFVERMÖGEN

Im Gegensatz zum →*Anlagevermögen* zählen zum Umlaufvermögen all jene Vermögensgegenstände, die dem Geschäftsbetrieb nicht auf Dauer dienen sollen.

Glossar

VERANSCHLAGUNG

Bei der Veranschlagung werden sämtliche im folgenden Finanzjahr zu erwartenden →*Einnahmen* sowie alle voraussichtlich zu leistenden →*Ausgaben* von einander getrennt und in voller Höhe (→*Grundsatz des Bruttoprinzips*) im →*Bundesvoranschlag* berücksichtigt.

VERRECHNUNGSKREIS

Ein Verrechnungskreis stellt eine selbständige, in sich geschlossene Verrechnungseinheit gleichartiger Konten zur zusammenfassenden Darstellung von Verrechnungsgrößen dar. Bei den Verrechnungskreisen ist zwischen →*Haupt-* und →*Nebenverrechnungskreisen* zu unterscheiden.

VERWALTUNGSSCHULDEN

Alle nicht ausdrücklich als →*Finanzschulden* qualifizierten Geldverbindlichkeiten, die im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit entstehen (z.B. unbezahlte Rechnungen) werden unter dem Begriff „Verwaltungsschulden“ zusammengefasst. Verwaltungsschulden werden im →*Allgemeinen Haushalt* verrechnet und können von allen Anordnenden Organen eingegangen werden.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erfasst die Leistung einer Volkswirtschaft innerhalb einer Rechnungsperiode unter Berücksichtigung von Steuern, Subventionen, Abschreibungen und Ähnlichem. Rückwirkend stellt sie die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Volkseinkommens dar.

VORANSCHLAGSANSATZ

Der in →*Einnahmen* und →*Ausgaben* gegliederte →*Bundesvoranschlag* des →*Bundesfinanzgesetzes* unterteilt sich weiter in Voranschlagsansätze. Diese bestehen aus fünf Dekaden und fassen gleichartige →*Einnahmen* und →*Ausgaben* für denselben Zweck und dieselbe Art zusammen.

VORANSCHLAGSANSATZBINDUNG (AUCH AUSGABEN- BZW. EINNAHMENBINDUNG)

Bei der Voranschlagsansatzbindung wird die Verfügbarkeit des genehmigten Ausgaben- bzw. Einnahmenbetrags (→*Voranschlagsansatz*) durch den Bundesminister für Finanzen oder das jeweilige Anordnende Organ selbst eingeschränkt (gebunden).

VORANSCHLAGSANSATZÜBERSCHREITUNG (AUCH ÜBERPLANMÄßIGE AUSGABE)

Eine Voranschlagsansatzüberschreitung liegt vor, wenn die →*Ausgaben* den im → *Bundesvoranschlag* genehmigten Voranschlagsbetrag übersteigen.

VORANSCHLAGSUNWIRKSAME VERRECHNUNG

Die Voranschlagsunwirksame Verrechnung enthält jene →*Einnahmen* und →*Ausgaben*, die nicht endgültig solche des Bundes sind bzw. aufgrund gesetzlicher Anordnung nicht veranschlagt werden (z.B. Abgaben und Zuschläge zu Abgaben, die der Bund für sonstige Rechtsträger des öffentlichen Rechts einhebt).

VORANSCHLAGSVERBUNDENE FORDERUNGEN BZW. VORANSCHLAGSVERBUNDENE SCHULDEN

→*Voranschlagswirksam verrechnete* Forderungen bzw. Schulden werden auch voranschlagsverbundene Forderungen bzw. Schulden genannt.

VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG (VVR)

Die VVR spiegelt den Budgetvollzug wider. Sie enthält das Ergebnis aller rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge von der Genehmigung der →*Voranschlagsansätze* mittels →*Bundesfinanzgesetz* bis zur tatsächlichen Leistung der →*Ausgaben* und Erbringung der →*Einnahmen*.

VORANSCHLAGSWIRKSAME VERRECHNUNG (VWV)

Die VWV erfasst die aufgrund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen einzuhebenden →*Einnahmen* und zu leistenden →*Ausgaben* des Bundes, wie sie im →*Bundesvoranschlag* finanzgesetzlich genehmigt wurden. Weiters dient sie der Überwachung der Jahresvoranschlagsbeträge und der Aufstellung der →*Voranschlagsvergleichsrechnung*. Sie ist nach dem System der Phasenbuchführung eingerichtet.

VORBERECHTIGUNG BZW. VORBELASTUNG

Vorberechtigungen bzw. Vorbelastungen stellen Berechtigungen und Verpflichtungen sowie Forderungen und Schulden des Bundes dar, bei denen die Leistungspflicht oder die Fälligkeit erst in künftigen Finanzjahren eintritt.

WACHSTUMSRATE

Die nominale Wachstumsrate stellt die Veränderung des →*Brutto-Inlandsprodukts* in einer Periode dar. Die reale Wachstumsrate wird zusätzlich um Preiseffekte bereinigt.

Glossar

WÄHRUNGSTAUSCHVERTRAG

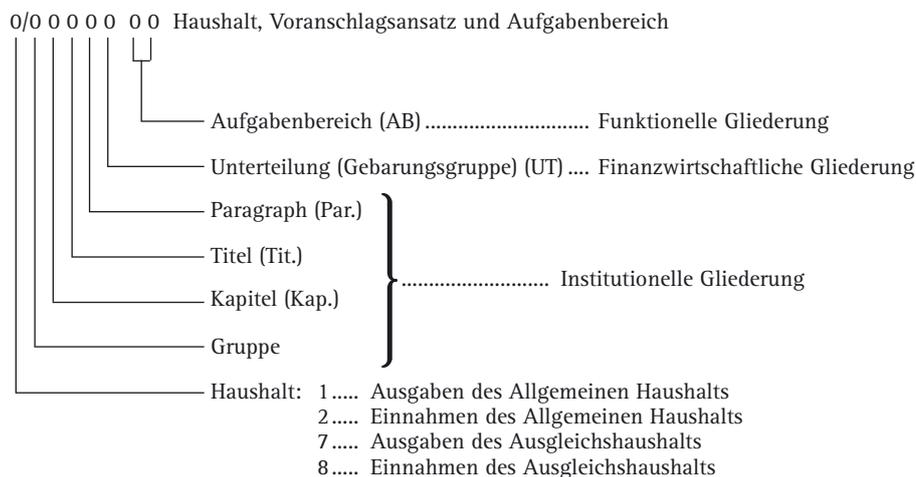
Bei Währungstauschverträgen vereinbaren die jeweiligen Vertragspartner, die aus Schuldaufnahmen stammenden Einnahmen in verschiedene Währungen oder variable gegen fixe Zinssätze mit dem Ziel der Risikoabsicherung bzw. -beschränkung auszutauschen.

ZWECKGEBUNDENE EINNAHMEN

Sind bestimmte →*Einnahmen* aufgrund eines Bundesgesetzes nur für einen bestimmten Zweck zu verwenden, sind die korrespondierenden →*Ausgaben* nach Maßgabe der →*zweckgebundenen Einnahmen* zu veranschlagen. Die →*zweckgebundene Einnahmengarung* stellt eine Ausnahme des Gesamtbedeckungsgrundsatzes (§ 38 BHG i.d.g.F.) dar.

Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung

Gliederung nach Haushalten, Voranschlagsansätzen und Aufgabenbereichen



Die 5. Dekade (Unterteilung) dient der finanzwirtschaftlichen Gliederung und kennzeichnet folgende Gebarungsgruppen:

Ausgaben

Personalausgaben:

0..... Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben

Sachausgaben:

2..... Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)
3..... Anlagen (Ermessensausgaben)
4..... Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
5..... Förderungen – Darlehen (Ermessensausgaben)
6..... Förderungen – Zuschuss (Ermessensausgaben)
7..... Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben
8..... Aufwendungen – erfolgswirksam (Ermessensausgaben)
9..... Aufwendungen – bestandswirksam (Ermessensausgaben)

Einnahmen

0-1 Zweckgebundene Einnahmen (erfolgswirksam)
2-3 Zweckgebundene Einnahmen (bestandswirksam)
4-6 Sonstige Einnahmen (erfolgswirksam)
7-9 Sonstige Einnahmen (bestandswirksam)

Die Aufgabenbereichs-Kennziffer dient der funktionellen Gliederung:

11 Erziehung und Unterricht (EU)
12 Forschung und Wissenschaft (FW)
13 Kunst (Kn)
14 Kultus (Kl)
21 Gesundheit (Gh)
22 Soziale Wohlfahrt (SW)
23 Wohnungsbau (Wb)
32 Straßen (St)
33 Sonstiger Verkehr (Vk)
34 Land- und Forstwirtschaft (LF)
35 Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft) (En)
36 Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) (IG)
37 Öffentliche Dienstleistungen (ÖD)
38 Private Dienstleistungen (einschließlich Handel) (PD)
41 Landesverteidigung (Lv)
42 Staats- und Rechtssicherheit (SR)
43 Übrige Hoheitsverwaltung (Hv)

Verzeichnis der Abkürzungen

A/I.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BAG.....	Bundesamtsgebäude
A/I L.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BAKS	Büroautomations- und Kommunikationssystem
A/II.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BAO.....	Bundesabgabenordnung
A/II L.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BAWAG	
A/JAL.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	P.S.K.	Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG
A/R.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BB.....	Bundesbetriebe
AB	Aufgabenbereich	BBA.....	Bundes-Bildungsanstalt
ABGB.....	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch	BDG.....	Beamten-Dienstrechtsgesetz
Abs.....	Absatz	Bds. Inst.	Bundesinstitut
ADV	Automationsunterstützte Datenverarbeitung	BEA.....	Bundeserziehungsanstalt
AFFG.....	Ausführfinanzierungsförderungsgesetz	BER	Bestands- und Erfolgsrechnung
AFG.....	Ausfuhrförderungsgesetz	BEV	Bestands- und Erfolgsverrechnung
AG	Aktiengesellschaft	BFG	Bundesfinanzgesetz
AHF.....	Außenhandelsförderung	BFPZ	Bundesforschungs- und Prüfzentrum
AHS.....	Allgemeinbildende Höhere Schule	BFS.....	Bundesfachschnule
AIVG.....	Arbeitslosenversicherungsgesetz	BG	Bundesgendarmarie, Bundesgymnasium
AMA	Agrarmarkt Austria	BGBL.....	Bundesgesetzblatt
AMFG.....	Arbeitsmarktförderungsgesetz	BHAG.....	Buchhaltungsagentur
AMPFG.....	Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz	BHG.....	Bundeshaushaltsgesetz
AMS.....	Arbeitsmarktservice	BHS.....	Berufsbildende höhere Schule
AMSG.....	Arbeitsmarktservicegesetz	BHV.....	Bundeshaushaltsverordnung
AMV	Arbeitsmarktverwaltung	BIG	Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.
AO	Amtsorgane	BKA.....	Bundeskanzleramt
Art.....	Artikel	B-KUVG.....	Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz
ASFINAG.....	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG	B-KVG	Bauern-Krankenversicherungsgesetz
ASGG.....	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz	BLA	Bundeslehranstalt
ASVG.....	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	BLVA.....	Bundeslehr- und Versuchsanstalt
ATB	Austrian Treasury Bills	BM.....	Bundesministerium
ATF.....	Ausgleichstaxfonds	BMeiA.....	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
ATS	Österreichische Schilling	BMF.....	Bundesministerium für Finanzen
AUA.....	Austrian Airlines Group	BMGFJ.....	Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend
AUD.....	Australische Dollar	BMI	Bundesministerium für Inneres
Ausf.VKG.....	Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut	BMJ.....	Bundesministerium für Justiz
B/I	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMLFUW.....	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
B/I L.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMLV.....	Bundesministerium für Landesverteidigung
B/II.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMSK.....	Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz
B/II L.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMUKK.....	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
B/JAL.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
B/R	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BA	Bundesanstalt	BMWF.....	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
		BP.....	Bundespolizei
		B-PVG.....	Bauern-Pensionsversicherungsgesetz
		BRA.....	Bundesrechnungsabschluss
		BRG.....	Bundesrealgymnasium
		BRL.....	Brasilianische Real
		BRZ GmbH ...	Bundesrechenzentrum GmbH
		BSF.....	Besitzstrukturfonds
		BStG.....	Bundesstraßengesetz
		BSVG	Bauern-Sozialversicherungsgesetz
		BThV.....	Bundestheaterverband
		BUAK.....	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
		BUWOG.....	Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, GesmbH
		BVA.....	Bundesvoranschlag
		BVFA.....	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt
		B-VG.....	Bundes-Verfassungsgesetz
		bzw.....	beziehungsweise



Verzeichnis der Abkürzungen

CA	Creditanstalt AG
CAD.....	Kanadische Dollar
CHF	Schweizer Franken
Co.	Compagnon
Corp.	Corporation
D.....	Darlehen
DDSG	Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft
DEM	Deutsche Mark
DFÜ	Datenfernübertragungseinrichtungen
dgl.	dergleichen
DVA.....	Datenverarbeitungsanlage
EAGFL.....	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EDVA.....	Elektronische Datenverarbeitungsanlage
EE.....	Entwicklung und Erneuerung
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz
EG.....	Europäische Gemeinschaft
EOESP, EÖSPC	Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG
EP	Europaparlament
ERP	European Recovery Program
ESA	European Space Agency
EStG	Einkommensteuergesetz
EU.....	Europäische Union
EUR	Euro
EURES.....	Europaweite Arbeitskräftevermittlung
EUROFIMA.....	Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
Fa.	Firma
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FAO	Food and Agriculture Organization
FB.....	Familienbeihilfen
FFF	Forschungsförderungsfonds
FinStaG.....	Finanzmarktstabilitätsgesetz
FinStrG	Finanzstrafgesetz
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds
FLAG	Familienlastenausgleichsgesetz
FLD.....	Finanzlandesdirektion
FMG	Fermeldeinvestitionsgesetz
FOG	Forschungsorganisationsgesetz
ForstG	Forstgesetz
FRE.....	Fondsrechnungseinheiten
FRN	Floating Rate Notes
F-VG	Finanz-Verfassungsgesetz
FWF	Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
GBI.....	Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen GmbH
GBP, Gbp	Britische Pfund
gem.	gemäß
gemeinn.....	gemeinnützige
Ger. Bez.	Gerichtsbezirk
GesmbH.....	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GG	Gehaltsgesetz
GmbH.....	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GOG	Geschäftsordnungsgesetz
GSBG	Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz
GSPVG.....	Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz
GSVG	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz
GÜG	Gehaltsüberleitungsgesetz
GWF.....	Getreidewirtschaftsfonds
H.....	Haben (vor Beträgen in Tabellen)
HAK	Handelsakademie
HBLA	Höhere Bundeslehranstalt
HBLVA	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt
HDG	Heeresdisziplinargesetz
HeimAG	Heimarbeitsgesetz
HLA.....	Höhere Lehranstalt
HTBLA	Höhere Technische Bundeslehranstalt
HTL.....	Höhere Technische Lehranstalt
HUF.....	Ungarische Forint
HVG	Heeresversorgungsgesetz
i. Liqu.....	in Liquidation
IAEO.....	Internationale Atomenergie-Organisation
IAKW	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien
IBSG.....	Interbankmarktstärkungsgesetz
i.d.F.	in der Fassung
i.d.g.F.	in der geltenden Fassung
IESG	Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz
IF	Investitionsförderung
IHS	Institut für höhere Studien
inkl.....	inklusive
inländ.	inländisch
InvEG.....	Invalideneinstellungsgesetz
ISK.....	Isländische Kronen
IT	Informations-Technologie
ITF	Innovations- und Technologiefonds
ITFG	Innovations- und Technologiefondsgesetz
i.V.m.....	in Verbindung mit
IWF	Internationaler Währungsfonds
i.w.S.	im weiteren Sinne
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JPY.....	Japanische Yen
Kap.....	Kapitel
Kat. F.....	Katastrophenfonds
KEST	Kapitalertragsteuer
KFB	Kunstförderungsbeitrag
KFG	Kraftfahrsgesetz
KFZ	Kraftfahrzeug
KGG	Karenzgeldgesetz
KHVG.....	Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz
KOVG	Kriegsopferversorgungsgesetz
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Kto.....	Konto
KVSG	Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz
Kz.	Kennzahl
LA.....	Lehranstalt
LB.....	Landesbedienstete
leg. cit.....	legis citatae
LFG.....	Luftfahrtgesetz
LIÄ	Landesinvalidenämter
lit.	litera
LKW	Lastkraftwagen
LSR.....	Landesschulrat
Ltd.....	Limited
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LWG	Landwirtschaftsgesetz
LWK	Landwirtschaftskammer
m. b. H.....	mit beschränkter Haftung
Mill.....	Millionen
MOEL	mittel- und osteuropäische Länder
MOG.....	Marktordnungsgesetz
Mrd.	Milliarden

Verzeichnis der Abkürzungen

MXN	Mexikanischer Peso
MRG	Mietrechtsgesetz
NOK.....	Norwegische Kronen
NÖ	Niederösterreich
Nr.	Nummer
NSchG.....	Nachtschwerarbeitsgesetz
N.SWAP	Nachtrags-SWAP
NUS	Neue unabhängige Staaten
NZD.....	Neuseeland Dollar
ÖAF	Österreichische Automobilfabrik
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖBf.....	Österreichische Bundesforste AG
ÖBFA.....	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur
OECD.....	Organization for Economic Cooperation and Development
OeKB	Österreichische Kontrollbank
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ÖFEG.....	Österreichische Fernmeldetechnische Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H.
OFG	Opferfürsorgegesetz
OFZS	Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf
ÖIAG	Österreichische Industrieholding AG
OÖ	Oberösterreich
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
ÖPSK.....	Österreichische Postsparkasse AG
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖS.....	Österreichische Schilling
Par	Paragraph
PG	Pensionsgesetz
Pkt	Punkt
PLZ.....	Polnische Zloty
PRÄKO.....	Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
PRODEX	Programme for the development of scientific experiments
PSK	Postsparkasse
PTA	Post und Telekom Austria AG
PVA	Pensionsversicherungsanstalt
rd.	rund
RE.....	Rechnungseinheiten
reg. Gen.....	registrierte Genossenschaft
RGV.....	Reisegebührenvorschrift
RH	Rechnungshof
RHG.....	Rechnungshofgesetz
RLV.....	Rechnungslegungsverordnung
RON.....	Rumänischer Leu
RT	Rechtsträger
RT-Schuld	Rechtsträgerschuld(en)
S	Soll (vor Beträgen in Tabellen)
SCHIG	Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH
SEK.....	Schwedische Kronen
SFzG.....	Sonderfinanzierungsgesetz
SKK	Slowakische Kronen
StbG	Staatsbürgerschaftsgesetz
StG	Strafgesetz
StPO	Strafprozessordnung
StVG.....	Strafvollzugsgesetz
StVO.....	Straßenverkehrsordnung
SUG	Sonderunterstützungsgesetz
SVA	Sozialversicherungsanstalt
SZR	Sonderziehungsrechte
TB.....	Tätigkeitsbericht
TGM	Technologisches Gewerbe-Museum
TNF	Technisch-naturwissenschaftliche Fakultät
Tr	Tranche
TRY	Neue Türkische Lira
TU.....	Technische Universität
TZ.....	Textzahl
u.ä.	und ähnliches
udgl.....	und dergleichen
Ugl.....	Untergliederung
UIT	Union Internationale des Telecommunications
UN	United Nations
UNESCO.....	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNIDO.....	United Nations Industrial Development Organization
UNO	United Nations Organization
UOG	Universitäts-Organisationsgesetz
US.....	United States
USA.....	United States of America
USD.....	US-Dollar
usw.....	und so weiter
UT.....	Unterteilung
UWF, UWWF..	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
VA	Voranschlag, Versicherungsanstalt
VAMED.....	VOEST-ALPINE Medizintechnik Gesellschaft m. b. H.
VAP	Voranschlagspost
VB	Vertragsbediensteter
VBG.....	Vertragsbedienstetengesetz
VfGG.....	Verfassungsgerichtshofgesetz
VfGH.....	Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VIAG	Vorarlberger Illwerke AG
VIBOR.....	Vienna Interbank Offered Rate
VMW.....	Vereinigte Metallwerke AG
VStG.....	Verwaltungsstrafgesetz
VVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
VVR.....	Voranschlagsvergleichsrechnung
VWG	Viehwirtschaftsgesetz
VwGG	Verwaltungsgerichtshofgesetz
VwGH	Verwaltungsgerichtshof
VWV	voranschlagswirksame Verrechnung
W	Währung
WBFG	Wohnbauförderungsgesetz, Wasserbautenförderungsgesetz
WBF-ZG	Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetz
WEG.....	Wohnungseigentumsgesetz
WG	Weingesezt
WRG.....	Wasserrechtsgesetz
WSchG.....	Währungsschutzgesetz
WSD	Wasserstraßendirektion
WTV	Währungstauschverträge
WW-Fonds.....	Wohnhaus Wiederaufbaufonds
ZAR.....	Südafrikanische Rand
zB.	zum Beispiel
ZDG.....	Zivildienstgesetz
ZEDVA	Zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage
Zl.	Zahl
ZOR.....	Zentral- und Osteuropäische Republiken
zw.....	zweckgebunden